LESBEN/FRAUEN-NACHRICHTEN

Nr. 29, Februar 1996, Jhg. XVIII

JENSEITS DER DREI + DREISZIG UND WIR KÄMPFEN, LACHEN, LIEBEN UND LEBEN

Inhaltsverzeichnis

S. 3 Mahnwache
S. 4 Rotraud Perner klagt
S. 5 Anfrage im Parlament wegen "Virginia Woolf"
S. 6 Offener Brief an den Notruf
S. 7 Heer wird nie modern

Frauen im Häfen
S. 8 Häfen Knast Häfen
S. 10 Frauen die töten
S. 12 Schubhaft
S. 16 Innere Aufrüstung
S. 19 Outlow women

Mädchen und junge Frauen
S. 20 Bambule: Mädchen in Erziehungsheimen
S. 27 Freundinnenbilder
S. 28 Warum der Teufel hinkt
S. 29 Nationalratswahlen 95

Freiheit und Gerechtigkeit für Sarah
S. 30 Aufruf zur Demo
S. 32 Redebeitrag zu den Philippinen
S. 33 Rb. zu Frauenhandel und Migration
S. 34 Rb. zu Sexismus, sexuelle Gewalt und feministische Selbstverteidigung
S. 36 Rb. vor der US-Botschaft

S. 37 Wo ich herkomme
S. 39 Sexismus und Rassismus

Weltfrauenkonferenz in Peking
S. 40 Geschichte der Menschenrechte
S. 47 NGO-Forum und UNO-Frauenkonferenz
S. 50 Weltfrauenkonferenz in Peking
S. 53 Erklärung der Roten Töchter des Zorns
S. 57 Erklärung zur Weltfrauenkonferenz
S. 62 Die Mega-Show der Imperialisten

Kurdistan
S. 64 Erklärung der Roten Zora
S. 70 Unser Gezeter ...
S. 73 Aufruf zum Frauen/Lesbenblock in Köln
S. 77 Österreichweite Hausdurchsuchungen

S. 78 Befreiung ist nur im Kampf um Befreiung möglich
S. 80 Eine Kritik ...
S. 81 INFO's

Verlagspostamt 1090 Wien
Lesben/Frauennachrichten
Verein Kommunikationszentrum für Frauen
Währingerstr. 59/6
1090 Wien

Imp.:
Eigentümerinnen/Verlegerinnen
Herausgeberinnen
Verein Kommunikationszentrum für Frauen
Druck : Eigenvervielfältigung
Herstellungsort :WIEN

Die LesbenFrauen-Nachrichten
sind ausschließlich für Frauen Lesben und Mädchen

Die LesbenFrauen-Nachrichten verstehen sich **als Informationsblatt** des Autonomen FrauenLesben-Zentrum, **und als Zeitung**, d.h. als Forum für Diskussionen und Informationen der Autonomen FrauenLesben-Bewegung, gegen Sexuelle Gewalt, Zwangsheterosexualität, Sexismus & Patriarchat, gegen Eugenik und Rassismus, gegen Kapitalismus & Imperialismus.

Das Informationsblatt erscheint monatlich, Anfang des Monates **die Zeitung** 2 - 4 x jährlich.

Beim monatlichen Informationsblatt können wichtige Informationen mitgeschickt werden, maximal 1 Blatt, Mithilfe beim Kopieren, Falten, Verschicken werden erwartet und Mitfanzierung ist erwünscht **Bei der Zeitung** freuen wir uns auf Stellungnahmen, Diskussionsbeiträge und andere Zusendungen. Treffen des Zeitungskollektiv 14-tägig mittwochs im LFZ

Zu Abonnieren sind die LFN's mit Einzahlung von:
300.- Mitfrauenbeitrag jährlich
(Zeitung für's Ausland: 350.- für 5 Nummern)
bei: Bank Austria, BLZ 20151
Kommunikationszentrum für Frauen
Währingerstr. 59/6, 1090 Wien
Kontonr.: 697297307

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein feministischer, lesbischer öffentlicher Frauenort, d.h. ein Ort für Frauen und Mädchen zum Treffen, Kennenlernen, sich austauschen, diskutieren, spielen, streiten, lernen, gemeinsam was machen,....

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein politischer Frauenort, d.h. ein Ort, wo sich feministische Frauengruppen, Lesbengruppen, Mädchengruppen, Selbstverteidigungsgruppen, Arbeitskreise, Initiativen, Aktionsgruppen,..... treffen können, um an ihren Anliegen zu arbeiten, um sich mit anderen Gruppen auszutauschen, um gemeinsam eine feministische Struktur aufzubauen.

Das Autonome FrauenLesben-Zentrum
ist ein feministisch, lesbischer Frauenort in Selbstverwaltung, d.h., daß sich alle an der Organisationsstruktur und am Aufbau der feministischen Infrastruktur beteiligen (müssen).

LFZ-Gruppen
* Arbeitskreise, Initiativen, Vorbereitungsgruppen,...
* Beratungsstelle für ausländische Frauen und Mädchen Tel.:408 61 19
* Feministische Handwerkerinnen Tel.: 408 44 43
* Feministische Mädchenschule "Virginia Woolf Tel.: 403 98 10
* FZ-Beisl
* Regionale WEN DO-Gruppe Wien
* Kontaktadresse der Überregionalen WEN DO-Gruppe
* Lesben/FrauenNachrichten
* selbstorganisierte Trainingsgruppen (Mo.,Di.,Mi., Do.,Fr.)
* Solidisko

PLENAS
LFZ-Plenum: jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 18 h im 2.Stock
Beisl-Plenum: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18 h im Beisl

Eigentumsvorbehalt:
Diese Ausgabe der Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der Gefangenen oder der Patientin persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitung der Gefangenen oder der Patientin nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

M A H N W A C H E (3)

DER AKTIONSEINHEIT

"DER AUTONOME NOTRUF
UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN, WIEN, BLEIBT!"

Warum wir solidarisch hier, vor der MA 57-Frauen, protestieren:

Im Zuge des SPAR-Wahns der Regierung und der verschiedenen Parteien, gekoppelt mit einem verheerend gallopierenden Rechtsruck in Österreich - unter dem unausgesprochenen Motto und Konsens: "gespart wird vor allem dort, wo's ohnehin nichts mehr zu holen gibt" - findet ein ebenso rigoroser Kahlschlag und die Vernichtung der feministischen Frauenprojekte und damit die versuchte Beseitigung einer unliebsamen Opposition zur offiziellen Frauen"politik", einer Politik, die sich inzwischen mit ungustiösen Mitteln GEGEN die Mehrzahl der Frauen dieses Landes richtet (siehe Karenz für Alleinerzieherinnen, Pensionspolitik, Arbeitmarktpolitik, Bildungspolitik, etc. etc.) statt. Dieser soziale Kahlschlag, diese Sparkeule, verbunden mit politischer Repression, soll uns alle zum KUSCHEN UND RESIGNIEREN BRINGEN.

D E N K S T E ! ! !

Wir, Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, einzelne wie Projekte-Lesben/Frauen, sind hier, um Einigkeit im Kampf des nunmehr 13 Jahre lang arbeitenden AUTONOMEN NOTRUFS UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN, Wien, zu demonstrieren:
Ihr Kampf gegen die Vereinnahmungspolitik - namentlich durch die Frauen der SPÖ Wien - ist auch unser Kampf.

Der NOTRUF als alteingesessene und bewährte, ausdrücklich auf Seiten der betroffenen Frauen stehende, die Anonymität der Betroffenen garantierende Notrufs- und Beratungseinrichtung, soll auf Betreiben von SPÖ-Laska, SPÖ-Kail, also der MA-57, wie auch SPÖ-Brauner, SPÖ-Ludwig (mit dem Einverständnis des Herrn Häupl, alias Bürgermeister von Wien), gemeinsam mit deren "Paradetherapeutin" PERNER und anderen, beseitigt und durch einen VERBEAMTETEN STADT-WIEN BZW. SPÖ-EIGENEN "NOTRUF" ersetzt werden - bezahlt aus Steuergeld von Frauen und massiven Streichungen bei allen autonom-feministischen Projekten!!!

Die Mitarbeiterinnen des bewährten autonomen Notrufes werden mit aller Deutlichkeit und bei jeder Gelegenheit öffentlich, z.B. bei JournalistInnen diverser Tageszeitungen, als Lesben (..."für vergewaltigte Frauen eine Zumutung..."), als "gefährliche Linksradikale", "als gefährliche Autonome im Zusammenhang mit der 'Tat-Blatt-Affäre', vor denen nur gewarnt weden kann"... usw. usw. denunziert und vielleicht auch schon bald kriminalisiert. DEN BETREIBERINNEN DIESER HEXENJAGD SIND ALLE MITTEL RECHT, weil ihnen der Widerstand - nicht nur des Autonomen Notrufs selbst - sondern auch zum Ausdruck gebracht durch die zahlreichen Unterstützungs- und Protestbriefe/Faxe/Telegramme aus dem In- und Ausland wie auch durch tausende vorhandene Solidaritätsunterschriften, nicht mehr ganz geheuer ist. Und in ihrer Machtgeilheit setzen sie Handlungen, die wir als übergeschnappt qualifizieren - DER AUTONOME NOTRUF WIRD EXEMPLARISCH FÜR ALLE FRAUEN/LESBENPROJEKTE VON SPÖlerinnen VERGEWALTIGT!

Wir, DIE FEMINISTISCHE AKTIONSEINHEIT *"DER AUTONOME NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN BLEIBT!!!"* fordern die Genannten auf, diese beispielslose Besudelungs- und Denunzierungskampagne - die letztlich auf alle feministischen Projekte und Frauen zielt - auf der Stelle zu stoppen!

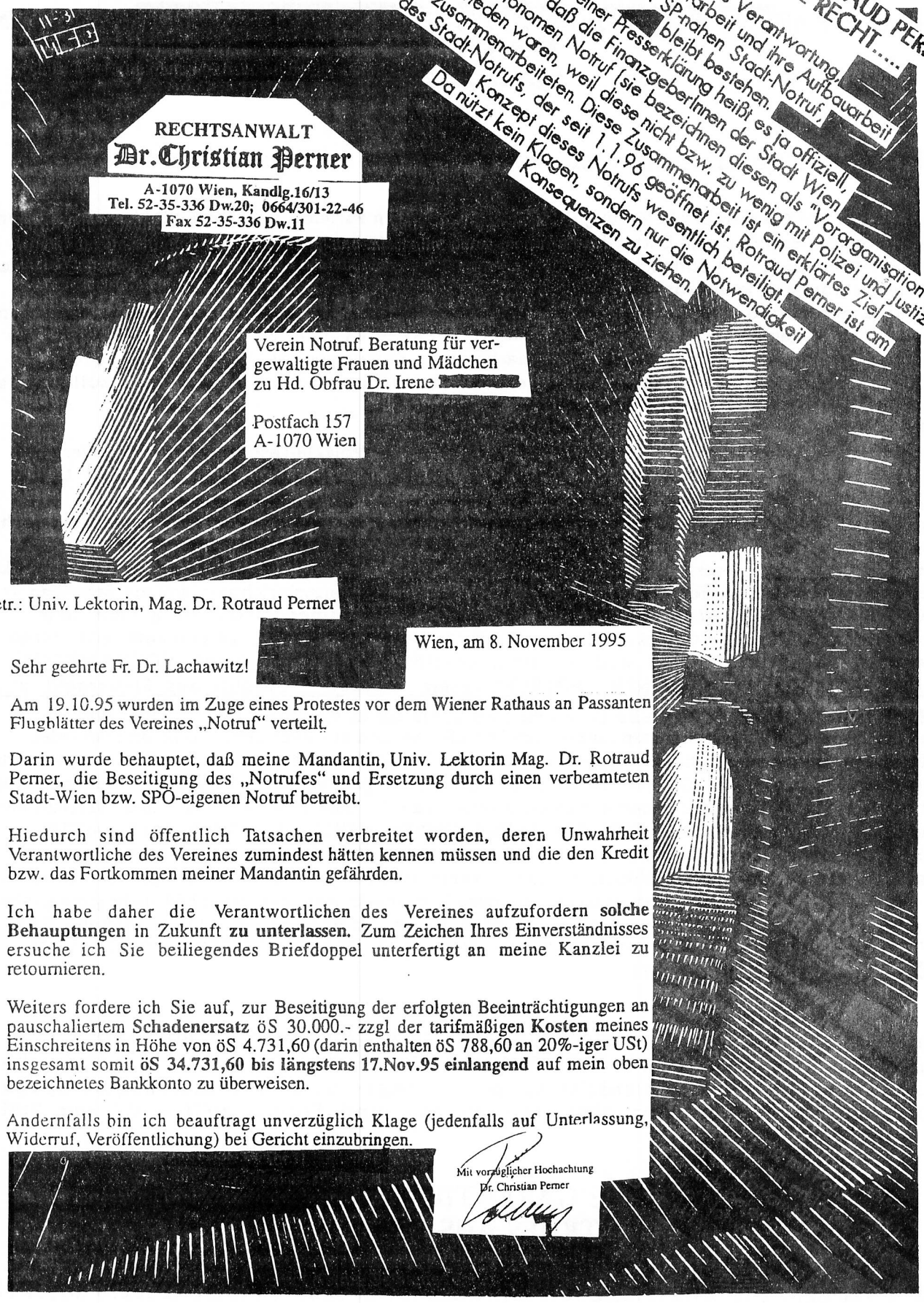
WIR FORDERN DIE GARANTIERTE FINANZIERUNG DES BESTEHENDEN NOTRUFS AUS DEM GEMEINDEBUDGET:
6 MILLIONEN SCHILLING FIX UND JÄHRLICH!

WIR FORDERN DIE AUSREICHENDE FINANZIERUNG DER FRAUEN/LESBENPROJEKTE!
SCHLUSS MIT BEVORMUNDUNG, KONTROLLE UND REPRESSION!

WIEN, 19. OKTOBER 1995

(4)

ROTRAUD PERNER KLAGT



RECHTSANWALT
Dr. Christian Perner

A-1070 Wien, Kandlg.16/13
Tel. 52-35-336 Dw.20; 0664/301-22-46
Fax 52-35-336 Dw.11

Verein Notruf. Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen
zu Hd. Obfrau Dr. Irene [redacted]

Postfach 157
A-1070 Wien

betr.: Univ. Lektorin, Mag. Dr. Rotraud Perner

Wien, am 8. November 1995

Sehr geehrte Fr. Dr. Lachawitz!

Am 19.10.95 wurden im Zuge eines Protestes vor dem Wiener Rathaus an Passanten Flugblätter des Vereines „Notruf" verteilt.

Darin wurde behauptet, daß meine Mandantin, Univ. Lektorin Mag. Dr. Rotraud Perner, die Beseitigung des „Notrufes" und Ersetzung durch einen verbeamteten Stadt-Wien bzw. SPÖ-eigenen Notruf betreibt.

Hiedurch sind öffentlich Tatsachen verbreitet worden, deren Unwahrheit Verantwortliche des Vereines zumindest hätten kennen müssen und die den Kredit bzw. das Fortkommen meiner Mandantin gefährden.

Ich habe daher die Verantwortlichen des Vereines aufzufordern **solche Behauptungen** in Zukunft **zu unterlassen.** Zum Zeichen Ihres Einverständnisses ersuche ich Sie beiliegendes Briefdoppel unterfertigt an meine Kanzlei zu retournieren.

Weiters fordere ich Sie auf, zur Beseitigung der erfolgten Beeinträchtigungen an pauschaliertem **Schadenersatz** öS 30.000.- zzgl der **tarifmäßigen Kosten** meines Einschreitens in Höhe von öS 4.731,60 (darin enthalten öS 788,60 an 20%-iger USt) insgesamt somit **öS 34.731,60 bis längstens 17.Nov.95 einlangend** auf mein oben bezeichnetes Bankkonto zu überweisen.

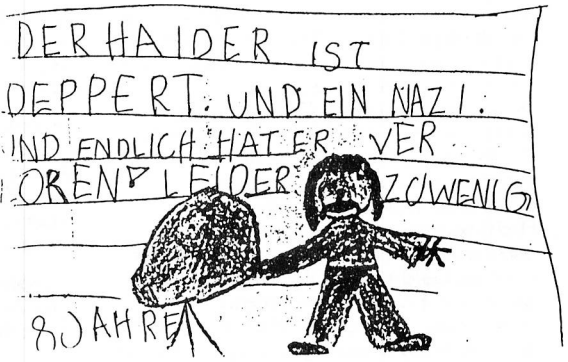
Andernfalls bin ich beauftragt unverzüglich Klage (jedenfalls auf Unterlassung, Widerruf, Veröffentlichung) bei Gericht einzubringen.

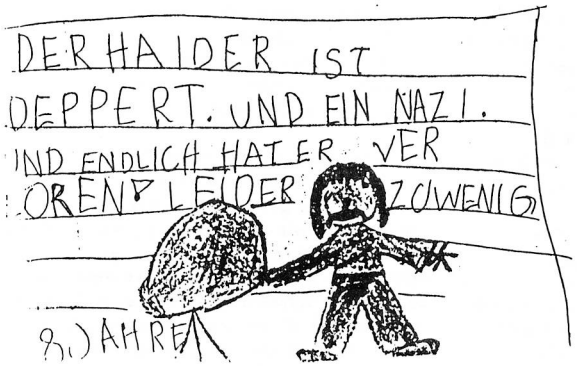
Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Christian Perner

ANFRAGE IM PARLAMENT (5)
WEGEN "VIRGINIA WOOLF"

Anfrage am 30 Juni 1995 an Kaspar Einem
von den Abg. z. Nationalrat Kiss und Kollegen

..... schriftliche Anfrage betreffend "den Verein Virginia Woolf" mit folgenden Wortlaut:
1 - Wie lauten die Statuten des Vereins Virginia Woolf
2 - Wie setzt sich der Vorstand des Vereines zusammen
3 - Werden zur Zeit irgendwo rechtliche Schritte in Bezug auf den Verein in die Wege geleitet
4 - Wenn ja, welche und aus welchen Gründen
.....





K. Öllinger, von den Grünen, reagiert am 11.9.1995 mit einer:
" Außergewöhnliche Parlamentarische Anfragen"

Einladung

zu einem Dialog zwischen den AnfragenstellerInnen
Werner Amon, Paul Kiss, Dkfm. Mag. Josef Mühlbachler, Walter Murauer, Hermann Böhacker, Mag. Willi Brauneder, Dr. Martin Graf, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Dr. Liane Höbinger-Lehrer, Dr. Michael Krüger und VertreterInnen der Vereine, die Gegenstand ihrer Anfrage im Frühjahr 1995 waren.
.....Programm:.....

Die Frauen des Vereins Virginia Woolf antworten:

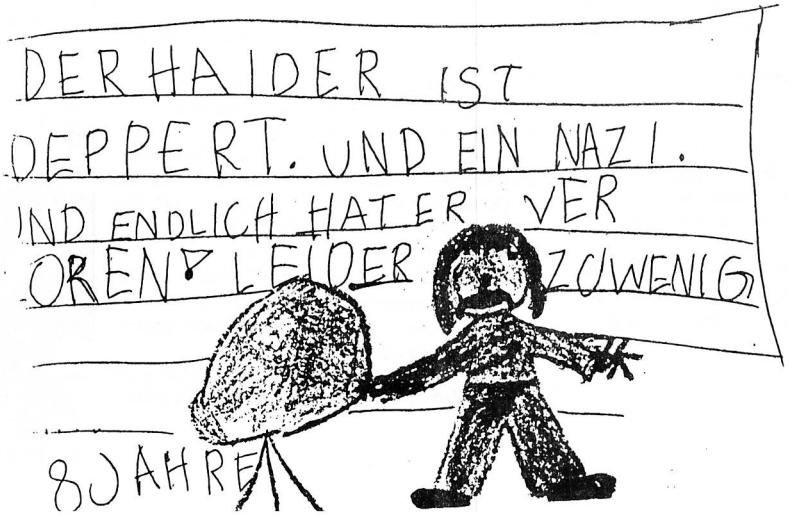
An: Der Grüne Klub im Parlament
z.H. alle Grünen

Zur Veranstaltung heute 19.9.1995, um 17 Uhr 30 - Lokal VIII, Parlament

"Er wird sich uns einmal auf sein Brot legen, wenn nicht wir ihm schon vorher eine Schmieren!

Elfriede Jelinek, "Die Kinder der Toten"

i.V. alle Vereinsfrauen, Virginia Woolf



OFFENER BRIEF AN DEN NOTRUF

Wir schreiben euch einen offenen Brief, weil wir die Kritik öffentlich machen, und euch zu einer Stellungnahme auffordern wollen.
Im Herbst 95 erfuhren wir, daß die FPÖ und Haider euch 10.000.- gespendet haben. Wir waren stinkwütend auf die F-Faschisten, daß sie mit läppischen 10.000.- Feministinnen kaufen wollen, und mit Frauen gegen Frauen einen Politikschacher versuchen.
In Wut ruderten unsere Gedanken - was würden wir tun, was könntet ihr tun mit dem Geld - sofort mit einer Erklärung zurückschicken, das Geld mit einer öffentlichen Erklärung sog. illegalen Flüchtlingsfrauen geben, das Geld einer antirassistischen Frauengruppe geben, oder mit dem Geld ein Flugblatt vom Notruf gegen den F- und Staatsrassismus finanzieren,.... Hitzig überschlugen sich unsere Gedanken und Empörungen. Einig waren wir uns darin, daß ihr das Geld nicht ohne öffentliche Stellungnahme nehmen sollt. Gleichzeitig wußten wir ja, daß euch das finanzielle Wasser bis zum Hals steht. Der Wiener SP-Magistrat dreht euch als autonomen feministischen Notruf gegen Vergewaltigung, komplett das Geld, die Subventionen ab. Der SP-Magistrat will die autonome feministische (Projekt-)Politik gegen Vergewaltigung aushungern, eure solidarische Unterstützung von Frauen, ein gemeinsames Handeln mit unserer Trauer und Wut, mit unserer Verzweiflung und unserem Zorn, die jede Vergewaltigung einer Frau bewirkt.
Die SPÖ und der Stadtmagistrat Wien bauen einen mit Millionen geförderten Stadt-Notruf auf, dessen erklärtes Ziel es ist, schwerpunktmäßig mit Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Also ganz nach Konzept der "Integrationsstellen", nach dem Modell des US-amerikanischen "Toulouth-Projekts", daß das Frauenministerium in den verschiedenen Bundesländern in Zusammenarbeit mit den Frauenhäusern und anderen Stellen errichten will. Frauen sollen als Betroffene von Gewalt und als Handelnde gegen diese Gewalt ruhig gestellt werden.

Wir wissen wie sehr dieses "abgedreht werden" Frauen, die in den Projketen arbeiten, unter Druck setzt. Trotzdem erwarteten wir, daß ihr öffentlich Stellung bezieht. Aber es kam nichts.
Auf Nachfragen wurde die ganze Geschichte noch dicker.

Zur Vorgeschichte:
In den "Sommergesprächen" im ORF mit diversen PolitikerInnen, wurde diesen u.a.verschiedene Projekte vorgelegt, und gefragt, welche sie finanziell unterstützen würden. So auch Haider. Dieser sortierte aus, welche er alle NICHT unterstützen würde, und übrig blieben die Tierschützer und der Notruf. Haider sagte also öffentlich im ORF, daß er den Notruf mit 10.000.- unterstützen würde. Als danach von Haider nichts kam, verfaßtet ihr ein Schreiben mit der Aufforderung, wenn er's schon öffentlich vertritt dann soll er's auch tun. Und ihr bekamt als Antwort eine Spende der FPÖ mit 10.000.– !!!

Nun Geld stinkt nicht, denken vielleicht einige von euch, aber es hat den Beigeschmack von den F-Faschisten und der Politik die sie machen, die stinkt nicht nur, ihre Praxis und ihre Ziele sind für viele tötlich.
Haider hat in der selben Sendung z.B. gesagt, daß er GEGEN ein Asylrecht aufgrund von Vergewaltigung ist, weil da könnte ja jede kommen.....

Ein Land,
das Vergewaltigungen
sei es im Krieg
auf der Flucht
oder wo auch immer
nicht als Verbrechen
gegen die Menschlichkeit
ächtet

ein Land, das
jegliche Verfolgung aufgrund
des Geschlechts
nicht als Asylgrund
anerkennt
kollaboriert mit den Tätern

in jedem Land
auch im eigenem
(Plakattext von GegenDruck, Hamburg)

Die Spaltung von Frauen in "gute" und "schlechte" ist sexistisch und rassistisch, und entspringt einer faschistischen Auslese.

Jede Vergewaltigung ist ein Angriff auf ALLE Frauen, ist patriarchale Folter um männliche Vorherrschaft und männliche Besitzansprüche zu demonstrieren und durchzusetzen, um Frauen einzuschüchtern, um Frauen zu unterwerfen, um Frauen zu brechen.
Die feministische Bewegung hat für diese Analyse von Vergewaltigung aus der Sicht von Frauen gekämpft und sie öffentlich gemacht. Aus diesem Wissen sind u.a. Projekte wie Notrufe, Beratungsstellen, Veröffentlichung von Vergewaltigern, Selbstverteidigung, Aktionen gegen Vergewaltiger, Unterstützung von Frauen die sich gewehrt haben, und die Forderung nach Anerkennung von Vergewaltigung als Asylgrund,...u.a.m. entstanden.

Im Patriarchat ist die "gute" Frau die, die dem Mann zugetan ist, die ihn bedient, umsorgt, immer für ihn bereit ist, die sich als seine "moralisch bessere", aber ihm untergeordnete Hälfte versteht.
Die eigen-ständige und eigen-sinnige Frau wird dabei zur "Bösen". Sie, die als Lesbe lebt und sich selbst und anderen Frauen zugeneigt ist; Sie die Arbeiterin, die ihr eigenes Geld verdient und vom Mann verlangt seinen Anteil an Hausarbeit und an der Arbeit für Kinder zu übernehmen; die Arbeiterin, die für gerechte und gleiche Bezahlung kämpft, weil sie den Mann nicht als Ernährer und Familienoberhaupt akzeptiert; Sie, die als Prostituierte arbeitet und für die sexuellen Dienste am Mann Geld nimmt, wo mann doch denkt, daß dies im doch jederzeit gratis zur Verfügung steht; Sie die Alleinerzieherin, die all die Arbeit auf sich nimmt, und sich trotz Entscheidung für Kinder, nicht der männlichen Vormundschaft und der emotionalen und finanziellen Abhängigkeit von einem Mann unterstellt;....

Rassismus und Nationalismus spaltet uns als Frauen nochmal mit Argumenten von Staatszugehörigkeit/Paß, Hautfarbe, Muttersprache und kultureller + sozialer Geschichte. Die Ausgrenzung aufgrund von Rassismus und Nationalismus betreiben die Herrschenden, indem sie z.B. Gesetze wie die Ausländergesetze, Asylgesetze usw. schaffen und Menschen mit unterschiedlicher Staatszugehörigkeit, Hautfarbe, Muttersprache, mit unterschiedlichen sozialen Lebenszusammenhängen hierarchisch bewerten, die sogenannten "Anderen" jagen, einsperren, aussperren, töten.
Die Ausgrenzung aufgrund von Rassismus und Nationalismus betreiben wir aber auch selbst, wenn wir unsere Schwestern ohne österreichischem Paß, mit z.B. türkischer, serbokroatischer, slowenischer,...Sprache ignorieren, wenn wir so tun als wäre ihre rassistische Verfolgung und Ausbeutung nicht auch ein Angriff auf unsere gemeinsamen Ziele - nämlich die Befreiung aller Frauen, eine Befreiung die u.a. Gleichwertigkeit, Eigenständigkeit und Lebendigkeit einer jeden Einzelnen beinhaltet.
Wir gehören als weiße, deutschsprachige Frauen mit österreichischem Paß zu einer privilegierten Gruppe in Österreich. Die sexistische Gewalt betrifft uns als Frauen alle, aber wir werden nicht rassistisch beschimpft und angegriffen, wir können nicht abgeschoben werden, uns kann nicht die Einreise verweigert werden (höchstens die Ausreise...), wir haben erstmal Zutritt zu allen (erkämpften) Sozialleistungen (die sie grad kräftig kürzen).
Dies alles sind keine Privilegien, sondern Rechte die ALLEN die hier leben zustehen. Solange diese Rechte nicht für alle gelten, werden sie zu Privilegien für einige, für eine bestimmte Gruppe. Wir müssen dafür kämpfen, daß dieses selbstverständliche Recht auch Recht wird. Wir tragen den Rassismus mit, wenn wir uns auf unsere Privilegien zurückziehen.

Wir sehen euch als Teil dieser feministischen Bewegung, und wir wissen bisher, daß ihr diese Forderungen und Ziele mit uns teilt. Entsetzt sind wir daher darüber, wie ihr durch finanziellen Druck so sehr die Augen verschließt. Das Geld war keine staatliche Subvention, sondern eine Parteispende. Indem ihr keine öffentliche Stellung gegen die FPÖ bezieht tragt ihr die rassistische Politik der FPÖ mit, die z.B. Frauen, die von einem anderen Land vor Verfolgung und Folter durch Vergewaltigung fliehen, ausgrenzen, die den Rassismus im Land anheizen, die "Ausländer" für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen, die faschistische Schlägertrupps finanzieren und fördern, usw.

"Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich. Ich bin nicht frei, solange noch ein einziger Farbiger Mensch in Ketten liegt. Und solange seid auch ihr nicht frei."
Andre Lord

Grüße
Eine aus den autonome feministische LesbenFrauen-Zusammenhängen

HEER WIRD NIE MODERN

Protest gegen die frauenfeindliche Modeschau bei der Militärparade

Die Zeit steht auch bei den Militärs nicht still. Sie schreiten mutig in das Vergangene voran. Voller Gleichbehandlung dürfen nun auch Frauen mitmarschieren.

Frauen als Lockvögel!

Junge Modeschülerinnen als zukünftige Frauen im Heer!

So scheint sich Verdeidigungsminister Fasslabend die Rolle der Frau im Machtapparat Militär vorzustellen. Das, was uns hier als Emanzipation verkauft werden soll, dient der Stimmungsmache für eine gewünschte Teilnahme an Militärbündnissen.

Wir Frauen lassen uns nicht für blöd verkaufen!

Hier geht es um Kriegsvorbereitung und letztendlich um KRIEG!

WIR VERWEIGERN!

Und sie werden marschieren, diszipliniert und schweigsam, gehorsam bis in den Tod. Und der einzelne verschwindet in den Massen, entmenschlicht durch Uniform, reduziert auf reines Funktionieren. Erhaben werden die offiziellen Vertreter des Staates - fast mit persönlichen Stolz - von der Ehrentribüne lächeln. Repräsentiert wird das Sich-verlassen-können auf Ordnung, Ausführung von Befehlen, Befolgen von Gesetzen. Ja, unsere Untertanen, auf sie ist Verlaß; sie sind unter Kontrolle.

Wo kann man das, was in der Gesellschaft passiert, symbolisch noch besser verdeutlichen als bei den Staatsritualen und öffentlichen Begrüßungszeremonien? Dabei überlächelt man gütig die Kleinigkeiten, wie die Kranzniederlegung beim Denkmal des Toten Kriegers am Heldenplatz. Seit Jahren gibt es Vermutungen, daß unter diesem Grab ein Nazibekenntnis des faschistischen und niemals entnazifizierten Bildhauers Frass versteckt liegt. Und die Düsenjäger werden über Wien donnern, wie NATO-Kampfjets über Bosnien.

Der Militärapparat demonstriert Macht, das Parlament hat sich gerade aufgelöst.

Presseaussendung:
Frauenaktionsgruppe gegen die Militärparade
Betrifft: Massenverhaftung von Frauen am 26.10.1995

Unter dem Motto: "Heer wird nie modern" protestierten heute etwa 40 Frauen gegen die frauenfeindliche Modeschau bei der Militärparade vor dem Rathaus.

Die Aktivistinnen betraten vor Beginn der Schau die Bühne mit einem Transparent. Sie demonstrierten **gewaltfrei** mit "blutbefleckten" Leintüchern die wahre Mode des Krieges und protestierten **gegen die Ästhetisierung des Krieges und Militarismus.**

Seitens der Exekutive erfolgte keine Aufforderung, die Bühne zu verlassen.

Die ganze Aktion verlief völlig friedlich.

Nach etwa 10 Minuten **stürmten Wega-Einheiten ohne Vorwarnung** von hinten die Bühne. Die Aktivistinnen wurden nach hinten weggerissen und über die Stufen zum Rathaus hin gezerrt, geschoben und getreten.

Obwohl die Frauen keinerlei Widerstand leisteten, wurde mit brachialer Gewalt vorgegangen. Derzeit sind etwa 30 Frauen und auch ZuschauerInnen, die sich mit der Aktion solidarisierten, in Haft.

Wir protestieren auf's Schärfste gegen dieses Vorgehen seitens der Exekutive und fordern die sofortige Freilassung der Inhaftierten!

Die verhafteten Frauen und die sich solidarisierenden Männer wurden nach ca. 4 - 8 Stunden freigelassen. Die Behandlung der Bullen war wie immer schikanös.

Veranstaltung/Seminar des AK Schwarzau im LFZ, Okt 95,
mit Referate und Diskussion zu: "Alltag im Häfn", "Frauen, die töten", "Schubhaft", "Innere Aufrüstung" und "Outlaw women"
Anschließend war die Frauendemo zum Frauenhäf'n Schwarzau. Obwohl nur ca. 9 Frauen bei der Demo waren, war die Stimmung beim Häfn sehr gut. Es gab viel Kontakt mit den Frauen drinnen. Sie freuten sich über den Besuch vor der Mauer. Einige Monate vorher schafften es 3 ausländische Frauen die Flucht aus dem Häfn. Bravo !!!

abgetippt von LFN

Textvorlage: Arbeitskreis Schwarzau, Bunte Hilfe Darmstadt

(8)

HÄFEN KNAST HÄFEN

Schwarzau/Steinfeld ist ein kleiner Ort in Niederösterreich ca. eine Autostunde von Wien entfernt.
Dort befindet sich Österreichs größte Strafvollzugsanstalt (StVA) für Frauen. Da die Schwarzau die einzige Strafanstalt für Frauen mit einer Haftstrafe über einem Jahr in Österreich ist, müssen die BesucherInnen oft enorme Anfahrtszeiten auf sich nehmen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Schwarzau mit Öffentlichen Verkehrsmitteln sehr schlecht zu erreichen ist. Die Besuchszeiten sind so angelegt, daß auch Berufstätige, die in der Umgebung wohnen, kaum eine Möglichkeit haben, diese wahrzunehmen. Besuche werden nur als lästige Mehrarbeit für das Personal betrachtet.

POWER DURCH DIE MAUER - BIS SIE BRICHT!!!

Jede Strafgefangene muß arbeiten, völlig egal unter welchen Voraussetzungen. Frauen, die bereits wegen ihres Alters in "Freiheit" schon in der Pension waren und über Jahrzehnte der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen sind, müssen im Knast für Niedrigstlöhne den Privatfirmen (z.B. EDUSCHO, HENKEL ...) weiterhin zu noch höheren Gewinnen verhelfen. In manchen Werkstätten wird nach Akkordsystem gearbeitet, wobei der Akkord so hoch ist, daß Frauen 8 Stunden arbeiten, aber nur für 4 Stunden bezahlt werden. Der maximale Stundenlohn liegt bei ca. 3 Schilling.
Frauen mit Körpergehinderungen und erkrankte Frauen sind davon auch nicht ausgenommen. Zum Nutzen der herrschenden Gesellschaft wird jede Frau, ausgebeutet. Rausgepreßt wird, was geht!
Das Häfenpersonal läßt sich die Kleidung waschen, bügeln, nähen und ihre Häuser in Stand halten, die nahe der Strafanstalt sind. Diese Scheißarbeit unter vielen anderen soll Privileg für Frauen sein, die sich erzwungenermaßen der Häfenordnung anpassen. Arbeitsverweigerung und andere Verstöße gegen die Knastordnung werden mit Streichung des Besuchsrecht,Hofgang, Privateinkauf, Postschikanen und Verbot von Freizeitaktivitäten usw. ... zusätzlich bestraft.

Frauenstrafvollzugsanstalt Schwarzau

Wenn Frauen sich nicht disziplinieren lassen wollen, nicht bereit sind, sich unterzuordnen, auf ihre schon stark reduzierten Rechte bestehen, oder sich gegen Angriffe zur Wehr setzen, landen sie im Bunker.
Die Bunkerzeit soll Frauen korrigieren. Diese knapp 5 x 5m Zelle liegt abgesondert im Keller. Die Frauen sind während dieser Zeit völlig isoliert, zu Bekehrung gibt´s die Bibel und sonst nix.
Durch solche Maßnahmen zeigen sie ihre Macht und versuchen den Widerstand der Frauen zu brechen.
Also so: **Tut was wir** von euch **wollen** - und dafür lassen **wir euch tun, was wir wollen.**

TROTZ KNAST, ÜBERWACHUNG; UND PSYCHIATRIE - IHR BRECHT UNS FRAUEN/ LESBEN NIE!!!

Zusätzlich zu diesen Haftbedingungen sind nicht-österreichische Frauen dem Rassismus ihrer Mitgefangenen und dem des Wachpersonals ausgesetzt.
Frauen sind oft über die Sprache isoliert. Zu vertrauten Menschen haben sie auch keinen Kontakt, wenn sie nicht schon länger in Österreich lebten.
Nachdem die Frauen für alles Antragsformulare ausfüllen müssen und diese nicht in allen Sprachen übersetzt sind, ist es für sie äußerst schwierig, zu ihren "gesetzlich festgelegten Rechten" zu kommen.
Bei der Arbeitszuteilung sind Sie es, die die schlechtest bezahlten Arbeiten zugewiesen kriegen. Von diesem Geld müssen sie auch noch die Kosten für die Abschiebung in Hunger, Folter, Krieg und Tod finanzieren.

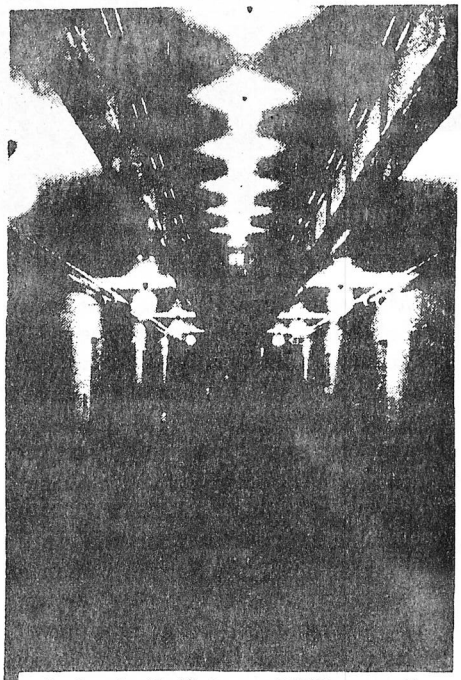
ABSCHIEBUNG IST FOLTER - ABSCHIEBUNG IST MORD - WIR BEKÄMPFEN SIE AN JEDEM ORT

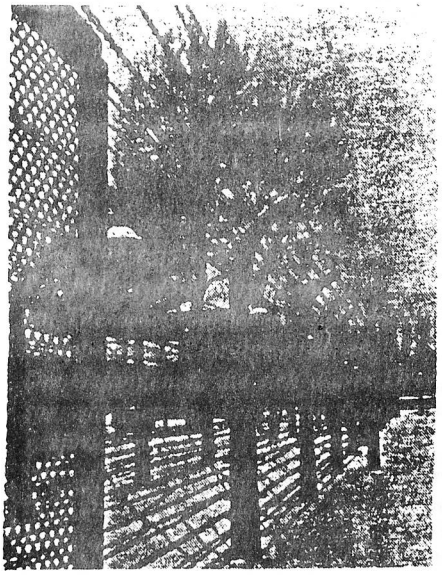
Seit Anfang 93 wird in der Schwarzau emsigst umgebaut, um an den westlichen Sicherheitskontrollstandart aufzuschließen. Was in Bundesdeutschen Frauengefängnissen seit den 80er Jahren praktiziert wird, gibt´s auch demnächst in Österreich.

Österreichs Knäste werden für "Wohngruppen-Behandlungsvollzug" umfunktioniert. Der "Wohngruppenvollzug bzw. differenzierte Behandlungsvollzug" ist nichts anderes als die Isolation der Gefangenen in Kleingruppen. Die totale Kontrolle durch Festlegung ihrer Zusammensetzung, die von Psychologen und Soziologen bestimmt wird. Die Frauen werden so ausgewählt, daß sie keine Berührungspunkte haben. Damit soll verhindert werden, daß gemeinsames solidarisches Handeln entwickelt wird.

Das Ziel ist, daß sich die in ihren Wohngruppen vereinzelten Gefangenen den Druck des "Behandlungsvollzugs" beugen. Das funktioniert so: die Gefangenen sollen ihr vorheriges Leben und Verhalten - weswegen sie eingesperrt sind - als krank akzeptieren, um dann aktiv daran mitzuarbeiten, wieder sogenannte wertvolle Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Wie das wertvolle Gesellschaftsmitglied auszusehen hat, vermitteln Psychologen/Soziologen in sogenannten Therapiegesprächen, in Form von Gruppen- und Einzelgesprächen.

Die Gefangenen, die sich dieser Dressur widersetzen, werden in Gruppengesprächen durch die anpassungsbereiten Mitgefangenen noch zusätzlich unter Druck gesetzt. Anpassensbereite/Kooperative Gefangene werden in ihrem Verhalten durch die Psychologen, die diese Gespräche leiten, bestärkt. Das heitßt, die Bewahrung der Persönlichkeit, die Veteidigung der eigenen Rechte und die Auflehnung, um sich nicht zur allestuenden Marionette zurichten zu lassen, wird so in Gruppengesprächen zu einer Marotte Einzelner gestempelt. Sie gefährden die Privilegien und Vergünstigungen der ganzen Gruppe, denn schafft es die Gruppe nicht, das "schwarze Schaf" wieder gefügig zu machen, drohen Kollektivstrafen. Parallel dazu soll den kämpfenden Gefangenen ein schlechtes Gewissen eingeflößt werden, daß sie an der Verschärfung Schuld seien bzw. sollen es auch die anderen begreifen. Dieser so aufgebaute Gruppenstreß soll bewirken, daß sich die Gefangenen der Dressur zum "wertvollen Gesell-





schaftsmitglied" fügen UND vor allen Dingen selbst aktiv daran mitarbeiten. Aktiv daran mitzuarbeiten heißt konkret: widerständige/kämpfende Gefangene nicht zu unterstützen, ihnen im Gegenteil sogar klarzumachen, daß es verkehrt ist, sich zu wehren bzw. sie auch noch bei den Wärtern und Psychologen zu verpfeifen. Das ist der einzige Weg zu Hafterleichterungen und Privilegien.

Am 7.4.89 traten die Frauen von Berlin/Plötzensee, die seit Jahren den Wohngruppenvollzug unterliegen, zum zweiten Mal in einen unbefristeten Hungerstreik. Dieser steht im Zusammenhang mit dem bundesweiten Hungerstreik seit 1.2.89 der kämpfenden Gefangenen, die die Zusammenlegung in selbstbestimmte Großgruppen forden. In ihrer Hungerstreikerklärung schreiben die Plötze-Frauen:

"Seit Jahren unterliegen wir Bedinungen, die unmenschlich, die der kalte Hohn auf alles lebendige sind, als wäre es das selbstverständlichste auf der Welt, Menschen nicht nur die Freiheit zu rauben, sondern ihnen zusätzlich auch noch jede Lebensäußerung und äußeren Einflüsse zu entziehen; sie in Zwangsgemeinschaften zu pferchen und gegenseitig auszuspielen und mit Kollektivstrafen zu belegen, die jedes soziale, kollektive, menschliche Verhalten, der durch sie produzierten Angst ausliefern sollen, durch das eigene Verhalten, den anderen Nachteile zu bringen. Wir haben das viel zu lange als gegeben hingenommen, viel zu kurz immer nur aufgemuckt. Die Selbstzensur hat sich mit dem Zensor in unseren eigenen Köpfe gefressen, die Mauern in unsere Herzen. Jeztz reicht's, das ist hier kein Science Fiction ohne Ende, wir haben eine eigene Realität, denn WIR sind hier und wir leben, lachen, denken und fühlen noch und das laßen wir uns auch nicht nehmen, sie haben uns schon genug geklaut!"

Im Wohngruppenvollzug fließen zwei Erfahrungsstränge des Srafens zusammen. Zum einen die architektonischen Erfahrungen der Einzel-Isolation und Deprivation wie sie die politischen Gefangenen hier seit ca. 18 Jahren erfahren, zum anderen die Erfahrungen gruppendynamischer Beeinflussung, wie sie die Nazis in den KZ's praktizierten, aber wie sie auch von US-Amerikanern in den 70er Jahren entwickelt wurden und angewandt werden. Diese beiden Stränge zusammen ergeben die bis jetzt am weitesten entwickelte Strafform.

Wohngruppenvollzug hat also nichts mit Zusammenlegung zu tun, sondern ist Isolation kleiner Gruppen untereinander und innerhalb der Kleingruppe die Isolation der Gefangenen untereinander durch bewußtes Gegeneinanderausspielen und fördern der Konkurenz.

(Text aus: Bunte Hilfe Darmstadt, 1993)

Einstweilen ist der Wohngruppenvollzug in Österreich für Frauen aus der "Mutter-Kind-Abteilung" und jugendliche Frauen geplant.
Die angegebenen Kosten belaufen sich auf 200 Mio. Schilling (es grüßt das belastende Sparpaket).

WO GEWALT IST, IST AUCH WIDERSTAND, WO WIDERSTAND IST, IST MEHR GEWALT. WO MEHR GEWALT IST, IST MEHR WIDERSTAND ... DIE LETZTEN WERDEN DIE ERSTEN SEIN!!!

(Aus einem Brief von Gudrun Ennslin Anfang 1973)

von AK Schwarzau zu

FRAUEN, DIE TÖTEN
KRIMINALISIERUNG VON FRAUEN

STATISTIK

Ich hab da als erstes eine Statistik. 18,9 % aller gerichtlich strafbaren Handlungen werden von Frauen begangen. Davon 9,2 % ist Anteil an Verbrechen, alles andere sind Vergehen. (1). Und von diesen 9,2 % sind 23,3 % Mord. In der USA ist das so, daß 10 % aller Gewalttaten von Frauen begangen werden, und 15 % aller Tötungsdelikte.
Die Opfer finden sich meistens im Familienkreis, sind sog. Konfliktmorde, sind meistens Ehemänner, Lebensgefährten, Partner und eigene Kinder, die Kinder stehen sogar an erster Stelle.
Bei Kindsmord ist es erstmal ein Gerücht, daß Frau die potentielle Kindesmörderin ist, weil statistisch genauso viele Männer wie Frauen ihre Kinder umbringen. Meistens sind es Situationen, wo es schon lange vorhersehbar ist, daß es zu einem Ausbruch kommehn wird, weil z.B. die Frau aufgrund der finanziellen Situation abhängig ist, emotional abhängig ist, geschlagen wird.

KINDSMORD

Ich habe einen Artikel, also einen "Fall", den ich typisch finde für Kindsmord. Also: "Die Taten gleichen sich auf bestürzende Weise, auch die Umstände, die immer wieder dazu führen. Die Täterinnen sind verzweifelte, in ausweglosen Situationen befindende Mütter, die Opfer sind ihre Kinder. Die Frauen töten die Kinder als Teil von sich selbst, sie schicken ihr Liebstes voran in den Tod, um ihr anschließend nachzufolgen. Oft führt das Schicksal dazu, daß die Kraft dazu versiegt. Dann ist das Kind tot und die Mutter wie tot und lebt dennoch."
Das ist die Beschreibung von einer gewissen Christine Probst, "die am Mittwoch, dem 27.7. zu Hause 4 Tabletten, Togal, mit Wasser auflöste, mit Traubensaft und Aprikosensaft vermischte, und ihrem Kind im Fläschchen gab. Das Kind trank und schlief in den Armen der Mutter ein. Allein zurückgelassen hätte sie es nie. Es sollte nicht leiden, sich nicht ängstigen und den Tod nicht spüren". Die Vorgeschichte ist ungefähr so. 1981 heiratet diese Frau ihren Mann Ulf Probst, der beruflich sehr ehrgeizig ist. Er arbeitet irsinnig viel, sie ist hauptsächlich alleine, sie wird schwanger, es ist eine Eileiterschwangerschaft. Danach heißt es sie kann nie wieder Kinder kriegen. Er hat dann eine Geliebte. Sie fangt an zu trinken, wird Alkoholikerin. Der Mann hat einen Herzinfakt, geht in Konkurs. Es wird alles gepfändet. Sie wird dann doch noch einmal schwanger, will also dieses Kind bekommen, als Rettung der ganzen Beziehung. Irgendwann sieht sie aber, daß alles so weitergeht. Sie findet keinen Job, weil sie mit ihrem Mann mit der Firma in Konkurs gegangen ist. Im Endeffekt sieht sie dann keinen Ausweg mehr, kein Geld, keinen Job, der Mann bei der Freundin, und will sich umbringen. Sie ist medikamentensüchtig und alkoholsüchtig, und bringt eben ihr Kind um. In diesem Fall hat sie "nur" 3 Jahre bekommen, weil sogar der Staatsanwalt gesagt hat, daß hier eher der Mann schuldig ist.
Also das sind die sog. "Kindsmordfälle", wo sich die Frauen immer selbst umbringen wollen, und halt zuerst die Kinder umbringen. Meistens aber eher aus Liebe (?..d.Tip.), weil sie sagen, sie können dem Kind nicht zumuten, daß es in dieser Welt alleine bleibt, oder ohne Mutter, oder daß das Kind das selbe Leben führen muß, wie die Mutter.

FRAUEN, DIE IHREN MANN TÖTEN

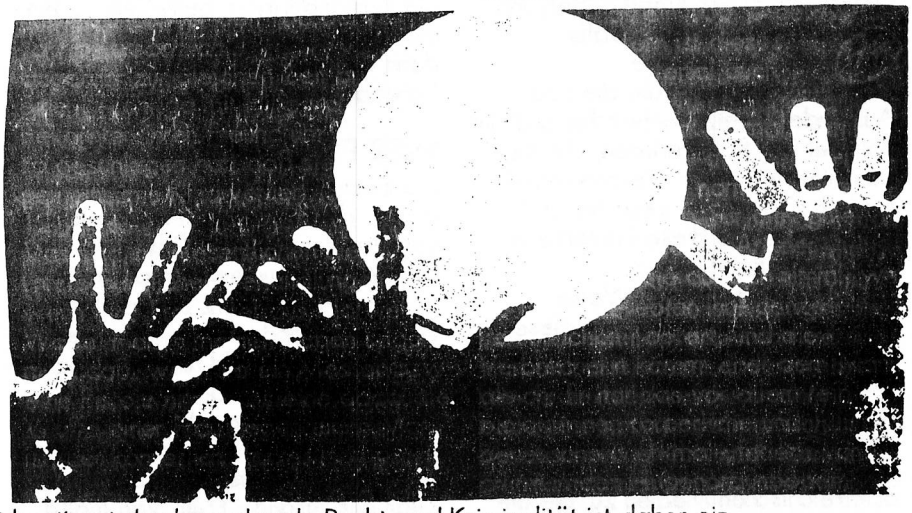
Bei Frauen, die ihren Lebensgefährten oder Ehemänner umbringen, ist es in den meisten Fällen so, daß sie jahrelang vergewaltigt, geschlagen, geprügelt worden sind, mit Knochenbrüchen und alles. Die Polizei nichts unternommen hat, die Familie hat sich abgewandt. Die Frauen haben dann ihren Lebensgefährten umgebracht, allerdings nicht in sogenannter "direkter Notwehr", sondern dann wenn die Männer schlafen, also unvorbereitet sind. Sonst trauen sie sich oft eh nicht zurückzuschlagen, oder sie umzubringen. Das wird den Frauen vor Gericht auch meistens als Heimtücke ausgelegt bzw. als geplanter Mord, und deshalb kriegen sie meistens höhere Haftstrafen. Es ist also nicht im Effekt passiert, sondern meistens, wenn der Mann dann eben nach seiner "Prügelorgie", oder nach einer Vergewaltigung schläft.
Es gibt die Beschreibung in dieser Zeitung (2) von einigen Frauen-Lebensgeschichten, die ihren Mann getötet haben. In einem Gefängnis in der USA haben sich die Frauen zusammengeschlossen zu einer Selbsthilfegruppe. Sie sind alle Frauen, die vergewaltigt, geschlagen worden sind, und sich dann irgendwann gewehrt haben. Die meisten haben lebenslänglich bekommen. Da wurde dann aber das Gesetz geändert, und die letzte hat nur mehr 7 Jahre bekommen (3). Es ist aber so, daß es schon in den 70-er-Jahren in der USA eine Welle gab, wo Frauen, die sozusagen in

(1) "Vergehen" und "Verbrechen" - beides sind Straftaten; Vergehen sind kleinere, Verbrechen sind größere Straftaten.
(2)"Unser Leben war Strafe genug. Frauen, die aus Notwehr ihren Mann umgebracht haben, werden in Amerika noch immer als Mörderinnen verurteilt, jetzt wehren sie sich", Süddeutsche Zeitung, Nr. 15, vom 16.4.93.
(3) (Die Tip.) Die feministische Bewegung in der USA und GB hat das zum Thema gemacht und um die Anerkennung der Gewalt gegen die Frauen und für die Anerkennung der Notwehr der Frauen gekämpft - siehe auch die Plakatserie "Rassistischer Widerstand ist international", wo es unter anderem heißt "Freiheit für die gefangenen Frauen und Lesben, die ihren Mißbraucher und Vergewaltiger angegriffen, verletzt und getötet haben", vom Lesbian Comitee To Support Women Political Prisinors, San Francisco, USA. (im LFZ erhältlich), und der Film "Frauen die töten", eine Dokumentation aus GB über die Frauen im Häfn und die Kampagne für ihre Freilsasung; ausgestrahlt im ORF (Kopie im FZ erhältlich).

Notwehr töteten, freigesprochen wurden, oder kürzere Haftstrafen bekommen haben. Das hat aber zu einer Widerstandsbewegung in der Öffentlichkeit geführt, weil die Männer halt gemeint haben, wenn die alle ungestraft davon kommen, wird es wesentlich mehr Männerleichen geben. Das ist ja auch bezeichnend, es heißt nicht es muß sich das Beziehungmuster ändern, sondern, wenn das jede Frau machen darf, wird es bald mehr tote Männer geben.
In der gleichen Zeit gab es aber auch sehr viele Verurteilungen zu lebenslänglich, die aber bei weitem nicht dieses Aufssehen erregt haben. Die Strafen für Männer die ihre Frauen umbringen, und da gibt es einen besonder "krassen Fall": "Die heiße Suppe auf die Frau". Und zwar ist das ein Mann, der, weil er seine Frau schwer verletzte und tötete, einen Prozße hatte wegen absichtlicher Körperverletzung mit Todesfolge. Er bekam eine Freiheitsstrafe von 2 1/2 Jahren, 10 Monate der Strafe wurden umbedingt ausgesprochen und 20 Monate bedingt. Das war so, ich les euch den Artikel vor, weil der ist schon allein aufgrund derSprache ziemlich entlarvend: "*Opfer wie Täter waren dem Akohol verfallen. Opfer wie Täter befleißigten sich eines Zusammenleben der ruppigen Art. Und zuletzt war es so, daß Opfer wie Täter überhaupt nicht mehr miteinander konnten. Im Sommer 1987 lernten Franz und Elisabeth einander kennen, im Oktober beziehen sie eine gemeinsame Bleibe in Meidling. Franz geht seiner Arbeit nach, Elisabeth besorgt den Haushalt, falls sie wollte, feixte der Angeklagte gestern. Da machte Richter Cermak zornig. Widerlich sei das plumpe Abladen auf das Opfer. Heider`s Verteidiger lenkte ein. ‚Nun, die Lebensgemeinschaft wird immer unerträglicher. Franz versucht eine Trennung herbeizuführen, es gelingt nicht. Am 24. 6. 1988 kehrt Franz müde von der Arbeit und gestärkt vom kühlen Bier, wie jedem Abend in die Wohnung zurück. Elisabeth liegt betrunken und ziemlich beteiligungslos im Wohnzimmer. Dem Franz überkommt Wut. Er tritt mit voller Wucht gegen den Oberkörper der Frau. Er rennt in die Küche, wo er einen Topf mit heißer Suppe erblickt. Er kehrt mit dem Topf ins Wohnzimmer zurück und schüttet den brennendheißen Inhalt des Topfes auf die Geschlagene. Nachdem Franz Elisabeth ins Schlafzimmer geschleift und aufs Bett geworfen hat, holt er sich 2 Bierflaschen aus dem Kühlschrank und setzt sich vor dem TV-Apparat. 2 Tage später ruft er den Notarzt, 12 Tage später ist Elisabeth tot. Laut Gerichtsmedizin waren die Verletzungen für den Tod der42-Jährige ursächlich".*
Ungefähr zur gleichen Zeit bringt eine 17-Jährige mit Hilfe von 2 Bekannten ihren Freund um, der sie so geschlagen hat, daß sie das gemeinsame Kind verliert. Sie kriegt 12 Jahre.
Das sind im Wesentlichen die unterschiedlichen Behandlungen, wenn eine Frau tötet aus Notwehr. Wobei man in meinen Augen sagen muß, daß, wenn sie ein Messer bzw eine Pistole nimmt, es eine adäquate Waffe einer Frau gegen einen Mann ist, der körperlich stärker ist.

"FRAUENKRIMINALITÄT" (4)

Da Frauenkriminalität ein geringer Anteil an der Gesamtkriminalität ist, sind sie daher von den Kriminologen jahrelang vernachlässigt worden, jetzt noch immer. Es gibt 4 Hauptwerke, das ist einmal der Cesaro Lombroso "Das Weib als Verbrecherin und Prostituierte", dann von einem William Tomas "Sex and society", Otto Polleck "Criminality of women" und von der Freda Adler "Sisters in Crime". Alle diese Bücher wurden geschrieben in einer Zeit, wo Feminismus ein gewisses Aufleben gehabt hat und war eine Reaktion auf die Frauenbewegung. Der Lombroso war im 19. Jh., also 1860, aber damals gabs schon die ersten Anzeichen dafür, daß Frauen gesagt haben, sie lassen sich nicht bestrafen, wenn sie nicht wählen gehen dürfen, weil entweder es gelten die gleichen Regeln oder nicht.
Das war eben die Reaktion auf alles was sich die Frauen erkämpft haben, bzw jedesmal, wie die Freda Adler sagt, ging mit der feministischen Bewegung auch ein Ansteigen der Kriminalität einher. Was aber schon deshalb unrichtig ist, weil 1920 3 Morde waren und 1921 6 Morde, dann war das ein 100 %-iger Anstieg. Insofern ist dieses statistische Material auch verfälscht. (11)
Also Lombroso hat einmal damit angefangen, er hat die "geborene Verbrecherin" der "normalen Frau" gegenüber gestellt. Für die "gute Frau" ist die Liebe ein Art der Sklaverei, die sie auf sich nimmt, weil sie ihrem Geliebten ihre ganze Persönlichkeit opfert, und die Verbrecherin kommt eher dem Mann gleich. Er hat das vor allem rein auf biologische, körperliche und genetische Merkmale fixiert, vor allem in den Augenbraunbögen, Schädelhöhlen und im Unterkiefer. Ich hab euch eine Kopie mitgebracht, wie für den Lombroso so eine geborene Verbrecherin ausschaut. Er hat das schon bei Kindern gemacht, und damit ihren Lebenswandel ziemlich festgelegt.
Der Tomas hat dann danach die Theorie ein bisserl vom rein biologischen weggebracht, aber sich immer noch darauf gestützt, indem er gesagt hat, Frauen hätten ganz ursprünglich, von der Geburt an bis zum Tode, ein natürliches Interesse an Säuglingen. Man könnte also Frauen so resozialisieren, indem man sie möglichst lange einsperrt, und da ihr natürliches Interesse, daß ja nur irgendwie verdeckt wurde, wieder hervordringt. Je länger man sie einsperrt, dest eher würden sie sich wieder zu ihrer weiblichen Rolle zurückfinden und sich mit Säuglingen beschäftigen. Verbrecherinnen sind die Frauen, die dem Manne mehr gleich kommen, nämlich in ihrem Wunsch nach Freiheit und



(4) was kriminell, d.h. ungesetzlich, ist bestimmt das herrschende Recht, und Kriminalität ist daher ein gesellschaftlich und historisch bestimmter Begriff. d.Tip

Aufregung. Das führt bis heute dazu, daß in der USA tendenziell für Frauen höhere Strafen verhängt werden, und sogar lange Zeit als Gesetz verankert war, weil eben nach diesen Theorie eine längere Resozialisierung Frauen wieder dazu bringen würde, besser in die Gesellschaft eingegliedert werden zu können.
Der Otto Polleck, 1950 bitte, das gilt auch heute noch als der der bedeutendsten und modernsten Untersuchungen, der hat das verborgene Verbrechen erfunden. Und zwar, daß es genauso viel weibliche Kriminalität wie männliche Kriminalität gibt, und daß Frauen das besser verbergen könnten, weil ihr Verbrechen wird seltener entdeckt und sie stiften die Männer mehr an. Das ganze begründet er damit, daß Frauen erstens einen Orgasmus vortäuschen können und zweitens ihre Menstruation so geschickt verbergen können. Und daß das eine ganz logische Schlußfolgerung ist, daß Frauen ihre Straftaten ungesühnt verüben können. Und außerdem haben sie nach seiner Theorie viel mehr Möglichkeiten zu vergiften, weil sie oft Köchinnen sind. Das gilt heute noch als bedeutende und moderne Untersuchung !
Die Freda Adler ist ein "Halb-Feministin" oder "Pseudofeministin" aus den 70-er Jahren, die eben gemeint hat, daß die Schattenseite der Emanzipation ist, daß die Kriminalität wieder aufblüht. Das eine ist, daß das statistische Material nicht stimmt (siehe oben). Was sicher richtig ist, daß die Gesellschaft vor Feministinnen und Mörderinnen ungefähr im gleichen Ausmaß Angst hat, weil beide auf ihre Art den herkömmlichen Weg sprengen.
Modernere soziologische Theorien gehen dahin, daß die Frauen-kriminalität deshalb geringer ist, weil es eine gewisse Privatisierung der Frauen gibt, d.h. die Frau ist mehr zu Hause, mehr im privaten Bereich, deshalb würde sie weniger Gelegenheit zum Verbrechen haben (?.d.Tip.) und zweitens daß Frauen ihre Agressionen, was sicherlich richtig ist, mehr nach innen wenden, als nach außen. D.h. Frauen werden mehr ungleich öfter depressiv, ungleich mehr Suizidversuche, Alkoholmißbrauch, Tabletten-mißbrauch, und leben eben ihre Agressionen nach außen weniger aus als Männer. Zu den Strafen ist zu sagen, daß es für die typisch männlichen Verbrechen härtere Strafen verhängt werden, also für bewaffneten Raubüberfall, werden Frauen härter bestraft als Männer. Es kommt auch noch darauf an wie sie sich vor Gericht verhalten, also wenn sie vor Gericht aufmüpfig sind und nicht das kleine Mauserl spielen, dann sind dieStrafen härter. Wenn sie aber halbwegs angepaßt erscheinen finden sie etwas mehr Milde. Grundsätzlich ist zu sagen, daß die meisten Verbrechen, die Frauen begehen sehr wohl im Zusammenhang mit ihrer Rolle als Frau steht, weil z.B. Ladendiebstähle sehr oft auf Kosmetika, auf Dinge ausgerichtet sind für ihre weibliche Rolle, viel Betrug und Veruntreuung dient dazu, Kinder zu versorgen, oder der Mann hat Schulden....Da haben sie dann ein bischen Verständnis von der Richterseite her zu erwarten. Wenn sie das aber tun, ohne solch eine Begründung liefern zu können, sind meistens die Strafen wesentlich härter.
Frauen werden stärker pathologisiert als kriminalisiert. Da gibt es die Sadistin, der Racheengel,...Wenn eine Frau tötet, dann hat sie nicht alle und ist krank. Und das ist dann eine schöne Sensation...
Ja es heißt z.B., daß eine Frau ja weggehen kann, wenn ihr Mann sie mißhandelt. Da ist es aber z.B. in Kalifornien so, daß jeden Tag eine Frau umgebracht wird, die versucht ihren Mann zu verlassen, oder wo er nur den Verdacht hat, daß sie es versucht ihn zu verlassen!!
Die meisten sind auch finanziell abhängig. Meistens verschricht er ihnen auch 100 x, daß er sich ändert, das aber nie vorkommt, bis es dann irgendmal zu viel ist.
Ja das wars erstmal

von AK Schwarzau zu

SCHUBHAFT

Skandalös sind erst in zweiter Linie die Bedingungen in der Schubhaft. Skandalös ist vor allem die Tätsache, daß soviele Menschen in Österreich in Schubhaft sitzen und abgeschoben werden. Dafür verantwortlich sind die Regierungsparteien, die die sog. Ausländergesetze entworfen und die Politiker und Politikerinnen, die sie beschlossen haben. Verantwortlich sind aber auch die Beamten und Beamtinnen, die diese Gesetze in möglichst strenger und menschenverachtender Weise anwenden, jene Richter, die diese Gesetze in möglichst strenger und menschenverachtender Weise auslegen.
Besonderen Einfluß kommt aber auch der FPÖ und den österreichischen Medien zu, die die breite Akzeptanz dieser Gesetze gefördert haben.
Ich möchte in meinem Referat zuerst über die gesetzlichen Bestimmungen, die Ausländerinnen betreffen, reden - mit Schwerpunkt Schubhaft und dann auf die Zustände in den Schubgefängnissen eingehen.

WER FLÜCHTET WOHIN

Als Einstieg jedoch eine Erinnerung daran, daß Menschen nicht aus selbst verschuldeten Gründen flüchten, und nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Flüchtlinge von jenen Ländern aufgenommen wird, die die Schuld für das Elend der Mehrheit der Weltbevölkerung tragen. Armut oder Wohlstand sind keine Fragen der Bevölkerungsdichte, sondern eine Verteilungsfrage.
Zitat aus Strange Fruit, von Ingrid Strobl:

"Diese Politik der Triage trifft in erster Linie Frauen. Frauen, 50 % der Weltbevölkerung, stellen die Mehrheit der Armen und Ärmsten unter den Armen. Sie leisten 2/3 aller Arbeitsstunden - wofür sie nur 1/10 des Welteinkommens erhalten. Während Männer dank der patriarchalen Rollenverteilung relativ mobil sind, werden Frauen zu relativer Unbeweglichkeit gezwungen. Männer können sich - egal, wieviel Kinder sie haben - alleine aufmachen, um in einem anderen Teil des Landes oder der Welt Arbeit und Einkommen zu suchen. Frauen müssen dagegen da bleiben, wo sie sind, denn sie tragen die Verantwortung für die Kinder, die sie nicht einfach im Stich lassen können.
Wenn Frauen gezwungen sind, ihren Herkunftsort, ihre Herkunftsregion zu

verlassen, dann nehmen sie die Kinder mit - und kommen daher nicht weit. Jährlich flüchten Menschen in den 3 Kontinenten vor Hungersnöten, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf 20 Millionen geschätzt. 90 % dieser 20 Millionen sind Frauen und Kinder. Sie gelangen nur bis in das nächstgelegene Flüchtlingslager im Nachbarland, wo sie oft wieder vom Verhungern bedroht sind."

Eine Statistik zu "Länder und Regionen im Verhältnis der Flüchtlinge zum Bruttosozialprodukt BSP) pro Kopf" aus dem Jahre 1992. Eine Reihung danach, in welchem Land die meisten Flüchtlinge im Verhältnis zu seinem BSP leben.
An 1. Stelle steht Malawi, mit 1.058.000 Flüchtlingen und einem Verhältnis von 4.600 Flüchtlingen zum 1 BSP, dann folgt Pakistan mit 1.629.000 Flüchtlingen, Äthiopien mit 432.000 Flüchtlingen, Tansania mit 292.000 Flüchtlingen, Sudan mit 726.000 Flüchtlingen, Iran mit 4.151.000 Flüchtlingen usw. Deutschland liegt auf Platz 42 (mit 827.000 Flüchtlingen und einem Verhältnis von 35 Flüchtlingen pro 1 BSP), Kanada auf Platz 46, USA auf Platz 49.

SCHUBHAFT

In Österreich werden Jahr für Jahr mehr Menschen in Schubhaft genommen. 1994 waren es 14.000, Frauen davon geschätzte 1.500 - 2.000. Die Schubgefängnisse platzen aus allen Nähten. Daher sollen die Häftlinge immer schneller abgeschoben werden und es wird in Wien nächstes Jahr um 45 Mill. ÖS ein neues Polizeigefängnis gebaut mit 66 Haftplätzen. Standort ist die Schlachthausgasse im 3. Bezirk, direkt gegenüber dem Bundesasylamt, um AsylbewerberInnen noch schneller nach ihrer Vernehmung ins Häf`n befördern zu können. Ca. die Hälfte aller Schubhäftlinge haben ein Asylverfahren laufen oder bereits abgeschlossen.
In Schubhaft werden Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft genommen, gegen die ein Verfahren zur Erlassung eines Aufenthaltsverbot oder einer Ausweisung WAHRSCHEINLICH eingeleitet wird, gegen die so ein Verfahren bereits läuft, oder die bereits wegen einem Aufenthaltsverbot oder einer Ausweisung abgeschoben werden sollen.
Ausweisung bedeutet, daß eine Ausländerin das Land verlassen muß, theoretisch aber wieder einreisen könnte, falls sie ein Visum bekommt.
Bei einem Aufenthaltsverbot darf sie Österreich eine zeitlang bzw. gar nicht mehr betreten.
Zu den Gründen für Ausweisungen und Aufenthaltsverbot habe ich eine Statistik des Innenministeriums kopiert:

(13)

Statistik fremdenpolizeilicher Maßnahmen

Juli 1995

Zurückweisungen		Jul-95
§ 32/1	FrG (ohne Paß oder SV)	13.409
§ 32/2/1	FrG (Aufenthaltsverbot)	62
§ 32/2/2/a	FrG (öffentl. Sicherheit)	11
§ 32/2/2/b	FrG (Schwarzarbeit)	250
§ 32/2/2/c	FrG (Schlepperei)	3
§ 32/2/3	FrG (Unterhaltsmittel)	477
§ 32/2/4	FrG (Finanzvergehen)	42
Summe		*14.254*
Zurückschiebungen		
§ 35/1/1	FrG (Umgehung Greko)	241
§ 35/1/2	FrG (Rückübernahme)	78
Summe		*319*

Ausweisungen		
§ 17/1	FrG (unrechtm. Aufenthalt) * 1	255
§ 17/2/1	FrG (Verurteilung) } * 2	2
§ 17/2/2	FrG (Vorsatztat) }	0
§ 17/2/3	FrG (Prostitution)	0
§ 17/2/4	FrG (Unterhaltsmittel) * 3	83
§ 17/2/5	FrG (Schwarzarbeit)	16
§ 17/2/6	FrG (illegale Einreise)	135
Summe		*491*
Aufenthaltsverbot		
§ 18/1	FrG (öffentl. Sicherheit) * 4	203
§ 18/2/1	FrG (Verurteilung) * 5	115
§ 18/2/2	FrG (Verwaltungsübertret.)	29
§ 18/2/3	FrG (Finanzvergehen)	1
§ 18/2/4	FrG (Prostitution) * 6	2
§ 18/2/5	FrG (Schlepperei)	7
§ 18/2/6	FrG (unrichtige Angaben) * 7	63
§ 18/2/7	FrG (Unterhaltsmittel)	523
§ 18/2/8	FrG (Schwarzarbeit)	102
Summe		*1.045*
Schubhaft		
§ 41	FrG	1.205
Abschiebung		
§ 36	FrG	971

* 1) d.h. kein legaler Aufenthalt
* 2) in Ö begangene Straftaten
* 3) d.h. zu wenig Geld für Aufenthalt oder Ausreise
* 4) bedeutet sog. Gefährdung der sog. "Öffentlichen Sicherheit"
* 5) Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten
* 6) Prostitution gilt als schwerwiegender Verstoß
* 7) d.h. unrichtige Angaben von Person und Aufenthaltszweck

Relativ formlos, d.h. ohne behördliche Verfahren können Menschen aus unserem Land hinausgeschmissen werden, wenn sie sog. illegal eingereist sind und innerhalb von 7 Tagen festgenommen werden. Auch sie sitzen in Schubhaft und warten auf die sog. Zurückschiebung. Für die meisten "unerwünschten Fremden" "erspart sich Österreich den Aufwand," sie in Schubhaft zu nehmen. Sie werden ohne behördliche Verfahren an der Grenze zurückgewiesen. Laut Statistik des Innenministeriums wurden allein im Juli 1995 14.254 Menschen an der Einreise nach Österreich gehindert.!!!! Wenn als Grund für die Zurückschiebung z.B. Schwarzarbeit angegeben ist, so bedeutet das, daß der Grenzkontrollbeamte nur vermutet hat, jemand wollte einreisen um hier "schwarz" zu arbeiten, denn die Person hat ja das Bundesgebiet noch gar nicht betreten. Unter den zurückgewiesenen Menschen sind viele die erfolglos versucht haben, um Asyl anzusuchen.
Wird eine Ausländerin oder ein Ausländer bei der Grenzkontrolle am Flughafen zurückgewiesen, muß die Fluglinie sie oder ihn auf eigene Kosten zurücktransportieren. Jede Fluggesellschaft muß die Identität

und die Einreisepapiere ihrer Passagiere dokumentieren und diese Aufzeichnungen auf Anfrage an die österreichische Grenzkontrollbehörde weiterleiten.

"LEGALER AUFENTHALT"

Ich möchte jetzt darauf eingehen, wann sich AusländerInnen legal in Österreich aufhalten dürfen und wann nicht.

+ AusländerInnen als EWR-**BürgerInnen** genießen sie relativ viele Rechte, die auch ÖsterreicherInnen genießen.

+ AusländerInnen können nach Österreich mit einem **Touristen-sichtvermerk** = Visum einreisen. Es gibt nur 5 Länder, z.B. die USA, deren StaatsbürgerInnen für die Einreise kein Visum brauchen. Ein Touristensichtvermerk wird immer für eine bestimmte Zeitdauer vergeben, maximal sind es 6 Monate. Nach Ablauf muß "die Fremde" zwingend ausreisen. EineVerlängerung oder ein Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung aus dem Inland sind nicht möglich.

+ Sozusagen DIE Bewilligung, um "als Ausländerin" in Österreich zu leben, ist die **Aufenthaltsgenehmigung.**

Aufenthaltsgenehmigungen werden nur im Ausmaß der berühmten Quoten vergeben. Sie wird jedes Jahr von der Bundesregierung festgelegt, wobei eine bestimmte Anzahl von Bewilligungen für bestimmte Personengruppen reserviert ist. Wichtigstes Kriterium ist hierbei die Verwertbarkeit der Menschen für den Arbeitsmarkt. !!!! Die Quote beträgt für 1995 17.000 für ganz Österreich und ist bereits seit Sommer 95 erschöpft. Alle Anträge werden auf 1996 verschoben, wo dann die Quote noch früher voll sein wird. (Innenminister Einem hat sie für 1996 gesenkt !, d.Tip.)

Bis auf im Land geborene Kinder müssen alle Erstanträge vom Ausland aus gestellt werden. Die AntragsstellerInnen müssen einen Aufenthaltszweck angeben, der, falls jemand in Ö erwerbstätig sein will, vom Arbeitsmarktservice abgesegnet sein muß. Sie müsen eine für Inländer ortsübliche Unterkunft (10 m 2 pro Person) und ihren Unterhalt (genügend Geld - wieviel ist das ?, d.Zip.) nachweisen. Eheleute, deren Ehe 1/2 Jahr besteht, und Kinder von österreichischen StaatsbürgerInnen bzw. AusländerInnen, die seit mehr als 2 Jahren hier sind, werden bevorzugt, und machen einen Großteil der Quote aus.

Bewilligungen werden zunächst für 1 Jahr befristet. und dann jeweils 2 Jahre verlängert. Nach 5 Jahren kann eine Bewilligung unbefristet erteilt werden. Bei jeder Verlängerung, aber auch nach Gutdünken der Behörden, können die Voraussetzungen für die Genehmigung überprüft und die Bewilligung aberkannt werden.

Zu den Aufenthaltsgenehmigungen habe ich eine Statistik kopiert:

Fremdeninformationssytem

Aufrechte Bewilligungen nach dem AufG (Stand: 05.09.1995)

Personen gesamt	376.463
davon	
weiblich	166.404
männlich	210.059
Alter	
00 - 19 Jahre	107.985
20 - 30 Jahre	100.698
31 - 40 Jahre	90.358
41 - 50 Jahre	52.213
51 - 60 Jahre	16.876
über 60 Jahre	8.333
Aufenthaltszweck	
unselbständige Erwerbstätigkeit	194.542
selbständige Erwerbstätigkeit	5.625
Studium	7.757
Privater Aufenthalt	5.782
Pension	4.022
Familiengemeinschaft mit Fremden	127.283
Sonstiges	18.992
Familiengemeinschaft mit Österreichern	12.213
Schulausbildung	247

Gliederung nach Staatsangehörigkeiten

Jugosl. Föderation	103.837
Türkei	77.535
Bosnien-Herzegowina	51.439
Kroatien	38.858
Rumänien	17.177
Polen	16.670
Ungarn	10.230
Slowenien	6.917
Mazedonien	6.541
Tschechien	6.503

+ Menschen, die es geschafft haben nach Österreich zu kommen, und **um Asyl anzusuchen**, werden in 2 Klassen eingeteilt.

1. Solche, die angeblich schon in einem anderen Land vor Verfolgung sicher waren. Das sind ALLE, die auf dem Landweg nach Ö kommen, da laut Behörde alle unsere Nachbarstaaten "sichere Drittländer" sind, aber auch Menschen, deren Flug in einem "sicheren Drittland" eine Zwischenlandung gemacht hat, selbst, wenn sie nicht aussteigen durften. Diese "Fremden" bekommen keine Aufenthaltsbewilligung in Österreich, und müssen ihr Asylverfahren nach Abschiebung im Ausland abwarten.

Und 2. Alle, die mit einem Direktflug aus ihrem Verfolgerstaat kommen konnten, und innerhalb 1 Woche um Asyl angesucht haben. Die erhalten eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung bis zur Beendigung ihres Verfahren, werden aber trotzdem im Schubhaft genommen, damit sie nach einem negativen Ausgang des Asylverfahren gleich abgeschoben werden können.

Bei Familien kann der Antrag auf Asyl, auf die Kinder und einen Elternteil - meist ist es die Frau - ausgedehnt werden. Sie dürfen bei Asylanerkennung des Antragstellers auch bleiben.

Die Tatsache, daß mit einem positivem Antrag oft einer ganzen Familie Asyl gewährt wird, nützt das Innenminsterium aus, um seine Statistiken zu frisieren, und den Prozentsatz der anerkannten Fälle auf z.B. 7 % im Jahre 1994 zu erhöhen. Werden die positiven und negativen Bescheide aufgrund eigener Fluchtgründe gegenübergestellt, gab es 1994 nach Berechnung des Asylkoordination **ganze 2 % Anerkennung. !!!!**

Bei der Statistik des Innenministeriums sind auch die zurückgezogenen Anzträge interessant ! Wurde von der Asylbewerberin keine Meldeadresse bekanntgegeben, oder erscheint sie ohne Entschuldigung zu einer Vorladung nicht, nimmt die Behörde von sich aus an, daß die Frau kein Interesse mehr an ihrem Antrag hat !

In der Praxis sieht das Schicksal einer Asylbewerberin ca. so aus:

Sie sagt an der Grenze, daß sie um Asyl ansuchen will. Ein

Erledigungsstatistik 1995

	Neuzugang	positiv erledigt	negativ erledigt	zurück-gezogen	Summe
Gesamtsumme	3.475	704	4.210	211	5.125
Summe Osteuropa	1.777	416	1.558	113	2.087
Summe sonst. Länder	1.698	288	2.652	98	3.038
Irak	344	108	709	13	830
Jugosl. Föderation	746	74	633	49	756
Bosnien-Herzegowina	699	300	397	35	732
Türkei	270	25	501	35	561
Iran	332	82	350	10	442
Rumänien	71	28	160	4	192
Afghanistan	72	4	148	2	154
Indien	119	0	152	2	154
GUS	86	5	114	2	121
Nigeria	28	3	111	7	121

wohlmeinender Beamter überhört diese Bitte nicht, sondern nimmt sie fest und wirft sie in einen Polizeikotter. Sie wird u.a. erkennungsdiestlich behandelt. Von dort wird sie am nächsten Tag zum Bundesasylamt zur Einvernahme gebracht. Gleichzeitig erhält sie einen Schubhaftbescheid und wird anschließend ins Schubhäfn befördert. Sie erhält nach 2 Tagen ihren negativen Asylbescheid, und sitzt noch so lange in Haft, bis die Fremdenpolizei ihre Abschiebung organisiert hat. Ohne Rechtsbeistand hat sie keine Möglichkeit Rechtsmittel zu ergreifen. Sie wird abgeschoben.

Die häufigsten Gründe für Nichtgewährung von Asyl sind:

1. und zu 80 % Unglaubwürdigkeit. Für Asyl muß die persönliche Verfolgung glaubwürdig dargelegt werden, daher ist grundsätzlich alles, was eine AsylbewerberIn vorbringt unglaubwürdig.
2. das sichere Drittland. Nachdem es auf der ganzen Welt so gut wie nur "sichere Drittländer" gibt, war z.B. eine Asylbewerberin - Zitat:"*in Togo, Mali und Niger schon vor Verfolgung sicher*".
3. die Person habe den Asylgrund im Ausland selber herbeigeführt, was z.B. dann zutreffen soll, wenn sich eine kurdische Asylbewerberin einem kurdischen Verein in Ö anschließt.

Ein anderes Beispiel erzählt ein Flüchtlingsbetreuer, sind 2 Frauen aus Zaire, die als Tänzerinnen im Nationalbalett arbeiteten. Sie wurden jahrelang von den Funktionären des Regimes sexuell mißbraucht. Außerdem waren sie Mitglied der Lumumbistischen Partei, beteiligten sich an Frauendemonstrationen in Zaire, wurden verhaftet und gefoltert. Sie hatten Schnittwunden und Spuren der Folter. Sie flohen nach Österreich. Bei der ersten Einvernahme erzählten sie nichts von den Vergewaltigungen, sie schämten sich vor den männlichen Beamten. Sie zeigten ihre Folterspuren, die wurden aber nicht protokolliert. Von Frau K wurde der Asylantrag in beiden Instanzen abgelehnt. Sie sei unglaubwürdig, weil sie die Vergewaltigungen nicht schon in erster Instanz erwähnt hätte. Es stünde ihr nicht zu, die Sensibilität und Diskretion eines österreichischen Beamten in Frage zu stellen !!!!! (ein aufgezeichneter "Fallbericht" von der Asylkoordination)

Jede Ausländerin und jeder Ausländer ist in Ö davon bedroht in Schubhaft genommen zu werden.

Ein Verdacht, daß sich irgendwo sog. "illegale Fremde" aufhalten, genügt, und die Polizei darf eine Wohnung betreten. Bei eher zufälligen Kontrollen werden Menschen festgenommen und danach ein Schubhaftbefehl erstellt. Gegen Schubhaft ist Beschwerde beim Unabhängigen Verwaltungssenat möglich, jedoch keine Berufung.

BEDINGUNGEN IN DER SCHUBHAFT

In allen Schubgefängnissen herrschen unmenschliche Haftbedingungen. Ohne Straftat und Urteil eines unabhängigen Gerichts, sitzen Menschen bis zu 6 Monaten in Haft. Hat man sie bis dahin nicht abschieben können, weil sie ihr Heimatland z.B. nicht einreisen läßt, werden sie in die Illegalität freigelassen.
In Schubhaft sitzen auch Minderjährige zwischen 14 und 16, getrennt von den Erwachsenen, alte Leute, wie z.B. eine 76-jährige Frau, oder eine Schwangere im 9. Monat. Eltern sind getrennt von ihren Kindern, und sehen sie erst bei der Abschiebung wieder.
Es gibt weder einen Dolmetscher, noch Infos über einen Rechtsbeistand. ExMinister Löschnak bei einer parlamentarischen Anfrage:"Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung Schubhäftlinge darüber zu informieren, welche Rechtsbeistände sie informieren können".... (sie reden immer noch, immer wieder nur von Pflicht-erfülling !!,d.Tip.)
Gefangene werden dazu angehalten, Papiere zu unter-schreiben, die sie nicht verstehen, z.B. die Unterschrift unter einen Paßantrag zu leisten, was nach geltenden Asylantrag einen Asylausschließungsgrund darstellt !.
Die Post der Häftlinge wird überwacht, Briefe werden oft nicht weitergeleitet.
Viele Häftlinge begehen Selbstmordversuche. Allein in Wien haben 1994 912 Gefangene einen Hungerstreik durchgeführt. Sobald sie bis zur Haftunfähigkeit abgemagert sind, werden sie auf die Straße gesetzt. (Die Haftunfähigkeit durch Hungerstreik ist für viele die einzige Möglichkeit aus dem Schubhäfn rauszukommen; d.Tip.)
Eine Gesundheitsversorgung existiert im Schubhäfn nicht. Jeder Häftling müßte vor Haftantritt auf Haftauglichkeit untersucht werden. Im Juli ist jedoch aufgeflogen, daß Amtsärzte in Wien Blankoformulare ausgestellt haben, mit denen die Beamten entweder Häftlinge für gesund erklärten, oder die sie dazu mißbraucht haben, unangenehme Gefangene in die Psychiatrie einzuweisen. In Wien verstarb 1 Mann nach einem Selbstmordversuch, und in Salzburg starb ein Astmatiker, weil der Amtsarzt nicht kommen wollte. Die TBS-Erkrankungen eines Häftlings wurde beispielsweise nur deshalb entdeckt, weil der Mann, nachdem er einen Löffel geschluckt hatte, ins AKH eingeliefert wurde.
In seltenen Fällen dringen auch Mißhandlungen und sexuelle Übergriffe an die Öffentlichkeit. Bei einem Beamten in Salzburg wurde ein Foto einer Gefangenen gefunden, auf der sie nackt in der Zelle ab-gebildet ist. Bis vor 2 Jahren wurden dort männliche Beamte zur Bewachung von Frauen eingesetzt.
In Wien wurde eine 17-jährige Rumänin, der die Annahme ihres Asylantrages verweigert worden ist, von einem Polizeibeamten vergewaltigt. Der im Nachhinein aufgenommene Asylantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, sie habe einen verschlagenen Eindruck gemacht.

In Wien sitzen die ca. 50 - 80 weiblichen Schubhäftlinge in der Roßau, dem größten und desolatesten Schubgefängnis Österreichs, und dem einzigen Jugendstilgefängnis in Europa. Eine Generalsanierung würde 130 Mill ÖS kosten. In den Zellen leben Mäuse, Milben, Schaben und Kakerlaken, und in der Küche müßte die Lebensmittelpolizei wegen Mäuse, Schimmel und Rost einschreiten. Die Fenster sind kaputt, sodaß sie im Winter zugeschraubt werden müssen und die Zellen nicht gelüftet werden können.
Bis zu 8 Personen werden in einen Raum gepfercht, wo gerade 2 auf- und abgehen können. Das Klo befindet sich in der Zelle, warmes Wasser gibt es keines. 2x pro Woche wird duschen gegangen. Die Frauen erhalten als Toilettenartikel nur Kernseife und graue Zellstofftücher als Binden. Während der gesamten Haft tragen die Gefangenen die gleiche Kleidung. Nur wer Geld hat, kann sich im Feinkostladen Roßau Haarshampoo oder Löskaffee kaufen. Pro Woche dürfen 100.- ausgegeben werden, obwohl 100 g Löskaffee 70.- kosten. Auch Telefonate können nur nach Bezahlung geführt werden. Während der Haft gibt es keine Beschäftigungsmöglichkeiten. In der Roßau sind z.B. nur deutschsprachige Bücher und

Zeitungen vorhanden. Es gibt auch keine Möglichkeit zur körperlichen Bewegung. 5y pro Woche dürfen die Gefangenen 20 min im Kreis gehen. Die Einzelhaft wird als Disziplinierungsmittel und bei Ansteckungsgefahr angewendet, Menschen, die durchdrehen kommen in der Zwangsjacke in die Gummizelle.

Frauen zu besuchen ist möglich. Pro Woche ist 1/2 Stunde erlaubt. Besuchszeit ist Sa. oder So. nachmittag. Es wäre wichtig, sowohll rechtliche Unterstützung anzubieten, als auch humanitäre Hilfe zu leisten. (Und Widerstand auch herausen aufzubauen, d.Tip.)

ABGESCHOBEN

Von den 14.000 Häftlingen, die 1994 in Schubgefängnissen gesessen sind, wurden 10.000 abgeschoben, davon 1.266 PolInnen, 635 RumänInnen und 670 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Der Frauenanteil wird in der Statistik nicht ausgewiesen, bewegt sich aber ca. zwischen 10 und 20 %.
§ 37 Abs (1) Fremdengesetz besagt: *"Die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung eines Fremden in einem Staat ist unzulässig, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, daß er Gefahr liefe, dort einer unmenschlichen Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden."*
Der VfGh stellt dazu fest *"Die drohenden Gefahren können jedenfalls nicht lediglich auf Grund einer Auskunft der Vertretungsbehörde jenes Staates, von welchen die behaupteten Gefahren drohen sollen, ernsthaft beurteilt werden."*
Die österreichische Fremdenpolizei macht es insofern einfach, daß sie gar keine Auskunft über den Verfolgerstaat - sei es beim UNHCR oder nur bei der österreichischen Botschaft - einholt. Sie geht davon aus, daßes in dem Staat, indem abgeschoben werden soll, keine Menschenrechtsverletzungen gibt. Hat ein Häftling keine gültigen Ausreisedokumente, wird zudem noch ein Rückreisezertifikat der Heimatbotschaft besorgt, in dem der Verfolgerstaat dann alle persönlichen Daten des Häftlings und über die Abschiebung informiert wird.
Für die Abzuschiebenden kommt dann der Tag, an dem sie in einem vergitterten Polizeiwagen zum Flughafen gebracht werden. Allen die Widerstand leisten, werden Handschellen angelegt, oder z.B. mit Leukopast der Mund verklebt. Mitgefangene haben beobachtet, daß Flüchtlingen vor der Abschiebung ohne ihr Wissen Beruhigungsmittel verabreicht wurden. Nur wenigen gelingt es in diesem Stadium ihre Abschiebung noch zu stoppen. Ein Häftling zog sich nackt aus, einer schnitt sich die Pulsadern auf und konnte dadurch die Abschiebung verhindern.....
Nur selten ist es möglich, das weitere Schicksal der Abgeschobenen zu verfolgen. In Vielen Ländern, z.B. Sri Lnaka, im Iran, in Syrien, der Türkei oder Nigeria, werden die Abgeschobenen auf jeden Fall von diversen Sicherheitsdiensten überprüft, was routinemäßig mehrere Tage dauern kann. Einzelnen gelingt es die Sicherheitsdienste zu bestechen, andere leben versteckt und planen eine neue Flucht. Von den meisten ist nicht bekannt, ob sie in ihrem Heimatland jemals freigelassen wurden, oder überhaupt noch am Leben sind.

von AK Schwarzau zu

(leicht gekürzt)

INNERE AUFRÜSTUNG

Also, das ist jetzt ein ganz anderes Thema. Es geht um die sogenannte "Innere Aufrüstung". Und zwar habe ich das in rechtlicher Hinsicht beleuchtet, weil ich davon am meisten verstehe. Ich hab da Unterlagen ausgeteilt zur Übersicht.

GRUNDPRINZIPIEN DER VERFASSUNG

Zuerst einmal möchte ich die erste Skizze erklären. Da geht es um die Menschenrechte im Aufbau unseres Rechtssystems.
Die Grundprinzipien der Verfassung, sind bundesstaatliche, republikanische Prinzipien usw. Das was uns interessiert, ist das rechtsstaatliche Prinzip, d.h. einerseits, daß nur das verboten ist, das unter Strafe gestellt ist, oder was ausdrücklich verboten ist. Sonst kann jede/r sozusagen machen was sie/er will (so,so d.Tip.). Und es gibt einen staatlichen Apparat, dem offiziell von vornherein ein Rahmen gesetzt ist, und der nicht tun kann was er will, sondern er kann offiziell nur aufgrund der Gesetze agieren.(..?..soso..,d.Tip.).

VERFASSUNGSGESETZE UND MENSCHENRECHTSKONVENTION

Unter diesen Grundprinzipien der Verfassung gibt es Verfassungsgesetze und die Menschenrechte, die sind

gleichrangig mit den Verfassungsgesetzen. Die Menschenrechtskonvention (MRK) ist aus dem Jahr 1958, und die haben viele Staaten unterzeichnet, das ist ein überstaatliches Recht sozusagen, aber im Staat selbst, also auch bei uns, anwendbar.
In der MRK sind gewisse Rechte festgeschrieben, auf die ich jetzt Bezug nehme.

"Das Recht auf Freiheit und Sicherheit"

Da gibts die Einschränkung, daß jedem nur die Freiheit entzogen werden darf, aufgrund eines richterlichen Spruches. Und dazu hat Österreich allein schon mal einen Zusatz gemacht zur Menschenrechtskonvention, nämlich, daß es in Ö NICHT so sein muß. Man denkt da an die ganzen Verwaltungsstrafen, die dürfen ja auch in Haftstrafen umgewandelt werden, und dann die Anhaltung der Polizei.....

"Das Recht auf ein faires Verfahren"

Das sind die Grundrechte richterlich gehört zu werden, sie/er muß sich verteidigen können, man muß Fragen an die Beschuldigten stellen können,...Das hat man in der Strafprozeßordnung (StpO) noch genauer geregelt.

"Das Recht auf Achtung der privaten Sphäre"

Da steht in der MKV drinnen: Jederman (?) hat Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familielebens, seiner Wohnung und seines Briefverkehrs. Das ist natürlich eine schwammige Formulierung. Es ist alleine das schon mal auslegungsbedürftig. Aber in Prinzip ist es so, daß in die Privatsphäre nicht eingegriffen werden darf (haha...d.Tip.).
Frage: was ist als Privatsphäre definiert?
Also die Wohnung, das Privatauto, Telefonverkehr, Briefverkehr, das Datenschutzgesetz, also die Weitergabe von personenbezogenen Daten.
Eine Teilnehmerin: Man muß dazu sagen, daß aufgrund dieser Grundrechte in der USA, in den 80-er Jahren im Strafvollzug sehr viele Verbesserungen erkämpf wurden.
Anwort: In der USA gibt es ein anderes Rechtssystem, das "Case law", das gibts bei uns nicht. Das "Case law"heißt, daß ein Richterspruch Gesetz wird, also wenn ein Richter einmal etwas gesagt hat, dann ist das Gesetz, und jeder folgende Richter muß sich daran halten.

Eine Einschränkung der MRK ist offiziell möglich, wenn sie gesetzlich vorgesehen ist. Also der Staat muß selber Gesetze geschaffen haben, damit er da eingreifen kann. Sie müssen notwendig zur Ruhe, Ordnung und Sicherheit usw. sein und einer demokratischen Gesellschaft entsprechen. Das ist natürlich auch ein sehr schwammiger Begriff.

DAS ALLGEMEINE BÜRGERLICHE GESETZBUCH

Die einfachen Gesetze sind das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB), aus dem Jahre 1811. (in Kraft getreten 1812). Da steht drinnen: Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte, und ist daher als eine Person zu betrachten. Sklaverei oder Leibeigenschaft und die Ausübung einer darauf auszielende Macht sind in diesen Länder (damals noch Monarchie) nicht gestattet.
Und was den angeborenen natürlichen Rechten angemessen ist, dieses wird so lange als bestehend angenommen, als die gesetzesmäßige Beschränkung nicht bewiesen wird. Also in diese Rechte darf man nicht eingreifen, außer es gibt eine gesetzliche Grundlage dazu. (jaja...d.Tip.) Auf diesen Prinzipien sind auch die Menschenrechte in der Menschenrechtskonvention aufgebaut.

UNMITTELBARE BEFEHLS- UND ZWANGSGEWALT DIE POLIZEI

Dann haben wir noch die unmittelbare Befehls- und Zwangsgewalt, wie z.B. die Festnahme durch PolizistInnen. Da hat es ja früher auch sehr wenig gesetzliche Grundlagen gegeben. Es gab kein "Polizeigesetz. Es hat nur ganz wenige Paragraphen in Verfassungsüberleitungsgesetzen und wenige verwaltungsrechtliche Vorschriften gegeben. Das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz waren Teile aufgrund dessen die Polizei agiert hat.
Das ist jetzt im "Polizeibefugnisgestz" drinnen, z.B. der "Identitätsnachweis". Das war früher ja nicht so, daß man einen Ausweis mitnehmen mußte (aber es war ratsam, sonst ist man 48 Stunden g´sessen), jetzt muß man, jetzt gibt es eine gesetzliche Grundlage dafür.
Die Grundidee des Polizeibefugnisgesetzes ist von den Grünen initiiert worden, und sollte eine Beschränkung der Polizeimacht darstellen, aber es haben alle möglichen Parteien mitgemischt, und dann ist das draus geworden.Das Polizeigesetz ist aus dem Jahr 1993, und ist eigentlich ein **Polizeiermächtigungsgesetz**, d.h.immer wenn die Polizei etwas gemacht hat, was jetzt dem Gesetz entspricht, hätte man das früher beim Verfassungsgerichtshof oder Verwaltungsgerichtshof aufgehoben (offiziell hätte man müssen, aber....d.Tip.)), mit der Begründung, die Polizei darf das nicht. Jetzt hat man ein Gesetz geschaffen, wo die Polizei eigentlich sehr viel darf. Das ist ein erster wesentlicher Schritt gewesen. Nach mehr als 120 Jahren der Polizeiaktionen ist jetzt ein Gesetz gekommen, wie wirs uns allerdings nicht gewünscht hätten.

Immer wenn es konkrete Anlässe gibt, dann wird der Ruf laut, daß der Polizei mehr Macht gegeben werden soll (oder umgekehrt, um Veränderungen durchzuführen, werden einzelne Beispiele gepuscht...,d.Tip.). Und I. wir jetzt ein paar Beispiel aus der Presse anführen:

Also im März 92 hatten der Sittenpolizeichef bekannt gegeben, daß von 800 registrierten Animierfrauen 50 Ausländerinnen sind, und 600 - 700 Ausländerinnen sollen "schwarz" arbeiten. Der Sicherheitssprecher der Grünen hat im August 92 vor einer Explosion eines sog. Sexsklavenhandels aus dem ehemaligen Ostblock gewarnt. Im Oktober 92 gibts laut dem Wiener Sicherheitsbüro 2000 Geheimprostituierte in Wien, davon 1000 Ausländerinnen. Im Oktober 92, fordert der Sicherheitssprecher der Grünen, daß die Polizei den Menschenhandel mit Prostituierten stärker kontrollierren soll. Laut den Grünen gibts in Wien 2.500 ausländische Geheimprostituierte, davon 1.500 aus dem ehemaligen Ostblock. Im Jänner 93, sagt Löschnak, es müßte jede rechtliche Möglichkeit zur Bekämpfung des Menschenhandels rigoros ausgeschöpft werden. Er fordert eine starke Einsatzgruppe zur Bekämpfung der "organisierten Kriminalität". Diese Einsatzgruppe namens EDOK ist dann auch gegründet worden.

"BESONDERE STAATLICHE DIENSTE" STAPO, HND, HNA,...

Ich fang mal an mit den besonderen staatlichen Diesnsten, das sind z.B. die Staatspolizei bei uns, oder der Heeresnachrichtendienst (HND), das

Heeresnachrichtenamt (HNA). Das ist rechtlich insofern möglich, als sie offiziell Polizeiaufgaben machen, und sich nach außen hin nach den Gesetzen halten. Aber wir wissen ja, es hat mehrere Male schon Skandale gegeben, z.B. mit den STAPO-Akten, oder z.B. daß die Polizei einseitig gegen Linke gefahndet hat. Da sind ja über 10.000-e Leute Akte angelegt worden. In meinem Akt steht z.B. drinnen: die Mitgliedschaft in mehreren linken Vereinen - gut, das steht ja im Vereinsregisterauszug, ist also leicht zu kriegen; dann die Beteiligung an mehreren Demonstrationen - da ist die Frage, woher sie mich und meinen Namen kennen; im inoffiziellen Teil steht dann noch "Kontakt zu linksextremen Kreisen" - da ist die Frage, woher sie die Namen von bestimmten Treffen und Arbeitskreisen bekommen; und dann steht da noch "Gewalt nicht auszuschließen".

Eine Teilnehmerin: Da fällt mir ein Beispiel ein. Ein Widerstandkämpfer aus dem Dollfuß-Regime, also dem Austrofaschismus, hat erzählt, daß, wie dieser Putsch gegen Dollfuß (von den österreichischen Nationalsozialisten; d.Tip.) war, wo der verletzt wurde, daß kurz davor alle Linken, ungefähr 2.000, verhaftet wurden. Wie der Putsch gescheitert ist, wurden sie freigesetzt ohne Begründung. Das ist ein Thema, das bis heute unterm Tisch gekehrt ist, und in fast keinen Geschichtsbüchern aufscheint. Er hat gesagt, die Polizei war schon zur der Zeit faschistisch unterwandert. Und die, die den faschistischen Putsch geplant haben, haben bewußt die Kader in Wien inhaftiert. Nur ist das heute noch so ein Tabu, daß die Faschisten bei den Bullen sitzen, daß es bis heute in den Geschichtsbüchern nirgends aufscheint.
Eine andere Teilnehmerin: Aber das ist ja auch heute so. Es hat eh teilweise eine Öffentlichkeit gehabt, daß der HNA F- und ÖVP-dominiert ist. Dann die ganzen Kontakte zu Kroatien, Slowakei, Südtirol, um die nationalen Bewegungen zu unterstützen. Die Wiener Sonderpolizeitruppe, die WEGA, ist auch F-dominiert. Es ist ein Faktum, daß die heute von Rechten und Rechtsradikalen unterwandert sind. Und es gibt Informationen von Leuten, die von der Polizei ausgestiegen sind, daß sehr viele Akten und Untersuchungsmaterial über Rechtsradikale von den Schreibtischen verschwunden sind, also intern durch Polizeibeamten, die die Untersuchungen behindern wollen.

FAHNDUNGSMETHODEN

Die anderen Fahndungsmethoden sind eben, was man jetzt hört, der "Große Lauschangriff".
Den "Kleinen Lauschangriff" gibts ja schon. Das Telefon dürfen sie ja mit gewissen Voraussetzungen abhören. Es ist relativ leicht Telefone abzuhören. Interessanterweise werden in der ganzen USA ein bischen mehr pro Jahr abgehört als in Österreich, in Österreich sinds ungefähr 100, in der USA sinds ungefähr 130. Doch die Aufklärungsquote ist verschwindend gering, 1 - 2 %.

Der "Große Lauschangriff" heißt, daß sie alle Methoden legal ausschöpfen können, sie können Wanzen einsetzen, sie können Bänder laufen lassen, sie können sich in die Nachbarwohnung einschleichen usw. Das ist ziemlich unbegrenzt. Das fordert die Polizei von sich aus. Die offizielle Begründung ist, daß es gegen die "Ostmafia" gehen soll. Eine Teilnehmerin: In den 70-erJahren warens die bösen "Linksterroristen", heute ist die böse "Ostmafia". Das ist der Aufhänger dafür.
In Wirklichkeit gehts darum, daß es Gesetz wird, und man es überall anwenden kann.

Dann die "Rasterfahndung", das ist eine Vernetzung aller Computerdaten. D.h. Computerdaten von der Uni, vom Gericht, von der Polizei, vom Arbeitsamt, von der Sozialvericherung,..,.also so viel Daten wie möglich in eine Datenbank, und nach bestimmten Abrufekriterien werden alle miteinander verknüpft. Bisher dürfen sie das nicht offiziell, aber sie fordern, daß es legal wird. Aufgrund des Sicherheitspolizeigesetzes dürfen sie ja bestimmte Daten schon verknüpft werden. Wenns eine interessiert, ist das dort nachlesbar. Ich habs allerdings nicht verstanden, weil es so kompliziert geschrieben ist. Eine Bestimmung geht über mehrere Seiten und hat X Ausnahmen....Und es beinhaltet auch sehr schwammige Begriffen, wie z.B auch über Sachen darf etwas gespeichert werden, und über Eigentümer, die aufgetaucht sind. Die dürfen sie dann nicht verwenden, usw. Ich bezweifle sehr, daß die Polizei sich da auskennt, wenn ich mich als Juristin nicht auskenn. Aber sie werdens schon anwenden, daran zweifle ich nicht.

Frage einer Teilnehmerin: Wie läuft das, wenn eine bespitzelt wird ? Also Bespitzeln gibts ja vom Gesetz her in dem Sinn nicht. Es gibt die Überwachung durch die Polizei, das ist Niemanden verboten. Der Unterschied zum Lauschangriff ist der, daß dir nicht nur eine Person nachgeschickt wird, sondern daß dabei elektronische Geräte zum Einsatz kommen, Aufnahmen gemacht werden usw.
Mit den Mitteln , die die Polizei jetzt schon zur Verfügung hat, ist schon eine große Überwachung möglich.
I. wird uns jetzt noch einen Pressespiegel zur Anschaffung von Computern geben:
Also im März 92 fordert der Löschnak massiv die Anschaffung eines neuen Großrechners für das Innenministerium, und zwar für "Fremdendatei", "Asylbewerberinformationssystem" und "Kriminalinformationssystem". Die Gendarmerie- und Polizeidienststellen sollen bis 1995 alle mit PC`s ausgestattet werden. 1993 steuert das Innenministerium eine EDV-Offensive, wofür das Budget von 300 Mill. ÖS veranschlagt wird.
Die Fremdenpolizei erhält eine zentrale Datei zur Speicherung aller AsylbewerberInnen.

Dann das "Automationsunterstützte Fingerabdruck - Indentifikationssystem. Das gibts schon. Derzeit sind ca. 500.000 Fingerabdrücke gespeichert. Sie können innerhalb von Sekunden herausfinden, ob ein Fingerabdruck entspricht. Es ist ein ziemlich teures System, und sehr aufgeblasen. Es müssen viele daran gearbeitet haben, um dieses System zustande zu bringen. Es bringt aber in Wirklichkeit sehr wenig, denn die meisten Fingerabdrücke sind demoskopisch nicht verwertbar. D.h., auch wenn man Fingerabdrücke hinterläßt, können sie meistens nicht in dieser Datei verglichen werden, weil sie verwischt sind, oder nur teilweise vorhanden sind. Es müssen 36 Merkmale übereinstimmen, um über Fingerabdrücke identifizierbar zu sein. Sie müssen sehr genau sein. Wenn eine fest auf so ein Glas greift, ist ein "schöner Fingerabdruck" da, den sie verwerten können. Wenn zu viel Staub drauf ist, ists schon schwer. Ich hab noch keinen einzigen Akt erlebt, wo Fingerabdrücke verwertbar sind, und ich habe noch nie erlebt, daß aufgrund von Fingerabdrücken jemand gefaßt worden ist. In einem Iditienprozeß

wirds manschmal herangezogen, aber es kommt nichts dabei raus.

Dann die "Speicherung aller gerichtlichen Vorfälle", die gibts schon seit Jahren. Das ist offiziell gesetzwidrig, das dürften sie nicht machen. Z.B., wenn ein Verfahren eingestellt worden ist, scheint das da drinnen auch auf, jede Hausdurchsuchung, jede Einvernahme. D.h auch, wenn dich irgendjemand anzeigt, dann steht das da drinnen, auch wenn das Verfahren nachher eingestellt worden ist.

Dann das "Täterprofil". Diese Mehtode wurde vom FBI in der USA entwickelt und ist Teil der Verhaltensforschung. Bisher hat man in Österreich wenig davon gehört. Im News hat es jetzt mal die Veröffentlichung eines Täterprofil von den faschistischen Briefbombentätern gegeben. Ein paar Punkte daraus sind: der/die Täter muß "geschichtlich gebildet sein", ist/sind den "Umgang mit Behörden gewöhnt", "etwas 50 Jahre", "Grundkenntnisse in Chemie", "besondere Kenntnisse in der Materie über Sprengstoff", "ein kleiner verschworener Täterkreis", und "müßte/n schon aufgefallen sein aufgrund seiner/ihrer Anschauungen".
Das "Täterprofil" gibt der Polizei die Möglichkeit entweder über Veröffentlichung, Hinweise aus der Bevölkerung zu kriegen, oder die Polizei forscht, in Verbindung mit der Rasterfahndung, angebliche Täter/innen aus. Das würde z.B. bedeuten über den Computer alle Historiker (weil "geschichtlich gebildet") und alle Juristen (weil "Umgang mit den Behörden gewöhnt") usw. über die Uni rauszusuchen, dann die Daten von bekannten Rechtsradikalen, usw. und all diese Daten miteinander zu verknüpfen. Aber die Ungenauigkeit wäre sehr groß.
Eine Teilnehmerin: Aber es könnte sehr wohl eingesetzt werden in einem präventivem Schlag . Gegen die Faschos trauen sie sichs nicht. Aber ich würde es ihnen zutrauen, wenn sie den Verdacht haben, daß es eine antiiperialistische oder linke Gruppe gibt, die da Gewaltsames tut, daß sie da jetzt alles mögliche einspeichern und ein paar tausend meier nehmen. Es ist für nix etwas gut, nur für was Präventives. Ich will nur mal erinnern, was bei der sog. "Palmers-Entführung" (Entführung von Walter Palmers, Chefs der Fa. Palmers, in Ö 1977) los war. Wieviele Leute da meier gegangen sind, wieviel Hausdurchsuchungen das gab, wieviele da kurz verhaftet worden sind, was da für eine Hysterie war. Wenn sie da schon die rechtlichen Möglichkeiten gehabt haben, hätten sie dreifach durchgegriffen.
Eine andere Teilnehmerin: Bei Ebergassing hat es ja auch hunderte Einvernahmen gegeben.

Jetzt macht I. noch einen <u>Pressespiegel, wie man die Polizeifahndung in der letzten Zeit aufgestockt hat</u> :
Also nach der ersten "Einwanderungswelle" aus dem ehemaligen Jugoslawien, wird eine Erhöhung der Gendamerie um 419 Planstellen gefordert, 215 sind dann im März 92 realisiert worden. Und außerdem sind im März 92 88 Beamte vom Innenm inisterium in 6 Monaten ausgebildet worden, um den Bundesheereinsatz an der Grenze zu unterstützen.
Im November 92 wird gefordert, daß die Zollwache Kompetenzen erhalten soll, die bisher der Gendamerie vorbehalten waren, d.h. bessere Bewaffnung, Ausstattung mit "Nachtsichtgeräten", Schaffung einer eigenen Grenzschutztruppe, und dafür wurde eine Arbeitsgruppe im Innenministerium abgestellt. Im Feb. 93 erfolgt dann eine Ausstattung nicht Nachtsichtgeräten und Fahndungscomputern.
Im April 94 drängt der Löschnak auf eine Grenzpolizei, d.h. 4.000 - 5.000 Leut sollen an der EU-Außengrenz zum Einsatz kommen . Diese Forderung wird natürlich verstärkt mit dem EU-Beitritt und dem Schengener-Abkommen, d.h. bis spätestens 1998 sollen 4.000 Leute an der Grenze sein. (Dies ist eine Forderung der EU und speziell der BRD, die sagt, daß sie trotz EU die Grenze Österreich - Deutschland überwachen wird, weil Österreich die EU-Außengrenze nicht ausreichend gegen Flüchtlinge "schützt" II d.Tip.)
Bis dahin wird das Bundesheer an der Grenze bleiben.

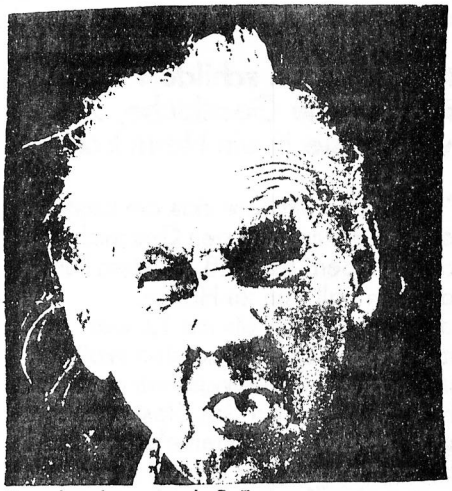
Das wars, Danke

vom AK Schwarzau zu

OUT LAW WOMEN

war die Übersetzung eines Essays über den Film "Thelma und Luise", von Elisabeth Spender und der Martha Milord.
In dem Essay werden die Unterschiede angesprochen aufgrund von Geschlecht, daß sich Frauen mit Thelma und Luise identifizieren, weil sie selbst potentielle Opfer von Sexueller Gewalt sind, aber auch auch aufgrund von Klassenzugehörigkeit und Hautfarbe. Sie sagen, daß die Frauenbewegung, und darin die Frauen aus der "Oberschicht" und "Mittelschicht" leicht zu Verherlichung von Frauen neigen, die sich gegen das Gesetz stellen, weil sie als Zuschauerinnen nicht die Konsequenzen tragen müssen.

Uneinig waren wir uns iin der Diskussion über die Notwendigkeit sich zu verteidigen, bzw. nach einem sexistischen Angriff, nach einer Vergewaltigung zurückzuschlagen oder Aktionen zu machen. Es gab einerseits eine Position, daß Frauen, die zurückschlagen, ihre Gewalt nicht aufgearbeitet hätten (da werd ich schon beim Tippen wütend,....), und daß frau nicht noch mehr gesellschaftlich ausgegrenzt werden will, indem sie kämpft und gesellschaftlichen Repressionen ausgesetzt wird.
Die andere Position war, daß es eine enorme Abwertung ist, Frauen, die kämpfen und zurückschlagen so hinzustellen, daß sie "ihre Geschichte noch nicht aufgearbeitet haben".

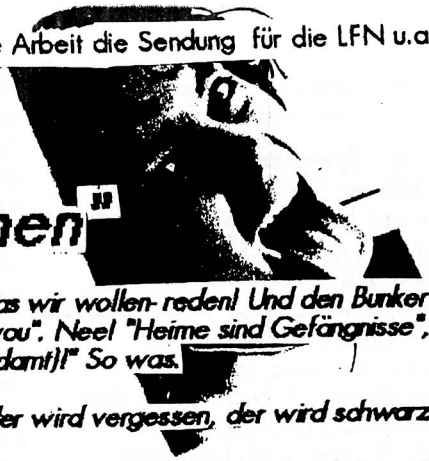


Das bedeutet, daß Frauen nur "normal" sind, wenn sie versuchen mit ihrer Gewalterfahrung IN sich klar zu kommen. Außerdem geben die Erfahrung von "sich wehren" auch Kraft und Mut, sich selbst und anderen. Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft hat schon verloren.
Die hitzige Diskussion konnte leider nicht weitergeführt werden, und wurde abrupt abgebrochen, weil die Frauen zur Demo aufbrechen mußten.

Ein Interview von der Frauenredaktion des Radio Dreieckland, Freiburg
Wir danken euch, für die Zusendung von Diskette und Kasette, und für eure Arbeit die Sendung für die LFN u.a. abzutippen.

(20)

BAMBULE - Mädchen in "Erziehungsheimen"



I.:Dann muß man ebend reden, viel mehr reden, warum wir das machen, was wir wollen- reden! Und den Bunker mit richtigen Sachen vollschreiben. Nich', "Alles Scheiße", oder "Peter, I love you". Neel "Heime sind Gefängnisse", "Wir wollen richtig bezahlt werden!", "Nieder mit dem Lajug (Landesjugendamt)!" So was.
Iv: Dann kommste nie raus. Ich sag's dir.
I.: Quatsch! Wer Terror macht, den schmeißen se raus. Wer sich gut führt, der wird vergessen, der wird schwarz hier drin. Wer sich fügt, wird fertig gemacht. Verstehst du, Iv?
Wenn de dich fügst, freuen se sich, daß se dich fertig gemacht haben. Dafür sind se dann nett zu dir, daß se dich kapputt gemacht haben. Nee, du! Neel
Iv: Wer hat'n heute Nachtdienst?

Mit diesem Dialog endet der 1970 gedrehte Film Bambule von Ulrike Meinhof, der in der heutigen Sendung auch Thema sein wird. Bambule zeigt die Situation von Mädchen in geschlossenen Heimen, z.B. der Eichenhof im damaligen Westberlin in den 60iger Jahren. Bambule zeigt mit welchen diskriminierenden Begründungen Mädchen eingeliefert wurden, wie sie in den Heimen zur Arbeit gezwungen und dabei sehr schlecht bezahlt wurden. Natürlich gab es nur die Arbeit die immer Frauen zugeschoben bekommen: Waschen, Bügeln, Kochen . Bambule zeigt die Fiesheiten der Heimleitung gegenüber den Mädchen, zeigt das Absitzen der Strafe im Bunker oder das Haare abgeschnitten bekommen, weil lange Haare angeblich zu eitel waren. Bambule zeigt aber auch, daß sich die Mädchen zusammenschließen und sich wehren: sie lassen die im Straf-Bunker nicht alleine, organisieren eine Sitzblockade, sie unterstützen sich beim Abhauen, sie verweigern die eintönige unterbezahlte Arbeit. Bambule zeigt, daß Heime nur ein Teil des Systems sind um Mädchen zu brechen, gefügig zu machen für die Berufswelt und die Ehe oder zumindest für die heterosexuelle Beziehung. Das Heimkinder nicht gerade auf der kapitalistischen Sonnenseite aufgewachsen sind, versteht sich von selbst.

Eine, die die Heime am eigenen Leib erfahren und sich gemeinsam mit anderen gegen das Verbiegen und Brechen gewehrt hat, ist Irene. Irene wurde zum ersten Mal mit 12 Jahren in das Kloster "Zum Guten Hirten" eingesperrt, weil sie sich gegen ihren prügelnden Vater gewehrt hat. Das war 1963. Nach cirka einem Jahr kam sie dann wieder nach Hause, wurde aber 1965 wieder abgeholt und mußte 4 Jahre in unterschiedlichen staatlichenund kirchlichen Heimen leben. Mehr über ihre Geschichte und das Leben von Mädchen in geschlossenen Heimen, erzählt uns Irene in einem Gespräch, daß wir Mitte September 95 mit ihr führen konnten. Irenes Jugend- und Heimzeit ist in Bambule verfilmt und so drehte sich das geführte Gespräch um Szenen im Film aber auch ganz allgemein um die Heimsituation der Mädchen. Noch kurz zum Film selber: Bambule hätte am Sonntag den 24. Mai 1970 im ARD ausgestrahlt werden sollen, wurde aber ganz kurzfristig abgesetzt und erst 24 Jahre später im Südwestfunk gezeigt. Aber dazu später mehr

Gesprächspartnerin war auch Wienke, die in der Heimkampagne in den 60iger, 70iger Jahren aktiv war und sich für Heimkinder engagiert hat. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an Irene und Wienke, daß sie sich die Zeit für ein Gespräch genommen haben.

Im folgenden schildert Irene ihre eigene Geschiche, z.B warum sie in ein Heim kam.

"Ich glaube ich kann das am besten anhand meiner eigenen Geschichte beschreiben, also z.B. an dem Punkt, daß ich halt von zu Hause abgehauen war, als ich 12 war, und mich meine Eltern bestrafen wollten und mich ins Erziehungsheim gegeben haben. Ich kam in das Kloster "Zum guten Hirten" in Marienfelde (West-Berlin). Meine oder andere Eltern hatten die Überlegung oder Information, daß es ein Heim war, wo man drinn verwahrt wird und seine Schule zu Ende machen kann. Die brutalen Sachen die da liefen wurden aber nie bekannt. Aus dem Kloster "Zum guten Hirten hat" mich mein Vater wieder rausgeholt, weil wir geschlagen wurden, und weil ziemlich klar war, das er mich so auch zu Hause erziehen konnte, was seine Meinung war weil ich aufgrund von Schlägen von zu Hause abgehauen war.
Das war dann 2 Jahre später der Grund dafür, warum ich wieder eingewiesen wurde. Die Nachbarn hatten sich beschwert,und ich wurde wieder eingewiesen, weil, vielleicht hatte das erstmal weniger mit mir selbst zu tun, sondern weil ich beim Jugendamt aktenkundig war und die jetzt natürlich ein Kiker auf mich hatten. Dadurch, daß meine Eltern eine Kneipe hatten und nicht zu Hause lebten, und ich zu Hause in Mariendort alleine gelebt habe, glaubten sie natürlich diverse Anhaltspunkte zu haben. Somit wurde ich also eines Tages von zu Hause abgeholt, aus faden-scheinigen Gründen, ich müßte zum Gericht. Die sind mit mir in den Eichenhof gefahren, ich immer noch in dem Glauben, ich müßte wirklich zum Gericht. Und als wir dann an Moabit vorbei gefahren sind, wurde mir klar, hier stimmt irgedwas nicht, da war ich aber relativ schnell in Tegel, wo eben der Eichenhof damals war oder heute immer noch ist, aber als Jugendwerkstättenheim. In den nächsten Wochen drauf habe ich erfahren, daß meinen Eltern das Aufenthaltsbestimmungsrecht abgenommen worden ist, direkt die Vormundschaft zur Hälfte entzogen wurde, sodaß meine Eltern nur das Recht hatten für mich zu bezahlen, alles andere hatten die Ämter an sich gerissen und zwar mit der Begründung, daß ich im "dritten Grad der Verwahrlosung" wäre. Dadurch wurde ich vorneherein in eine gesellschaftlichhe Situation gedrückt, die mich total verletzt hat, als 14 Jährige, weil ich für meine Begriffe total gut mit dem alleine wohnen, alleine leben, umgehen konnte. Ich bin zur Schule gegangen, ich habe für mein Essen gesorgt, also ich habe für mich gesorgt. Heute, nachträglich weiß ich, daß ich einiges anderes noch gebraucht

hätte in dieser Zeit. Aber da kommen plötzlich Erwachsene an, die mich alleine gelassen haben, alle drum herum, und sagen dann, ich wäre im "dritten Grad der Verrwahrlosung". Das hat mich dermaßen belastet, daß ich mit meinem Gerechtigkeitsgefühl dachte, ich muß denen beweisen, daß ich nicht im "dritten Grad der Verwahrlosung" war. Deshalb bin ich überwieged erstmal abgehauen um immer wieder Arbeit zu suchen um denen zu zeigen, wenn ich will, dann schaffe ich das. Das war auch immer ein Argument von meinem Vormund: `wenn ich Arbeit hätte, dann wäre ich nicht im 3. Grad der Verwahrlosung´. Demzufolge bin ich aus den Heimen abgehauen und habe gegen die Grenzen dieses Systems, was ein völlig paradoxes System war, Arbeit gesucht. Ich hatte keine Papiere, ich hatte keinen Ausweis und mußte mich trotzdem, wollte, mußte mich irgendwie bewähren. Das ist nochmal so ein ganz pregnanter Punkt von Aufzeigen, wie das System Kinder einbezieht in ihre Maschinerie von Kaputt-machen und Erniedrigung und hinschiebt in eine soziale Abhängigkeit, also die irgendwie jedem Kind, was nicht genug Selbstbewußtsein auf der Straße vorher gekriegt hat, einfach kapputt macht. So waren einfach viele Mädchen drin eh´ schon an Stellen sehr kaputt, und das wurde weitergeführt, darüber, daß die gesellschaftlichen Stukturen, die wir heute auch noch haben, gegriffen haben, ob die Mädchen nun auf den Strich geschickt wurden von irgendwelchen fiesen Typen, oder ob sie noch mal drinne im Heim bestraft wurden für Bedürfnisse von Zärtlichkeit oder Normalität wie es jedes andere Kind in seiner Familie oder sonst herum kriegt."

ALLTAG IM HEIM

Unsere nächste Frage an Irene war, wie sah der Alltag in einem geschlossenen Mädchenheim in den 60iger Jahren in Westberlin aus?
"... ich fange an einzelnen Stellen erstmal an. Z.B. der Eichenhof von 1965 -1969 war ein absolut geschlossenes Heim. Es gab mehrere Gruppen innerhalb des Hauses. Die Mädchen waren im Alter zwischen 13 und 21, wobei seltenst die Frauen bis 21 direkt dageblieben sind. Es gab einmal im Monat Ausgang - bei guter Führung, der innerhalb einer Strafe sofort zurückgezogen werden konnte. Und wenn die Mädchen keine Verwandten oder Eltern draussen hatten, die den Urlaubsschein mitunterschrieben haben, durften sie sowieso nicht raus. Es gab drinnen eine Schule, wo von der 5. bis zur 8. Klasse alle zusammen in einer Klasse waren, das heißt mit lernen war da nicht viel drin. Manchmal war es für uns trotzdem ein guter Moment, weil das die einzige Möglichkeit war, wo sie uns zusammenlassen mußten, egal ob wir gerade getrennt waren von irgendeinem Mädchen, wo die (Heimleitung) nicht wollten daß wir mit ihr zusammen waren oder so. Ansonsten war die Situation drinne so, daß wir arbeiten mußten, für verdammt wenig Geld. Ich weiß es jetzt nicht mehr im Einzelnen, es war unter einer Mark, und es war halt auch ein 8-Stunden-Tag und die üblichen Frauenberufe, Schneiderei, Wäscherei. Also im Eichenhof war es eine sehr große Wäscherei, und Schneiderei, wie es halt in Klöstern und anderen Heimen hier auch war. Die Industrie(arbeit) gab's auch noch, und damit haben die (Heimleitung) natürlich ihre Knete auch von draußen gekriegt. Also die Industriearbeit war meistens für die Industrie draussen, z.B. Wattetüten machen, also die Fäden für die Wattetüten einzufedeln. Das war dann mehr oder minder eine Akkordarbeit, und da sind wir natürlich total benutzt worden. Das Geld ist uns dann zugeschrieben worden, damit wir uns Zigaretten kaufen konnten oder irgendwelche anderen Süßigkeiten oder eben Sachen die wir brauchten. Aber es war natürlich viel zu wenig, weil das rauchen für uns immer ganz wichtig war drinne."

"Aus der Hausordnug.
Der Eichenhof ist ein Erziehungsheim des Landes Berlin, das Dich zur ERziehung aufgenommen hat. Zur Hausordnung gehören alle Forderungen der Ordnung, die in einer Gemeinschaft selbstverständlich sind. Achte besonders auf folgende Anweisungen:
+ daß die Wände der Schlafräume nicht mit Bildern beklebt werden,
+ daß du zur Arbeit die Arbeitskleidung des Eichenhofes anziehst
+ und in den Taschen keine "Groschenhefte", Zeitungen und Stielkämme trägst,
+ daß du dich nicht in Krankenräumen, am Gartentor und Gartenzaum aufhälst oder auf die Treppen setzt, wenn du eine Arbeitspause hast,

SOLIDARITÄT IM HEIM

Wer sich fügt wird fertig gemacht, so heißt es in der Schlußsequenz des Filmes, die wir zu Beginn der Sendung gelesen haben. Dazu dienen Hausordnung, Bestrafung, Erniedrigung, Ausbeutung. Wie die Mädchen in den Heimen es teilweise geschafft haben Solidarität und Widerstand zu entwickeln, schildert Irene am Beispiel des Ausbrechens aus dem Heim:
"Also Solidarität gab es da auf jeden Fall, wir hatten es alle drauf, es ging nur darum, wieweit traut man sich das Abhauen, oder wieweit ist man verankert draussen, sodaß man viel eher irgenswo unterkam. Es war auch nicht einfach über die Mauer oder den Zaun zu klettern. Also die haben sich ja auch immer wieder in den unterschiedlichen Heimen was einfallen lassen. In der Ollenhauerstr. in Rheinikendorf war die Mauer mit Glasscherben bestückt, und sie war relativ alt und wacklig. D.h. es sind total viele Unfälle passiert beim Abhauen, weil es standen nur 3 Bäume davor. Die Möglichkeit sich an der Wand mit dem Rücken und mit den Beinen am Baum hochzuhangeln, um dann auf die Glasscherben oder eventuell runterzufallen, wenn du nicht die Kraft hattest zu ziehen, das war so etwas, was überwinden werden mußte.
Das andere war, ob du irgendwo eine Basis draussen hattest, also auch wenn du nur hier groß geworden bist. Viele die im Heim waren, hatten vorher nicht auf der Straße gelebt, sondern sind von zu Hause da reingebracht worden, weil sie was weiß ich gemacht hatten, oder eben nichts gemacht haben, aber die Eltern sie loshaben wollen, oder weil das Jugendamt sie aufgegriffen hatte. Das war ein Hauptpunkt, ob viele abgehauen sind. Aber Solidarität dabei gab es eigentlich immer".

WIDERSTAND

Die Heimsituation war geprägt von Reglementierungen. Aber so einfach konnte das von Erzieherinnen und Heimleitung gegen den Widerstand der Mädchen nicht durchgesetzt werden.
"Ich denke in so Situationen wie z.B. wenn sie uns die Zigaretten weggenommen haben, oder in Situationen, wo wir arbeiten sollten für so wenig Geld, was uns ja zwischendurch auch immer aufgefallen ist, das das so ein Unterdrückungsmechanismus war. Da haben wir natürlich daran geredet, was wir dagegen machen können. Das kam dann ganz darauf an was für eine Konstellation an Mädchen da war. Es ging natürlich

nicht immer und mit allen. Und es ging auch nicht, wenn die fiesesten Erzieherinnen da waren, dann gab es nicht die Möglichkeit einen Schritt nach draussen zu machen. Oder wenn die Bestrafung so stark war, daß wir wußten, man kommt nur in den Bunker, oder wir werden verlegt. Die Mechanismen die heute noch greifen innerhalb dieser Gesellschaft und auch unter uns, ist ja, das sie Einzelne rausgreifen und verlegen und das war eine der schlimmsten Strafen, wenn wir gerade Kontakte geschlossen haben untereinander und die haben das mitgekriegt, ob das nun über Beziehung oder Freundschaften lief, oder über Aktionen überlegen. Sie hatten ja die ganze Macht in der Hand, sie konnten uns ja von einer Stunde zur nächsten ins andere Heim bringen. Das muß man sich auch mal richtig vorstellen, du hast keinen Ort wo du sicher bist. Diese Extrembestrafung, dich rauszureissen aus deinem sozialen Zusammenhang, den du dir immer wieder neu aufbauen mußt, und du bist unheimlich jung, das muß man auch mal bewußt machen und du hast keinen Rückhalt, in keinster Form, weder bei den Erwachsenen, noch bei den Erziehern, noch bei den Eltern noch bei erwachsenen Freunden, die du eh nicht hast, außer sie benutzen dich zu Teilen. Das ist zum Teil schon was ganz schwieriges gewesen. Trotzdem ist uns so an einzelnen alltäglichen Unterdrückungsmechanismen immer wieder aufgefallen, das können wir uns nicht gefallen lassen oder das lassen wir uns nicht gefallen. Ganz konkret war es bei den Zigaretten so, daß wir in der Ollenhauer nur 3 Zigaretten am Tag bekommen haben, obwohl das unsere Zigaretten waren. Es waren unsere Packungen, die wir uns gekauft haben. Und die wurden weggeschlossen und rationiert. Die haben bestimmt, wann wir welchen kriegen und wann nicht. Da war natürlich klar, daß wir des öfteren einfach das Erzieherzimmer aufgebrochen haben, um uns unsere Zigaretten zu holen, und das war gar nicht so ein Diebstahls-bewußtsein, das war ja unser. So. Das waren so ganz kleine Möglichkeiten, ganz kleine Momente, wo wir immer wieder neuen Widerstand entwickelt haben. Und die neuen Mädchen, die reinkamen, waren ja auch immer dabei. Die haben sich das nicht gleich zu Anfang getraut, aber sie sind dann so mit eingeschleußt worden. Sie haben gesehen, daß das möglich ist.

Oder auch: nachts wurden die Türen abgeschlossen, wir konnten nicht pinkeln gehen wann wir wollten, wir mussten immer wieder fragen. Sie wollten uns zu selbstständigen Menschen erziehen, aber es war ganz eindeutig, daß diese Form von Erziehung nichts, effektiv nichts mit Selbstständigkeit zu tun hat. Es ist aber auch eine Lebensnotwendigkeit gewesen, und weißt du, es war uns oftmals gar nicht bewußt, daß wir so eine Stärke haben. Es war eine Lebensnotwendigkeit die uns das Überleben einfach möglich gemacht hat, und ich denke, die hat uns dann wiederrum gestärkt. Auch wenn wir mitgekriegt haben, das ist gut gegangen, oder auch meinetwegen hat es Verlegungen gegeben, aber nun gut, also dann haben wir uns was einfallen lassen, wie wir wieder zusammenkommen. Und machmal hat es geklappt.

Der größte Horror war eben nach Westdeutschland zu kommmen, weil da warst du völlig aus deinem sozialen Kontakten rausgerissen worden, weil (West-) Berlin hatte den Status, du kamst ohne Ausweis nicht rein und nicht raus. Und es waren die Bedingungen in Westdeutschland auch nochmal herber, da gab es Anstaltskleidug, Heime im Moor, wo die Dorfbevölkerung viel mehr mitgesucht hat, als wie es hier in der Stadt möglich war. Wenn du in Berlin 500 Meter von der Mauer entfernt warst, da ist dir erstmal keiner mehr nachgekommen. Das war alles in Westdeutschland anders. Deshalb war das für uns eine totale Einschüchterunsmethode,die oft gegriffen hat als Allerletztes. In Westdeutschland wußten wir auch nicht, wo wir hätten hinkönnen. Und später dann, so Ende der 69er, Anfang der 70iger Jahre, also mit Entstehung des Films, lief ja eine ziemliche Heimkampagne, die von außen anfing"

BEWUSSTSEIN VON FRAUENUNTERDRÜCKUNG

Ende der 60er Jahre gab es Begriffe wie Sexismus noch nicht, auch Feminismus war noch ein Fremdwort. Die Frauen fingen gerade erst an, sich zusammen zu tun und sich zu organisieren zu dem, was später eine starke FrauenLesben-Bewegung werden sollte.
Wir fragten Irene, ob sie und die anderen Mädchen die Unterdrückung im Heim trotzdem damals schon als Frauenunterdrükung empfunden haben.
"Wir waren in den Mädchenheimen. Natürlich hatten wir auch Kontakt zu Jungenheimen, oder, das war ja vorausbestimmt, wir hatten eigentlich mit der Außenwelt viel eher über die Randgruppen, die wir ja auch waren, zu tun, sprich zu anderen Heimen, oder eh schon innerhalb einer bestimmten kriminellen Szene. Wenn wir auf Trebe waren, begaben wir uns ja immer wieder in kriminelle Situationen, ob wir das nur wollten oder nicht, alleine um für 1 Nacht was zum Pennen zu suchen schloß manchmal mit ein, daß wir in Kneipen mußten. Da sind Leute die würden einen am ehesten mitnehmen Und demzufolge hatten wir auch ganz viel Kontakt zu männlichen Heimkindern, weil die die Situation noch am ehesten nachvollziehen konnten oder Sachen wußten. Wir wußten von daher schon von vornherein, also so wie es heute aud im Knast noch ist die ganze Stuktur, daß die immmer schon bessere Bedingungen hatten. Also sie hatten z.B. oft Möglichkeiten Lehren durchzuziehen, auf die sie auch Lust hatten, in einer Tischlerei oder Malern. Wir hatten immer die spezifischen Frauenberufe, und darar

hat sich bis heute absolut nichts geändert in den ganzen Institutionen die es für Frauen und Männer gibt. Das war ein Punkt worüber wir was begriffen haben. Das war natürlich nicht so prägend .
Als wir auf Trebe (1) waren natürlich noch mal mehr. So der Punkt, wo wir mitgekriegt haben, daß wir unseren Körper verkaufen können. Darüber läuft nochmal ganz klar die Unterdrückung. Wir können uns in jeglicher Form verkaufen, wir mußten es sogar machmal, um was zum schlafen zu haben, also um die normalsten Bedingungen zu kreigen. Das haben wir zwar nicht als feministische Bewegung oder sowas begriffen, aber es war ganz eindeutig unter uns klar wie wir am besten durchkommern innerhalb dieser Gesellschaft, und das war natürlich was Vorgezeigtes. Ich speziell habe in FrauenFrauenkreisen (2) verkehrt, da wo es mir am klarsten war, da kriege ich am ehesten was zu pennen. Ich weiß aber heute, ich habe mich im Grunde an Stellen genauso verkauft wie die Mädchen mit Typen mitgegangen sind. Und das, würde ich heute sagen ist genauso eine Scheiße.
Wobei man dazu sagen muß, daß in den 60igerr Jahren dieses Rollenspiel war, und das unter FrauenFrauen, unter Lesben sehr stark geprägt war. Wir haben uns das oft abgekugt (3), was wir draussen erlebt haben. Das heißt, unsere Hierarchie drinne war auch so, daß die, die die größten Fressen hatten, am weitesten kamen. Das heißt, daß die, die den Macker gespielt haben, extreme Vorteile hatten.
Von der Frauenbewegung habe ich sowieso erst in den 70iger Jahren das erstemal gehört.
Für mich war es sehr wichtig ,daß ich erst Anfang 70 für mich begriffen habe, daß ich sehr wohl auch ne Frau mögen kann, auch wenn sie Hosen anhat, und nicht nur diese Form von Rollenspiel, in die ich reingewachsen bin als FrauenFrau, die ich in jungen Jahren von den Älteren in den Subs oder Kneipen mitgekriegt habe. Und da ist für mich was aufgebrochen was für mich wahnsinnig wichtig war, wo ich auch ganz viel Heimgeschichte verrarbeitet habe".

LESBISCHE BEZIEHUNGEN IM HEIM

Der Film Bambule thematisiert auch ganz stark die lesbischen Beziehungen der Mädchen im Heim. Wir fragten Irene, ob diese Beziehungen eine bewußte Entscheidung war.
"Es war für drinnen schon eine bewußte Entscheidung für den Moment, aber es war nicht eine, wo man heute Coming-out dazu sagt. Es war ne bewußte Entsscheidung aus der fehlenden Zärtlichkeit, unter der wir alle gelitten haben. Es gab natürlich auch ganz klare Entscheidungen, wie sie für mich war, wo mir auch über die Trebezeit, beziehungsweise über das Mitkriegen des Umgangs meiner Eltern, das so brutal für mich war, klar wurde, daß ich gesagt habe, ich werde nie heiraten, ich will keinen Typ. Trotzdem habe ich auch Erfahrungen auf Trebe und auch in Nicht-Trebe-Zeit gemacht, oder innerhalb der Pupertät, wo mir klar war, ich kann mit Typen kumpelhaft umgehen, aber ich habe Null Bock benutzt zu werden für Bettgeschichten. Oder wie Mädchen sich an Jungs zu verkaufen hatten, also nicht nur verkaufen mußten im Sinne von Strich, sondern einfach so. Ich war oft mit Jungs zusammen, wo ich dann gehört habe, wie die über Mädchen gesprochen haben, mit denen sie geschmust haben, oder mit denen sie Liebe gemacht haben. Und ich fand das so ekelhaft, daß ich gedacht habe, das mit mir nie. So will ich nie über mich reden lassen. Innerhalb dessen war mir klar, daß ich das, was ich von einer Frau, oder damals von einem Mädchen kriegen kann, vorziehe, weil das was ist, was ich kapiere, was ich empfinde, und was mir was bringt.
Manche sind deshalb längerfristig dabei geblieben, aber für viele war es eine abgebrochene Entwicklung. Dann wenn sie rauskamen, in Urlaub waren, oder raus kamern war die sogenannte Normalität sehr stark, wo sie erstmal widerstehen oder eben auch nicht widerstehen mußten.
Und es war auch eine Art von Widerstand das zuzugeben, oder das zu leben, mit einem Mädchen im Bett erwischt zu werden und dafür in Kauf zu nehmen, daß in deine Akten ein rotes L kam, wo du sehr wohl längerfristig immer das Stigma hattest du bist ne Lesbe".

Wie war unter den Mädchen die Wertung vom Lesbisch-sein? Gab es deswegen Abwertungen?
"In den Heimen in Berlin die ich erlebt habe, und davon kann ich erstmal nur reden, gab's diese Abwertung sicherlich. Aber so wie ich sie erlebt habe, hatte das immer was mit der Hierarchie in den Heimen zu tun gehabt. Wenn da 2 oder 3 Macker da waren, die das Sagen hatte, und die die Neuen unter ihre Fittiche genommen haben, dann war das keine so eine Frage. Die Mädchen die nicht mit Mädchen geschmust haben, die sind nicht besonders böse behandelt worden, aber die sind schon außenan gewesen, das heißt wir waren eigentlich in der Mehrzahl. Was im Kloster anders aussah, weil die Repression von den Nonnen einfach nochmal stärker war, und die Gruppen zum Teil jünger waren. Und überhaupt die Bestrafung ne Form von Unmenschlichkeit hatte die in keinem staatlichen Heim so war. Z.B sind in jeder Gruppe, also es gab 10er Schlafzimmer, da hat jeweils eine Nonne mit drin geschlafen und ein Hauskind. Die Hauskinder haben uns wahnsinnige Angst eingejagt. Das waren Menschen die behindert waren, hochgradig körperlich behindert waren. In meiner Gruppe war eine Frau mit einem Wasserkopf die auch nicht richtig sprechen konnte, die aber immer zur Aufsicht geschickt wurde, wenn wir irgend-welche Strafen erledigen mussten, z.B. den Schienengang mit der Bürste putzen, oder 400 Stühle im Saal putzen mußten. Das war für uns, wo die ganze Gesellschaft von körperlich so stark behinderten Menschen oft weggeschlossen sind, oder kein Kontakt hatten, eine angsteinjagende Geschichte, die total belastet hat. Das gab es in den staaatlichn Heimen nicht".

DER FILM BAMBULE IM ZEITGESCHICHTLICHEN ZUSAMMENHANG

In welchem Zusammenhang der Film Bambule zeitgeschichtlich und politisch steht, dazu sagt Wienke, eine Aktivistin der Bewegung:
"Der Film gehört in eine Geschichte rein. Es ging darum alles zu verändern. Dazu gehörte auch jedes Mittel zu benutzen, womit wir Öffentlichkeit herstellen können. Heute haben wir nur noch Zeitungen oder Flugblätter. Und damals ging es auch darum den Film zu benutzen, das Radio zu gebrauchen, die Kunst zu benutzen, weil das ja alles Ausdrucksformen sind.

Erklärungen:
(1) Trebe heißt abgehauen sein, unterwegs sein, auf der Straße sein.
(2) Irene im Interview: "Lesben, ich mag dieses Wort nicht, also sage ich FrauenFrauen".
(3) abgekugt = abgeschaut

In den Film z.B. ging es auch darum, daß sich die Mädchen selber spielen, weil es kein Spielfilm ist, sondern ein Film, der in einer bestimmten politischen Situation eine bestimmte politische Aussage machen sollte, nämlich die Mädchen selber zeigen sollten, wie sie mit den Strukturen umgehen, wie sie nicht zulassen, daß sie diese Strukturen zerstören. Genau das, was anstand, nämlich alle Strukturen zu zerstören. In diesem Zusammenhang ist der Film gedreht worden. Und das er damals um 8 h abends in der ARD gezeigt werden sollte zeigt auch, daß es eine große Öffentlichkeit gegeben hatte, daß sich die ARD ausrechnen konnte, daß sie, wenn sie diesen Film zeigen, sie eine hohe Einschlatquote haben. Die denken ja ganz anders als wir. Das zeigt aber auch, daß wir eine Stärke gehabt haben, die sie wirtschaftlich nutzen konnten. Sie hatten nicht unmittelbar Interesse am Film. Das erlebe ich immer wieder, daß sich das keine vorstellen kann. Gut, es ist keine Mehrheit gewesen in dem Sinn, daß du sagen kannst 51 % der Bevölkerung stehen dahinter, aber es sind nicht 51 %, 100 % dagegen, es sind viele, die das wohlwollend tragen. Das nennt das herrschende System die Symphatisanten. Aber natürlich brauchen wir die auch, wenn wir die Gesellschaft verändern wollen".
R: Aus der Zeit gibt es doch auch tatsächlich Zahlen, daß 58 % der Bevölkerung dafür war, in bestimmten Situationen .. Widerstand zu machen.
W: " Diese Zahl weiß ich jetzt nicht mehr genau. Es waren so 10 - 20 % der Bevölkerung, die bereit waren die RAF aufzunehmen in die Wohnungen".
R: Das sind sehr viele im Vergleich zu heute.
I: "Da kommt ja auch noch mal dazu, um das zu ergänzen von Wienke, welche Schicht war den in den Heimen, welche Schicht war den in den Knästen, und ist es heute noch. Das macht auch mit die Masse aus. Die Eltern, die ihre Kinder in den Heimen hatten haben sich das sicherlich angekiekt (4), egal wie sie dahinter standen, oder nicht dahinter standen. Es ist ja eine bestimmte Schicht, die im Endeffekt den Widerstand dann entwickelt".
W: "Und eine bestimmte, die einen Fernseher hatten damals".

Aber wie war das. Ist Ulrike in die Heime gegangen, als Journalistin, mit dem Wissen es geht hier auch um was anderes ? Und ist ihr dann der Vorschlag gemacht worden, mach mal einen Film dazu ? Wie ist das konkret zustande gekommen ?
"Sowas kann ich dir nicht genau sagen. Das ist immer auch so ein Wechselspiel. Sie hat ihre journalistische Tätigkeit immer so verstanden, diese Öffentlichkeit herzustellen. Sie war natürlich eine sehr bekannte und sehr geachtete Journalistin. Es gab sehr viele Männer, die gene mit ihr gearbeitet haben und sich gerne mit ihr gezeigt haben. Das merkt man ja jetzt, wenn öffentlich über sie geredet wird, gerade über diesen Film. Dann setzten sich die Männer hin und freuen sich, daß sie mit ihr zu tun gehabt haben. Aber sie holen keine in so eine Abschlußdiskussion, die tatsächlich mit ihr politisch zusammengearbeitet haben. Sie hat als bekannte Journalistin Chancen gehabt, und die hat sie auch genutzt. Das war ihr politisches Selbstverständnis.
An dieser Stelle ist mir auch ganz wichtig: sie wird immer so raus gestellt. Richtig ist, daß sie damals, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, als Journalistin sehr anerkennt war. Heute gibt es ja viele Frauen die das machen, damals gab es das noch nicht. Sie hat sich aber nicht als Individualistin gesehen, sondern sich immer als Teil der Bewegung gesehen. Die bürgerliche Gesellschaft liebt es jetzt, sie weiter herauszustellen. Da gibt es eine Spiegelartikel, einen Film über sie und soweiter. Aber wenn wir politisch arbeiten, müssen wir immmer wieder deutlich machen, daß sie diese bürgerliche Individualistin nicht ist, sondern das sie dafür gearbeitet hat, in einem Kollektiv zu leben und zu arbeiten. Wenn wir sie als Vorbild nehmen wollen, dann geht es genau darum das bei ihr zu sehen und sie nicht als Individualistin, als individuelle Revolutionären raus zustellen. Alle die dazu gehören sind gleichwertig und sie ist nur die

(4) angekiekt = angeschaut

bekannteste, weil sie die längste Geschichte hatte damals.
Ende der 60er, anfang der 70iger Jahre waren in der Linken Heime als Gefängnisse und Verwahrungsorte politischer Schwerpunkt. Zum Beispiel besuchten Ulrike Meinhof, Barbara Moravitz und Marianne Herzog Mädchen in den Heimen um ihre Situation genauer kennen zu lernen und Öffentlichkeit herzustellen. So schreibt Marianne Herzog in ihrem Buch `Nicht den Hunger verlieren´ folgendes:`Ich hatte ein Praktikum in einem geschlossenen Heim für Mädchen gemacht. Die Mädchen waren ins Heim gekommen, weil sie Geld geklaut hatten oder eine Hose, weil sie Broschen oder Lippenstifte im Kaufhaus mtgenommen hatten, weil sie schwanger waren oder arm, weil sie zu Hause für sechs Personen nur zwei Zimmer hatten. Ich hatte das sog. Beruhigungszimmer gesehen. Eine Zelle. Die Zeugnisse gelesen mit dem Aufdruck `Sonderschule im Mädchenheim´, mit dem die Mädchen entlassen wurden. Ohne Fähigkeit, oft nach acht bis zehn Jahren "Heimerziehung" und nur darum, weil sie jetzt 18 waren.

Jetzt noch einmal zur Enstehung des Filmes:
I: "Also mit anderen Worten kann ich es nochmal so sagen, daß es über unser Kennenlernen, über ihren Einblick in mein Leben, zu der Idee des Films gekommen ist. Dann zu der Überlegung konkret, erstmal mit dem Ziel Öffentlichkeit herzustellen, um mehr Stärke für die Heimbewegung zu entwickeln. Ursprünglich war von mir und Ulrike geplant, daß der Fim von den Heimmädchen selbst gespielt wird . Das wurde ab abgelehnt. Meines Wissens heraus aus finanziellen Gründen. Heute sagt der damalige Regisseur Itzenplitz dazu, `weil Laien sich nicht selbst spielen können´. Das kann man in dem Bambulebuch nachlesen (5). Ich finde das eine absolute Frechheit und eine falsche Einschätzung.
Demzufolge wurden dann die Schauspielerinnen vom Sender und von uns ausgesucht. Das waren damals aller sehr junge Schauspielerinnen, die also noch keinen Namen hatten, heute zum Teil ziemliche Namen haben innerhalb dieser Schauspielerszene

Der Film war fertiggestellt, überall groß angekündigt, und trotzdem lief der dann doch nicht. Warum?
W: "Der Film war vorgesehen, daß das er am 24.Mai 1970 , das war ein Sonntag, abends um 20.15 im ARD - Fernsehen ausgestrahlt wird und war auch auf den Rundfunkzeitungen häufig auf der ersten Seite bunt angezeigt. Und am 14 Mai 1970 ist Andreas Bader aus dem Knast in Berlin befreit worden, und Ulrike soll dabei gewesen sein. Dann tauchten in West-Berlin aber auch in Westdeutschland Plakate auf, das Ulrike gesucht wird. Es gab 10.000 Mark Belohnung. Das war damals sehr viel Geld. So ein hohes Kopfgeld ist seit 1970 noch nicht wieder ausgesetzt gewesen. Ulrike und andere wurden gesucht wegen Mordversuchs, weil bei der Befreiung ein Institutsangestellter angeschossen wurde. Dann ist der Film kurtzfristig abgessetzt worden, weil Ulrike gesucht wird und deshalb ein Film von dieser Frau nicht ausgestrahlt werden darf. .....
Später hat es in viele Städten den Versuch gegeben an den Film dranzukommmen, in Fachhochschulen, Universitäten, im sozialen, im sozialpädagogischen im soziologischen Bereich haben immer wieder WissenschaftlerInnen versucht den Film für eine Lehrveranstaltung zu bekommen, und es ist immer abgelehnt worden. Es gibt einen Brief von 1986, wo der Südwestfunk an einen Herrn Professor an der Bochumer Uni geschrieben hat, der Film darf nicht gezeigt werden und wird wohl auch nie gezeigt werden. Das hat sich verändert mit der sog. Wende. Die DDR-BürgerrechtlerInnen bestehen ja darauf, daß endlich die Filme aus den Giftschränken rauskommmen, die in derr DDR nicht gezeigt werden konnten. Daraus haben dann einige kluge Leute geschlossen, daß es hier auch mal Zeit wird den Giftschrank zu öffnen, und sie haben verlangt, daß dieser Film gesendet wird. Darauf hat sich der Südwestfunk darauf eingelassen. Und zwar hat er einen zweiten Film rausgeholt, den er vor 2 Jahre verboten hat, einen faschistischen Film. Und den haben sie erst gezeigt, ein paar Wochen früher, und dann haben sie Bambule gezeigt im Südwestfunk...."

HEIMKAMPAGNE DER 68-ER - BEWEGUNG

Wir wolle nocheinmal auf ein Stück Zeitgeschichte zurückgreifen, indem wir auf die Heimkampagne, einem Schwerpunkt der 68-Bewgung, eingehen. Über die Heimkampagne, die es sich unter anderem zur Aufgabe, machte Heimkinder in Wohngemeinschaften oder Kommunen aufzunehmen, berichtet im folgenden Wienke, die damals Sonderschullehrein war und sich in der Heimkampagne sehr aktiv war.

"Ich habe damals als Lehrerin gearbeitet und unser politisches Selbstverständnis war ja damals, daß wir alles verändern müssen, Wenn die Familiensturkturen so bleiben, wenn die Heimstrukturen so bleiben, kann es keine gesellschaftliche Veränderung geben. Und natürlich waren wir Antikapitalistinnen und Antiimperialistinnen. Aber das fängt hier und heute an und dazu gehörten eben auch konkret diejeinigen, die in diesem System am meisten unterdrückt waren, ihnen Hilfe zu geben, aus diesen Strukturen auszubrechen. Unsere Vorstellung war, daß das, was im Film als Stärke rüberkam, auch eine reale Stärke ist, die gebrochen werden soll, und daß es unsere Sache ist, diese Stärke zu erhalten und gemeinsam die Strukturen zu durchbrechen. In diesem Zusammenhang war dann die Heimkampagne ein Teil unseres poltitischen Selbstverständnises, und unsere Aufgabe eben auch Bedingungen zu schaffen, daß sie ausreißen konnten. Einmal war es so, daß wir ja selber angefangen haben in den Kommunen, wie es damals hieß. Und Kommunen bedeutete auch mehr als Wohngemeinschaften. Kommunen haben ja den Anspruch gesellschaftlich zu wirken und zu arbeiten, und an uns selber auch. Denn wir haben die Strukturen ja auch in uns. Die Frauenbewegung hat das spüäter auch ganz stark rausgearbeitet. Das war unser Thema 1965 - 70 auch in `Gemischten Zusammenhängen´.
Ich war damals in Hessen. Da ist es darum gegangen, den Jugendlichen Möglichkeiten zu bieten. Also wir mußten sie kennen lemen. Und wie Irene erzählt hat, sind Ulrike und Marianne Herzog und Barbara Moravitz zu euch ins Heim gekommen, um dieses Feature (6) zu machen.
Ich weiß, daß Ulrike immer rein gegangen ist öffentlich als Journalistin, aber weil sie euch kennen lernen wollte und wissen

5) siehe Interview mit Itzenblitz in "Bambule, Fürsorge - Sorge für wen ?", v. Ulrike Meinhof, erweiterte Ausgabe 1989, Verlag Wagenbach. Zu diesem Interview gibt es eine Stellungnahme von Irene Goergens und Esther Dayan-Ulivelli "Protest gegen den Text von E. Itzenblitz. Zur Entstehungsgeschichte des Films Bambule". Im FZ-Archiv erhältlich.
(6) Feature = Radiosendung

wollte, was ist notwendig um euch zu unterstützen. Und draußen dann die Wohngemeinschaften, die die Jugendlichen aufgenommen haben und mit ihnen geschaut haben, wie leben wir jetzt anders. Das bekannteste Beispiel war die Kommune in Frankfurt, die Gudrun Ensslin und Andreas Baader zusammen aufgebaut haben, als sie nach ihrem ersten Prozeß wegen der Kaufhausbrandstiftung erstmal freigelassen worden waren, und es ihr Selbstveständnis war so politisch weiterzuarbeiten. Die Stadt Frankfurt hat das damals untestützt. Die waren froh, daß sich jemand findet, der die Arbeit macht. Es gibt in Frankfurt im Jugendamt einen Bericht, den die beiden gemacht haben, der heute noch unter Verschluß ist, den wir bis heute noch nicht gekriegt haben, weil es muß wohl so positiv sein. Wenn er früher rausgekommen wäre, wäre deutlich geworden, was keiner wissen will, daß das nämlich zu unserer revolutionären Politik gehört hat."

Wohngemeinschaften und Kommunen haben entflohene Heimkinder eine Unterkunft gegeben, das Zusammenleben gestaltete sich jedoch nicht so einfach. Dazu nocheinmal Irene:
"Da sind 2 Welten aufeinander gekracht, die sich so fremd waren, daß es erstmal nur als Unterstützungsmoment gesehen werden konnte. Es ist viel Dreck darin gelaufen, weil wir, die aus den Heimen abgehauen waren, erstmal soviel Freiheiten hatten, und wir da alles machen konnten, wo wir bisher unter Strafe gestanden hatten, oder unter Druck. Und plötzlich mit dieser Fürsorge und Freiheit konfrontiert zu sein, das haben einige nicht geschafft. Fakt war, es wurde ziemlich viel abgezogen in den WGs. Also die Mädchen und Jungs haben das als willkommene Bleibe gesehen. Die StudentInnen konnten damit nicht umgehen und waren verwundert, weil ihr Fürsorge nun sowas großes gewesen war in dem Moment, wo nicht verstanden wurde, warum nun ausgerechnet sie beklaut werden. Da ist auch innerhalb der Heimkampagne nicht genauer darüber nachgedacht worden von den Linken. Wir (die Heimkinder brauchten eben nicht nur ein Bett und was zu Essen, sondern wir brauchten auch eine gleichberechtigte Partnerschaft, so wie es zwischen mir und Ulrike entwickelt worden ist. In vielen anderen WG's ist es nur als Frage "Fürsorge für wen?" hingestellt worden. Auch die StudentInnen brauchten irgendwelche Fürsorge. Da drinnen war das nicht immer ideal.
Viele von uns sind auch benutzt worden für öffentliche Projekte wie Film oder Heim, und das Geld hat da viel angerichtet an Entsolidarisierung unter uns . Darauf haben sich einige eingelassen, weil das die besten Bedingungen für sie waren, Geld in der Hand zu haben, oder einen Namen. Da haben wenige von den Erwachsenen, von den Linken, die damals die Kampagne gestartet haben, uns vor so'ne Sachen geschützt. Da hätten wir mehrAsueinandersetzung haben müssen, um zu wissen in was wir da auch reingehen".

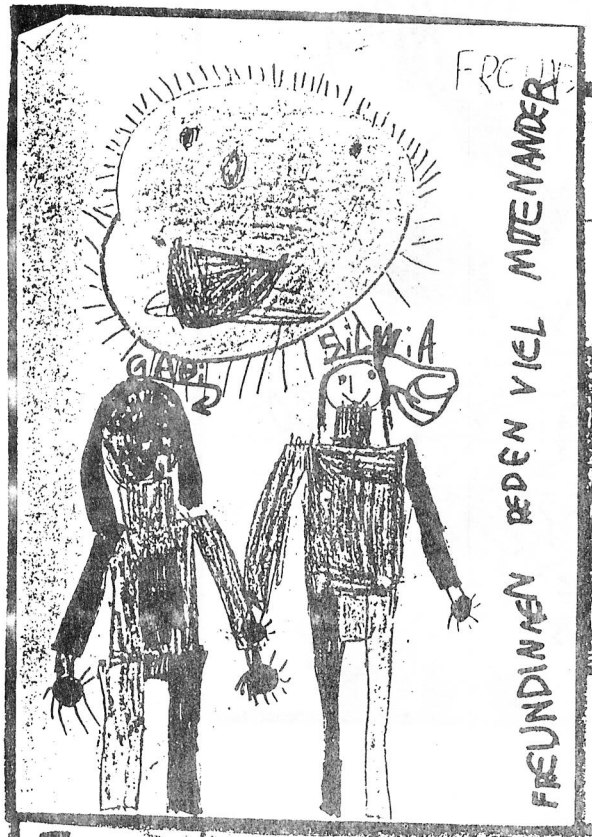
Zur Frage, ob die Mädchen in den Kommunen oder WGs von den dort lebenden Männern auch sexuell angemacht oder ausgebeutet wurden, sagt Irene, daß sie das da, wo sie war nicht miterlebt hat. Von anderen Zeitgenossinnen, die damals Mädchen in der Linken waren, gibt es aber auch Aussagen, daß die sexuell von den Männern sehr unter Druck gesetzt und auch sexuell ausgebeutet wurden.

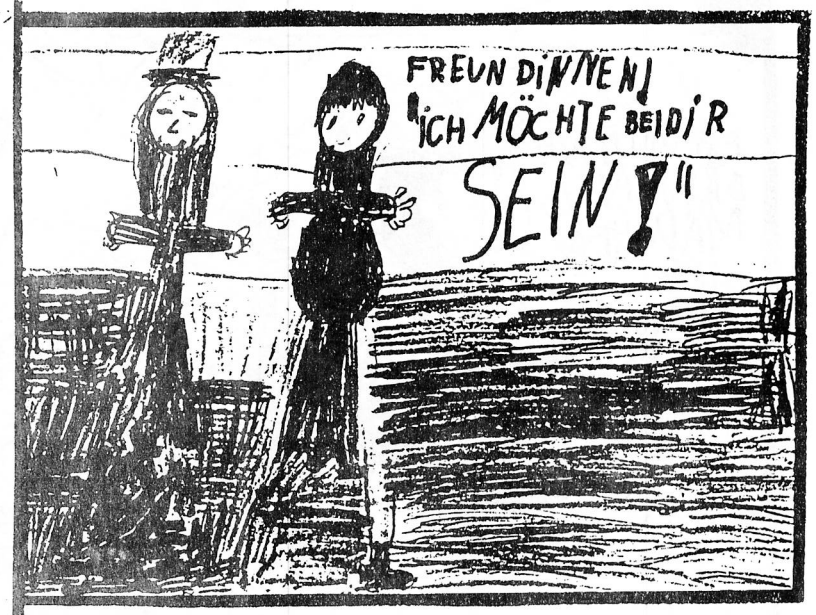
Wienke:" Was ich gerne noch ergänzen würde, die Heimkampagne hat ja bis Anfang der 70iger Jahre gedauert, und in Frankfurt ist es schon so gewesen, daß die Jugendlichen, aus den Heimen gemeinsam diskutiert haben, was sie jetzt in Frankfurt in dieser Kommune wollen und was sie tun können um ihre anderen rauszuholen. Da ist schon so ein Stück Selbstorganisation bewußt angegangen worden. Wenn sie in den WGs individuell gelandet sind, sind sie immer das besondere Kind gewesen. Die WG hat ihre Sozialarbeit gemacht. In dem Moment, wo sie zu mehreren zusammen gewesen sind, haben sie als Gruppe sich selber vertreten können, und an die denken können die noch drin sind, um die rauszuholen. Ein Beispiel war dann 1971 die Besetzung des Georg-von-Rauch-Hauses, was in erster Linie von TrebegängerInnen besetzt worden ist. Die sind einfach so viele gewesen, daß die Sozialarbeiter in der Minderheit waren, aber auch bereit waren sich darauf einzulassen, von dieser Stärke zu lernen, das, was wir theoretisch von Anfang an wollten. Aber diese Prozesse gehen ja auch langsam. Der Staat hat, so wie das Georg von Rauch Haus, auch auf die Dauer wieder zerstört, seine Finazierungsstukturen, Polizei rein schicken wegen Drogen.... Sie haben ja immer einen Vorwand, oder sie behaupten, da sind die Waffen für die Guerilla versteckt, egal ob es gestimmt hat oder nicht."

Ihr ward jetzt in mehren Städten zu Veranstaltungen. Was wollt ihr heute mit dem Film ?

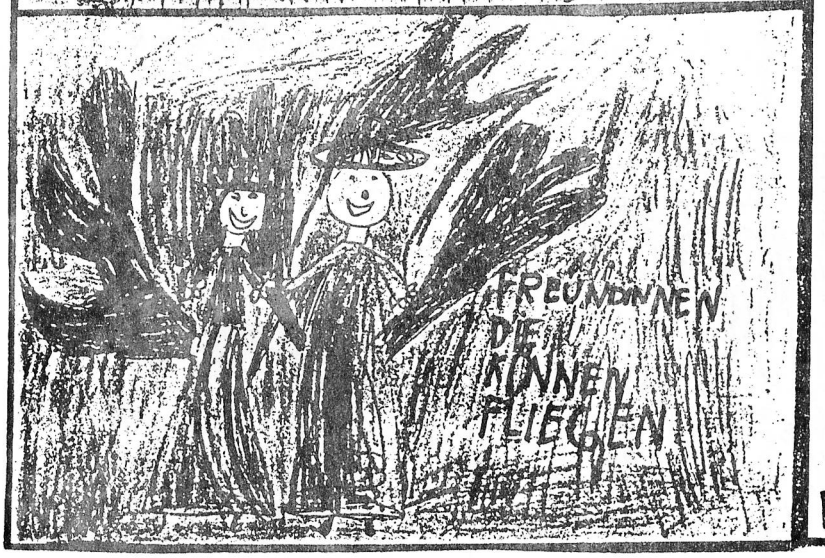
"Ich wünsche mir, daß darüber klar wird, daß diese 25 Jahre, die ja ein Vierteljahrhundert eines Frauelebens sind, für heute noch genauso gilt. Daß die Stukturen innerhalb dieser Gesellschaft nicht verändert worden sind zum Positivern, für die Mädchen und Jungs, die heute noch, wieder, in der Situation sind. Das die Tendenz schon wieder dahin geht, wieder geschlossene Heime zu machen, nad dem es ein paar Jahre andere Versuche gegeben hat, z.B. Mädchen WGs; jetzt wieder geschlossene Heime ; daß die Psychiatrisierung total verstärkt worden ist. Und daß das ein Grund ist, jetzt im Vorfeld und nicht erst wieder, wenn es die geschlosssenen Heime gibt, schon darauf aufmerksam zu machen; daß der Staat schon wieder überlegt, und junge Menschen in dieser Gesellschaft stigmatisiert werden können.
Außerdem denke ich, die Erfahrung, die wir damals gemacht haben und die Möglichkeiten eines Widerstandes zu zeigen, sind nach wie vor, für uns Ältere wie für Jüngere, genauso wichtig, damals wie heute.

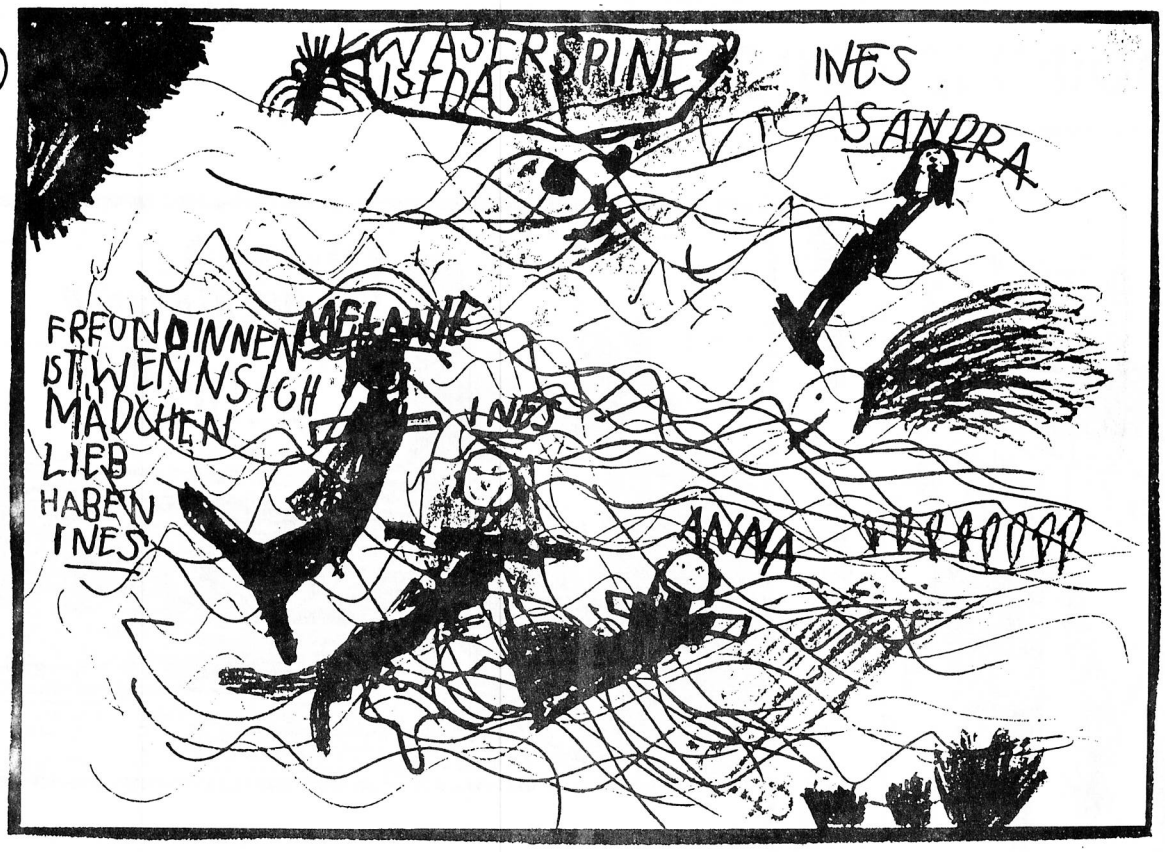
FREUNDINNENBILDER





Bilder von den Mädchen
der Virginia Woolf - Schule
Diese Freundinnenbilder gibts
zum Teil auch auf Dias
zum Vorzeigen
Kontakt: Virginia Woolf - Schule,
LFZ Wien,
Mo. - Fr. 9 - 14 h, Tel.: 403 98 10





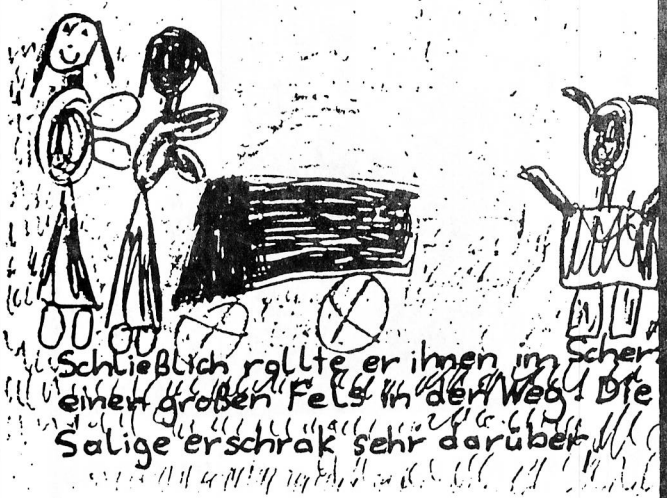
aus: Gini Woolf - Schule Tagebuch

WARUM DER TEUFEL HINKT

Dies ist eine der Geschichten, die den Mädchen sehr gut gefiel.

Warum der Teufel hinkt?

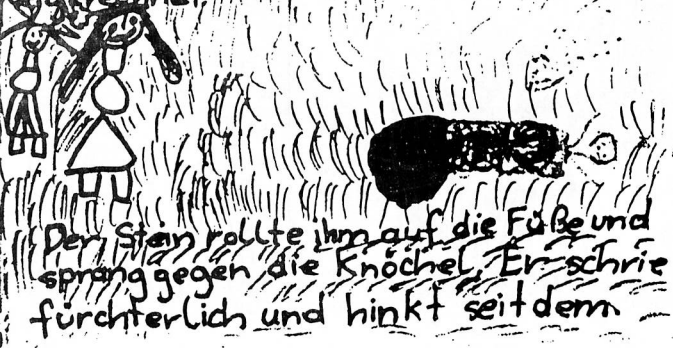
Es war eine hilfreiche Fee, der er oft in einem Dorf in der Nähe von Innsbruck begegnete. Sie fuhr mit der Bäuerin fleißig das Heu ein, und der Teufel, schar-mutzierte in seiner Art gern zwischendurch mit den beiden Frauen



Schließlich rollte er ihnen im Scherz einen großen Fels in den Weg. Die Salige erschrak sehr darüber,

fing den Stein auf und warf ihn auf den Teufel.

Der Teufel wollte prahlen, wie stark er war, und den Fels mit dem Fuß wie einen Ball anhalten. Aber er hatte nicht mit der Kraft der Fee gerechnet.



Der Stein rollte ihm auf die Füße und sprang gegen die Knöchel. Er schrie fürchterlich und hinkt seitdem.

NATIONALRATSWAHLEN 95

(30)

FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR SARAH!

Sarah, ein 16 Jahre junges philippinisches Mädchen, arbeitete bis zu ihrer Verhaftung als Haushaltsmädchen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sie wurde von ihrem Dienstgeber vergewaltigt, Sarah hat sich gewehrt und diesen Mann getötet. Dafür soll sie in den Vereinigten Arabischen Emiraten mit 100 Peitschenhieben bestraft werden, was ihren Tod bedeutet. Sarah hat ein legitimes Frauenrecht in Anspruch genommen, sich gegen Unterdrücker und Vergewaltiger mit allen Mitteln zu verteidigen.

Gegen die Verantwortlichen der Armut in den Philippinen und anderswo, die Frauen (und Männer) zu Auswanderung zwingt!

Gegen die rassistischen und sexistischen Ausbeuter, die Immigrantinnen zwingt unter unmenschlichen Bedingungen zu arbeiten und zu leben!

Gegen sexuelle Gewalt, egal ob von Vätern, Onkeln, Arbeitgebern oder anderen Männern!

Absolute Straffreiheit für Sarah!

Sofortige Freilassung von Sarah!

Es lebe die internationale Frauensolidarität!

DEMONSTRATION AM 22.12.1995
UM 16 UHR SCHOTTENTOR/ECKE UNIVERSITÄT

FRAUEN/LESBEN/MÄDCHEN - DEMO
AM 22.12.1995 16 UHR SCHOTTENTOR/ECKE UNIVERSITÄT

Sarah, ein 16 Jahre junges philippinisches Mädchen, arbeitete bis zu ihrer Verhaftung als Haushaltshilfe in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sie wurde von ihren Dienstgeber vergewaltigt, Sarah hat sich gewehrt und diesen Mann getötet. Dafür wurde sie von einem Gericht der V.A.E. zum Tode verurteilt, das Urteil wurde allerdings nach internationalen Protesten aufgehoben. Sarahs derzeitige Situation ist unklar. Wahrscheinlich soll sie mit 100 Peitschenhieben bestraft werden.
Hinter jedem Mann steht der ganze Staat, der dafür sorgt, daß die Männerherrschaft nicht angetastet werden soll. Jeder kleinste Angriff auf ihre Herrschaft ist für sie extrem bedrohlich und wird über Gefängnis und Psychatrie bis hin zur Todesstafe verfolgt. Tausende Jahre Unterdrückung haben dafür gesorgt, daß Frauen fast die ganze Arbeit machen und ständig verfügbar sein sollen. Aus dem historischen Wissen, daß keine Form der Unterdrückung sich von selbst auflöst, sind wir gemeinsam mit den Frauen aus allen Ländern einig, daß wir gegen Vergewaltiger und Unterdrücker unsere Frauenrechte verteidigen werden und zwar mit allen Mitteln, die wir Frauen für angemessen halten.
Sarah ist eine von vielen Frauen bzw. Mädchen, die gezwungen sind auszuwandern, um für das Überleben ihrer Familien zu arbeiten. In den Philippinen leben 80% der Menschen in Armut, welche durch die Programme des IWF (Internationaler Währungsfond) und die Ungerechtigkeit des Welthandels immer weiter verschärft werden. Die jetzige US gestützte Ramos Regierung setzt die Wirtschaftspolitik der früheren Aquino Regierung und der Marcos Diktatur fort. Das ganze Land ist militarisiert, damit die Ausbeutung durch die Imperalisten aufrechterhalten und der Profit gesichert bleibt. Frauenhändler verkaufen philippinische Frauen als Prostituirte oder als "Katalogbräute" an Männer der reichen Länder. Der Sextourismus, der sich schon in vielen Gebieten mit Kneipen und Hotels ausgebreitet hat, profitiert von der Armut der philippinischen Frauen, die sie als Prostituirte arbeiten lassen. Diese Lebensbedingungen zwingen 4,2 Miliarden philippinische Frauen und Männer in anderen Ländern zu arbeiten. 350.000 Philippinas und Philippinos arbeiten in Europa, 90% davon sind Frauen.
Das Kapital, der Staat und die Bourgeoisie der Imperalistischen Länder profitieren daher von der Armut, die sie selbst erzeugen. In den Golfstaaten arbeiten 80.000 philippinische Frauen, 23.000 davon als sogenannte "Dienstmädchen". Bei der Einreise werden ihnen die Pässe abgenommen, ihre Arbeitsbedingungen sind hart und miserabel, die Löhne (knapp 150 Dollar im Monat) werden oft gar nicht, oder nicht rechtzeitig bezahlt, die Mädchen und Frauen hungern, werden beleidigt, geschlagen und sind von sexueller Gewalt betroffen. Für die Frauen gibt es keinerlei Arbeitsrecht. Durchschnittlich unterstützt jede philippinische Frau fünf Familienangehörige mit ihrem Job im Ausland. 1994 wurden 60% der Auslandsdevisen der Philippinen durch ArbeitsimmigrantInnen erwirtschaftet, damit bezahlt die Regierung den Schuldendienst an die Banken der reichen Industrieländer. Die Familien der ImmigrantInnen erhalten den geringen Lohn in Pesos ausbezahlt.

Um ihre Lebensbedingungen grundlegend zu verändern organisieren sich 48.000 philippinische Frauen als Bäuerinnen, Arbeiterinnen, Lesben, Intelektuelle,... In der Frauen Dachorganisation GABRIELA, die auch eine Kampagne, um Sarahs Leben zu verteidigen, startete. Dieser Kampagne schließen wir uns mit der Demo an

FÜR EINE STARKE FRAUEN/LESBEN/MÄDCHEN - DEMO!

Die Demo wurde vorwiegend von jungen Frauen vorbereitet und organisiert. Obwohl die Mobilisierung sehr stark war, waren nur ca. 40 - 50 FrauenLesben beim Treffpunkt Schottentor. Die Demonstrantinnen gingen beim Landesgericht vorbei zur amerikanischen Botschaft, wo viele Bullen mit Sperrgittern die Botschaft beschützten. Die Demonstration war sehr laut, trotz der eisigen Kälte. Schade ist nur das viele früher weggingen, so blieben dann am Ende nur noch ca. 20 übrig.

Redebeitrag beim Treffpunkt Schottentor

Sarah Balabagans Heimat sind die Philippinen, ein Land, das seit Jahrhunderten vom Kolonialismus unterdrückt wurde und heute von den Wirtschaftsmächten ausgebeutet wird.

Ab dem 16. Jahrhundert hielten die spanischen Conquistadores die Inselgruppe besetzt, nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 ging das Land in den Besitz der USA über. Im 2. Weltkrieg wurden die Philippinen von den Japanern erobert, die sich bis zum Kriegsende blutige Kämpfe mit den US-Soldaten lieferten.

1946 erklärte die USA offiziell die Unabhängigkeit der Philippinen blieb aber dort weiterhin militärisch präsent. Schon wenige Jahre später wurde ein Wirtschaftsabkommen mit den USA geschlossen, das diesen dieKontrolle über den Handel, die Währungspolitik, die Industrie und die Güterproduktion des Landes überließ.

1965 gewann Marcos die Präsidentschaftswahlen und errichtete eine Diktatur, lange Zeit herrschte Kriegsrecht, durch die verfehlte Wirtschaftspolitik wuchs Staatsverschuldung bei IWF und Weltbank.

1981 erfolgte die Machtübernahme der Regierung Corazon Aquinos, darauf folgte Präsident Ramos.

Unter diesen angeblich demokratischen Regierungen hat sich die wirtschaftliche, soziale und politische Lage zum größten Teil noch verschlechtert.

Es gibt eine 30-prozentige Inflation, die derzeitigen Auslandschulden betragen 30 Milliarden US-Dollar, das heißt, daß 57% des Staatsbudgets zur Schuldenrückzahlung verwendet werden.

80% der gesamten Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, auch ArbeiterInnen und Angestellte sind gezwungen, in Slums zu leben.

Die hohe Arbeitslosigkeit von 60% und die daraus folgende verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze sind die Voraussetzung für die Schaffung von „freien Produktionszonen" für multinationale Konzerne und die Billiglohnpolitik der Regierung.

Die Weltbank forciert zusammen mit dem IWF (dem Internationalen Währungsfond) die marktwirtschaftliche Öffnung der Philippinen, um ihren eigenen Einfluß auszuweiten und ihr Monopol abzusichern.

Ebenso befindet sich der größte Exportproduktbereich, nämlich die Landwirtschaft, in den Händen der ausländischen Konzerne.

Gewerkschaften existieren erst seit einigen Jahren, 95% davon sind jedoch sogenannte „gelbe", das heißt unternehmerfreundliche.

So werden ständig neue Investitionsanreize für ausländische Konzerne geschaffen.

Menschenrechtsverletzungen sind auf den Philippinen an der Tagesordnung, die US-Militärs und der CIA führen zusammen mit philippinischen Truppen einen „low-intensity-conflict" gegen die revolutionäre Bevölkerung, das heißt, Vigilantetruppen oder Todesschwadronen werden in verschiedene Regionen des Landes geschickt, um KämpferInnen von Widerstandsgruppen wie die NPA, die „National Peoples Army" aufzuspüren und hinzurichten.

Neu ist die Methode der Massenverhaftungen, bei der ganze Dörfer einfach abgeführt werden.

Diese antikommunistischen Todesschwadronen werden vor allem vom CIA und von Opus Dei, einem Geheimbund der Katholischen Kirche, finanziert und ausgebildet.

Derzeit gibt es im ganzen Land 1,2 Millionen sogenannte „interne Flüchtlinge", die diesem low-intensity-conflict zu entkommen versuchen.

Vielen von ihnen gelingt es, in die befreiten Gebiete des gebirgigen Hinterlandes zu fliehen, wo sie Schutz vor der Willkür der Militärs finden.

Demonstrationen, Massenaktionen und militante Auseinandersetzungen gehören auf den Philippinen zum Alltag.

Ein Beispiel dafür ist der erfolgreiche Kampf gegen den Bau des von der Weltbank finanzierten Chico-Staudammes.

Eine der Organisationen, die an dieser Aktion beteiligt waren, ist GABRIELA, ein nationales Bündnis von 120 Frauenorganisationen und über 80.000 Aktivistinnen.

Die Frauen versuchen gemeinsam, die Situation auf den Philippinen zu verbessern.

Die legale, öffentliche Ebene wird ergänzt durch die am bewaffneten Kampf beteiligten Untergrundgruppen wie MAKIBAKA.

GABRIELA konzentriert sich vor allem auf die Bildung, Organisierung und Mobilisierung von philippinischen Frauen und will auf die Probleme aufmerksam machen, mit denen sie täglich konfrontiert sind, nämlich die Arbeitsmigration, den Frauenhandel bzw. Sextourismus und die Repression durch das Militär.

GABRIELA organisiert Aktionen wie Landbesetzungen, Frauengerichte, Anti-Alkohol-kampagnen und war auch schon erfolgreich bei der Vertreibung von US-Militär-Basen.

Das ist der Hintergrund, vor dem Sarah Balabagan sich gezwungen sah, zu emigieren um Arbeit zu finden und ihre Familie zu unterstützen.

Heute arbeiten ungefähr 5 Millionen Filippinos im Ausland, ein Großteil davon sind Frauen. Meist ist die Arbeitsmigration für die Frauen der einzige Ausweg, denn sie werden von der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit am härtesten getroffen.

Die philippinische Regierung unterstützt diesen Export von Arbeitskräften, um die Wirtschaft zu sanieren, denn das von den MigrantInnen unter mißerablen Bedingungen verdiente Geld ist die wichtigste Einkommensquelle des Staates.

Die Arbeitssituation der Frauen ist denkbar schlecht: sexueller Mißbrauch, Mißhandlungen, geringer oder gar kein Lohn, keine Freizeit, kein Ausgang und sehr oft nicht einmal regelmäßige Mahlzeiten.

Allein in Saudi-Arabien wenden sich täglich 150 verzweifelte Frauen an die philippinische Botschaft, um sich über ihre Arbeitgeber zu beschweren; viele von ihnen weigern sich zurückzugehen und wollen in ihre Heimat geschickt werden.

Obwohl einige Länder, darunter die Philippinen, im November 1993 ein Abkommen zum Schutz der Rechte von MigrationsarbeiterInnen unterzeichnet haben, hat sich an der Lage der philippinischen Frauen nichts geändert.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE FREILASSUNG UND DIE BEDINGUNGSLOSE STRAFFREIHEIT FÜR SARAH!!!!!!!
ES LEBE DIE INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT!!!

Redebeitrag zu Frauenhandel und Migration

Von den sechs Milliarden Menschen, die Ende dieses Jahrtausends die Erde bevölkern, lebt die Mehrheit in Armut. Dabei sind Frauen weltweit besonders benachteiligt.

Durch die Globalisierung und den Folgen des Neoliberalismus in der Wirtschaft sind es vor allem Frauen, die in der Migration eine Möglichkeit suchen, ihr Überleben und das ihrer Familie zu garantieren.

Neben der wirtschaftlichen Notwendigkeit spielen bei der Migration oft auch Illusionen und Falschinformationen über das Leben in den Industriestaaten des Nordens eine Rolle.

Eine Brasilianerin faßt die Illusionen wie folgt zusammen: „In meiner Vorstellung war die Schweiz ein Land, in dem es allen sehr gut geht - verschiedene Kulturen, schöne Landschaften, guter Verdienst, keine armen Leute, keine Diktatur, keine Unterdrückung der Frauen. Überhaupt hatte ich das Gefühl, in Europa sei alles besser als bei uns. Das hat mit der Kolonialisierung zu tun, die sich in unserem Kopf festgesetzt hat."

Frauenhandel ist eine der extremsten Formen von Sexismus, Rassismus und (post)kolonialen Strukturen. Seit Jahrhunderten gelten Frauen in patriarchalischen Gesellschaften als Eigentum von Männern und bis heute ist die Möglichkeit Frauen zu rauben, zu vergewaltigen, zu tauschen, verkaufen oder verschenken ein Mittel der Eroberung und Unterwerfung. Die heutigen Formen des Frauenhandel werden oft zu recht als neuer Sklavenmarkt bezeichnet. In dem gleichen Maße, wie sich heute die Industrieländer der Reichtümer der Länder des Südens bemächtigen, werden auch die Menschen dieser Länder, vornehmlich die Frauen und die Kinder, ihre Körper und Sexualität zu ausbeutbaren Rohstoffen. Erst über die männliche Nachfrage und das Kaufverhalten wird Frauenhandel möglich. Über den Kauf einer ausländischen Frau kann der weiße westliche Mann seine Vormachtstellung als Weißer realisieren, den die Abhängigkeit der Frauen, die sich in einer Notlage befinden, ist garantiert.

Häufig werden die Frauen mit falschen Versprechungen bezüglich Arbeitsmöglichkeiten, seriöse Tätigkeiten oder eine Ehe angeworben und erfahren erst hier angekommen – d. h. wenn es bereits zu spät ist – daß sie nun gezwungen sind, sich zu prostituieren. Etliche Frauen wissen jedoch auch, daß sie in der Prostitution arbeiten werden.

Aus unserer Sicht ist die Prostitution nicht moralisch abzulehnen, wir unterscheiden zwischen zwangsweiser und selbstbestimmter Prostitution. Wir haben nicht das Recht, den Frauen vorzuschreiben, in welchem Bereich sie arbeiten sollen.

Wenn wir also von Frauenhandel sprechen, meinen wir jede Art von Migrationsgeschäften mit Frauen: Handel in die Prostitution, den Heiratshandel und andere Arten des Handels in sklavenähnliche Zustände, wie in die Hausarbeit oder Reisebürogeschäfte, bei denen der Kundin, die sich schwer dafür verschuldet, Arbeit im Zielland versprochen und ein teures Ticket verkauft wird.

Zur Situation in Österreich

Wie überall leben die Frauen in einem Abhängigkeits und Isolationsverhältnis sowohl von den Ehemännern und den Händlern als auch von den Hausherren und Hausherrinnen.

Seit 1992/93 haben sich die Kontrollen bei MigrantInnen, die nicht aus der EU kommen verschärft, wodurch sich dies Abhängigkeit und Verwundbarkeit der Betroffen verstärkt. Die Gefahr der Abschiebung ist eine wirkliche Bedrohung.

Entzug der Aufenthaltsberechtigung:

Nach §17 des Fremdengesetz können Fremde im Interesse der öffentlichen Ordnung ausgewiesen werden, wenn sie innerhalb eines Monats nach der Einreise gegen die Vorschriften verstoßen, mit denen die Prostitution geregelt ist. Die Fremde hat unverzüglich das Land zu verlassen.

Obwohl formal die Prostitution legal ist, ist sie in vielen Fällen kriminalisiert, weil die Bars und Animierlokale keine Gehnemigung erhalten, Prostitution auszuüben

Wenn Frauen nicht wissen, daß sie in der Prostitution arbeiten sollen, getäuscht werden oder mit Gewalt dazu gezwungen werden, dann beträgt das ein Strafausmaß von 1 bis 10 Jahre. Das findet aber nur für Frauen Anwendung, die bisher nicht in der Prostitution gearbeitet haben. Man geht davon aus, daß Prostituierte nicht zu täuschen sind, wenngleich sie aber über die Arbeitsbedingungen, Bezahlung, Arbeitsbewilligung sehrwohl getäuscht werden können.

In der Praxis ist es sehr schwer, die Tatsache des Frauenhandels zu beweisen und oft muß die Anklage fallengelassen werden, weil die Beweise nicht ausreichen oder keine Frau aus Angst vor einer möglichen Abschiebung oder Repressalien aussagen will. Da wo es zur Anklage kommt, fallen die Strafen sehr gering aus, meist bedingt.

Ein anderes Problem ist es, daß die betroffen Frauen auch ökonomisch Schaden erleiden und nicht dafür entschädigt werden, obwohl vom Recht her die Möglichkeit zu einer Zivilklage besteht. Es ist aber meistens so, daß die Frauen abgeschoben werden, bevor noch der juristische Prozeß beginnt und die Anklage erhoben wird.

SEXISMUS, SEXUELLE GEWALT UND FEMINISTISCHE SELBSTVERTEIDIGUNG

REDEBEITRAG zur Solidaritätsdemo für Sarah, Wien 22.12.95

Wir machen diese Demo zur Unterstützung von Sarah, eine 16-jährige philippinische junge Frau, die als Hausmädchen in den Arabischen Emiraten arbeitete. Sie hat am ihren Arbeitgeber, der sie vergewaltigte, getötet. Sie wurde zum Tod verurteilt. Mehrere philippinische Hausmädchen besetzten die philippinische Botschaft und forderten die Aufheburng des Todesurteil und die Freilassung von Sarah. Gabriella, der Dachverband von feministischen Frauen- und Lesbengruppen auf den Philippinnen startete eine internationale Unterstützungkampagne für "Freiheit und Gerechtigkeit für Sarah". Sarah hat ein legitimes Frauenrecht angewendet, nämlich das Recht sich gegen Unterdrückung und Vergewaltigung mit allen Miteln zu verteidigen. Dieses Recht gilt weltweit für alle Frauen und Mädchen. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, uns bestärken und unterstützen, um dieses Recht leben zu lernen und das Patriarchat zu zerstören. **Wir schauen nicht länger zu, wenn wir Frauen und Mädchen sexistisch, rassisitsch und ökonomisch ausgebeutet werden.** GREIFEN WIR EIN BEI JEDER FORM VON SEXISTISCHER UND RASSISTISCHER GEWALT, UND SCHLAGEN WIR AUCH ZU !

Sexismus ist ein Macht- und Gewaltverhältnis, daß Mädchen und Frauen, aufgrund ihres biologischen Geschlechtes, minder bewertet, verachtet, ausgrenzt und ignoriert und unsere Fähigkeiten und unser Handeln biologisch festschreibt. Sexismus macht den Mann zur menschlichen Norm und macht Frauen zur untergeordneten Ergänzung des Mannes. Sexismus macht den Mann zum Herren und die Frau zur Frau, Herr und Frau ...sowieso, wie es in der deutschen Sprache so deutlich heißt ! Sexuelle Gewalt ist wesentlicher Bestanteil des Sexismus UND trägt dazu bei den Sexismus aufrecht zu erhalten.

Sexuelle Gewalt beginnt mit sexueller Belästigung, mit abschätzenden Blicken und Sprüchen, mit alltäglicher Anmache. Sexuelle Gewalt beginnt mit dem psychischem Druck in Beziehungen, daß eine Frau sexuell zur Verfügung stehen soll. Sexuelle Gewalt beginnt auch mit den Schönheitsidealen, die Mädchen und Frauen zwingen wollen, für andere sexuell attraktiv zu sein. Wir erleben diese Anforderungen, diese Sprüche und Blicke alltäglich. Wir kennen sie und wir hassen sie, denn es sind alltägliche, permanente Angriffe auf unsere Eigenständigkeit und Würde als Frauen. Sie sind alltägliche sexisitische Gewalt, die männliche Kontrolle über Frauen beweisen will. **Doch wir anerkennen diese männlichen Besitzansprüche und ihre Schönheitszwänge nicht !** WEHREN WIR UNS GEGEN SEXUELLE BELÄSTIGUNGEN UND ANMACHE UND KÄMPFEN UM UNSERE WÜRDE UND EIGENSTÄNDIGKEIT ALS FRAUEN

Die Sexuelle Gewalt ist ein alltäglicher Krieg von Männern gegen Frauen und Mädchen. Sexuelle Gewalt ist Vergewaltigung, erzwungene sexuelle Handlungen jeglicher Art, sind Blicke und Bilder. Es ist ein Krieg, weil z.B in Österreich alle 20 Minuten ein Mädchen, eine Frau vergewaltigt wird. Die Zahlen sagen nichts über die erlebte Gewalt und seine Auswirkungen, aber sie zeigen uns, daß keine mit ihren Gewalterfahrungen alleine ist, daß wir viele sind. Die Zahlen zeigen uns, wie auch unsere Gespräche und unser Erfahrungsaustausch, daß die Gewalt System hat. Die Täter sind zu ca. 90 % aus dem sozialen Umfeld der Frau und des Mädchens, sie sind unsere Väter, Brüder, Onkel, Erzieher, sie sind unsere Geliebten, Freunde und Ehemänner, sie sind unsere Lehrer, Chefs und Arbeitskollegen, sie sind unsere Ärzte und Pfleger. Diese Sexuelle Gewalt ist Folter an Frauen und Mädchen, weil Männer und Burschen sie einsetzen, um männliche Überlegenheit zu demonstrieren und um unsere Eigenständigkeit und Lebendigkeit zu brechen. **Viele von uns wurden und werden dieser Folter ausgesetzt. Jede wehrte sich dabei auf ihre Art und mit ihren Möglichkeiten. Viele haben damit überlebt und kämpfen weiter - für unsere Rechte und für ein Leben frei von Sexueller Gewalt !**

Sexuelle Gewalt ist auch, daß Mädchen angelernt wird ausschließlich Männer zu lieben. Gleichzeitig gilt die Liebe zwischen Frauen und zwischen Mädchen als abnormal und als Abschaum. Dies ist verbunden mit einem Verbot und dem Verschweigen von Lesbischer Existenz und Frauenliebe und einer Abwertung von Frauen- und Mädchenfreundschaften. Dieses System von Zwangsheterosexualität will Mädchen und Frauen ihre eigenständige Existenz, unabhängig von einem Mann, absprechen und Sexualität von Frauen kolonialisieren. Dieses System spaltet die Frauen und bringt sie in scheinbare Konkurrenz untereinander. Dieses System verlangt von Frauen Männer zu lieben, die uns aufgrund ihres Sexismus verachten. Das zwingt Frauen im Namen der Liebe in ihre Unterordnung und bringt Frauen dazu sich selbst zu verachten. **Aber wir bestimmen über unser Leben selbst ! Unser Kampf gegen Sexismus ist auch ein Kampf gegen Zwangsheterosexualität und ein Kampf um Freiheit und Liebe.** KÄMPFEN WIR FÜR EIN SICHTBARMACHEN VON LESBEN UND FÜR DEN WERT UNSERER FREUNDINNENSCHAFTEN, KÄMPFEN WIR UM DIE GLEICHWERTIGKEITEN IN JEGLICHEN BEZIEHUNGEN, UND UM EINE LIEBE IN ACHTUNG VOR DER ANDEREN, – UM SOLIDARITÄT UNTER FRAUEN AUFZUBAUEN.

Sexuelle Gewalt ist auch Bestandteil der ARBEIT von Frauen. Einerseits sind die sexuellen und sexistische Normen für Frauen, wie z.B. vorgegebene Schönheitsideale, Lächeln,Freundlichkeit, sog. weibliche Attraktivität usw. oft Voraussetzungen für Frauen, um eine Arbeit überhaupt zu bekommen. Andererseits gehören das Aussehen und das sog. weibliche Verhalten zu den sexuellen und sexistischen Tätigkeiten, die Frauen bei ihrer Arbeit zusätzlich leisten müssen. Als Sekretärin, Verkäuferin, Hausangestellte, Fabriksarbeiterin, Handwerkerin, Prostituierte, Kellnerin, Krankenschwester, Hausfrau usw. sollen wir Frauen zusätzlich zu unserer Arbeit Männer bedienen, wie z.B. das allbekannte Kaffee kochen für Chef und Arbeitskollegen. Wir sollen ihre Sorgen hätscheln, sie emotional stützen und aufpäppeln und für *sie* attraktiv sein. **Nicht mit uns !**
VERWEIGERN WIR DIESE SEXISTISCHE ZU-ARBEIT, DIE NUR MÄNNLICHES HERREN - DENKEN UND WEIBLICHE UNTERORDNUNG FÖRDERT !

Sexismus als System schafft auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und ist verantwortlich, dafür daß Frauen, z.B. in Österreich, 2/3 der unbezahlten Arbeit leisten, und in ihrer Lohnarbeit durchschnittlich 1/3 weniger verdienen als Männer. Frauenarbeit wird, wie die Frauen, selbst durch den Sexismus minder bewertet. **Es reicht uns, – schon lange !**
KÄMPFEN WIR FÜR EINE GERECHTE VERTEILUNG VON ARBEIT UND GELD, FÜR DIE ENTEIGNUNG DER BESITZENDEN UND FÜR SELBSTVERWALTUNG-
GEGEN DIE ÖKONOMISCHE AUSBEUTUNG DURCH DEN KAPITALISMUS UND DEN SOZIALRAUBBAU DER HERRSCHENDEN !

Dazu kommt, daß Frauen bei ihrer Arbeit sexistischen Bildern und sexuellen Übergriffen durch Chefs und Arbeitskollegen ausgesetzt sind. Jede von uns kennt diese Gewalt, Ddie unsere Arbeit behindert und einschränkt. Es ist schwer sich am Arbeitsplatz als Einzelne zu wehren, weil im Kapitalismus der Chef die Macht hat dich zu kündigen und die Frau damit die ökonomische Grundlage verliert. **Jede Einzelne von uns braucht die Solidarität der anderen, um gemeinsam stärker zu werden. Wir wollen eine Solidarität unter Frauen ausbauen, damit wir uns nicht nur in Einzelkämpfen verausgaben. Mit unserem wissenden Zorn, mit unserer Solidarität und mit unserer Verbundenheit mit anderen Frauen werden wir es schaffen, das Patriarchat zu zerschlagen.**

Das Patriarchat ist das System männlicher Vorherrschaft und das System der Autorität des Mannes gegenüber der Frau. Das Patriarchat ist nirgendwo nur auf ein Land begrenzt.
Frauenhandel, Sextourismus, Kinderprostitutiomn und Heiratsmarkt ist internationale sexistische, rassistische und ökonomische Ausbeutung von Frauen und Mädchen aus den verarmten Ländern in Asien, Afrika und Südamerika.
Die imperialistischen Länder sind verantwortlich für diese Verarmung. Sie pressen sie aus mit billigen Rohstoffpreisen und Verschuldungspolitik, mit Verarmungsprogrammen durch IWF, Weltbank, GATT-Abkommen, EU und NAFTA.
Auf Grund dieser Verarmung, sind viele Frauen und Mädchen gezwungen für ihr Überleben als Prostituierte zu arbeiten, zu emmigirieren, oder sich als Ehefrauen zu verkaufen. Die Männer aus den reichen Ländern, mit ihrem patriarchalem Herren - Denken, benützen und kaufen diese Frauen als austauschbare Waren und sexuellen Besitz.

Sexuelle Gewalt und sexuelle Ausbeutung sind Instrumente des Patriarchats um männliche Vorherrschaft durchzusetzen und aufrecht zu erhalten. Sexuelle Gewalt ist Folter um die Eigenständikgeit, Lebendigkeit und die Würde von Frauen und Mädchen zu brechen, ist Folter, um unsere Bewegungsfreiheit und unser Handeln einzuschränken.

Mit jedem Mal, mit dem wir uns verteidigen und sexistisches Verhalten öffentlich machen, werden wir stärker und tragen dazu bei, das Klima von männlicher Macht und Kontrolle, in dem Gewalt gegen Frauen gedeiht, zu zerstören !

Sarah hat sich wie viele andere Frauen und Mädchen verteidigt und sie hat ihren Vergewaltiger getötet
Feministische Selbstverteidigung beginnt mit unserer Selbstachtung als Frau und als Mädchen.
Feministische Selbstverteidigung beinhaltet, daß wir unsere Selbstachtung und unsere Achtung vor Anderen in ein Handeln umsetzen, indem wir für uns selbst und unsere Rechte einstehen und uns gegen sexuelle, sexisitische und andere Gewalt verteidigen. Der sexistische Angreifer gefährdet unser Leben, und er muß mit dementsprechender Gegenwehr rechnen. Unsere Verantwortung uns selbst gegenüber bedeutet, daß wir, wenn wir verachtet oder angegriffen werden, uns auf uns selbst konzentrieren und uns verteidigen, daß wir solange kämpfen bis der Angriff aufhört, der Angreifer flüchtet oder kampfunfähig ist und wir in Sicherheit sind. Das bedeutet, daß wir auch bereit sein müssen den Angreifer zu verletzen, schlimmstenfalls ihn auch zu töten.
Feministische Selbstverteidigung bleibt nicht bei den vielen alltäglichen Einzelkämpfen von Mädchen und Frauen. Wir bauen zusammen an einem gemeinsamen Weg. Selbstverteidigung ist daher nichts was wir von Männer lernen können. Selbstverteidigung lernen wir von den Erfahrungen und Niederlagen, von der Verzweiflung, der Trauer, vom Mut, Zorn und der Stärke von Frauen und von uns selbst. In der feministischen Selbstverteidigung entwickeln wir als Frauen gemeinsam unsere Stärken und Strategien.
Unsere Sehnsucht und unser Wissen über ein Leben frei von sexueller, sexistischer und anderer Gewalt gibt uns die Kraft für den feministischen Widerstand.
Unser Ziel ist es patriarchale Macht- und Gewaltverhältnisse zu zerstören, unser Ziel ist es unsere Eigenständigkeit als Frauen und als Mädchen, unsere Rechte und unsere Freiheit zu erkämpfen.

FREIHEIT FÜR ALLE IN DEN GEFÄNGNISSEN, BORDELLEN, PSYCHIATRIEN UND FAMILIE/BEZIEHUNGEN GEFANGENEN FRAUEN UND MÄDCHEN !
FREIHEIT FÜR ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN, DIE IHREN MIßHANDLER, ZUHÄLTER, VERGEWALTIGER VERLETZT UND GETÖTET HABEN !

Parole: Vergewaltigung ist Folter, Vergewaltigung ist Mord - Wir bekämpfen sie an jedem Ort !
Parole: Kein Vergessen, kein Vergeben. - Wir kämpfen um Sarahs und unser Leben !
Parole: Keine Trauer umsonst, keine Wut zuviel. - Freiheit und Gerchtigkeit ist unser Ziel !

„Wir sind eine, wir sind viele“

Redebeitrag vor der US Botschaft

Wir demonstrieren heute nicht vor der philippinischen oder der Botschaft der Vereinten Arabischen Emirate, sondern hier vor der US Botschaft, weil hier die Verantwortlichen für die wirtschaftliche und militärische Machtkonzentration von der alten zur neuen Sklavenhaltergesellschaft zu finden sind.

Wir stehen hier an der richtigen Adresse der Herren des Krieges jeder Art:

Sie sind verantwortlich für innen- und außenpolitische Repression und Kriegseinsätze aller Intensitäten.

Sie sind die Strategen im Kampf gegen all jene Länder, deren Volk eine Veränderung der Lebensverhältnisse herbeiführen will und sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe und Okupation ihrer Gebiete wehrt.

Ihre rassistische Weltwirtschaftspolitik ist die Voraussetzung für den Handel mit der Ware menschlicher Arbeitskraft.

Kriege jeder Art begleiten die neue, neoliberale Weltwirtschafts- und Handelspolitik der großen Wirtschaftsmächte und ihrer Verbündeten. Landvertreibungen, Entrechtung und Entehrung, Hunger, Tod und Elend sind die Folgen.

Selbst die großen Kriege scheinen nur noch als „Konflikte" in der Geschichte auf, so als gäbe es keinen Krieg mehr, so als wären die Hungerblokaden keine Form des Tötens, die bakteriologische Kriegsführung nur ein Freilandversuch, der Irakkrieg eine Sache Sadam Hussains und psychologische Kriegsführung eine Variante des Unterrichtsstoffes.

Die Geschichte des Betrugs, der Ausplünderung, der Zerschlagung der Produktionsweisen der Völker und der Verfälschung der Geschichte ihres Landes ist die europäisch-amerikanische Geschichte der Kolonialisierung, die von Raub, Mord und Plünderung nicht zu trennen ist.

Gegen diesen Betrug sind wir hier um klarzustellen, daß das philippinische Volk keine Schulden hat, weder beim IWF, noch bei der Weltbank oder den europäisch-amerikanischen Banken.

Nichts was da zurückzuzahlen wäre, nichts wovon eine philippinische Frau jemals was anderes gehabt hatte als Sklavenarbeit und Erniedrigung. DIESE ANGEBLICHEN SCHULDEN SIND ES NÄMLICH, DIESE SELTSAMEN RÜCKZAHLUNGEN, DIE, DIE NATIONALE REGIERUNG DAZU VERANLASST IHRE BEWOHNER ALS ARBEITSKRÄFTE AM WELTMARKT ZU BILLIGSTLÖHNEN ZU VERHÖKERN.

Es sind die Schuldenzahlungen ABER eine Abmachung der Reichsten in jedem Land und die Verträge sind nur unter ihnen geschlossen worden, die Profite nur in ihre Börsen gewandert. Auf den Philippinen, den Vereinten Arabischen Emiraten, in der EU, den USA und sonstwo.

Unter den Völkern, die gegen den LANDRAUB UND GEGEN DIE BESATZUNG kämpfen, ist das philippinische Volk eines der entschlossensten und allen voran die philippinischen Frauen, die sich an der Vertreibung der US Basen führend beteiligt haben.

Der Kampf der Frauen wendet sich gegen die US Basen, WEIL SIE die sozialen, wirtschaftlichen Strukturen umwälzen und Prostituion, Straßenkinder, Aids und Kulturimperialismus hinterlassen. Die Basen fördern eine Wirtschaft, deren Hauptstütze die Prostitution ist, aber es gibt auch Beweise dafür, daß die Basen für die Aufstandsbekämpfung gebraucht werden.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die damit einhergehende Kriegspolitik sind der Hintergrund auf dem Sarah Balabagan und mit ihr hunderttausende Philippinischer Frauen und Millionen Frauen auf der ganzen Welt flüchten, um überleben zu können.

In den europäischen und anderen imperialistischen Ländern und deren verbündeten, erdölproduzierenden Ländern, haben die Migrantinnen schlechte BEDINGUNGEN sich zu wehren, da das Gefälle zwischen arm und reich, Männern und Frauen, schwarz und weiß, sich für sie weiter vergrößert und sie aus jeglichen Zusammenhängen, die ihnen Schutz, Rückhalt und Stärke bieten herausgerissen sind. Auf der Suche nach Überlebenschancen emigrieren diese Frauen in Länder, deren Kulturen ihnen unbekannt sind.

Auf der arabischen Halbinsel gab es bis zur Jahrhundertwende keine Lohnarbeit und nicht die Form kapitalistischer Produktionsweise, wie sie uns bekannt ist. Für den Imperialismus wurde in der 2.Hälfte des 20.Jh. diese Region zum besonderen Interessensgebiet, da sich hier die Welthandelswege nach Asien, Afrika und Europa öffnen, und das strategisch wichtige Erdöl befindet. AUCH DAMALS, WIE HEUTE, WURDE DIE WELT, WIE DIE HERREN SAGEN, DIE KOLONIEN AUFGETEILT, AM BERLINER KOLONIALKONGRESS, GRENZZIEHUNGEN WURDEN KÜNSTLICH AM REISSBRETT ENTWORFEN UND ABGESTECKT, ERTRAGREICHE GEBIETE GESONDERT ABGESTECKT IN KLEINERE, REIN ZUR AUSBEUTUNG VERWALTBARE GEBIETE.

Die Kompradorenbourgoisie ENTSTANDEN, die vom Erdölverkauf ordentlich profitierten. Die anderen Menschen wurden in Bürgerinnen zweiter und dritter Klasse kategorisiert. Einheimische und immigrierte Arbeiter schuften in der Rohstoffgewinnung und dem Bau der Infrastruktur bei härteste Bedingungen. Im Dienstleistungssektor und zur Reproduktion werden Migrantinnen herangezogen. Auch hier haben die USA ihre Militärbasen installiert, wenn auch gegen den starken Widerstand der arabischen Bevölkerung.

DIESER WIDERSTAND GEGEN DIE EUROPÄISCHEN UND AMERIKANISCHEN MACHENSCHAFTEN HAT NIE AUFGEHÖRT, ES GIBT IHN NOCH IMMER, UND STÄRKER ALS BISHER.

Es ist ein traditionelles Anliegen der Frauen, gegen Unrecht und Ausbeutung und vor allem gegen den Krieg zu kämpfen. Dieser Kampf der Frauen gegen den Krieg ist heute aktueller und notwendiger denn je, wenn wir uns ansehen, wie sich die Kriege ausbreiten und welche Auswirkungen sie auf Frauen wie Sarah Balabagan UND ALLE FRAUEN haben.

Wir solidarisieren uns hier mit den Frauen, die gegen Krieg und für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, mit den philippinischen Frauen und ihrer Organisation GABRIELA die für die Freilassung von Sarah und BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR MIGRANTINNEN kämpfen

= mit den Koreanischen Frauen die Reparationszahlungen vom Japanischen Besatzungsheer FORDERN, SIE HABEN DAS 50 JÄHRIGE SCHWEIGEN ÜBER DIE Frauenlager in denen JAPANISCHE Soldaten KOREANISCHE Frauen töteten und vergewaltigten, GEBROCHEN UND VERLANGEN NICHT NUR ENTSCHÄDIGUNG SONDERN AUCH DIE ÄCHTUNG DER KRIEGSSTRATEGIE VERGEWALTIGUNG.

SOLIDARISCH SIND WIR AUCH mit den japanischen Frauen die den Abzug der US Truppen, und ihrer Basen, aus den dargestellten Gründen , fordern.

Hier legen wir noch einmal fest, daß Vergewaltigung kein Kriegsrecht ist, kein Recht des Herrschenden Patriarchat, sondern ein Delikt das wir Frauen in gemeinsamer Sache wie und wo es uns gefällt mit allen Mitteln die wir uns aussuchen bekämpfen.

Freiheit für Sarah Balabagan

Wo ich herkomme

Belgrad - Leben als lesbische Feministin in Kriegszeiten

von **Lepa Mladjenovic**

Ich komme aus einem Land, in dem Krieg herrscht - in dem alle Seiten dieselbe Sprache sprechen und wo Kriegsvergewaltigung meistens bedeutet, daß Frauen aus der Nachbarschaft vergewaltigt und getötet werden. Einhunderttausend Menschen tot, zehnmal mehr verletzt, Fünf Millionen Menschen verschleppt.

Die Darstellung von Liebe in Kriegszeiten, abgesehen davon daß sie heterosexuell ist, hat noch die zusätzliche Bedeutung, die Nation zu reproduzieren. Die Darstellung von Sex, abgesehen davon daß sie heterosexuell ist und voller Pornographie, Gewalt und Hollywood-Bildern vom Fernsehen, hat noch eine andere Wirklichkeit: Kriegsvergewaltigungen. Die Frauen, mit denen ich sprach, erzählten davon, wie sie in privaten Gefängnissen vergewaltigt wurden, in Soldaten-Baracken, in Warenlagern. Ihre heimatlosen Seelen und ihr Mut verfolgen mich nachts, und am Morgen geben sie meiner Arbeit den politischen Rahmen und stärken meinen Willen.

In Kriegszeiten hat lesbische Liebe keine Sprache. „Offene Lesben" müssen ihre eigenen Worte hinunterschlucken. Jedes Wort über lesbisches Dasein wird als Herabwürdigung des Schmerzes von Kriegs-Überlebenden empfunden. Darum gibt es dort, wo ich lebe, kein solches soziales Phänomen wie eine „Offene Lesbe".

Wo ich herkomme, gelten die Regeln des Nationalstaates.

Wo ich herkomme, produziert das Regime fortwährend eine falsche Realität. Sie sagen, in Serbien herrsche kein Krieg, während Frauenprojekte sich um Frauen kümmern, die mißhandelt wurden von den Mördern, die von der Front zurückkamen. Sie sagen, daß alle Menschenrechte im Land gewährt werden, während zwei Millionen AlbanerInnen kein Recht auf Ausbildung oder medizinische Versorgung haben und in einem Belagerungszustand leben, während Tausende Sinti und Roma jahrelang in dunklen Kellern und baufälligen Ställen leben, während eine halbe Million Flüchtlinge zweitklassige BürgerInnen sind. Es gibt immer noch den Strafrechtsartikel 110, der Sex zwischen erwachsenen Männern kriminalisiert. Lesben und Schwule sind an ihren Arbeitsplätzen nicht sicher und leben in konstanter Angst.

Aber wenn ich mit Frauen arbeiten möchte, muß ich mit staatlichen Institutionen einen Kompromiß schließen im Bewußtsein, daß im serbischen Parlament und in der Regierung Männer sitzen, die Mörder, Vergewaltiger und Kriegsverbrecher sind. Nicht in einem symbolischen Sinn, sondern in der juristischen Bedeutung.

In Kriegszeiten zu arbeiten heißt für uns Feministinnen, ein Dilemma zu überwinden: Wie vermeiden wir es, die Rolle zu spielen, die Männer den Frauen im Krieg zuweisen: die Wunden der Kriegsüberlebenden zu pflegen?

Wie interpretieren wir Kriegsfolter, wenn für einige von uns der Begriff je nach Geschlecht verschiedene Bedeutung hat? Bedeutet die Konstruktion von zwangsheterosexuellem Rollenverhalten, daß ein Geschlecht die Voraussetzung und Mittel zur gegenseitigen Zerstörung produziert und das andere Geschlecht diese Zerstörung unterstützt und pflegt? Ich weiß, daß viele der Frauen, die ich auf der Straße sehe, sich im Konflikt zwischen ihrem mütterlichen Rollenverhalten und der Forderung nach dem Glauben an die Nation befinden. Dann hüllen sich Frauen in noch tiefere Stille - ein Ort, den sie seit Jahrtausenden kennen. wahrscheinlich machen viele feministische Lesben, die in armen Ländern und in Kriegsländern leben, ähnliche Erfahrungen wie ich. Der Versuch zu verstehen und daran scheitern: warum dieser Krieg. Umgeben von Bildern der Toten, die mit einem Windstoß erscheinen oder einem unerwarteten Geräusch, während Soldaten, stolz zu töten, immer noch Uniformen tragen, in Bussen und Märkten, wo die Leute hungrig und krank sind und Beerdigungen zu Ereignissen werden, an die frau sich gewöhnen muß.

Ich habe mich oft über Frauen, die Frauen lieben, in meiner Stadt gewundert, Frauen, die sich nicht offen als Lesben zeigen, die sich nicht mit der Mutterrolle identifizieren, die nicht über den nahen Krieg nachdenken wollen. Sie gehen dieselben Straßen hinunter, und ich sehe sie nicht. Ich frage mich, welche Worte ich laut sagen könnte, damit sie ihre Gesichter und Stimmen zeigen und aus ihrer geschützten stillen Kammer herauskommen. In den Staatsstatistiken werden sie wahrscheinlich als etwas gezählt, was sie nicht sind.

Aber ich bin keine Kriegsüberlebende, ich bin keine Flüchtlingsfrau, ich bin keine serbische Mutter. Die Stadt in der ich lebe, wurde nicht zerstört. Ich identifiziere mich weder mit dem Regime noch mit der Nation, aus der ich komme. Wenn ein Papier des Regimes mich als „eine Verräterin der Nation" bezeichnet, weckt dies das versteckte Lächeln in mir.

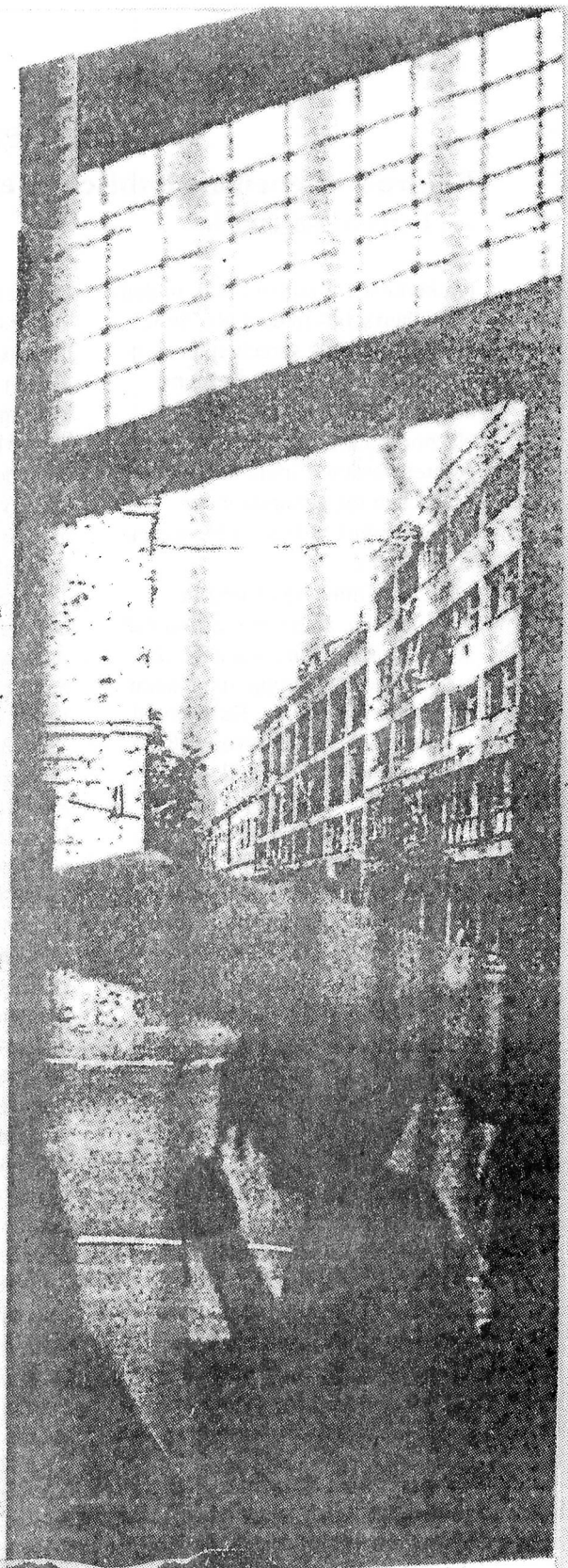
Wo ich herkomme, ist nicht die Nation, in die hineingeboren wurde, sondern das verlorene Lesbenland, das ich nie hatte und doch immer wieder kreiere. Wenn sie mich also nicht wegen meiner Nationalität verletzen können, könne sie mich als Frau und Lesbe verletzen.

Und das tun sie: Im April 1994, nachdem unsere Lesben- und Schwulengruppe „Arkadia" die Wohnung etwa eineinhalb Monate mit einer Gruppe PsychologInnen geteilt hatte, die mit Flüchtlingen arbeiteten, wurde „Arkadia" hinausgeworfen. Der Vorwurf, den sie uns machten, stützte sich auf den Strafrechtsartikel 110. Die PsychologInnen befahlen uns zu

gehen: „Wir teilen dasselbe Badezimmer", sagten sie. Sie sagten auch, ihr Ruf würde durch unsere Anwesenheit an derselben Adresse ruiniert. Die Worte, die sie benutzten, bedeuteten, daß wir ansteckende verdächtige Charaktere sind. Also, dachte ich, und es tat bis auf die Knochen weh, wenn sie dich hassen, weil du die bist, die du bist, ist dies der Beginn des Krieges gegen dich. In dem Brief, mit dem die PsychologInnen ihrer Mißbilligung über „Arkadia" Ausdruck gaben, schrieben sie: „Stoppt eure Aktivitäten unverzüglich." Ich war überrascht, mein Magen tat weh, mein Gesicht schien seine Form zu verlieren. Für einen Moment dachte ich, wenn alle FußgängerInnen auf der Straße morgen wüßten, daß ich eine Lesbe bin, und sie alle dasselbe denken wie diese PsychologInnen, Wie sollte dann mein Gesicht ganz bleiben? Wie würde ich meine Augen öffnen und nicht von ihrem Ekel berührt werden? Wie könnte ich selber nicht auch Ekel über mich empfinden? Vielleicht würde die Frau auf der Post wollen, daß ich unverzüglich die Post verlasse, wenn sie wüßte, daß ich eine Lesbe bin? Vielleicht würde die Frau auf dem Markt, wenn sie es wüßte, mir ihre Erdbeeren nicht mehr verkaufen wollen. Ich fühlte mich so schlecht, ich kämpfte mit mir selber, um meine Würde für meine Leidenschaft und meine Politik wiederaufleben zu lassen.
Dann erinnerte ich mich an die Geschichten der Frauen aus den Kriegsgebieten und wie sie ihr Zuhause verlassen hatten. Soldaten verschiedener Nationalitäten kamen in ein Dorf das „gesäubert" werden sollte, und befahlen: „Verlaßt unverzüglich eure Häuser." Sie hatten kaum mehr Zeit als eine Stunde. Sie wurden so behandelt, daß sie sich schrecklich fühlten, weil sie die sind, und weil sie dort waren, wo sie waren, und währendessen mußten sie packen und fliehen und dachten vielleicht nur daran, ein paar Fotos mitzunehmen oder auch nicht, etwas Kaffee oder einen Apfel für den Weg.

Nach drei Jahren habe ich das Wesen des Krieges im Haß meiner KollegInnen gegen Schwule und Lesben erfahren, gleich hier um die Ecke.
Aber Lesben werden sich erinnern, und ich weiß, daß schon vor mir Lesben in Kriegszeiten lebten. Die meisten von ihnen haben mir ihre Verhaltensregeln nicht hinterlassen. Frauen, die vor langer Zeit in meiner Stadt lebten und Frauen liebten, haben, soviel ich weiß, keine Spuren ihrer Stimmen für mich aufbewahrt. Manchmal, in Momenten der Schwäche lese ich in Audre Lord's „Litanei für das Überleben", oder ich erinnere mich daran, daß „es die geben muß, unter denen wir weinend sitzen können und trotzdem noch zu den Kämpferinnen gezählt werden" (Adrienne Rich). Viele Lesben, Feministinnen und Pazifistinnen dieses Landes Landes und anderer Länder haben uns unterstützt, uns Postkarten geschickt und Worte der Liebe. Dann, wenn all das ankommt, sitzen wir in meiner Küche, die wir die „Freie Lesben Republik" nennen, wir betrachten mit Staunen die schöner Bücher und Papiere, wir essen Maccaroni, und einige von uns tanzen. Und wir träumen immer noch davon, wie wir die Regeln der Küchenrepublik in den Straßen bekanntgeben.

Lepa Mladjenovic lebt in Belgrad, Serbien. 1994 erhielt sie die internationale Menschenrechts-Auszeichnung „Filipa de Souza" für Lesbenrechte.
Leicht gekürzte Fassung von „Where I come from", erstmals erschienen in LOLApress, Nr. 3/95. Übersetzung von Ursula Steinegger



Brief vom Nov. 95 vom
Frauenzentrum Ljubljana
Kontaktadresse: Frauenberatung, Slovenska 53, 61000 Ljubljana, Slowenien
FAX ++386 61 13 16 169

SEXISMUS UND RASSISMUS

Wir schreiben euch, weil wir dringend eure Unterstützung für unsere Protestaktion brauchen, gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit, welcher einem 12-jährigem Mädchen angetan wurde.
Die Geschichte begann vor mehr als 1 Jahr, als der 22-jährige Mevruz Demaili die 12-jährige Farija (wir kennen nur ihren Vornamen) vergewaltigte. Dies geschah in Maribor, Slowenien. Beide sind Teil der "Gypsy-Gemeinschaft" und kommen vom Kosovo.
Er nahm Farija zu sich nach Hause und folterte sie auf verschiedene Weise, er vergewaltigte sie, schlug sie mit elektrischen Kabeln, er zwang sie Blut zu lecken, er sperrte sie ins Haus, verbrannte ihre Haut mit Zigaretten usw. Als sie diesen Frühling schwanger wurde, wurde sie von ihren Eltern an ihn für 77.000.- ÖS verkauft. So wurde sie gezwungen mit ihm zu leben. Sie lief öfters von seinem Haus weg, meistens zu ihren Eltern. Aber er fand sie immer wieder, brachte sie zurück in sein Zuhause und folterte sie weiter. Einmal baten ihre Eltern die Polizei einzugreifen. Die Polizei brachte Farija zu ihren Eltern, aber nächdsten Tag holte er sie wieder zu sich.
Die Polizei und der Sozialdienst wußten von der Geschichte, bevor Farija Ende August ihr Kind gebar. Mit der Geburt wurde die Geschichte öffentlich. Als Farija ins Spital kam, erkannten die ÄrztInnen nicht nur ihr Alter, sondern auch Spuren von körperlicher Folter. Sie informierten die Polizei. Diese erhoben Anklage gegen Mevruz Demaili, und die Geschichte kam vor Gericht. Er wurde angeklagt wegen "Zufügung von körperlichen Verletzungen", wegen "illegaler Nötigung" und wegen "sexuellem Mißbrauh einer Person unter 14 Jahre".
Am 15.11.95 wurde er vor Gericht mit "nicht-schuldig" freigesprochen.
Wie kam es dazu ?
Der "Gerichts-Sachverständiger" (Übersetzung nicht ganz klar,...) brachte dem Gericht angebliche Beweise, worauf der Staatsanwalt Saska Zontar veranlaßte, die 2 ersten Anklagepunkte fallen zu lassen. Beim 1. Ankalgepunkt hieß es, daß *"die körperlichen Folterspuren an ihrem Körper älter sind, von vor der Zeit, als sie ihm wahrscheinlich kennenlernte"*. Der Staatsanwalt schloß daher die Möglichkeit aus, daß der Angeklagte der Verursacher ist.
Beim 2. Anklagepunkt stellte der "Sachverständige" fest, daß alles nicht wahr ist; d.h. daß es nicht wahr sei, daß sie im Haus eingesperrt wurde, sondern daß ihr erlaubt war außer Haus zu gehen...
In inoffiziellen Gerüchten hieß es, daß Farija "die Geschichte" wegen der Folter erfunden hätte, weil sie eifersüchtig wäre, weil sie seine Beziehungen zu anderen Frauen nicht aushielte.....(!!?!)
So blieb nur der 3. Anklagepunkt über. Der "Senatspresident" (Übersetzung unklar...) Zlatko Dezman entschied, daß Mevruz Demaili *"dieses Verbrechens nicht schuldig ist"*, weil *"er nicht wußte, daß er etwas Falsches tat"*. Mevruz D. erklärte dem Gericht, daß alles was er tat normal ist. Es sei etwas normales in seiner Gemeinschaft, ein Mädchen zu kaufen, das dann sein Besitz ist, was bedeutet, daß du alles mit ihr machen kannst.... (!!)
Nach seinen Worten ist er nicht schuldig, weil *"er sie kaufte"*. So befand das Gericht, daß er nicht schuldig sei, weil *"er nur in Übereinstimmung mit den Regeln der `Gypsies' handelte"*. Und der "Senatspresident" Dezman sagte, daß *"wir von diesem Fall lernen können, daß wir.....kulturelle Unterschiede und andere ethnische Minderheiten berücksichtigen müssen"*.Die "signifikanten kulturellen Unterschiede", die "für diesen Fall" relevant seien, bezeichnet er *"die frühe Reife der `Gypsy'-Kinder, die alles erkläret - Sexualität mit jungen Mädchen, das Verkaufen von Mädchen für die Ehe"* usw.

Wir haben keine Informationen darüber, wo sich Fanja aufhält und wie es ihr geht. Aus einigen Artikeln erfuhren wir, daß sie ihr Kind nicht behalten will, und das Kind wahrscheinlich zu Pflegeeltern gegeben wurde.
Wenn der Staatsanwalt Saska Zontar keine Berufung einlegt, bleibt das Urteil aufrecht. Wir haben uns daher entschieden, Druck auf das Gericht von Maribor, auf einzelne Ministerien und einige andere Institutionen auszuüben.
Es ist sinnlos zu sagen, daß das Gerichtsurteil ein großer Schwindel ist. Es setzt Traditionen vor Menschenrechte, es legalisiert Männergewalt gegen Frauen, legalisiert Vergewaltigung und "freien Handel" mit Mädchen. In einigen slowenischen Medien wird das Urteil als große demokratische Entscheidung befürwortet. Tatsächlich ist es aber die größte sexistische und rassistischen Entscheidung.
Sexismus ist es, weil das slowenischen Gericht männliche `Gypsy-Traditionen´und männliches `Gypsy-Recht´verteidigt, und nicht das Recht eines `Gypsy-Mädchen´, die mehrmals versuchte von diesem `Gypsy-Brauch´wegzuluafen, dem selben Brauch, dem das slowenische Recht mit seiner Gerichtsentscheidung schützt.
Rassismus ist es, indem Stereotypen über `Gypsies´als eine homogene ethnische Gruppe reproduziert werden, für die es normal sei ein Mädchen zu verkaufen, und die eine Sorte von Menschen seien, die früher geschlechtsreif seien. In einigen Zeitungen lasen wir, daß verschiedene `Gypsy-Gemeinschaften´wütend sind über das Urteil, und daß sie mit dem was passiert ist nicht einverstanden sind.

Wir haben einen öffentlichen Brief an die slowenischen Zeitungen geschrieben, an das Gericht von Maribor, an das Justizministerium und verschiedene andere Institutionen. Wir bitten euch dasselbe zu tun: schreibt eure Protestbriefe an folgende Adressen. Und fragt andere Gruppen und Einzelpersonen dasselbe zu tun.

Adressen:
+ Gericht:
Zlatko Dezman, Saska Zontar
Sodna ulica 14
62000 Maribor
FAX: +++386 62 211 757
+++386 62 211 196
+ Justizministerium:
Meta Zupancic
Zupanciceva ulica 3
61000 Ljubljana

+ Oberster Gerichtshof:
Tomo Grgic
Tavcarjeva ulica 9
61000 Ljubljana
FAX: +++386 61 321 650
+ Minist. f. Arbeit, Familie u. Soziales:
Rina Klinar
Kotnikova ulica 5
61000 Ljubljana
FAX: +++386 61 171 33 44

(40)

Ich bin angekündigt, daß ich einen Vortrag halten soll ... Das stimmt insofern, daß es etwas mehr ist als ein kurzer Beitrag, aber im Grunde genommen ist das, was ich erzählen möchte, ein Diskussionsbeitrag für das, was ich denke, daß es für uns wichtig ist, nachdem ihr hier in Wien so viel zu dieser UNO Menschenrechtskonferenz gearbeitet habt. Ich bitte euch, mich zu unterbrechen, wenn ich irgendwo unverständlich bin und nicht einfach zuzuhören.

Ich selber komme aus autonomen Frauen- und Lesbenzusammenhängen. Ich lebe in Hannover, und wir versuchen, auch wenn wir noch wenige sind, uns gegen Patriarchat und Imperialismus zu organisieren. Und wir verstehen uns als Internationalistinnen, d. h. wir möchten mit allen Imigrantinnen, die in unserem Land leben, zusammenkommen und natürlich mit den Freundinnen aus anderen Ländern, die wie hier konkret in Wien ja auch anzutreffen sind. Außerdem hab ich selber sehr lang zum UNO Menschenrechts-Ausschuß gearbeitet, dazu erkläre ich vielleicht an anderer Stelle noch etwas mehr – weil die Bundesregierung den Vertrag über zivile und politische Rechte ratifiziert hat, und den über wirtschaftliche und soziale Rechte, das erkläre ich an anderer Stelle noch etwas genauer. Der Vertrag über politische und bürgerliche Rechte verbietet die Folter. Da in der Bundesrepublik politische Gefangene mit Isolationshaft gefoltert werden, haben wir es seinerzeit für richtig gehalten, dies auch in der UNO vorzutragen, um deutlich zu machen, daß die Bundesregierung, die den Vertrag anerkannt hat, ihn aber im eigenen Lande bricht. Aber das gehört zum Selbstverständnis aller UNO-Mitglieder: Verträge anzuerkennen, aber sie nicht anzuwenden.

Entscheidend ist, daß diese UNO Menschenrechtskonvention ursprünglich einen materiellen Hintergrund hatte, nämlich daß in Europa konkret Menschen für ihre eigenen Rechte gekämpft haben. Ganz konkret gibt es den Begriff Menschenrechte seit der Französischen Revolution. In der Französischen Revolution ging es um mehr als nur um bürgerliche und politische Rechte. In der Französischen Revolution haben Frauen ausdrücklich für ein umfassendes Menschenrecht gekämpft.

GESCHICHTE DER MENSCHENRECHTE
GESCHICHTE DER UNO MENSCHENRECHTSKONVENTION

Vortrag von Wienke am 16. 6. 1993 im FrauenLesbenZentrum Wien

Die erste Erklärung der Menschenrechte kommt aus Virginia von 1776 von den europäischen weißen Siedlern in Amerika. Sie haben, um sich von England unabhängig zu machen, eine Unabhängigkeitserklärung erarbeitet. In der heißt es, daß alle Menschen gleich geschaffen wurden, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden und daß unter diesen unveräußerlichen Rechten Leben, Freiheit und das Streben nach Glück sind. Und daß das Volk das Recht hat, jede Regierung, die diesen Zwecken verderblich wird, diese Regierung zu ändern oder abzuschaffen.

Wichtig an dieser Erklärung ist, daß der Gedanke der individuellen Autonomie aufgegriffen ist und der Gedanke der Demokratie. Die Siedler in den USA kamen ja alle aus monarchistischen Ländern – sie wollten sich also keinen neuen König organisieren, wollten keinen neuen Herrscher haben, sondern sie wollten untereinander demokratische Verhältnisse schaffen. Daß alle ein gleiches Recht haben, sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen. Dieser Menschenrechtskatalog hat in der Französischen Revolution eine große Rolle gespielt. In der Französischen Revolution heißt es dann: „Das Ziel der Gesellschaft ist das allgemeine Glück." (Dieser Satz wird übrigens in der Verfassung von Vietnam 1945 wieder aufgenommen.)

Das Ziel des Menschen ist das allgemeine Glück. Die Verfassung von 1793 garantierte dem Bürger das Recht auf Arbeit, auf Ausbildung, auf Unterstützung bei Bedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit, das Recht auf Eigentum, aber die Abschaffung der Privilegien und Rechte der Reichen. Gefordert wird auch hier die Demokratie.

Wir müssen uns klar machen, damals gab es noch die Monarchie, den Adel, die Kirchenhierarchie, die über das Volk geherrscht haben, die galt es abzuschaffen, das Gegenstück dazu ist die Demokratie des Volkes. Eigentum ist damals noch anders zu verstehen gewesen als heute, denn damals gab's ja noch keine große Industrie, sondern den Handel und kleine Handwerker. Das Ziel war, daß jede(r) der/die arbeitet, ihren/seinen kleinen Betrieb aufbauen kann. Eigentum ist noch nicht gleichzusetzen mit der Möglichkeit, andere damit auszubeuten.

Auch wird das Recht auf Aufstand in dieser Verfassung dem Bürger zuerkannt. Zur Meinungsfreiheit heißt es dann „Das Recht, seine Gedanken und Meinungen mitzuteilen, sei es durch Presse oder auf jede andere Weise, das Recht, sich friedlich zu versammeln, kann nicht verwehrt werden". Also entscheidend sind die materiellen Grundlagen, und das Recht auf freie Meinung kann nicht verwehrt werden.

In der Französischen Revolution haben sich Frauen in eigenen Gruppen für diese Menschenrechte eingesetzt und für sie gekämpft. Am 5./6. Oktober 1789 wurde in der Französischen Nationalversamlung der Grundrechtskatalog für Menschenrechte für eine neue Verfassung diskutiert, und vom König wurde verlangt, daß er diese neue Verfassung unterschreibt. Da schickten einerseits die Frauen eine Delegation in die Nationalversammlung, um klar zu machen, ‚wir wollen die gleichen Rechte', und andererseits versammelten sich in Paris 6000 bis 7000 Frauen. Sie ziehen, begleitet von einer großen Volksmenge und von der Nationalgarde nach Versailles und verlangen vom König Brot. Sie erreichen, daß der König Getreidelieferungen nach Paris zuläßt. Die Nationalversammmlung setzt die Unterzeichnung der Menschenrechtserklärung durch.

Bemerkenswert ist: Obwohl die Frauen kein Recht auf Zusammenkommen hatten, nutzten sie die Situation für sich und stellten sehr praktische Forderungen gegen Hunger und Teuerungen mit ganz praktischen Ergebnissen. An die Nationalversammlung richteten sie die Forderung, daß Männer und Frauen gleiche Rechte haben sollen. Als sich im Jahr der Französischen Revolution zeigte, daß dies mit der Nationalversammlung allein nicht durchzusetzen ist, gab es in ganz Frankreich Aufstände, um diese umfassenden materiellen Realitäten durchzusetzen, also es nicht nur auf dem Papier stehen zu haben, sondern auch dafür zu sorgen, daß es in ganz Frankreich so wird.

Auf diesem Hintergrund haben sich dann im Juli 1792 in den französischen Provinzen Amazonenlegionen gebildet. Sie schreiben: „Auch wir wollen uns um die Ehre bewerben, für eine Freiheit zu sterben, die uns vielleicht teurer ist als

ihnen (den Männern) weil die Auswirkungen des Despotismus noch schwerer auf uns lasten als auf ihnen. Bewaffnen wir uns also!" ruft Théroigne de Méricourt die Frauen in Paris auf.

Nach einem Vorstoß im Konvent wird den Frauen der Kriegsdienst verboten. Es heißt da: „Eine schreckliche Plage zerstört unsere Armee: die Truppe von Frauen und Mädchen, die ihr folgt. Die Zerstörung der Sitten hat ihren Höhepunkt erreicht."

Im Mai 1793 gründen Frauen in Paris die Gesellschaft der revolutionären Republikanerinnen, in der nur Frauen zugelassen sind. Sie kämpfen gegen die Teuerung. Sie fordern feste Preise für Lebensmittel. Sie beteiligen sich an Plünderungen in den Läden und an Überfällen auf Warentransporte, sie verbünden sich mit den linksradikalen enrage's. Diese Frauen werden beschimpft als Blutsaugerinnen der Allgemeinheit, Bacchantinnen, die den Wein, den Teufel und die Männer lieben.

Im Herbst 1793 löst der Konvent die Gesellschaft der revolutionären Republikanerinnen auf und verbietet die Frauenclubs.

Olympe de Gouges, die radikalste Feministin der Französischen Revolution, schreibt an die französische Königin im Herbst 1791: „Diese Revolution wird sich erst dann vollziehen, wenn sämtliche Frauen von ihrem beklagenswerten Los durchdrungen sind und sich des Verlustes ihrer Rechte in dieser Gesellschaft bewußt sind." Und in der Erklärung der Rechte der Frauen und Bürgerinnen fordert sie: „Ziel und Zweck jedes politischen Zusammenschlusses ist die Wahrung der natürlichen und unverjährbaren Rechte von Frau und Mann, als da sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und insbesondere das Recht auf Widerstand und Unterdrückung. Und die freie Gedanken- und Meinungsäußerung ist eines der kostbarsten Rechte der Frau, gewährleistet diese Freiheit doch auch die gesetzliche Vaterschaft. Jede Bürgerin kann demnach ohne Einschränkung sagen ‚Ich bin die Mutter eines Kindes, das von euch stammt', ohne daß die Frau deswegen einem barbarischen Vorurteil ausgesetzt wird. Und dieses barbarische Vorurteil zwingt sie ja bislang, die wahren Umstände geheimzuhalten."

Genau diese Forderung taucht später in der russischen Revolution wieder auf, daß alleinerziehenden Mütter die Männer benennen sollen, von denen die Kinder kommen, und daß alle Männer, die dafür verantwortlich sein können, dafür zu zahlen haben. Und wenn sie drei Männer nennt, dann zahlen eben drei.

In der Französischen Revolution ist es nicht durchgesetzt worden, in der russischen Revolution hat eine Weile das Gesetz gegolten – das Ergebnis ist gewesen, daß die Männer sich alle aus dem Staub gemacht haben.

Olympe de Gouges sagt über die Ehe: „Sie ist des Vertauens und der Liebe Grab." Auch in der russischen Revolution besteht Alexandra Kollontai darauf, daß die Ehe aufgelöst wird, daß sie nicht die Stütze des Staates bleibt.

Das Ende der Französischen Revolution ist dann leider, daß alles, wofür die Frauen gekämpft haben, auch der unterste Stand, die enrage's, die Arbeiter, nicht in die Verfassung aufgenommen sind. Übriggeblieben sind die bürgerlichen Menschenrechte, d. h. das Recht auf freie Meinung, das Recht auf freie Presse, das Recht auf Versammlung, das wiederum aber beschränkt wird auf alle, die Geld haben. Also galten sie nicht für Frauen und nicht für die armen Arbeiter, sie galten überhaupt nicht für die Menschen in den Kolonien. Es ist ganz klar nur ein Bürgerrecht für den reichen, weißen Mann.

Mir ist wichtig, daß wir uns klar machen, daß zur Zeit der Französischen Revolution in Europa Frauen für umfassende Menschenrechte gekämpft haben, umfassend für unsere Würde gekämpft haben, das bedeutet die Abschaffung patriarchaler Strukturen.

ZUR ENTSTEHUNG DER SOZIALEN MENSCHENRECHTE

Das Ergebnis ist, daß Frauen, Arbeiterinnen/Arbeiter, Sklavinnen/Sklaven und Farbige sich die bürgerlichen Menschenrechte selbst erkämpfen müssen. Allerdings fordern sie gleichzeitig die materiellen Grundlagen für die bürgerlichen Freiheiten: das Recht auf Zusammenschlüsse, das Recht auf freie, nicht ausgebeutete Arbeit; das Recht auf Brot, auf Freizeit und Erholung, auf Ausbildung und Bildung, öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder; das Recht auf Wohnung und gesundheitliche Versorgung – und, soweit sie dem kommunistischen Manifest zustimmen, die Aufhebung der Kleinfamilie. „... daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente aufzuheben." So heißt es im Kommunistischen Manifest. Nicht Blutsbande, nicht privates Eigentum, sondern die gesamte arbeitende Gesellschaft hat aus dem gemeinsam erarbeiteten Reichtum diese sozialen Bedürfnisse und Interessen sicherzustellen.

Das hieß bei Friedrich Engels: „Das Privateigentum wird also ebenfalls abgeschafft werden müssen, und an seine Stelle wird die gemeinsame Benutzung aller Produktionsinstrumente und die Verteilung aller Produkte nach gemeinsamer Übereinkunft oder die sogenannte Gütergemeinschaft treten."

Erstmalig werden diese Grundinterssen nach der Oktoberrevolution 1917 in der sowjetischen Verfassung als Grundrechte niedergelegt – auch die Auflösung der Kleinfamilie. Voraussetzung ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Enteignung privaten Kapitals. Tatsächlich sollen alle die Menschen in den Genuß dieser Grundrechte kommen, die sich an der gesellschaftlichen Produktion/Arbeit beteiligen, außerdem Kranke, Behinderte, Kinder und Alte, nicht aber die, die sich selbst durch Renten aus Kapitalbesitz, z. B. im Ausland, versorgen können. Auch die bürgerlichen Menschenrechte wurden in der sowjetischen Verfassung selbstverständlich festgelegt.

Die Staatsform allerdings war nicht kollektiv, sondern wurde eine proletarische Diktatur: Die Lebensrechte der Menschen wurden gegen die bis dahin herrschende Monarchie gegen Adel, Klerus, Kapitalisten, Militär durchgesetzt.

Ziel dieser Politik ist, daß 250 Millionen Menschen nicht mehr hungern sollen. Die bürgerlichen Menschenrechte hatten die Menschen in Rußland vorher nicht gehabt. Sie sind in der Weise, wie es hier konzipiert war, auch noch nicht ausreichend entwickelt worden. Unter Stalin wurden sie radikal eingeschränkt. Aber in der ursprünglichen Konzeption war vorgesehen, daß bei besserer wirtschaftlicher Situation die bürgerlichen Menschenrechte erweitert werden sollen. Ziel war allerdings eine andere Demokratie, eine Demokratie, wie ich sie vorhin beschrieben habe. In der UdSSR galt als Ziel eine Räte-Demokratie und nicht eine Demokratie, wie sie in Westeuropa eingeführt worden ist.

Olympe de Gouges (1748 – 1793)

MENSCHENRECHTE IM FASCHISMUS

Der deutsche Faschismus hat die bürgerlichen Menschenrechte auf ihren Kern reduziert: Das Privateigentum und die damit zusammenhängenden Rechte (Vertragsfreiheit, Gewerbefreiheit) und die zur Sicherung dieser Rechte nötige rechtsstaatliche Justiz (Zivilgerichte) wurden beibehalten. Den Arbeiterinnen/Arbeitern wurden einige soziale Rechte zugesichert, um ihre Loyalität zu erreichen. Bürgerliche und politische Rechte aber wurden ihnen verweigert.

„Unnütze Esser" wie Behinderte, Kranke, sozial Schwache wurden ermordet, um gesellschaftliche Kosten für Staat und Kapital zu sparen. Der deutsche Faschismus lenkte den Klassenhaß der Arbeiter statt gegen Kapital und Imperialismus gegen das „internationale Judentum", um für ein „Volk ohne Raum" Platz zu schaffen. Die Frauen wurden aus der selbständigen Berufstätigkeit herausgedrängt und zurück in die Familie, an Heim und Herd geholt.

Mit dem Gesetz über das Berufsbeamtentum von 1933 wurden alle Juden aus bürgerlichen Berufen, aus allen staatlichen Berufen rausgedrängt, wurden alle Kommunisten und Sozialisten rausgedrängt und wurden alle Frauen rausgedrängt.

Frauen dürfen kein Richteramt ausüben, ab 1935 nicht mehr als Anwältinnen vor Gericht plädieren bzw. keine eigene Praxis führen. Vom Mai 1934 an ist die freie Ausübung des Arztberufes Frauen verwehrt, ab 1935 auch der Beruf der Zahnärztin; an den Universitäten werden keine Frauen angestellt. Anders ist es in spezifisch weiblichen Berufen: Lehrerinnen an Mädchenschulen, Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern.

Mit Ehestandsdarlehen wird die Einbindung der Frau als Mutter in die Familie unterstützt: DM 2.000,- als Darlehen bei der Hochzeit, wovon jeweils 500,- pro Kind nicht zurückgezahlt werden brauchen. Mit dem 4. Kind, bei dem auch das Mutterkreuz verliehen wurde, waren die 2.000,- abgezahlt. Gleichzeitig wurde die arbeitsuchende Frau mit Annahme des Kredits aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen.

Alle Gruppen des Widerstands gegen den Faschismus setzten sich mit dem Grundrecht der Bürgerin/des Bürgers auf Widerstand gegen einen Staat, der die bürgerlichen Menschenrechte mißachtet, auseinander. Sie kannten die oben genannten Erklärungen von 1776, 1789, 1791. Darin konnten sie eine gemeinsame Basis haben. Allerdings unterschieden sich die Widerstandsgruppen im Ziel: Die einen wollten wieder einen bürgerlichen Rechtsstaat organisieren, der sich an den bürgerlichen Menschenrechten orientierte, dazu gehören z. B. die Militärs des 20. Juli 1944; die anderen strebten eine sozialistisch-kommunistische Revolution an. Sie benannten Kapitalismus und Imperialismus als die Verursacher des Faschismus und der beiden Weltkriege. Letztere orientierten sich an der Sowjet-Union, dem einzigen Staat bis 1945, in dem die sozialen Menschenrechte als Grundrechte anerkannt wurden.(Das müssen wir uns auch noch einmal klar machen, daß dies bis 1945 der einzige Staat gewesen ist, der diese als Grundrechte anerkannt hat.) Keine der Widerstandsgruppen konnte sich auf bestehende internationale Vereinbarungen oder Verträge im Sinne der UNO berufen.

2. WELTKRIEG – MENSCHENRECHTE ALS KRIEGSZIEL DER USA GEGEN FASCHISMUS UND KOMMUNISMUS

Während des 2. Weltkrieges benutzte die USA die Durchsetzung der Menschenrechte als Kriegsziel gegen Faschismus und Kommunismus. Wie bekannt, genoß der Deutsche faschistische Staat internationale Anerkennung, bis zum Überfall auf Polen am 1. September 1939. Durch den Pakt zwischen Stalin und Hitler, bekannt als Hitler-Stalin-Pakt von 1939, war von der Sowjet-Union kein Widerstand zu erwarten. England und Frankreich griffen erst gegen Hitler-Deutschland in den Krieg ein, als es Polen überfiel.

Die USA war nicht betroffen.

Dennoch bildete der Präsident der USA, Roosevelt, nach seiner 2. Wiederwahl 1940, also kurz nach Kriegsausbruch in Europa, einerseits den nationalen Verteidigungsrat und leitete andererseits am 1. Jännern 1941 eine Kampagne für die „Vier Freiheiten" ein. Es ging um die Freiheit der Rechte und Meinung – das richtete sich gegen Deutschand; es ging um die Freiheit des Glaubens – das richtete sich gegen Deutschland und die Sowjet-Union; und es ging um die Freiheit von Mangel und Not und die Freiheit von Furcht.

Die „Freiheit von Mangel und Not" war eine Anerkennung der sozialen Menschenrechte und ein ideologischer Angriff auf die SU und all ihre Freunde. Das reichste Land der Welt versprach allen Menschen, die an seiner Seite kämpfen, Freiheit von Mangel ohne sozialistische Revolution.

Am 22. 6. 1941 überfällt das faschistische Deutschland, trotz des Nichtangriffspaktes, die UdSSR. Am 14. 8. 1941 – 2 Monate später – formulieren Churchill, Premierminister von Großbritannien, und Roosevelt die „Atlantik-Charta". Sie enthält außer den „Vier Freiheiten" die Forderung nach Verzicht auf Gebietsansprüche, Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, Beteiligung sämtlicher Staaten am Welthandel, internationale Zusammenarbeit, Verzicht auf Waffengewalt. Auf dieser Grundlage wollen sie ein internationales Bündnis gegen das faschistische Deutschland und gegen die Sowjet-Union schaffen.

Und diese Atlantikcharta von 1941 ist das Embrio der UNO.

Nach dem Überfall Japans, dem Verbündeten Deutschlands, auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 überwiegt im amerikanischen Volk die Bereitschaft zum Krieg. Pearl Harbour war ein wichtiger Kriegshafen der USA im Pazifik. Die USA erklären Japan am 8. 12. 1941 den Krieg und am 11. Dezember 1941 Deutschland und seinem Verbündeten Italien. Allerdings greifen die USA erst 1943 militärisch in den europäischen Krieg ein.

Die Daten zeigen sehr deutlich, Deutschland hat die SU überfallen, und der USA wäre es sehr recht gewesen, wenn es Deutschland gelungen wäre, die SU zu besiegen – deshalb haben sie in Europa nicht früher eingegriffen.

Am 1. Jänner 1942 verpflichten sich im „Washington Pakt" 26 Nationen/Staaten als „Vereinte Nationen", keinen separaten Waffenstillstand mit Deutschland und/oder seinen Verbündeten zu schließen. Dieser Pakt wird von allen Beteiligten als die Keimzelle der Vereinten Nationen/UNO angesehen.

Im Jänner 1943 schlägt die Rote Armee der SU die deutschen Truppen bei Stalingrad. Damit war klar, daß es Hitler-Deutschland nicht gelingt, die SU zu besiegen. Daraufhin landen am 10. Juli 1943 US-Truppen in Sizilien. Im September war die US-Armee bis Florenz vorgedrungen. Italien kapitulierte – die neue italienische Regierung erklärt Deutschland den Krieg. Damit erwirbt Italien das Recht – als Teil der Antihitler-Koalition – später Mitbegründer der Vereinten Nationen zu werden.

An dieser Stelle ist es wichtig, zu sagen, daß der antifaschistische Widerstand in Norditalien ganz besonders stark gewesen ist. Die US-Truppen zogen es vor, daß sich in Norditalien die deutschen Truppen mit den italienischen Guerilla-Kämpfern auseinandersetzen. Sie selbst wollten sich die Hände nicht schmutzig machen. Und sie wollten diesen kommunistischen und/oder anarchistischen Widerstand in Italien nicht unterstützen.

In der Außenministerkonferenz in Moskau – inzwischen mußte die UdSSR mit in die Antihitler-Koalition mitaufgenommen werden –, in der Außenministerkonferenz in Moskau vom 19.–30. Oktober 1943 einigen sich alle Verbündeten über die Gründung einer übernationalen Organisation, die den Weltfrieden sichern sollte. In der Konferenz von Dumbarton Oaks 1944 erarbeiten USA, UdSSR, Großbritannien und China eine Satzung für die „Vereinten Nationen". China war damals noch National-China unter Tschiang Kai Scheck, Mao-tse-tung kämpfte mit seinen Genossinnen und Genossen noch um die Revolution, die er 1949 gewonnen hat. Also China war damals noch auf der reaktionären Seite. Die USA, Großbritannien, China, England, Frankreich und die UdSSR erarbeiten eine Satzung für die Vereinten Nationen (UN), insbesondere die Bildung eines Sicherheitsrates mit 11 Mitgliedern. Die 5 ständigen Mitglieder dieses Sicherheitsrates (USA, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und China) erhalten bei Abstimmung ein Vetorecht. Das haben sie heute noch. (Heute hat der Sicherheitsrat außer den 5 ständigen Mitgliedern noch 10 weitere, die jeweils für 4 Jahre gewählt werden.)

Wir fordern: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Erhöhung der Frauenlöhne jetzt sofort!

Aktuell geht es bei der Diskussion ja auch um die Neuordnung des Sicherheitsrates. Japan und die BRD haben ein großes Interesse, Mitglied im Sicherheitsrat zu werden, und zwar als ständiges Mitglied. Die Süd-Koreanerinnen haben gestern auf dem Tribunal ganz klar gesagt, warum sie nicht wollen, daß Japan Mitglied des Sicherheitsrates wird: weil Japan während des 2. Weltkrieges die Koreanerinnen (Korea war japanische Kolonie) in die Bordells für ihre Soldaten geschickt hat.

1945 bestehen zwischen Truman (inzwischen Präsident der USA) und Churchill unterschiedliche Vorstellungen über die Aufnahme der Sowjet-Union in die UNO. Beide möchten sie eigentlich nicht aufnehmen. Truman hofft, daß die SU nicht beitritt, Churchill denkt, wenn die SU beitritt, können die anderen Beitrittsländer sie besser „umarmen", d. h. einbinden, gegebenenfalls überstimmen. Es entsteht ein Streit über Polen. Stalin fordert die Aufnahme Polens in die UNO. Truman lehnt dessen Aufnahme ab, mit der Begründung, Polen gehöre nicht zur Anti-Hitler-Koalition, weil es Deutschland nicht den Krieg erklärt hatte. Mit Sicherheit ist seine Sorge, daß Polen, durch die Rote Armee befreit, eine sozialistische Volksrepublik werden könne, die in der Weltregierung UNO die UdSSR unterstützen würde. Der Streit endet so, daß sowohl die SU als auch Polen Mitglieder der Vereinten Nationen werden.

Auf der Konferenz in San Franzisko (April bis Juni 1945) wird die „Charta der Vereinten Nationen" von 50 Staaten unterzeichnet – von Polen als 51. Gründungsmitglied am 15. Oktober 1945.

DIE DURCHSETZUNG BÜRGERLICHER UND SOZIALER MENSCHENRECHTE NACH 1945

Der 2. Weltkrieg endete in Europa am 8. Mai 1945, in Ostasien am 15. August 1945 mit der Kapitulation Japans (Atombomben-Abwurf durch die USA am 6. 8. 1945 auf Hiroshima, am 8. 8. 1945 auf Nagasaki).

Die USA hatten schon lange vor Kriegsende eine Neuordnung der Welt gegen die Ausbreitung des Kommunismus, nach Möglichkeit eine „one world" konzipiert. Die 3 Säulen dieser „one world" sollten sein:

- eine Neuordnung der Währung, d. h. der Dollar sollte Leitkurs für die ganze Welt werden. Dazugehörige Organisationen wurden der Internationale Währungsfond und die Weltbank. Sie haben es durchgesetzt – der Dollar ist Leitwährung für die ganz Welt;
- die 2. Säule war eine Neuordnung internationaler militärischer Pakte, nämlich NATO und SEATO (Südost-Asien-Pakt);
- ein Forum für ein gemeinsames Konzepte der ideologischen – menschenrechtlichen – Grundlagen: eine gemeinsame Organisation für alle Staaten, nämlich: die Vereinten Nationen = United Nations Organization = UNO.

Am 26. Juni 1945 (noch vor Beginn der Potsdamer Konferenz) wurde die UNO gegründet. Die Sowjet-Union gehört zu den Gründungsmitgliedern. Die Charta der UNO wird beschlossen. Darin wird die zukünftige Organisation der UNO festgelegt, und es heißt u. a.: „Art. 55 (wirtschaftliche und soziale Ziele): Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen

a) die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg.

b) ...

c) die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion."

„Freiheit von Mangel" wird als „Wohlfahrt", als „Verbesserung des Lebensstandards, der Vollbeschäftigung" verstanden.

Es ist wichtig, an dieser Stelle nocheinmal zur geschichtlichen Situation 1945 etwas zu sagen: In allen europäischen Staaten gab es 1945 ein weitverbreitetes Wissen und Bewußtsein über den Zusammenhang von Imperialismus, Faschismus und Krieg einerseits und deshalb über die notwendige Durchsetzung sozialer Menschenrechte durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel andererseits. Das ist heute kaum noch vorstellbar: 12 Jahre Faschismus haben es nicht geschafft, dieses Bewußtsein zu zerstören – das haben allerdings 40 Jahre Parlamentarismus in Westeuropa geschafft.

In der polnischen Verfassung, in der Verfassung der DDR und anderer Staaten des Ostblocks wurden sowohl die bürgerlichen als auch die sozialen Menschenrechte festgeschrieben: Das Recht auf Zusammenschluß; das Recht auf Arbeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen; das Recht auf Erholung, das Recht auf Bildung und Ausbildung; das Recht auf Schutz der Gesundheit und der Kultur; die Gleichberechtigung der Frau verbunden mit dem Recht auf Fürsorge für Mutter und Kind durch Sicherung des Mutterschutzes und der Einrichtung von Kinderkrippen und Kindergärten. Allerdings werden in allen genannten Verfassungen Ehe und Familie als Stütze des Staates nicht angetastet.

In den sozialistischen Staaten wird die Großindustrie enteignet. Die Wirtschaft soll, indem keine privaten Profite mehr entstehen, so organisiert werden, daß die sozialen Menschenrechte materiell gesichert sind.

Selbst in Westdeutschland gibt es 1945 trotz 12 Jahren Faschismus und der Ermordung tausender Kommunisten noch dieses Wissen. Es entwickelt sich eine breite Bewegung für die Sozialisierung der Grundindustrie, ebenso in England. Selbst die CDU fordert in ihrem 1. Parteiporgramm, dem „Ahlener Programm", noch die Sozialisierung.

In die Hessische Verfassung wird 1946 der Artikel 41 aufgenommen:

„ (1) Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;

2. vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungs-Unternehmen und die in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt."

Mir ist es wichtig, dies zu erzählen, weil bei der Abstimmung über diesen Artikel am 1. 12. 1946 72% der Wähler für diesen Artikel gestimmt haben – wenige Tage später wird er von der US-Militärregierung außer Kraft gesetzt.

In Vietnam (seit 1939 von Japan besetzt) wird am 2. September 1945 – nach der Kapitulation Japans – die Volksrepublik Vietnam ausgerufen, übrigens für ganz Vietnam (Nord- und Süd-Vietnam). Auch in der Volksrepublik sollen bürgerliche und soziale Rechte gesichert werden. In der Proklamation vom 2. 9. 1945 heißt es:

„Wir sind der Ansicht, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von Geburt an einige unverbräuchliche Rechte mitbringen, darunter das Recht auf Leben, Freiheit, Glück.

Diese unsterblichen Worte stehen in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, die im Jahre 1776 ausgerufen wurde. In weiterem Sinne bedeuten sie: Alle Völker der Erde sind gleich; jedes Volk hat das Recht auf Leben, Glück und Freiheit.

...

Vietnam hat das Recht, frei und unabhängig zu sein und ist tatsächlich frei und unabhängig geworden. Das vietnamesische Volk ist entschlossen, all seine geistigen und materiellen Kräfte aufzubieten, Leben und Besitz zu opfern, um sein Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten."

Die Teilung Vietnams erfolgt erst im Rahmen der Verhandlungen der Siegermächte über Japan. Und schließlich hat Vietnam dann nocheinmal 30 Jahre darum kämpfen müssen, um diese Volksrepublik durchzusetzen – ohne eine Unterstützung durch die UNO.

Auf diesem historischen Hintergrund arbeitet der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen die „Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 aus. Darin verkündet die Generalversammlung die vorliegende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal ...."

Es folgen in den Artikeln 1 bis 22 die Sicherstellung der bürgerlichen Rechte einschließlich des Rechts auf Asyl (Art. 14), des Rechtes auf Eigentum [Art. 17: (1) „Jeder Mensch hat allein oder in Gemeinschaft mit anderen Recht auf Eigentum." (2) „Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden."] und des Rechtes auf Vereinigungsfreiheit (Art. 20).

Ab Artikel 23 die Sicherung der sozialen Rechte:

Art. 23 (1): „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedinungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit ...";

Art. 24: „Jeder Mensch hat Anspruch auf Erholung und Freizeit sowie auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und auf periodischen, bezahlten Urlaub ...";

Art. 25 (1): „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistung der sozialen Fürsorge, gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

(2) Mutter und Kind haben Anspruch auf besondere Hilfe und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche und uneheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz."

Art. 26 (1): „Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung ...;

(2) Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben ...".

Art 27 (1): „Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten zeilzuhaben ..."

51 Staaten der Erde schließen sich der UNO an. In der UNO-Generalversammlung, in der jedes Land nur eine Stimme hat, wird am 10. Dezember 1948 ohne Gegenstimme, aber mit Stimmenthaltung der Sowjet-Union (sie enthält sich der Stimme, weil sie das „Recht auf Privateigentum" nicht anerkennen will) und der Stimmenthaltung Südafrikas und Saudi-Arabiens (die Gründe sind uns nicht bekannt) die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" angenommen. Allerdings haben diese Beschlüsse keine völkerrechtliche bindende Wirkung für die Mitgliedstaaten. Sie sind lediglich eine grundsätzliche Absichtserklärung: Sie können für politische Agitation benutzt werden, aber sie bedeuten für keinen Menschen irgendein Recht, das ein einzelner Mensch in Anspruch nehmen, einklagen kann.

Zur UNO gehören folgende Organe: General- (oder Voll-) Versammlung, Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozialrat, Treuhandschaftsrat, Sekretariat mit Generalsekretär und Internationaler Gerichtshof. Über die Aufnahme weiterer Länder in die UNO wird in der Generalversammlung mit 2/3 Mehrhheit entschieden. Staaten, die Mitglied werden wollen, müssen die UN-Charta anerkennen und einen Antrag stellen.

ENTWICKLUNG IN DER UNO AB 1950

Nach der chinesischen Revolution 1949 weigerte sich die Generalversammlung der UNO, die Volksrepublik China anzuerkennen. Das chinesische Mandat (China als Mitbegründer der UNO und ständiges Mitglied des Sicherheitsrates) wurde Taiwan als Nachfolgestaat National-Chinas zuerkannt – dem kleinen Taiwan, statt dem volksreichen Land Volksrepublik China. Natürlich hatten sie Angst, daß, wenn die VR China in den Sicherheitsrat kommt, sie zusammen mit der UdSSR ihr Vetorecht nutzen würde. Erst 1971 wird die VR China in die UNO aufgenommen. Auch der Antrag der DDR auf Aufnahme wird damals abgelehnt. Im Gegenzug scheitert die Aufnahme der BRD am Einspruch der SU.

Am 5. Februar 1952 beschloß die General-Versammlung der UNO, daß „alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben sollen." Die Menschenrechtskommission wurde beauftragt, sowohl eine Konvention für die bürgerlichen und politischen Rechte auszuarbeiten, als auch eine über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Das Selbstbestimmungsrecht sollte in beide Konventionen aufgenommen werden. Bei diesen Pakten sollte es darum gehen, daß sie für einzelne Menschen auch einklagbar sein sollen. Dafür wurden 2 verschiedene Pakte entwickelt. Dieser Beschluß fällt in die Zeit des Korea-Krieges (1950–1953). In Abwesenheit des sowjetischen Vertreters erklärt der Sicherheitsrat der UN 1950 Nord-Corea zum Verantwortlichen für diesen Krieg. Hauptsächlich aus US-Einheiten bestehende UNO-Truppen kämpften gemeinsam mit südkoreanischen Einheiten gegen das kommunistische Nord-Corea. Die Truppen der Volksrepublik Nord-Corea wurden von der Volksrepublik China unterstützt (VR China seit 1949 s. o.). Die Situation damals ist der heutigen sehr ähnlich: mehrheitlich aus US-Einheiten bestehende UNO-Truppen im Irak, in Somalia ...

In dieser internationalen Situation wurden die beiden Pakte/Konventionen ausgearbeitet, aber liegengelassen.

Durch die erfolgreichen Befreiungskämpfe in den Kolonien (z. B. Cuba 1959, Algerien 1962) ändern sich die Machtverhältnisse innerhalb der UNO. Die Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus kämpfen für die sozialen Rechte innerhalb ihres Landes – ohne sich unbedingt als sozialistisch zu bezeichnen –, und für die Durchsetzung der bürgerlichen = demokratischen Rechte kämpfen sie natürlich auch. Sie anerkennen die UNO als internationales Organ, treten für ihre Stärkung ein und erhoffen sich von dort Unterstützung.

Der erste, der die UNO angerufen und um Unterstützung gebeten hat, war 1960 Patrice Lumumba aus dem Kongo. Lumumba war der Führer der Befreiungsbewegung MNC. Er wurde, als Belgien den Sieg der Befreiungsbewegung und damit die Unabhängigkeit des Kongos (heute Zaire) anerkannte, der 1. Ministerpräsident. Kaum war er an der Regierung, wurde er von rechtsnationalen Gruppen bekämpft, die wiederum von belgischen Truppen unterstützt wurden. Lumumba protestierte gegen die belgischen Truppen und forderte die UNO auf, ihn zu unterstützen. Dies war das erste Mal, daß die UNO Friedenstruppen in ein afrikanisches Land schickte. Dies hat Lumumba nicht geschützt: Er wurde entmachtet und 1961 ermordet.

Von 1960 bis 1962 werden 32 neue Länder aus dem Trikont, die gerade ihre Unabhängigkeit erlangt haben, in die UNO aufgenommen. 1964 drängen diese Staaten, zusammen mit den Ländern des realen Sozialismus, auf eine Präzisierung der Menschenrechte, auf genauere Kontrolle und auf ihre Durchsetzung durch die UNO. (Ich bleibe bei der Formulierung „realer Sozialismus", es hat sich nicht um kommunistische Gesellschaften gehandelt, sie haben auch nicht diesen Anspruch gestellt.)

Es gelingt am 19. 12. 1966, den

- Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

und den

- Internationalen Patk über bürgerliche und politische Rechte

zu verabschieden. Die beiden Pakte werden Zwillingspakte genannt und sind beide gleich wichtig.

Im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sind insbesondere die bürgerlichen Rechte festgeschrieben, die individuellen Rechte des Bürgers, auch gegenüber dem Staat.

Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind die sozialen Menschenrechte, die kollektiven, die zum Leben notwendig sind, festgelegt.

(Ich denke, Einzelheiten dazu brauche ich an dieser Stelle nicht aufzuzählen.)

Beiden Konventionen/Pakten ist u. a. folgende Erklärung vorangestellt, aus der ersichtlich wird, daß diese Verträge aufeinander bezogen werden können. Es heißt in

„Art. a (1): Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden. ..."

Also: Es ist nicht festgelegt, wie die Demokratie auszusehen hat. Jedes Volk hat ein Recht, sich selbst zu organisieren und ein eigenes Demokratie-Modell zu entwickeln. Dies ist heute sowohl in Afrika als auch in Asien z. Z. ein sehr wichtiges Thema – allerdings nicht die westliche parlamentarische Demokratie.

Alle Völker haben das Recht, über ihre eigenen Reichtümer zu verfügen. Tatsächlich ist es heute anders, weil das imperialistische Kapital, imperialistische Betriebe und imperialistische Länder sich alles unter den Nagel gerissen haben.

Das Recht auf Eigentum gibt es in beiden Pakten nicht. Ich erinnere noch einmal daran, daß sich die SU 1948 bei der Verabschiedung der UNO-Charta der Stimme enthielt, weil das Recht auf Eigentum beibehalten wurde (s. o.). Daß das Recht auf Eigentum in beiden Pakten nicht mehr auftaucht, deutet auf eine Änderung der Machtverhältnisse innerhalb der UNO hin.

Für die Kontrolle des Paktes über bürgerliche und politische Rechte wurde der UNO-Menschenrechts-Ausschuß eingerichtet: Ihm gehören 18 unabhängige Vertreter der Beitrittsstaaten an. Jeder Staat ist verpflichtet, alle 5 Jahre einen Bericht vorzulegen über die Menschenrechts-Situation im eigenen Land. Außerdem kann dem Ausschuß eine Individualbeschwerde vorgelegt werden. Der Ausschuß

kann die Berichte der Staaten kritisieren, hat aber keine Macht gegenüber den kritisierten Staaten zur Durchsetzung und Verbesserung der Menschenrechte.

Für die Einhaltung des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist die UNO-Menschenrechts-Kommission zuständig. Sie besteht z. Z. aus 52 Staatenvertretern. Es ist so, daß jeder Staat, der die Pakte anerkannt hat, ein Stimmrecht in der Menschenrechts-Kommission hat. Jeder Staat schickt, entsprechend seiner poilitischen Ausrichtung, einen Vertreter.

Im Ausschuß sind nur 18 Vertreter. Das sind keine Staaten-Vertreter – sie sollen unabhängige juristische Persönlichkeiten sein, die ihrem Staat gegenüber offiziell keine Rechenschaft abzulegen brauchen.

Diesen beiden Pakten nicht beigetreten sind u. a. Israel, Südafrika, USA. Die USA haben bis heute beide Pakte nicht anerkannt. Sie beziehen sich wieterhin als UNO-Mitglied innerhalb der General-Versammlung und im Sicherheitsrat auf die Erklärung von 1948, die aber, wie oben schon erwähnt, nur ideellen, aber keinen materiellen, d. h. verbindlichen Wert hat. Eine Überprüfung und ggf. Kritik an den USA ist auf dieser Ebene nicht direkt möglich.

Die BRD hat beide Pakte anerkannt und wurde 1975, gleichzeitig mit der DDR, in die UNO aufgenommen. Es kann davon ausgegangen werden, daß hinter der Anerkennung der Verträge auch der Wunsch steht, auf internationaler Ebene, innerhalb der UNO, mitzumischen.

Die USA üben indirekt ihre Macht nicht nur auf die Pakte, sondern auch auf die UNO überhaupt aus, indem sie Zahlungen an die UNO zurückhalten.

1988 untersagten sie Arafat, dem Vertreter der PLO, nach New York, dem Sitz der UNO, einzureisen. Arafat sollte vor der Menschenrechts-Kommission reden. Die Kommission verlegte daraufhin ihre Sitzung nach Genf, dem anderen UNO-Sitz, damit Arafat angehört werden konnte.

In der Menschenrechts-Kommission werden – wie gesagt – die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Menschenrechte überprüft. Jeder Staat, der den Pakt anerkannt hat, muß alle 5 Jahre einen Bericht vorlegen, wie sehr er sich bemüht, in seinem Land alle Menschenrechte einzuhalten. Die Kommission kann sich informieren, z. B. über andere Staatenvertreter oder NGO's. Sie kann ggf. den Staat kritisieren.

Die Kommission kann einen Untersuchungsausschuß beauftragen, die kritisierten Mitgliedsstaaten zu besuchen, um vor Ort die Menschenrechts-Situation zu prüfen. Sie legt ihre Beurteilung der General-Versammlung vor.

Diese Kommission beschloß 1988, eine Untersuchungs-Kommission nach Cuba zu entsenden, um zu prüfen, ob alle Menschenrechte, auch die bürgerlichen, eingehalten würden. Die Initiative zu dieser Untersuchungskommission ging von verschiedenen Staat aus, z. B. von den Regierungsvertretern der BRD (dafür lohnt es sich, den Vertrag zu unterzeichnen). Der Untersuchungsausschuß 1988 kam zu dem Ergebnis, daß die Menschenrechte in Cuba eingehalten werden – natürlich nicht optimal. Keine kann sich einreden, daß alles optimal gelungen ist. Natürlich muß weiter darum gekämpft werden, daß es verbessert wird. Aber: Verglichen mit allen anderen latein-amerikanischen Ländern ist Cuba ein Land, in dem alle Grundrechte gesichert sind trotz der Blockade durch die USA seit 32 Jahren.

Inzwischen ist beschlossen worden, daß eine neue Untersuchungskommission Cuba besuchen soll. Einerseits hat sich die wirtschaftliche Lage Cubas durch die Auflösung der SU bedrohlich verschlechtert, andererseits werden innerhalb der UNO die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Menschenrechte nicht mehr so gewichtet, es wird also mehr nach den bürgerlichen und politischen Rechten geprüft werden – sie werden feststellen, daß es in Cuba keine Parteien-Demokratie gibt – sie werden feststellen, daß Cuba die Menschenrechte verletzt. Daß in Cuba kein Kind hungert, wird kein Grund sein, dieses Urteil in Frage zu stellen.

Wie wir z. Z. selbst in Wien erleben, gibt es in Lateinamerika nichtstaatliche Menschenrechts-Organisationen, die sich auf diese beiden Pakte beziehen. Sie sammeln alle Materialien, die beweisen, wo und wann in ihrem Lande die Menschenrechte, bürgerliche und soziale, verletzt werden. Sie unterstützen alle Organisationen, die für die Durchsetzung beider Menschenrechtspakte arbeiten und kämpfen. Wenn ihre Regierungen den Ausschüssen ihre Staatenberichte vorlegen – lateinamrikanische Länder haben durchaus diese Verträge anerkannt, auch wenn sie sie nicht einhalten –, so legen diese Menschenrechts-Organisationen als nichtstaatliche Organisationen dem Ausschuß und der Kommission Gegenberichte vor.

Da klar ist, daß die Einhaltung bei privatkapitalistischer Organisation von den Regierungen nicht durchgesetzt werden kann, sondern Kapital und Imperialsmus sich weigern, die Kosten für diese Menschenrechte zu berücksichtigen, ist es folgerichtig, daß diese Menschenrechts-Organisationen sich antiimperialistische Menschenrechts-Organisationen nennen.

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN DER BRD

Der Menschenrechts-Ausschuß, der für die politischen und bürgerlichen Menschenrechte zuständig ist, hat 1986 die Bundesrepublik kritisiert wegen der Isolationshaft an den politischen Gefangenen, wegen der Länge der Isolationshaft, wegen der Einschränkung der Verteidigung und wegen der Verteidigerausschlüsse. Hintergrund war, daß die BRD seinerzeit, als sie dem Pakt beitrat, eine Hochglanzbroschüre herausgegeben hat, daß Menschenrechte in der BRD nicht verletzt werden. Diese Broschüre wurde überall verteilt, in den Schulen, in den Universitäten usw. 1979 hat sie die Broschüre dem Ausschuß vorgelegt. Dem Vertreter der BRD wurden von Ausschuß-Mitgliedern sehr kritische Fragen zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD gestellt. 1986 hat der Ausschuß die BRD wegen der Haftbedingungen der politischen Gefangenen kritisiert und ebenso 1990. Aber die Kritik beeindruckte die deutsche Bundesregierung wenig.

Mit den radikalen Veränderungen in den real-sozialistischen Staaten und der Bildung neuer Regierungen verändert sich auch viel auf UNO-Ebene. Obwohl die Mitglieder des Menschenrechts-Ausschusses unabhängige Vertreter ihrer Länder sind, ist noch nicht abzuschätzen, wie die inhaltliche Diskussion weitergeht. Die Diskussion über die Staatenberichte von Spanien und der Türkei im Herbst 1990 sind ungewohnt unkritisch: kein Wort zum GRAPO-Hungerstreik, kein Wort zu den Knastbedingungen der Kurdischen Genossinnen und Genossen.

Die Berichte der Bundesregierung gegenüber der UNO-Menschenrechts-Kommission sind uns nicht bekannt.

Die Bundesregierung weigert sich, die Individualbeschwerde für einzelne Bürgerinnen und Bürger der BRD gegenüber dem Ausschuß zuzulassen, weil, nach Aussage von Außenminister Genscher, der Menschenrechts-Ausschuß nicht mit zu vielen, wie er meint, „sinnlosen" Beschwerden belastet werden soll.

UNO – und Durchsetzung der Menschenrechte seit 1985

Anfang Dezember 1990 wurde in New York ein „Internationales Tribunal gegen die Verletzung von Menschenrechten an politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in US-Gefängnissen und -Zuchthäusern" durchgeführt. Organisiert wurde dieses Tribunal auf Initiative von 88 antiimperialistischen, sozialistischen Menschenrechts- und Befreiungsorganisationen. Sie schlossen sich zusammen, um die Kampagne „freedom now", d. h. „Freiheit jetzt" für die politischen Gefangenen in den US-Knästen zu unterstützen. Die Anklageschriften für das Tribunal orientierten sich an der UN-Charta, den UN-Konventionen und an den Tokyoer und Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen (insbesondere das Recht und die Pflicht zum Widerstand gegen verbrecherische Regierungen).

Als Zeugen traten u. a. auf: Mitglieder der Befreiungsbewegung der Mexicanos und Chicanos, der Native Americans (Indianer), der Nationalen Befreiungsbewegung Puerto Ricos (FALN und MLN/PR), der Black-Liberation-Army, ehemalige Black Panthers und Mitglieder der antiimperialistischen Bewegung von Weißen in den USA. Das Tribunal verurteilte die USA u. a. wegen

- der Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung der in den USA kolonialisierten Völker, wie die amerikanischen UreinwohnerInnen, MexikanerInnen/Chicanos, Schwarze/New Africans und Puerto-RicanerInnen;
- der Kriminalisierung von Euro-Amerikanern;
- grausamer, inhumaner und degradierender Behandlung;
- Verletzung von mindestens 9 internationalen und nationalen Gesetzen sowie konstitutiuonellen Grundrechten.

Die Dokumentation zu diesem Tribunal sollte an alle Mitglieder des US-Senats, des Repräsentantenhauses, an alle Botschafter und Beobachter bei der UNO in New York, an Menschenrechts-Organisationen in den USA und an internationale Menschenrechts-Organisationen verteilt werden. Im März 1991 sollte sie der UN-Menschenrechts-Kommission übergeben werden. Das ist eine Möglichkeit, mit diesen Pakten zu arbeiten – mehr aber nicht.

Das Ziel der 2. Welt-UNO-Menschenrechts-Konferenz hier in Wien ist aktuell, nur die bürgerlichen und politischen Menschenrechte zu thematisieren, um Freiheit für das Kapital durchzusetzen.

Gelingt es den USA endlich, über die UNO ihre „one-world-Regierung" durchzusetzen? Das Konzept einer „Neuen Weltordnung" jedenfalls ist, wie gezeigt wurde, keineswegs neu.

Aber es geht ja auch nicht, die Durchsetzung der Menschenrechte allein wechselnden Regierungen zu überlassen oder gar an eine Organisation zu delegieren. Wir, wenn wir unsere Geschichte betrachten – wir kämpfen immer für umfassende Menschenrechte, wir teilen sie nicht auf, wir lassen sie hoffentlich nie so zu Papier bringen, daß wir aus der Hand geben, wofür wir kämpfen. Denn:

FREIHEIT IST NUR
IM KAMPF UM BEFREIUNG MÖGLICH.

"Nach der Welttrauenkonfewrenz", eine gemeinsameVeranstaltung von Frauensolidarität, LEFÖ (Lateinamerikanischen Exilierten Frauen in Österreich), KFBÖ (Katholische Frauenbewegung in Ö) und ÖIE (Österr. Informations-dienst für Entwicklungspolitik)
Im ersten Teil ein Eindruck von den Frauen die dort waren, was hat sie beeidruckt, was waren die Hauptthemen.

abgetippt von LFN +GELÖRT

(47)

WELTFRAUENKONFERNZ
NGO-FORUM IN HUAIROU
UNO - FRAUENKONFERENZ IN BEIJING/PEKING

Ulrike vom ÖIE
Das NGO-Forum und die Frauenkonferenz waren das "große Ereignis" dieses Jahre.Es war die größte UNO-Konferenz und das größte NGO-Forum (mit ca. 30.000 Frauen) von der Teilnahme her
Es waren von Österreich beim Forum 25 Frauen präsent, und die Regierungsdelegation hatte auch um die 20 Teilnehmerinnen. Einige der Frauen sitzen hier.

Siegrid von der LEFÖ
Nach vielen Jahren in der Feministischen Bewegung und Teilnahmen an verschiedenen Konferenzen und Frauentreffen kan man sicherlich sagen, daß das NGO-Forum eines der größten war, und sicher auch das anstrengenste. Es war so, daß die Bedingungen sehr schwierige waren. Es wurde sehr weit außerhalb von Peking abgehalten. Wir sind manchmal 2 Stunden mit dem Bus gefahren. Es war zwar ein Gelände, auf dem genug Platz war für alle Aktivitäten, aber das sehr abgelgen war von der chinesischen Bevölkerung und auch von der UNO-Konferenz war. Es wurde sehr intensiv gearbeitet, es gab sehr viel Auseinandersetzungen und Diskussionen, zum Teil auch sehr harte Auseinandersetzungen. Es war ein Treffen mit Frauen aus den verschiedensten Teilen der Welt, mit sehr verschiedenen Ansichten. Es wurde sehr viel Austausch betrieben, sehr viele Kontakte geknüpft, Projekte entwickelt, Kritik artikuliert, es wurde demonstriert, und natürlich wurde auch sehr viel gefeiert, getanzt und gesungen.
Einige Probleme dies gegeben waren auch, daß wir Schwierigkeiten hatten mit Transporten, auch deshalb, weil es sehr viele Sicherheitskräfte gegeben hat, die die Workshops alle überwacht haben. Es wurde in den Workshops immer gefilmt und photographiert und mitgeschrieben. Es sind immer Männer drinnen gesesen, z.B.auch in den Prostituierten-Workshops. Es wurde z.B. in dem Zelt von den Lesben Material weggenommen, daß auf Chinesisch dort aufgelegen ist. Es wurden auch Frauen tätig angegriffen. Es hat sicherlich eine Beeinträchtigung der Meinungsäußerung gegeben. Interessante inhaltliche Auseinandersetzugen, die ich erlebt hab, waren um Prostitution und Frauenhandel. Es waren in Peking verschiedene Prostituiertenorganisationen anwesend. Diese Workshops waren sehr zahlreich besucht, und da hat es sehr heißte Diskussionen gegeben. Wie immer gab es sehr große Diskussionen um das Recht auf freie Entscheidung über Mutterschaft und Sexialität.
Und die Diskussionen um Srategien, und um weitere Großkonferenzen wie dieser.
Einige beeindruckende Aktivitäten waren z.B., daß am 6. Sept. die lateinamerikanischen Frauen diesen Tag als Tag des Hungers erklärt haben. Sie haben eine ganz große Landkarte von der ganzen Welt gemalt, und haben lauter leere Teller drauf gestellt. Dann mußten alle Frauen in diese Teller Zettel reinschmeißen, wo sie ihre Vorstellungen artikulieren, wie dieser Hunger bekämpft werden kann. Dann hat es verschiedene Demonstrationen gegeben, z.B. für die Rechte von Migrantinnen, für die Rechte von Lesben. Es gab eine Demonstration on iranischen Frauen gegen sexuelle Apartheit in Iran. Aber auch eine Demonstration kuwaitischer Frauen, für die Verteidigung der Familie.

Das Thema Migration und Frauenhandel, ist ein Thema, daß in Peking, sowohl auf der Konferenz, als auch auf dem NGO-Forum, sehr viel Raum eingenommen hat. Das zeigt uns, daß die Situation aurf der ganzen Welt mit der Migration sehr krass geworden ist. Es gibt sehr vieleFrauen die emmigirieren müssen, aufgrund der Wirtschaftssituation. Frauen emmigrieren aufgrund der Armut in ihren Ländern und versuchen in anderen Ländern Geld u verdienen, um auf diese Art und Weise ihre Familien durchzubringen. Es ist auch die Problematik des Frauenhandels ungeheuer groß geworden. Länder wie Thailand z.B., sind nicht nur sog. "Senderländer", sondern auch "Empfängerländer". Es emmigirieren sehr viele Frauen nach Thailand z.B. in die Sexindustrie, und nicht nur von Thailand in andere Länder. Es gibt in allen asiatischen Ländern riesige Emigrationsströme. Es ist gelungen, durch eine starke "Lobbyarbeit" in dieser "Plattform for Action" verschiedene Punkte und Paragraphen hineinzubringen püber Migration und Frauenhandel. Es war sehr schwierig über Migration Punkte unterzubringen, es ist nach wie vor sehr schwierig über die Rechte von Migrantinnen etwas zu erreichen, weil das die reichen Länder nicht wollen, daß die Migrantinnen hier einwandern, hier arbeiten und leben. Es wurde in dem Dokument schon festgehalten, daß Migrantinnen einen wesentlichen Beitrag zu Wirtschaft leisten, sowohl in den Herkunftsländern, als auch in den Ländern, in denen sie sich aufhalten, und das Migrantinnen sehr stark Verletzungen von Menschenrechten ausgesetzt sind.
Das ist auch unsere Erfahrung hier in Österreich. Wie überall ist es so, daß Migrantinnen, aufgrund ihres schlechten rechtlichen Status sehr stark Mißbrauch, Gewalt, Sexueller Ausbeutung usw. ausgesetzt sind.

Von der Konferenz noch ganz kurz.
Der Haupteindruck von der Konferenz war, daß sehr intensiv am Dokument gearbeitet wurde, an der "Plattform for Action", und daß die NGO-Frauen voll an diesem Dokument beteiligt waren. Dieses Dokument ist nach 2 Jahren Arbeit maßgeblich inhaltlich von den NGO-Frauen mitbestimmt worden. Und es war keine Frage mehr, daß die verschiedenen NGO-Frauen einen Zugang zu den verschiedenen Sitzungen der Konferenz gehabt haben. Die NGO`s haben sich im Lauf der letzten Jahre eine starke Mitarbeit und Presenz erkämpft. (die Frage ist, um dies eine Stärkung für die NGO`s, oder eine Schwächung der Inhalte, Forderungen und Ziele der Kämpfe bedeutet, d.Tip.)

Hildegard .von KFBÖ
Es ist viel vom Rahmen des NGO-Forums gesprochen worden. Ich möcht jetzt auf die Inhalte eingehen, soweit das möglich ist, bei der Fülle von Veranstaltung, ist es natürlich

schwierig einzelne Punkte herauszugreifen.
Für mich war die Fülle von Themen sehr eindrucksvoll, von Gewalt, über Menschenrechte, von Weltwirtschaftentwicklung, von Umwelt bis hin zu Gesundheit, und vor allem auch, daß diese Themen in einem Zusammenhang gesehen wurden. Daß Menschenrechte als unteilbar gesehen wurden und auch sehr stark von ökonomischen Rechten die Rede war. Die Globalisierung der Wirtschaft wurde sehr stark angesprochen und die damit verbundenen Probleme. Und ich glaube, daß es sich auch gezeigt hat, daß es keine Probleme gibt, die nur 1 Land, oder einen Teil der Erde betreffen, sondern, daß es auch da eine Globalisierung gibt. Die Antwort darauf kann nur eine internationale Vernetzung sein, und ein Einfluß von Frauen auf allen Ebenen, auf der Ebene des Marktes, über die Ebene der Politik und der Gesellschaft, ist es wichtig, daß Frauen gestärkt werden und mehr Einfluß nehmen.(Es ist wichtig, daß die Frauen auf diese ausbeuterischen Strukturen nicht nur Einfluß nehmen, sondern sie abschaffen, d.Tip.). Es ist auch wichtig, daß sie sich zusammenschließen. Wichtig ist auch, daß es nicht nur um ein Recht auf Entwicklung geht, sondern auch um eine Qualität der Entwicklung, die die Frauen da erreichen wollen. Da ist auch sehr stark von den Frauen des Südens angesprochen worden, daß es nicht nur um ein Wirtschaftswachstum gehen kann, sondern daß es um eine andere Qualität gehen muß. Daß es also z.B. nicht darum gehen kann, die natürlichen Ressourcen der Erde weiterhin auszubeuten, sondern darum gehen muß Werte der Menschlichkeit und der Toleranz einzubringen.(!? d.Tip.)....
Die Vernetzung ist angesprochen worden, und die konnte man dort auch sehr stark erleben. Es haben sich über die letzten Jahre hinweg über die Treffen internationale Netzwerke gebildet, die auch sehr stark zum Tragen gekommen sind. Gerade in dieser Hinsicht waren, sowohl beim Forum, als auch bei der Konferenz, daß die Netzwerke wieder gestärkt werden konnten, oder neue Verbindungen geknüpft werden konnten.

Die Frage des Krieges war am NGO-Forum sehr präsent, vor allem auch vonSeiten der -Afrikanischen Staaten. Auch in der Konferenz ist das Thema vorgekommen. Der Bereich der Abrüstung war auch einer der Bereiche, um den es heftige Debatten gegeben hat, und wo sich vor allem die "Länder der Dritten Welt" eingesetzt haben. Ich war sehr enttäuscht von der Position der EU und der USA, wo es einmal sogar geheißen hat, das wäre kein Frauenthema (!). Das hat einen Aufschrei verursacht. Ein Themenbereich, der da behandelt wuzrde, war der Bereich der Landminen. Da ist es bei der Konferenz zu einer Formulierung gekommen, daß ein Monatorium verabschiedet werden soll gegen den Export von Landminen, leider steht nix von der Erzeugung drinnen (!!).
Gundi von der Frauensolidarität
Ich möchte es noch ergänzen, daß es eine wiederholte Forderung beim NGO-Forum und auch bei dem "Wirtschaftsausschuß" war, Budgetausgaben bei den Militärausgaben zu sparen und für Sozialausgaben zu verwenden.

Ich möchte meine Eindrücke auch von der Regierungsdelegation beschreiben, ich war ja sowohl NGO-Vertreterin, als auch der Regierungsdelegation angehörig. Die stärksten Eindrücke haben für mich die Frauen am Forum hinterlassen, mit den vielfältigsten Ideen, diese Erfahrungen, Austausch, Kontakte waren einfach überwältigend.
Die UN-Konferenz, und die Tätigkeiten in der Delegation hab ich sehr anstrengend erlebt, und eigentlich auch große Enttäuschung über die Möglichkeiten, die auf Einflußnahme überhaupt bestehen. Obwohl sehr viele NGO-Vertreterinnen anwesend waren, wie noch nie bei einer UN-Konferenz, im Vorfeld und parallel zu den Arbeitsgruppen, bis zu einzelnen Themen wie "wirtschaftliche Gerechtigkeit", oder einzelne Frauengruppen wie Indigene Frauen, Schwarze Frauen, Afrikanische Frauen, obwohl sehr viel an Aktivität passiert ist, war es kaum möglich, oder sehr schlecht möglich diese Inhalte auch in das Konferenz-Papier einzubringen.
**Daher gab es von den NGO`s auch sehr viel Kritik an den weichen Formulierungen an der Aktions-Plattform und auch an der Peking-Dekleration.** Das ging sogar so weit, daß die NGO`s eine eigene Dekleration verabschiedeten.
Vielleicht noch zur Einschätzung der Konferenz. Trotz aller Kritik sehe ich sie als Erfolg an. Es hat in sehr wichtigen Bereichen von Frauen, z.B. bezogen auf Sexuelle Rechte von Frauen, bei Gewalt gegen Frauen, oder auch die Universalität der Menschenrechte für Frauen sicher Fortschritte und Erfolge gegeben. Für mich überwog aber die Enttäuschung im ökonomischen Bereich. Aslo die Einschätzung hängt sicher auch ab, mit welchen Erwartungen man an solche Konferenzen heran geht. Die UN-Ebene ist sicher keinOrt, wo Revolutionen zu erwarten sind, wie mir eine Beamtin versicherte. Trotzdem war es für mich enorm enttäuschend, im ökonomischen Bereich in Bezug auf Globalisierung und Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen, der ja Frauen in massivster Weise betrifft, überhaupt keinen Fortschritt zu sehen.
Ich seh sie aber trotdem als Erfolg, und zwar aus folgenden Gründen. 1. Ist durch so ein Großereignis, wie es diese Weltfrauenkonferenz war, den Frauenthemen eine Möglichkeit gegeben, an der Öffentlichkeit zu sein, vom Lokalblatt bis zur Weltpresse. Dann 2. , was ganz sicher passiert ist, eine Vernetzung von Frauenorganisationen, zwischen Nord und Süd, innerhalb des Südens, innerhalb des Nordens passiert ist, die ohne Zweifel sehr wichtig ist. Und ein 3. Grund für solche großen Konferenzen - im Vorfeld waren schon hunderttausende Frauen beschäftigt, und Frauen, Frauenorganisationen haben sowohl vorher als auch nachher jetzt einen großen Motivationsschub bekommen, und das ist sicher ein großer Schritt vorwärts für die internationale Frauenbewegung.

Gundi von der Frauensolidarität
Vom Forum hab ich den stärksten Eindruck mitgenommen, daß es einen Stolz auf uns Frauen, es waren 30.000 Frauen dort, gibt, und einen Stolz auf unsere Vielfalt und auf unsere Kraft und Stärke. Das war für mich sehr berührend. Ich bin ansich gegenüber Konferenzen eher skeptisch eingestellt, und es war auch meine erste. Deshalb auch vielleicht dieser schwärmerische Eindruck. Ich habe ein starkes Gefühl gehabt, von, es gibt eine internationale Frauenbewegung, und ich bin ein Teil davon, und das hat mich sehr berührt. Ich hab auchn einen starken Respekt vor den Frauen empfunden, die dort gesprochen haben, die über ihre Kämpfe erzählt haben, die von viel schwierigeren Kämpfen erzählt haben, die wir kennen. Ich vom Forum mit dem Gefühl weggegangen eben zu dieser Bewegung zu gehören, und mit dem Gefühl, daß jede von uns die kämpft wichtig ist. Es war die Möglichkeit so Gefühle von Vereinzelung zu überwinden. Das

Gefühl, das ich jetzt noch habe ist zur Realität ein sehr unpassendes, ich habe so ein Aufbruchsgefühl, und es paßt nicht zu dem was wir gehört haben, nachdem wir kur in Österreich waren, daß eben wieder Sozialleistungen gestrichen worden sind. Es ist ein sehr pardoxes Gefühl, 3 Wochen lang auf einem Treffen zu sein, und das Gefühl zu haben, es besteht die Welt nur aus Frauenagenden. Es ist ein Laden auf nüchternen Boden hier, es war trotzdem sehr kraftspendend. So weit zum Persönlichen

In der zweiten Rund hier würde ich gerne die Diskussion von ökonomischen Themen, die am Forum geführt worden sind, skizieren.

Sie wurden, im Gegensatz zur Konferenz, nicht in dieser Konflikthaftigkeit geführt. Es sind auch hier meine Eindrücke subjektiv, denn es gab täglich 500 Workshops, und ich war in einigen davon. Ich konnte den Nord-Süd-Konflikt nicht in derWeise erkennen, den es sicherlich gab bei der Regierungskonferenz, und den es sicherlich auchngab bei früheren Konferenzen und bei früheren NGO-Foren. Ich habe es mir so erklärt, es wurde auch auf dem Forum bei den Workshops erklärt, daß es mittlerweile eine Globalisierung der Wirtschaft gibt, die nicht auf Regionen, Länder beschränkt ist, und die Phänome mit sich bringt, die Frauen weltweit erfassen. Und diese Globalisierung der Wirtschaft, war meiner Meinung nach eines der dominatnen Wirtschaftsthemen, und es wurde in allen Facetten diskutiert. Es wurde bereits bei den Eröffnungsreden skizziert, was in den jeweiligen Regionen Asien, Afrika, Lateinamerika, Europa und Nordamerika, die Globalisierung der Wirtschaft für Frauen heißt. Ich möchte das kurz wiedergeben, damit Sie wissen, welche Punkte da angesprochen wurden. Vielleicht wissen Sie ohnehin mancher dieser Entwicklungen. Es wurde gesagt, daß Multinationale Konzerne und Internationale Finanzinstitutionen über Ländergrenzen und regionale Grenzen agieren, und wenn es überhaupt eine einheitliche "Dritte Welt" je gegeben hat, dann gibt sie sie jetzt auf jeden Fall nicht mehr, denn durch diese Durchlässigkeit und diese Brüchigkeit der Regionen, kann man von keiner geschlossenen "Dritten Welt" mehr reden. Es wurden stark mit der Globalisierung die Strukturanpassungsprogrammen angesprochen. Diese Globalisierung, was soviel heißt wie die Eroberung des Neoliberlann Wirtschaftssystems, das jetzt vorgedrungen ist bis ins letzte Ecke der Welt, gepaart mit diesen Strukturanpassungsprogrammen sind durchgängig als Verschlechterung der Frauensituation beschrieben worden. Um Ihnen in Erinnerung zu rufen, was Strukturanpassungsprogrammen sind - wichtige Charakterstika sind 3 Dinge: Privatisierung, Produktion für den Export, und die Rücknahme von staatlichen Sozialleistungen. Diese 3 Charakteristika sind besonders für Frauen sehr folgenschwer.
Es wurde gesagt, auch wenn es ökonomisches Wachstum gibt, sind diese Strukturanpassungsprogramme in keiner Weise gerechtfertigt, weil die Mehrheit der Bevölkerung zurück gelassen wird, und die Situation sich verschlechtert. Die Strukturanpassungsprogrammen sind sehr strikt und haben sehr lange Konditionen, die eingehalten werden müssen. Und es wurde gesagt, daß dieses Wachstum ohnehin wieder auf der bezahlten und unbezahlten Frauenarbeit passiert. Es ist nichts positives daran zu finden.
Wichtig war auch, daß diese Globalisierung, der Neoliberalismus, die Multinationale Konzerne, daß dieser Prozeß die nationalen, die staatlichen Entscheidungsträger unwichtiger macht, was den Kampf für Verbesserungen sehr erschwert, weil nationale Regierungen nicht mehr die relevanten Ansprechpartner sind, weil sie viel weniger entscheiden. Die Entscheidungen liegen eben, grob gesprochen weltweit auf einer Etage, auf einer ökonomischen Etage und die verbirgt sich auf verschiedenste Weise. Diese Prozesse wirken in Asien, Afrika, Lateinamerika. Aber genauso gibt es in Ost- und Westeuropa Verschlechterungen, daß es die Rücknahme von Sozialleistungen gibt, daß es gestiegene Arbeitslosigkeit gibt, daß, Frauen wieder verstärkt -Verantwortung für Familien übernehmen müssen. Es wurde auch gesagt, daß die Frauen in der USA oder Canada, die jetzt etwas zu dem Wirtschaftsraum NAFTA gehören, daß die von den selben Phänomenen berichten, von niedrgen Löhnen, vom Ansteigen der Kurzzeit-Arbeit. Es war sehr anschaulich, daß alle, natürlich mit unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlicher existenzieller Bedrohung, von den Verschlechterungen dieser Wirtschaft berichten können.
Die Diskussion am Forum, war ja, im Gegensatz zur Konferenz, nicht an dieser "Plattform for Action" gebunden, d.h. sie konnte freier geführt werden, und die Themen waren daher auch viel gestreuter. Es war auch nicht so, daß das NGO das Ziel hatte ein Papier zu Verabschieden. Es gab allerdings Arbeitgruppen, eine Art Ausschuß, und manche dieser Arbeitsgruppen haben Erklärungen verfaßt, und auch dieser Ökonomische, der "gerechte Wirtschaft" hieß.

WO WAREN DIE KONFLIKTE

Der Ausschuß "gerechte Wirtschaft" kam auf der Konferenz mit seinen Forderungen nicht durch, und das war auf der UN-Konferenz auch der einzige Bereich, wo es in der zweiten Verhandlungswoche eine Demonstration dazu gab.
Neben dem Konflikt, der natürlich entstand bezogen auf Sexuelle Rechte und Universalität der Menschenrechte, zwischen fundamentalistischen katholischen und islamischen Staaten und dem Großteil der übrigen Länder, war ein weiterer Konflikt der über Ressourcen zwischen den Industrieländern und den Ländern des Südens. Der Konflikt spielte sich insofern ab, daß z.B. die G 77 (1) bei der UNO-Konferenz neue und zusätzliche Mitteln forderten, und die USA und die EU nur bereit waren "adäquate Mittel" zur Verfügung zu stellen.
Im Bereich der Umwelt z.B. ging es um den Konflikt des "geistigen Eigentums" und über den grenzüberschreitenden Giftmülltrasport und dem Transport von radioaktivem Abfall. Die G 77 versuchten immer starke Formulierungen durchzubringen, und scheiterten hier vor allem am Veto von der USA und von Australien. Die EU-Position war anfangs dafür den grenzüberschreitenden Giftmülltransport zu verbieten.

Eine Teilnehmerin: Es gab auch einen Konflikt um die Forderung von den Lesben, die für das Schlußdokument der Konferenz die Aufnahme des Passus "Recht auf Sexuelle Präferenz" forderten. Dieser Passus wurde letzendlich in das Schlußdokument NICHT aufgenommen.
Siegrid von der LEFÖ meinte, daß es als Erfolg angesehen werden kann, daß die Forderung der Lesben so lange zur Diskussion stand, daß es vom NGO-Forum getragen wurde, und bis den Schlußrunden auf der Konferenz Thema war.

(1) G 77 ist ein Zusammenschluß von 77 vor allem armen bzw, verarmten Staaten; im Gegensatz dazu die G 7 (= Group of Seven), Gruppe der führenden Industrieländer USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada (12 % der Weltbevölkerung und 55 % des Weltsozialprodukts)

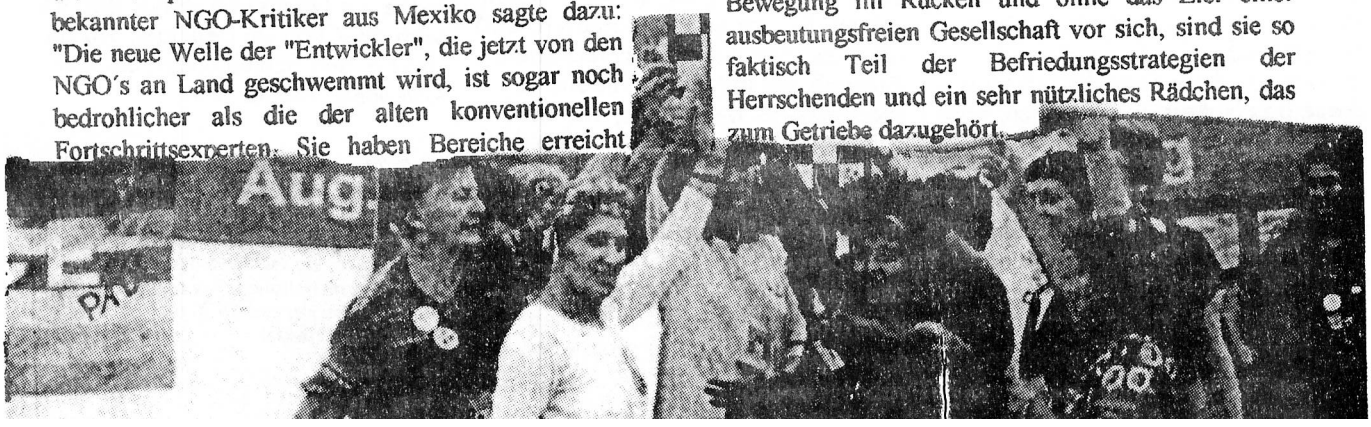
(50)

Weltfrauenkonferenz in Peking

Während sich die Mächtigen dieser Welt zu einem erneuten UN-Gipfel zusammensetzten, auf denen sie die Unterdrückung immer wieder neu und perfider organisieren und planen, fanden sich im Pekinger Vorort Hairou ca. 30.000 Frauen aus den sogenannten NGO's zusammen, um das zu formieren, was früher einmal ein Gegengipfel genannt wurde.
NGO's (Nichtregierungsorganisationen) sind vor ca. 20 Jahren einmal im Zusammenhang mit den nationalen und antikolonialen Befreiungskämpfen und den damit sich parallel entwickelnden sozialen Bewegungen entstanden. Sie waren Teil realer Kämpfe und konnten auf dieser Grundlage entsprechende Forderungen an die Regierungen erheben. Die Arbeit und Funktion der NGO's waren dementsprechend immer auch ein Ausdruck des Standes der Bewegungen und des weltweiten Kräfteverhältnisses zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Widerstand und Herrschaft, zwischen Frauenbefreiung und Revolution. Mit der Niederlage und der Defensive der Befreiungsbewegungen und dem Rückgang der Massenbewegungen verloren auch die NGO's ihre ursprüngliche Funktion. Sie lösten sich jedoch nicht auf, sondern rückten - den Bewegungen entsprechend - ab von einem umfassenden systemändernden Ansatz und hin zu Realpolitik. Sie wurden selbst zu einer "Bewegung".
Große Unterschiede zwischen den NGO's entstehen u.a. durch den sehr unterschiedlichen Zugang zu Geld: so fungieren viele Nord-NGO's als Geldgeber für NGO's aus dem Süden. Doch trotz dieses großen Unterschieds zwischen den kleinen und großen, mächtigen und weniger mächtigen NGO's bleibt die momentane gesellschaftliche Funktion der meisten von ihnen ähnlich: Sie übernehmen letztendlich die Rolle von Lückenbüßern, da sie ihre Arbeit dort ansetzen, wo der Staat sich - meist als Auflage von IWF-Programmen - aus der sozialen und politischen Verantwortung zieht. Sie setzen bei den Problemen vor Ort an und suchen nach "praktikablen" Lösungen. Quasi kostenlos liefern sie den jeweiligen Regierenden dadurch eine detailierte Analyse über die Brennpunkte im Land. Gustavo Esteva, ein bekannter NGO-Kritiker aus Mexiko sagte dazu: "Die neue Welle der "Entwickler", die jetzt von den NGO's an Land geschwemmt wird, ist sogar noch bedrohlicher als die der alten konventionellen Fortschrittsexperten. Sie haben Bereiche erreicht und sind in Tiefen vorgedrungen, wie es den Institutionen zuvor nie gelungen ist."
Die Regierung und IWF und Weltbank haben diese für sie sehr nützliche Rolle der NGO's erkannt und sind daher sehr interessiert an Vernetzung und Zusammenarbeit. Die Weltbank selbst hat die NGO-Konferenz mitfinanziert.

Nighat Khan, eine pakistanische Feministin und Antiimperialistin meint zu der Roller der NGO's: "Sie haben keine Ideologie, keine Vision, und das ist ihr Problem." Dementsprechend waren die meisten Workshops in ihrer Ausrichtung sehr an der Alltagspolitik und den Problemen vor Ort orientiert. Die Frage nach den Wurzeln der Probleme, nach den Verursachern und Nutznießern und damit auch die Frage nach einer radikalen Lösung wurde vom überwiegenden Teil der Frauen nicht mehr gestellt. So erfüllen Frauen wieder einmal die ihnen zugedachte Rolle: Sie "kümmern" sich und ackern mit all ihrer Energie und ihrem Know-how am Fuße des patriachalen Sisyphus-Berges. Wieder Nighat Khan: "Sie (die Herrschenden) suggerieren uns, daß wir etwas tun" und "der UN ist es gelungen, die Konfrontation herauszunehmen".

Bei den betuchteren NGO's ist der "Lobbyismus" das neue Zauberwort: Ihre Heimat sind die Korridore der Regierungskonferenzen, und sie glauben durch Zusammenarbeit und Zuarbeit zu "ihren" Regierenden auf der Ebene des Einzelne-Sätze in Abschlußdokumente-ändern, etwas bewegen zu können. Ohne eine kämpfende Bewegung im Rücken und ohne das Ziel einer ausbeutungsfreien Gesellschaft vor sich, sind sie so faktisch Teil der Befriedungsstrategien der Herrschenden und ein sehr nützliches Rädchen, das zum Getriebe dazugehört.



Wer waren sie nun außerdem - die Teilnehmerinnen der NGO-Konfernz? Zu einem nicht geringen Teil gab es da z.B. jede Menge, die "einfach nur so" sich den Luxus leisteten, "auch mal" dabei zu sein - natürlich vor allem weiße Frauen aus der sog. 1. Welt.
Auch Weltbank und IWF haben schon seit längerem den Status einer NGO und boten Veranstaltungen und Workshops an.
Fudamentalismus war eines der bestimmenden und auch sehr sichtbaren Themen auf der Konferenz: Frauen aus Ländern wie Sudan, Algerien, Pakistan,

Wir sind eine, wir sind viele

Iran und Bangladesh berichteten über die politische Situation und die Verbrechen, die dort der Fundamentalismus an Frauen begeht. Entgegen der vorherrschenden Meinung kann er sich dabei der - zumidest heimlichen - Unterstützung des Westens erfreuen. Beispielhaft sei hier die Unterstützung der Fundamentalisten in Algerien durch die USA genannt. Antiimperialistische Frauen aus den USA dokumentierten die Macht und den Vormarsch des christlichen Fundamentalismus.
Vertreten waren jedoch sehr sichtbar auch Verteidigerinnen dieser verschiedenen Formen des Fundamentalismus: von christlichen Abtreibungsgegnerinnen bis hin zu iranischen Regimetreuen. Letztere tauchten auf jedem der Workshops von oppositionellen Iranerinnen auf, fotografierten sie und hielten Propagandaansprachen über die "Sicherheit von Frau und Familie" im Iran. Die christlichen Fundamentalistinnen äußerten sich vor allem durch Anti-Abtreibungsdemonstrationen und entsprechenden Workshops. Daß diese Fundamentalistinnen verschiedener Couleur zwar manchmal behindert aber nicht Beispiele für das Politikverständnis der dort anwesenden Frauengruppen und die in einem solchen Falle eben sehr reaktionäre "Vielfalt der Bewegung".

Aber kommen wir nun einmal mehr zum Fortschrittlichen Teil der Konferenz, denn natürlich gab es auch dort die radikalen, die feministischen Frauengruppen und -bewegungen, die den "Mut, Geschichte zu machen" (Nighat Khan) immer noch nicht verloren haben und die den Status NGO für ihre Kämpfe und ihre Organisierungs- und Vernetzungsarbeit nutzen.
Wir trafen sie auf Workshops wie "Frauen und Sozialismus", wo wir den Zusammenhang, die Bedeutung, aber auch die Widersprüche von feministischen und sozialistischen Strategien mit Kämpferinnen u.a. aus Indien, Nepal, Philippinen, Norwegen, USA u.a. diskutierten. Die Debatte war geprägt von großem Interesse aneinander und auch von spannenden bis hitzigen Statements.
Wir trafen sie im Lesbenzelt, das es laut der westlichen Presse ja eigentlich gar nicht geben durfte. In diesem Zelt fand jeden Tag ein Plenum statt, und es war das einzige, das es der Presse auch mal untersagte, zu fotografieren (was diese speziell bei diesem Zelt sehr massiv versuchte). Das öffentliche Auftreten der Lesben u.a. in einem solchen Zelt war für Exil-Tibeterinnen aus den USA, denen die Einreise nicht erlaubt wurde, sehr unterstützend. Lesben - vor allem auch aus dem asiatischen Raum - diskutierten ihre Lebens- und

Kampfbedingungen und forderten die Solidarität aller Frauen ein. Eine Genossin aus Sri Lanka erzählte über den großen Anteil, die die Lesben in ihrem Land an dem Aufbau der Frauenbewegung haben und - ähnlich wie hierzulande - über die oftmals verschwindend geringe Unterstützung von heterosexuellen Frauen für die Kämpfe von Lesben.
Eine Freundin aus den USA sagte dazu auf dem Workshop "Frauen und Sozialismus" sinngemäß: wenn die kämpferischen Bewegungen nicht ihre Homophobie (=den Haß auf Schwule und Lesben) überwinden und die Verteidigung von Lesben nicht als ihr ureigenstes Interesse wahrzunehmen beginnen, nämlich als das Recht jeder Frau auf Selbstbestimmung, bleibt jede Befreiung eine Illsuion.

(52) Wir trafen uns auch bei GABRIELA, einem philippinischen Frauendachverband, in dem von Landarbeiterinnen, über Arbeiterinnen und Jugendliche 420 Frauenorganisationen zusammengefaßt sind. GABRIELA organisiert schon seit Jahren auf den Philippinen eine Kampagne gegen Strukturanpassungsprogramme (SAP) und GATT bzw. WTO (Welthandelsorganisation), die sie auch auf der Konferenz weiterführte. SAP's sind Programme des IWF, die den Schuldnerstaaten als Bedingungen für Kredite auferlegt werden. Sie beinhalten die Zerstörung von Subsitenzarbeit, die Orientierung auf Export und den restriktiven Abbau von Sozialleistungen und Arbeitsrechten. Die WTO, die das ehemalige Vertragswerk GATT in eine Organisation überführte, bildet nun neben IWF und Weltbank eine weiter Instanz des Imperialismus. In ihr sollen die Handelsbeziehungen der einzelnen Länder geregelt und die sogenannten Handelshindernisse beseitigt werden. Da hier, wie in allen anderen weltweiten Organisationen entsprechend dem Kräfteverhältnis die imperialistischen Staaten das Sagen haben, diktieren die trans- und multinationalen Konzerne die Bedingungen nach ihren Profitinteressen. Diese neuen Handelstarife betreffen vor allem die Sektoren Elektronik, Textil und Agrarwirtschaft, also alles Bereiche, in denen vor allem Frauen tätig sind.
Die weltweiten Auswirkungen dieser Wirtschaftsprogramme - oder wohl besser: dieser Wirtschaftssanktionen - zeigten sich auch daran, daß "Wirtschaft und Ökonomie" neben "Gewalt gegen Frauen" eines der bestimmenden Themen auf dieser Konferenz waren. Auch in Osteuropa, in den ehemals realsozialistischen Ländern haben IWF und Weltbank nach dem gleichen Muster ihre zerstörerische Arbeit begonnen. "Globalisierung der

Wirtschaft" heißt das Zauberwort und macht sich in der sogenannten 1. Welt in "Jobless Growth" (d.h. Wachstum mit gleichzeitiger hoher Arbeitslosigkeit), Deregulierung und ebenfalls massiven Kürzungen im Sozialbereich bemerkbar. Also allemal genug Gründe, gemeinsam mit FrauenLesben aus den drei Kontinenten einen Widerstand dagegen aufzubauen.

Während im Saal 1.500 Frauen die Vertreterin des Völkerfeindes Nr. 1 bejubelten und beklatschten, hielten wir draußen an einem Nebeneingang für Ehrengäste unsere Gegenkundgebung ab.
Nur zwei mutige Gegendemonstrantinnen schafften es aufgrund des großen Andranges, sich einen Platz im Saal zu erobern. Als sie beim Eintritt Hillary Clintons ein Transparent mit der Aufschrift "Stoppt den Imperialismus" entrollten, wurden sie als "Kommunistenschweine" beschimpft.
Draußen jedoch formierten wir gemeinsam mit Frauen aus den Philippinen, den USA, aus Pakistan, Indien und Kurdistan, aus dem Sudan und aus Dänemark und sicher noch einigen Ländern mehr eine - trotz anhaltendem Regen - ausdauernde und kämpferische Kundgebung: "Hey hey - ho ho - imperialism has got to go!!!". Solche Situationen waren es vor allem, die trotz des zahmen und realpolitischen Mainstreams dieser Konferenz so lohnenswert gemacht haben: Die theoretische und praktische Erfahrung des "Gemeinsam Kämpfens" und die Erfahrung, daß es den Willen und die Möglichkeiten dazu gibt. Auch wenn wir hier in der BRD und auch dort auf der Konferenz eine Minderheit waren, sind wir nicht alleine mit unseren Analysen und unseren internationalistischen und feministischen Kämpfen, sondern haben Genossinnen in vielen Ländern dieser Welt. Und es sind die Interessen von vielen Frauen, die wir dort gemeinsam vertreten haben und weiter vertreten werden.

Zu den Veranstaltungen von GABRIELA, wo es u.a. um diese imperialistischen, patriarchalen Wirtschaftsprogramme ging, kamen dann auch Frauen aus den verschiedensten Länder, um gemeinsam Aktionen und Bündnisse zu planen. Ein konkreter Ausdruck davon wae der ebenfalls von GABRIELA organisierte "cultural march against imperialism": eine antiimperialistische Demonstration gegen IWF, Weltbank und GATT. Mit ca. 150-FrauenLesben überwiegend aus den 3 Kontinenten und mit den Parolen "Nieder mit dem US-Imperialismus", "Nieder mit dem deutschen Imperialismus", "Frauen - vereinigt, können nie besiegt werden" und "internationale Solidarität" zogen wir über das NGO-Gelände. Die geringe Teilnehmerinnenzahl war sicher ein Ausdruck des oben erwähnten Kräfteverhältnisses und des reformistischen Tenors der gesamten Konferenz; tat jedoch der Stimmung während der Demonstration keinerlei Abbruch.
Eine weitere antiimperialistische und internationalistische Aktion war die Gegenkungdebung zum Auftritt von Hillary Clinton.

Feministische Internationalistinnen, BRD

Erklärung der Roten Töchter des Zorns -53-

Die Weltfrauenkonferenz ist beendet

Wir haben am 19. September die Fa. Bender & Co. mit Brandsätzen angegriffen.

Das ist der Schlußpunkt, den wir setzen.

Zu Bender & Co.

Sie ist die Tochtergesellschaft des deutschen Boehringer Ingelheim Pharma- und Gentechnik-Konzerns. Gemeinsam mit dem weltweit größten Gentechnikkonzern, der Genetech (USA) bekamen sie vom österreichischen Staat in Wien ein Forschungszentrum finanziert. Ebenso zuvorkommend zeigt sich der Staat auf der gesetzlichen Ebene, wo die Einschränkungen für die Gentechnologie bestenfalls kosmetischen Charakter haben. Mit hochgespielten Ethikdiskussionen wird kaschiert, daß die Entscheidungen längst gefallen sind.

Die Gentechnologie ist eine der wichtigsten Entwicklungstechnologien, und die Staatsapparate haben den entsprechenden Rahmen dafür bereitzustellen. Mit der gentechnologischen Manipulierbarkeit von Pflanzen und Tieren ist Hunger eine perfektionierte Waffe und die Nahrungsmittelindustrie hat verstärkt militärische Bedeutung. Gentechnologisch werden neue biologische Kampfstoffe entwickelt. Die Entschlüsselung der menschlichen Genstruktur, die mittels Forschung an Embryos ermittelt wird, ist das nächste große Ziel der Gentechnologen. Sie ermöglicht die gezielte Manipulierung von E m b r y o s , Transplantationsorganproduktion, Menschenproduktion - eine neue Qualität von Bevölkerungspolitik wird möglich.

Zur Konferenz.

Die Inhalte der Konferenz gingen in der Berichterstattung der letzten Wochen in der Empörung der DelegiertInnen über die Repression, die sie sonst der Opposition und dem Widerstand im eigenen Land an den Hals hetzen, unter.

Eine Woche lang wurde über die 150seitige Aktionsplattform diskutiert, die nichts weiter als konkrete Maßnahmen und Empfehlungen zur Durchsetzung der auf der Frauenkonferenz in Nairobi 1985 festgelegten Ziele definieren soll. Nairobi beendete die UN-"Dekade der Frau", deren zentrale Themen „Gleichberechtigung - Entwicklung - Frieden" waren. Gleich zu Beginn der diesjährigen Konferenz wurde mit großem Bedauern festgestellt, daß es auch in den letzten 10 Jahren nicht einmal annähernd Schritte in diese Richtung gegeben habe.

Hinter der scheinbaren Schwerfälligkeit der UNO und ihrer in regelmäßigen Abständen zur Schau getragenen Machtlosigkeit läßt sich gut verbergen, was in den letzten 10 Jahren über das Wiederkäuen von unverbindlichen Empfehlungen hinaus geschehen ist: Die Situation hat sich vor allem für die Frauen in den unterdrückten Ländern extrem verschärft. Angetrieben vom Tempo der weltweiten Krise haben die imperialistischen Mächte den Grad der Ausbeutung weiter in die Höhe geschraubt. Konkret: die rasante Beschleunigung der Verelendung, die Vertreibung vom Land in die Städte, die Zurücknahme der Subventionen für Grundnahrungsmittel, Massenentlassungen ...

Die Krise erfordert die Vernichtung von Kapital. Um Platz für neue Investitionen zu schaffen, werden zahllose regional begrenzte Konflikte ständig geschürt und Kriege wie im ehemaligen Jugoslawien immer neu angeheizt - vor allem von den USA.

Wo es keine Rechte gibt, gibt es auch für die Frauen keine Gleichberechtigung. Auch wenn die Krise die Umbrüche alter Lebensformen beschleunigt, ist die Richtung dennoch grundsätzlich reaktionär und gegen die Befreiung der Frauen gerichtet. Den Ausweg aus der Krise soll die intensivere Ausbeutung der Frauen bringen und das neue Wirtschaftsmodell wird auf unserem Rücken errichtet. Wo die rasante kapitalistische Entwicklung in den unterdrückten Ländern feudalpatriarchale Strukturen mit sich fortreißt, treten an ihre Stelle die Strukturen kapitalistischer Ausbeutung, werden die Positionen der Frauen in der Gesellschaft und alle sozialen Werte zutiefst erschüttert, und der Platz der Frauen ist nicht länger nur in der Küche und im Haus, sondern auch auf den Plakatsäulen, am Straßenstrich und am Fließband in den Weltmarktfabriken.

Wenn nach der Konferenz die letzten violetten Fahnen und bunten Regenschirme eingepackt sind, werden jene Gremien, in denen die eigenltichen Entscheidungen fallen (IWF, WB, bestimmte UN-Ausschüsse, Kapitalistenorganisationen wie die Industriellenvereinigung ...) aus den vielen auf der Konferenz besprochenen Forderungen und Maßnahmen jene herausgreifen, die in ihre Investitions- und Krisenmanagementstrategien passen. Und nur für diese Projekte gibt es Kredite, nur für diese Frauenorganisationen gibt es Subventionen. Die Programme von IWF und Weltbank werden unter neuen violetten Fahnen das Blut aus den Adern der Frauen in den unterdrückten Ländern pumpen. Die Regierungen des Westens konnten ihr Image mit frauenfreundlichen Forderungen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" aufpolieren, auch wenn sich klar abzeichnet, wie Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, bzw. auf Teilzeitarbeit, Heimarbeit und flexible Arbeitszeit festgenagelt werden sollen, wo das mit dem gleichen Lohn gar nicht mehr so leicht zu durchblicken ist.

Die NGO-Frauengruppen haben ihr Sprachrohr gehabt. Mehr wird anscheinend auch gar nicht erwartet: „Auch deshalb ist es wichtig, nach Peking zu fahren: Zeichen setzen. Etwas verändern kann man nur, wenn man dabei ist." Die NGOs werden von Konferenz zu Konferenz mehr integriert, die eingeladene Opposition verschönert das Bild, das demokratische Antlitz der „Entscheidungsfindung auf globaler Ebene" muß von Zeit zu Zeit bekräftigt und somit gewahrt werden. „Die Konferenz ist ein Schritt auf dem langen Weg zu Gerechtigkeit", deutlicher als mit diesen Worten eines NGO-Mittglieds lassen sich die Resignation und Desorientierung dieser integrierten Hofkritikerinnen kaum beschreiben.

Die Definitionsmacht der westlichen VertreterInnen über das, was Emanzipation zu heißen hat, sollte die auch auf der Menschenrechts-, der Bevölkerungskonferenz und dem Sozialgipfel Kopenhagen unterstrichene moralische Überlegenheit der imperialistischen Mächte, allen voran die der USA, bekräftigen. Die notwendigen Feindbilder werden bei dieser Gelegenheit gleich weiter aufgebaut. Eines der wichtigsten - „DIE Bedrohung der zivilisierten Welt" - ist der Islam. Und so wird die Genitalverstümmelung afrikanischer Mädchen kurzerhand zur „Beschneidung islamischer Mädchen", obwohl sie schon lange zuvor, zur Zeit der Pharaonen, praktiziert wurde.

Neben dem Thema „Gewalt gegen Frauen" umfaßt die verhandelte Aktionsplattform Bereiche wie „Bildung", „Ungleichheit in ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen", „Armut von Frauen", „Friedensförderung", „Verhindung von bewaffneten Konflikten", „ungleicher Zugang zu medizinischer Versorgung".

Hinter letzterem verbirgt sich die Genozidpolitik der imperialistischen Mächte in den unterdrückten Ländern

Afrikas, Südamerikas und Asiens. Die medial zur Weltpolitesse aufgebaute Hillary Clinton forderte, das auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 besprochene Recht der Frauen „selbständig und frei über die Planung ihrer Familie entscheiden zu können" und das Recht „auf eine hygienisch einwandreie Abtreibung". Was dem O-Ton einer jeden sich ihrer Rechte bewußten Frau hier entsprechen könnte, findet sich auf Clintons Redezetteln aber erst, seit sie der „population council" als neue Gallionsfigur angeheuert hat. In der Sprache der Weltbank, des IWF und der UNFPA (Bevölkerungspolitikabteilung der UNO) übersetzt heißt sie für die Frauen in den unterdrückten Ländern: die freie Entscheidung, sich die Depotverhütungskapseln Depo-Provera, Net-En ... in den Arm einsetzen zu lassen, oder KEINEN Weltbankkredit zu bekommen. Die freie Entscheidung, sich sterilisieren zu lassen, oder nicht Teil des Schweinemästprogramms zu werden, das zumindest eine Hoffnung auf das Überleben der Familie bringt.

Das Recht auf hygienisch einwandfreie Abtreibung soll sich nach Vorstellungen von „CARE international" in den neuen „Gesundheits"stationen verwirklichen, die sich nicht nur im Westen als humanitäre Unterstützung für die Frauen verkaufen lassen, sondern neben dem Durchsetzen der Bevölkerungspolitik gegen den Widerstand der Frauen auch Aufstandsbekämpfungsfunktion haben: die Anführerinnen des Widerstands lassen sich, wenn man vor Ort stationiert ist, schnell finden. Informationen über Unruhe und Organisierung kommen auf schnellstem Weg ins nächste UN-Hauptquartier. Das Netz der Gesundheitsstationen erschließt für die Pharmakonzerne einen gigantischen Absatzmarkt und dazu ein Testfeld für neue Medikamente, das durch keinerlei rechtliche Beschränkung gestört ist. In Indonesien werden in einem Zeitraum von nur 3 Jahren 86.000 Norplantkapseln eingesetzt. Weltweit werden 12 Millionen Frauen injizierbare Verhütungsmittel verabreicht.

„Mein Kind ist krank, doch ich bin arm. Wenn ich zur Gesundheitsstation gehe, bekomme ich keine Medikamente. Das einzige, was sie mir geben, sind Familienplanungspillen. Warum soll ich die schlucken, wenn mein Sohn stirbt?" (Lied einer indischen Frauengruppe)

1965 waren es 77% der Gesundheitsgelder der internationalen „Hilfs"organisationen, die in Sterilisationskampagnen investiert wurden.

Die Bevölkerungspolitik ist fester Bestandteil der globalen Strategien der im-

perialistischen Mächte seit den 50er Jahren.

„Einen Guerilla tötet man am besten schon im Mutterleib" (ein US-Bevölkerungsstratege).

Als ihre Macht in den Kolonien am Anfang der 50er Jahre von den erstarkenden antikolonialen Befreiungskämpfen konkret bedroht wurde, starteten die größten Kapitalisten der USA, wie Rockefeller und Ford, die ersten Sterilisationsfeldzüge in der Karibik und in Südamerika. Ab den 60ern wurde die Bevölkerungspolitik durch die von den US-Kapitalisten dirigierten multinationalen Organisationen wie Weltbank, IWF und UNO (im Rahmen ihrer Entwicklungsdekade) weltweit ausgebreitet. Damals wurde es zum von der UNO festgeschriebenen Menschenrecht, über Verhütungsmittel Bescheid zu wissen.

Wo die Kolonialverwaltung von den Befreiungsbewegungen vertrieben worden war, gingen die imperialistischen Mächte sofort dazu über, neue Strukturen der Abhängigkeit zu schaffen: Mit der von der Weltbank geleiteten „grünen Revolution", der Industrialisierung der Landwirtschaft und der gleichzeitigen Zerstörung der alten Subsistenzwirtschaft durch US-Getreidelieferungen wurden die jungen, formal unabhängigen Staaten an den Weltmarkt gebunden und durch die zur Industrialisierung benötigten Kredite abhängig von den imperialistischen Mächten, die die Kreditinstitutionen kontrollieren. Millinoen von Kleinbauern und -bäuerinnen wurden in die Städte vertrieben und in den Weltmarktfabriken der multinationalen Konzerne ausgebeutet.

Da die Produktivität, d.h. der Grad der Ausbeutung, ständig erhöht wurde, aber auch aufgrund der weltweiten krisenhaften Entwicklung seit Beginn der 70er Jahre waren immer weniger der vom Land Vertriebenen für die Konzerne als Arbeitskräfte vernutzbar und die Lebensbedingungen in den Großstädten der unterdrückten Länder verschlechterten sich mehr und mehr. Bis heute kommen täglich weitere Vertriebene vom Land in die Städte, da die Agrokonzerne den Landraub fortsetzen. Die Bevölkerungspolitik hatte für die imperialistischen Mächte von Neuem an Bedeutung gewonnen: nachdem sie die Armut geschaffen hatten, sollte sie die Armen vernichten.

Auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo wurde 1994 beschlossen, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen integraler Bestandteil JEDES Entwicklungshilfeprojektes sein müßten. „Integrierte Programme sollen gleichzeitig mit der Reduzierung der Kinderzahl den Lebensstandard der Frauen verbessern helfen. In der Regel werden einkommenschaffende Maßnahmen (z.B. Kleintierzucht, Ge-

sundheitsfürsorge oder Bildungsarbeit) mit Familienplanung verbunden. Freiwilligkeit und freie Wahl der Verhütungsmittel werden dabei garantiert" (aus einem Papier von der Konferenz).

Schon seit der Dekade der Frau wird betont, die Frauen seien der Schlüssel zur Entwicklung, besonders in der Landwirtschaft. Nach der Grundbedürfnisstrategie des Weltbankpräsidenten McNamara wurden Kleinstkredite an Frauen vergeben, die an die Bedingungen der Empfängnisverhütung bzw. der Sterilisation geknüpft waren. Auch im Abschlußpapier der EU zur Frauenkonferenz in Nairobi 1985 heißt es: „Die Frauen sollen Zugang zu Investitionsfinanzen" bekommen, wobei „besonderer Vorrang der Produktion von Grundnahrungsmitteln" zukommt.

D.h. die Frauen sollen zum Preis ihrer Verschuldung und Fruchtbarkeit die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln garantieren, da die Agrokonzerne, die in den unterdrückten Ländern die fruchtbarsten Gebiete okkupieren, nur für den Export produzieren und sich die Hungerrevolten für die Marionettenregimes der imperialistischen Mächte zu einem nicht zu kontrollierenden Problem entwickelt haben.

Alleine aus diesem Grund werden seit Nairobi Fraueninitiativen, ländliche Genossenschaften usw. besonders gefördert. DAS ist der Grund, warum die UNO die Frauen mit einer eigenen Dekade scheinbar aufwerten, das ist der Grund, warum es die Frauenkonferenzen gibt.

Die, die glauben, die Regierungen hätten durch die Frauenbewegung in den westlichen Staaten irgendetwas eingesehen, müssen sich die Frage gefallen lassen, was da eigentlich als Fortschritt zu werten ist. Nichts davon ist erkämpft worden! Die imperialistischen Mächte haben damit nur ihre Fähigkeiten zur Integration einer Opposition bewiesen, die ihre Macht nicht grundsätzlich in Frage gestellt hat.

Der Grund, warum heute überall von der Bedeutung der Frauen die Rede ist, ist, weil es in die Strategien der imperialistischen Mächte paßt.

Auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo wurde ein auf 20 Jahre angelegtes kombiniertes Bevölkerungspolitikprogramm beschlossen, für das allein im Jahr 2000 weltweit 13 Milliarden $ aufgewendet werden sollen. 2/3 der Kosten wälzten die imperialistischen Mächte auf die unterdrückten Länder ab, deren Völker die eigene Vernichtung bezahlen sollen.

Der österreichische Staat hat offiziell keine Bevölkerungspolitikprojekte. Er wickelt sie aber über internationale Hilfsorganisationen wie CARE international oder über die UNO-Organisationen ab. 5 Millionen Schilling aus Österreich stekken beispielsweise in einem Projet in Ruanda, einem Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe. Kein Wunder also, daß sich die Frauenministerin Konrad auf der Pekinger Konferenz vehement für das „Recht auf Zugang zu Verhütungsmitteln und die Information über Familienplanung" ausgesprochen hat.

Der Einfluß Österreichs in UNFPA-Projekten ist zwar gering, weil die Bedingungen innerhalb der UNO immer noch von den USA diktiert werden, aber Proteste gegen staatliche Bevölkerungspolitik können so eingedämmt werden. Die österreichische Entwicklungshilfe ist zwar - und das nicht erst seit dem Beitritt - im größeren Rahmen der EU zu sehen, in der sie bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat.

Wenn Österreich auch keine eigenen Bevölkerungspolitikprojekte unterhält, so sind hier aber wichtige Institute stationiert. Das internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg erforscht im Auftrag von Regierungen, multinationalen Organisationen, Hilfsorganisationen ... die Bevölkerungsentwicklung. Am Computer wird errechnet, wieviele Menschen wo zu viel sind. So wurde z.B. eigens für Mauritius ein Computerprogramm entwickelt, das zeigt, wie sich das Angebot an Arbeitskräften, die Bevölkerungszahl gesamt, die Altersstruktur etc. entwickelt, und welche bevölkerungspolitische Maßnahmen die Regierung deshalb einsetzen sollte. Ohne Institutionen wie die IIASA wäre die globale Planung der Bevölkerungspolitik und ihre gezielte Durchsetzung nicht möglich. Bei ihnen lassen UNFPA, population council, WHO etc. ihre Statistiken anfertigen, um die besten Standorte für die neuen Sterilisationskliniken und Gesundheitszentren zu errechnen. Die Demographieinstitute sind eine unabdingbare Schaltstelle in der Vernichtungsmaschinerie der imperialistischen Mächte und dabei ständig bemüht, ihre Westen klinisch sauber zu halten.

Der Staat erfüllt für die Kapitalisten auch auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik wichtige Aufgaben. Zum einen propagiert und organisiert er teilweise die kostenintensivsten Bereiche der Produktion: die Forschung. Sie wird auf die Universitäten und in staatliche Institute ausgelagert. Die gleiche Funktion haben auf einer höheren Ebene die multinationalen Organisationen: die Pharmaindustrie hat die Forschung für Verhütungsmittel zur Gänze der UNFPA übertragen, die direkten Zugang zu den Testergebnissen der UN-Gesundheitsstationen hat. Und in ihrem Interesse forderte die WHO-

Verhütungsmittelabteilung kürzlich die Rationalisierung, d.h. die Lockerung der Bestimmungen für Medikamententests.

Die Bevöklerungsstrategen waren und sind massiv konfrontiert mit dem Widerstand der Frauen gegen die Bevölkerungspolitik. Einerseits verweigern viele den Gebrauch der Verhütungsmittel aufgrund der starken Gesundheitsschädigung, woraufhin verstärkt Mittel eingesetzt werden, die der Kontrolle der Frauen weitgehend entzogen sind, wie die Depotkapseln und als neueste Methode die Anti-Schwangerschaftsimpfung, die in den Gesundheitsstationen auch ohne das Wissen der Frauen zusammen mit anderen Impfungen gesetzt werden kann. Andererseits brachte der organisierte Widerstand gegen die Bevölkerungspolitik die Projekte in immer größere Argumentationsnot, den Genozid zu rechtfertigen. In den 70ern versprachen sie Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung, in den 80ern war es die Umweltzerstörung und die Ressourcenknappheit, und in den 90ern die durch nichts anderes zu stoppende Migration, die die Bevölkerungspolitik auch im Westen legitimierfen sollte.

In jeder dieser Argumentationen steckt auch die Rechtfertigung imperialistischer Ausbeutung, der eigentlichen Ursache für die Armut, die Zerstörung und die Notwendigkeit, sein Land zu verlassen.

Mit der Argumentationslinie, daß die Bevölkerungspolitik die Selbstbestimmung und Emanzipation der Frauen fördere, wird heute die Terminologie der Feministinnen aufgegriffen.

„Eine Frau, die im Laufe ihres Lebens 10 mal schwanger wird, sechs Kinder auf die Welt bringt, von denen 5 überleben, hat eine viel geringere Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, als eine Frau, die nur ein bis zwei Kinder hat" (Rainer Münz, österreichischer Demograph).

Die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, Landarbeiterinnen, Bäuerinnen in den unterdrückten Ländern lassen es nicht zu, in Kategorien der individuellen „Befreiung" zu denken, und dieses Argument wird kaum greifen.

Aber zumindest in Europa und den USA zeichnet sich ab, daß damit die Spaltung und Orientierungslosigkeit weiter vorangetrieben werden konnte. Verbunden mit der Forderung nach mehr Frauen in den Führungspositionen auch in den unterdrückten Ländern, als Beispiele werden gern die Marionetten Benazir Bhutto in Pakistan und Tansu Ciller in der Türkei genannt, soll ein Emanzipationsmodell geschaffen werden, das die realen Verhältnisse gleich mehrfach verzerrt: Als würden diese Frauen aus der Führungsclique andere Politik machen als die Männer, als wären die Frauen aufgrund ihres Geschlechts „besser", friedfertiger, gerechter, als hätten besitzlose Frauen in dieser Gesellschaft jemals die Möglichkeit, in Führungspositionen aufzusteigen, ohne alle anderen, die ebenso besitzlos sind, zu verraten. Die Argumentation leugnet die Klassenunterschiede und verstellt damit den Blick auf eine Perspektive der Befreiung der Frauen, der Befreiung überhaupt.

Um die Bevölkerungspolitik akzeptabel zu machen, wird der Rassismus auf verschiedenen Ebenen weiterentwickelt: „Im Jahr 2000 sterben 9 Millionen Menschen an Aids. Im selben Jahr aber werden 20 Millionen geboren" (Auszug aus einem IIASA-Film).

Die Millionen Menschen, die weltweit zur Flucht gezwungen sind, werden zu einer bedrohlichen Flutwelle verschmolzen, und regelmäßig wird in Europa dazu aufgerufen, den Lebensstandard und die „Zivilisation" zu verteidigen. Für die imperialistischen Mächte stellen sich mit der Migration schwerwiegende Probleme. Mit ihren üblichen Sicherheitspolitik-Maßnahmen können sie nicht mehr kontrollieren, was als Resultat ihrer Ausbeutungs- und Kriegspolitik für viele aus den unterdrückten Ländern die einzige Möglichkeit zum Überleben bleibt. Ruhe und Ordnung sind in Gefahr, weil mit den Flüchtenden auch der Widerstand der Befreiungsbewegungen nach Europa kommt.

Die Herrschercliquen der unterdrückten Länder sollen jetzt die Drecksarbeit machen: in den Verträgen der EU mit Marokko wurde festgelegt, daß das Regime seine Nordgrenze mit Soldaten dichtmachen muß.

„So habe ich in Österreich noch keinen Politiker reden hören: Österreicher, zeugt weniger Kinder, damit Ausländer mehr Platz bei uns haben. Niemand wird bei uns weniger Kinder haben wollen, damit mehr Flüchtlinge nach Österreich kommen können" (Rainer Münz).

Die Propaganda der Bevölkerungsexplosion soll auch die Asylgesetze rechtfertigen, und mehr noch, auch die Zwangssterilisierung und das Drängen zu Abtreibungen gegenüber Frauen aus den unterdrückten Ländern, die in Europa leben.

Um die Migration und damit in erster Linie das Angebot an Arbeitskräften regulieren zu können, was heute nur mehr auf internationaler Ebene möglich ist, wird eine eigene UN-Konferenz zu diesem Thema geplant. Von zentralerer Bedeutung sind aber die multilateralen Abkommen, wie beispielsweise Schengen, das der Innenminister Einem bereits unterschrieben hat, und das die sicherheitspolitischen Maßnahmen der europäischen Staaten vereinheitlichen soll. In dieser Globalstrategie der imperialistischen Mächte, den Zuzug in den Westen und das Angebot an Arbeitskräften zu regulieren, ist die Bevölkerungspolitik einer der wichtigsten Stützpfeiler.

„Deine Freiheit ist auch meine Freiheit. Solange du nicht frei bist, bin ich auch nicht frei."

Für die Frauen in den unterdrücktken Ländern, die täglich das ungeschminkte Gesicht der imperialistischen Mächte vor Augen haben, kann die Devise der Entwicklungshilfeprojekte und Frauenkonferenzen „Reform statt Revolution" niemals Gültigkeit haben. Und das soll sie für uns auch nicht!

Der Glaube an Reformen und Reförmchen haben uns bis jetzt nur Figuren wie Dohnal, Petrovic, Konrad und Ciller beschert, einmal am Subventionsleim ist auch der Weg zur nächsten Konferenz 2005 als NGO nicht weit.

Wir sind solange ohnmächtige Opfer imperialistischer Politik, denen nichts weiter als der Rückzug ins Private bleibt, wie wir uns selbst dazu machen.

Nur dort, wo Frauen aufstehen, Widerstand leisten, in Mexiko, Peru, Sri Lanka, Kurdistan, Palästina, Türkei, ... tut sich die Perspektive von freien Frauen in einer freien Gesellschaft auf. Diese Perspektive auch hier zu schaffen, erfordert von uns, daß wir die Veränderung in die eigenen Hände nehmen.

Die große Schwesterlichkeit aller besitzlosen Frauen ist nichts, wenn sie am Poster an Wänden klebt, und alles, wenn sie sich in konkreten Taten ausdrückt!

Die unterdrückten Länder und hier - verschiedene Formen der Unterdrückung - ein Widerstand!

Raus aus der Lethargie der (WG)Küchen!

Raus aus den stagnierenden Projekten!

Der Solidarität mit den Frauen im Widerstand in den unterdrückten Ländern praktischen Ausdruck verleihen!

Den Widerstand entfachen! Überall, jederzeit!

Rote Töchter des Zorns

Erklärung zur Weltfrauenkonferenz in Peking

„Ich bin nicht frei, solange eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich. Ich bin nicht frei, solange ein einziger farbiger Mensch in Ketten liegt. Und solange seid auch ihr nicht frei." (Audre Lord)

In dieser tiefen Überzeugung organisieren sich die Verfasserinnen der nachfolgenden Erklärung als internationalistische, antiimperialistische Feministinnen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD). In unserer Analyse gehen wir davon aus, daß die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen ebenso durch ihr soziales Geschlecht wie durch Klassenunterdrückung und Rassismus/Neokolonialismus bestimmt sind.

Auf der UN-Frauenkonferenz in Beijing diskutieren die Vertreterinnen und Vertreter der UNO, der Regierungen und regierungstreuer Organisationen nichts anderes als die Fortsetzung und reibungslose Anpassung dieser Herrschaft an die imperialistische Weltordnung. Mit viel Gerede versuchen sie, uns ihre Maßnahmen und Programme als Frauenförderung zu verkaufen, als könnten sie uns vergessen machen, daß die UNO ein Machtinstrument in den Händen der Herrschenden ist. Ökonomische und rassistische Spaltungsmechanismen werden permanent als Trennung zwischen uns als weißen Frauen aus einem hochindustrialisierten Land und den Frauen in und aus den Drei Kontinenten aufgebaut. Dagegen setzen wir unsere Arbeit für praktische solidarische Beziehungen zwischen den Befreiungsbewegungen der Frauen weltweit, um voneinander zu lernen, um uns zu kritisieren und zu unterstützen, um uns aufeinanderbeziehen und uns zu stärken. Ausschnittweise analysieren wir hier die Bedingungen in der BRD als unsere Kampfbedingungen gegen Imperialismus und Patriarchat. Der Kampf um Befreiung ist ein weltweiter.

Die innenpolitische Kontinuität des Faschismus in der BRD

Als politische Opposition in der BRD sind unsere Kampfbedingungen bis heute stark geprägt durch die politische und gesellschaftliche Erfahrung von 12 Jahren offenem Faschismus 1933-45. Als Antwort auf die starken Klassenkämpfe in den 20er und beginnenden 30er Jahren zerschlug der faschistische Staat im Dienste der Monopolbourgeoisie nach 1933 blutig jede organisierte revolutionäre und fortschrittliche Opposition im Lande.

Die Kontinuität des Faschismus ist die Kontinuität des Pat-riarchats

Als Feministinnen bewegt uns jedoch ein viel tieferer Blick auf die Hintergründe revolutionärer Schwäche und unserer Bedingungen im Kampf um Befreiung.

Die BRD ist eine patriarchale Klassengesellschaft, deren gesellschaftlicher Konsens und deren Ökonomie darauf beruhen, daß Männer persönlich und strukturell die Verfügungsgewalt über Frauen besitzen. Die wenigen Ausnahmen weißer sogenannter Karrierefrauen bestätigen diese allgemeine Erfahrung der Frauen: keine Karriere ohne Prostitution. Die „Ausnahmen" dienen der Behauptung einer scheinbaren bzw. möglichen Gleichberechtigung mit Männern. Sie sind so ein Faktor, der die Unterdrückung der Frauen als soziales Geschlecht aufrechterhält.

Erst vor 6 Generationen wurde im deutschsprachigen Raum Europas die letzte Frau als sogenannte Hexe ermordet. Dem voraus ging ein mehr als 1000 jähriger Feldzug für die Durchsetzung des christianisierten Patriarchats gegen die traditionellen Lebensformen, gegen die Geschichte und gegen die Interessen von armen Frauen und Männern. Diesen Zeitraum, millionenfach Folter und Mord (weitaus überwiegend an Frauen) benötigten die weißen Patriarchen für die Umwandlung der ganzen Gesellschaft in eine patriarchale.

Die war die Bedingung forcierter und organisierter Ausbeutung. Unterworfen wurden die Frauen unter die gesellschaftliche und persönliche Verfügungsgewalt der Männer, Selbstbewußtsein, eigenes Wissen der Frauen (z.B. um Medizin, Empfängnisverhütung, Spiritualität) und die Erfahrung der Macht eines frauenidentifizierten Lebens sollten ersetzt werden durch Kollaboration und Identifikation mit den Unterdrückern. Diesen Vorgang bezeichnen wir als innere Kolonialisation: ins Innere der patriarchalen Gesellschaften und ins Innere der einzelnen Frauen.

Nicht zufällig erreichte dieser Krieg mit dem Ziel der Entmachtung der Frauen seinen zahlenmäßigen Höhepunkt in Europa zu Beginn der sogenannten Neuzeit (15./16. Jahrhundert), als die Kriegsherren Europas sich aufmachten, die Völker der Drei Kontinente zu unterwerfen und Geld und Güter der ermordeten Frauen (und Männer) benutzten, um ihre Kriegskassen aufzufüllen.
Ebenfalls nicht zufällig bewirkte die systematische Vernichtung des Wissens der Frauen um Empfängnisverhütung einen enormen Anstieg der Geburtenrate. Durch diesen Gebärzwang entstand ein Menschenreservoir, das die aufstrebende Kapitalistenklasse nutzte, um in den folgenden Jahrhunderten die Massenelendsquartiere der Industriegebiete des Nordens ebenso zu füllen wie die Schiffe der Siedler und Kolonialisationsarmeen nach Nordamerika, nach Australien und in die Drei Kontinente.
Massenmord und innere Kolonisation der Frauen Europas waren die Machtbasis der weißen Patriarchen für die Kolonialisierung der Drei Kontinente und den Kapitalismus. Dieses Unterdrückungs-

und Ausbeutungsverhältnis wird bis heute international fortgesetzt und reorganisiert aufgrund ökonomischer Bedingungen und gegen die Befreiungskämpfe der Unterdrückten.
Wir definieren die gegenwärtige, weltweit dominante Herrschafts- und Ausbeutungstruktur der imperialistischen Blöcke (Europa, Nordamerika und Japan) und transnationalen Konzerne als imperialistisches Patriarchat. Dieses befindet sich immer noch im Prozeß der gewalttätigen Durchdringung der Welt.
Die innere Kolonialisation bestimmt bis heute die Lebensrealität der meisten Frauen in den Ländern des Nordens. Konkret heißt das zum Beispiel, daß Frauen sich einem „Schönheits- und Schlankheits"zwang unterwerfen, der für viele Selbsthaß und Krankheit (sogenannte Eßkrankheiten wie Eß- und Brechsucht = Bulimie und Magersucht) und nicht selten Tod und für z.B. dicke, behinderte und alte Frauen Ausgrenzung bedeutet. Viele Schlankheitsdiäten aus den zahllosen Frauenmagazinen enthalten weniger Kalorien als die World Health Organization zum ungeschädigten Überleben einer erwachsenen Frau als notwendig berechnet hat. Nach offiziellen Zahlen waren 1993 in der BRD 1,3Millionen Frauen an Bulimie und/oder Magersucht erkrankt; zwei Drittel aller Medikamenten-Abhängigen (hauptsächlich Psychopharmaka und Schlaftabletten) sind Frauen. Eine ganze medizinische Industrie lebt vom gesellschaftlichen Diktat zur „Schönheit" (Cremes und Salben, Fettabsaugen, allmonatliches Absaugen der Menstruation, Liften, Brustoperationen, Gesichtschirurgie etc.)
Die heterosexistische Prägung der Geschlechter ist eine Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Ökonomie. Die geschlechtliche Arbeitsteilung stellt auch in den Gesellschaften des Nordens die unendgeldliche bzw. minderbezahlte Ausbeutung der Frauen sicher, was für die Frau meist materielle Abhängigkeit vom Mann bedeutet.
Die innere Kolonisierung bewirkt, daß Frauen von Frauen getrennt leben, daß sie den Zwang zur Unterordnung unter einen Mann als „Liebe" bezeichnen. Nach wie vor und heute in Zeiten konservativer, antifeministischer Restruktuierung der Gesellschaft verstärkt, ist die Heterosexualität als gesellschaftliche Normalität, d.h. als Zwang durchgesetzt. Frauen, die ihr Leben mit Frauen teilen, sind eine Provokation dieser Männerordnung.
In den Gesellschaften des Nordens ist Isolation das allgemeine Ordnungsprinzip (z.B. sterben oft alte Menschen in ihren Wohnungen und werden wochenlang nicht vermißt). Über diese allgemeine Isolation hinaus werden Frauen von klein auf gezwungen, sich mit den Unterdrückern zu identifizieren statt mit ihren Müttern, Schwestern und Freundinnen. Dies ist eine wirksame Waffe, die die Solidarität unter Frauen verhindern soll und dies meist auch bewirkt, sodaß Frauen in ihrer Trennung voneinander nicht mehr das Machtmittel ihrer Unterdrückung erkennen. Und in dieser Realität geschieht es weiterhin, daß jedes 2. - 3. Mädchen sexuell ausgebeutet wird und jede 3. Frau Vergewaltigungserfahrungen hat. Nachdem sowohl die Pornoindustrie als auch die bürgerliche Filmindustrie während der letzten ca. 15Jahre offen Sado-Masochismus als sexuelle und soziale Struktur gegen Frauen propagieren, ist es heute der neueste Trend der Pornoindustrie, den real stattfindenden Mord an Frauen zu vollziehen, zu filmen, zu verkaufen und somit zu propagieren.
Im Kampf gegen die sexistische und sexuelle Gewalt entwickelte die Neue Frauenbewegung in der BRD ihre größte Stärke und Kraft und erreichte, daß diese Tatsachen offen diskutiert wurden. Aber der Staat schaffte es mittels der bürgerlichen Öffentlichkeit, d.h. der scheinbaren Anerkennung der Forderungen der Frauen, und durch Finanzierung der Projekte gegen Gewalt gegen Frauen, die Bewegung zu spalten und weitestgehend zu befrieden. Statt - ausgehend vom Kampf gegen sexistische und sexuelle Gewalt - die ganze Realität patriarchaler Herrschaft (d.h. auch Klassenunterdrückung und Rassismus/Neokolonialismus) in den Kampf miteinzubeziehen, ließ sich ein großer Teil der Frauenbewegung auf reformistische Sozialarbeit festlegen und in der Folge einkaufen.

Und diese ideologische und praktische Schwäche der feministischen Bewegung erleichtert es nun den System, durchgesetzte Erfolge zurückzunehmen. Bereits wieder seit Jahren verharmlosen und leugnen öffentlich geförderte Kampagnen und Programme und die Medien die Realität der Gewalt an Mädchen und Frauen. einmal mehr ist dies die erfolgreiche Anwendung einer klassischen Befriedungsstrategie in der BRD: ideologische Anbindung ans System durch finanzielle Unterstützung, Spaltung des bürgerlichen Teils bis hin zur Systemkonformität und repressive Verfolgung der revolutionären Bewegung. Die Aufstandsbekämpfung „an der langen Leine" durch Integration und Beteiligung an der „Macht" ist die Kehrseite der repressiven Aufstandsbekämpfung durch Kriminalisierung, Polizei und Knast und hat gerade im kapitalistischen Deutschland eine lange und erfolgreiche Tradition gegen die revolutionäre Bewegung.

Die außenpolitische Kontinuität des Faschismus in der BRD

Bereits seit Anfang des Jahrhunderts entwickelte das deutsche Monopolkapital den Plan einer wirtschaftlichen Neuordnung als Großraumwirtschaft, bestehend aus einem hochindustrialisierten Kernland (hier Deutschland) und davon abhängigen sogenannten Ergänzungsräumen (hier die Länder Osteuropas). Mit menschenverachtenden Zynismus nannten sie ihr Projekt „Lebensraum". „Lebensraum" bedeutet für viele Menschen in Osteuropa von Anfang an Hunger und Tod (weil landwirtschaftliche Produktion von

Lebensmitteln zum Verbrauch auf Exportprodukte - hauptsächlich Industriepflanzen - umgestellt wurden), bedeutet Enteignung von Land, Vertreibung und daraus folgend Migration und Zwangsarbeit in den deutschen Fabriken (damals wie heute). Von 1939 bis 1945 wollte das deutsche Monopolkapital mit Hilfe des faschistischen Staates dieses Projekt endgültig mittels Krieg durchsetzen; durch die militärische Niederlage im 2. imperialistischen Weltkrieg wurde die Durchsetzung dieser Pläne vorläufig gestoppt. Sie blieben aber Grundlagen für die von den USA dominierte imperialistische Nachkriegsweltordnung.
Jahrzehntelang waren durch Widerstand und antifaschistischer Kampf (allein 26 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger starben im Kampf gegen das imperialistische Deutschland) und durch den Aufbau der Realsozialistischen Staaten im Osten die Pläne des deutschen Monopolkapitlas zurückgeschlagen.
Jahrzehntelang war es nun die Politik des Staates BRD von außen maßgeblich am Zusammenbruch der Realsozialistischen Länder mitzuwirken. Heute - gestärkt durch die Annektion der Deutschen Demokratischen Republik 1989 - sind die „alten" Pläne des deutschen Imperialismus mörderisch aktuell geworden. Dies zeigt sich an der systematischen Verarmungspolitik in den Ländern Osteuropas und zugespitzt am Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Für Ausbrechen, Gewalt und Andauern diese Krieges ist das deutsche Kapital und sein Staat wesentlich verantwortlich!
Am Krieg im ehemaligen Jugoslawien beteiligt sich der deutsche Staat offen durch die Entsendung deutscher Soldaten als UN-Kontigent wie auch durch die Beteiligung an einer geplanten NATO-Intervention. Krieg nach außen setzt die Akzeptanz durch einen großen Teil der deutschen Bevölkerung voraus, was die Herrschenden nach zwei „verlorenen" Weltkriegen bis heute gegen eine breite Antikriegsstimmung durchsetzen müssen. Die Interventionsstimmung in der BRD schüren sie unter weitgehender Gleichschaltung der Medien durch eine einseitige rassistische Kriegsberichterstattung, die bewußt und systematisch eine der Kriegsparteien (die Serben) als blutberauschte, entmenschlichte Dämonen zeichnet. Hierbei war ihnen gerade die Kampagne zu den Kriegsvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien eine wichtige Waffe.
Vergewaltigt werden Frauen und Mädchen in sogenannten Friedenszeiten wie in allen Kriegen. („Rape and Kill" war und ist der Kampfschrei, der zur Ausbildung der us-amerikanischen GIs gehört). Vergewaltigt werden unsere Schwestern in diesem Krieg in Jugoslawien. Benutzt werden sie hier als rassistisch aufbereitete Sensationspresse zur Legitimation imperialistischer Interessen, d.h. zur Fortsetzung und Intensivierung des Krieges! Weite Teile der reformistischen Frauenbewegung und der Linken in der BRD wurden durch die Bilder vergewaltigter Frauen innenpolitisch auf Kriegskurs gebracht.

Während der letzten 50 Jahre setzten die BRD-Imperialisten ihre Interessen jeweils als verdeckte Kriegspartei mittels Geld, Waffenlieferungen,

geheimdienstlicher Zusammenarbeit und der Entsendung von Militärstrategen durch. Zum Beispiel führt die BRD seit Jahren Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf: Vorort unterstützt sie finanziell und praktisch logistisch die türkische Regierung, die den offenen Krieg in Kurdistan führt, und in der BRD selbst verfolgen und kriminalisieren Polizei und Justiz die kurdische Befreiungsbewegung. Seit letztem Jahr verschärften sie diesen Kampf durch das Verbot und die Kriminalisierung der PKK als Vertretungsorganisation des kurdischen Befreiungskampfes. Hunderte von kurdischen Frauen und Männern sitzen nun in den Knästen des BRD-Staates.
Heute formiert die BRD ihre militärische schlagkraft nach innen und außen offen als teil der Durchsetzung einer imperialistischen Ordnung, die der damalige US-Präsident 1990 mit dem 2. Golfkreig verhieß: die Neue (Alte) Weltordnung der drei imperialistischen Blöcke als Statthalter des transnationalen Kapitals.
Schon zweimal wurde der deutsche Imperialsimus bei der kriegerischen Durchsetzung seiner Expasionspläne zurückgeschlagen! Wir kämpfen weiter!

Rassismus in der Kontinuität des Faschismus

Rassismus ist historisch und aktuell eine ideologische, militärische und ökonomische Grundlage der herrschenden Ordnung. Die Steigerung der Profite durch die rassistische Differenzierung der Ausgebeuteten ist auch innerhalb der BRD die ökonomische Antriebskraft des Rassismus. Weiße Deutsche (v.a. Männer) werden vom Kapital als wertvoller berechnet und höher entlohnt (womit ihre Kollaboration erkauft werden soll) als rassistisch „minderwertig" definierte Menschen, mit deren geringerer Entlohnung sich das Kapital Extraprofite sichert. Hinter scheinbar volkswirtschaftlichen Argumenten wie dem „Stop der Zuwanderung wegen Anstiegs der Arbeitslosenrate" verfolgt der BRD-Staat die innere Aufstandsbekämpfung als militärische Absicherung dieser Ausbeuterordnung (z.B. Schließung der Grenzen der Europäischen Union gegen MigrantInnen mittels dem Schengener Abkommen, Abschaffung des Asylrechts in der BRD).
Gleichzeitig werden - auch mit finanzieller und logistischer Unterstützung des deutschen Geheimdienstes - faschistische Gruppen als Bausteine einer paramilitärischen zweiten Front aufgebaut, die mit ideologischer Hetze, Gewalt und Mord gegen „Nicht-Arier" vorgehen. Dies sind vor allem durch äußerliche Merkmale als „fremd" definierte Frauen und Männer, wie z.B. Migrantinnen und Migranten, Schwarze, aber auch Behinderte, Obdachlose, Lesben und Schwule. Diese Gewalt ist eine Variante der gleichen Vorgangsweise wie z.B. bei dem faschistischen Bombenattentat in Oklahoma City (USA) und den Giftgasalarmen in Japan.

Durch faschistischen Terror wird ein gesellschaftliches Klima der Angst erzeugt, durch das der Staat eine zusätzliche Legitimation seiner selbst erhält und das er benutzt, um seine repressive Gewalt auszubauen. Dies ist die militärische Seite des Rassismus.
Damit eng zusammen hängt die ideologische Funktion. Durch rassistischen Terror wird die Gewaltbereitschaft und die Gewaltakzeptanz in der Gesellschaft geschürt. Durch Abschiebung von Flüchtlingen oft in den sicheren Tod wird die weiße deutsche Bevölkerung zu moralischen und materiellen Komplizen „ihres" Staates. Diese Komplizenschaft, die ständige rassistische Hetze und die Gewöhnung an rassistisch begründeten Mord ist die Formierung der öffentlichen Meinung, um die Zustimmung für Militätinterventionen und Krieg zu sichern.

Rassismus ist historisch eine alte Waffe der Herrschenden. schon in früheren Zeiten definierte die besitzende Klasse in Europa mit rassistischen Kriterien allgemein die Besitzlosen als mindere Lebewesen. Mit Beginn der sogenannten Kreuzzüge (die parallel zur sogenannten Hexenverfolgung über Jahrhunderte ein Mittel der Umstrukturierung europäischer Gesellschaften in patriarchal durchstrukturierte und organisiert ausbeutbare Gesellschaften waren) wurde Rassismus als Herrschaftsmittel ausgedehnt und zur Legitimation für die Bereicherung durch Raub und Mord an den sogenannten Heiden. Folgerichtig war der Rassismus mit der Durchsetzung des Kapitalismus die Legitimation der Ausbeutung der Arbeitskraft der Menschen und der Ausbeutung der Bodenschätze in den sogenannten Kolonien. Der Rassismus wird bis heute ausgebaut und reorganisiert als eine Grundlage des Imperialismus im Zusammenhang mit Sexismus und ist ein Mittel zur Spaltung der Ausgebeuteten.

Für eine internationalistische feministische Bewegung

Im Patriarchat sind Sexismus und Rassismus Kriegsrecht reicher und/oder weißer Männer gegen alle Frauen und gegen rassistisch und neokolonialistisch ausgebeuteter Männer. Sexismus und Rassismus sind historisch verbundene und miteinander verknüpfte Herrschaftsinstrumente, die weder getrennt betrachtet noch getrennt bekämpft werden können. Nach unserer Analyse - und wir haben versucht, dies hier herzuleiten - ist die innere Kolonialisierung der Frauen die Bedingung und das ständige Pedant der militärischen und ökonomischen (Neo)Kolonialisierung der Drei Kontinente. Es gibt aus diesem Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis keine einseitigen Wege. Heute steht der Rassismus zwischen den Frauen in und aus den Ländern des Nordens und den Frauen in und aus den Ländern der Drei Kontinente. Wir sind uns bewußt, daß wir als weiß sozialisierte Frauen in der BRD unabhängig von unserer Klassenzugehörigkeit aufgrund der herrschenden Verhältnisse grundsätzlich auf Seiten der Herrschaft stehen, solange wir uns nicht aktiv und immer wieder zum Kampf dagegen entscheiden. In diesemBewußtsein arbeiten wir von unserer Seite aus gegen die Spaltung durch Rassismus und Neokolonialismus.

Frauen waren immer ein tragender und oft anführender Teil der Klassenkämpfe und Befreiungsbewegungen. Dies trifft auch für die Kontinuität des Widerstands in der BRD zu. Nach 1968 formierte sich hier eine revolutionäre feministische Bewegung, und Frauen nahmen den bewaffneten Kampf in der antiimperialistischen Bewegung in Verbindung mit dem revoltionären Kämpfen der Befreiungsbewegungen weltweit auf.
Frauen machten in allen Teilen der Welt immer wieder die Erfahrung, daß sie ohne eine starke eigenständige Organisierung ihre Forderungen weder gegen die Herrschenden noch gegen die Interessen der männerdominierten Befreiungsbewegungen durchsetzen konnten. Unsere Arbeit zielt deshalb auf die Stärkung und Organisierung der internationalistischen Frauenbefreiungsbewegung.

Die Befreiung der Frauen ist die feministische Revolution weltweit!

Mondsicheln, im Juli 1995
c/o Frauenbüro
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Bolschewistische Partei (Nordkurdistan/Türkei) - Zentrale Frauenkommission (62)

20. August 1996: Die Mega-Show der Imperialisten: Die 4. UN-Frauenkonferenz in Peking 1995

Wir haben die leeren Versprechungen, die Mega-Shows schon lange satt:

Unterdrückte Frauen aller Länder: Die Hoffnung liegt im Aufstand, die Befreiung in der Revolution!

Zehn Jahre sind seit der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi vergangen. Innerhalb dieser letzten zehn Jahre gab es dutzende Gipfel und Konferenzen, dutzende internationale Übereinkommen wurden verabschiedet. Fast alle dieser Konferenzen und Gipfel haben den Frauen und Frauenrechten einen besonderen Platz eingeräumt: Das „Jahr der Familie", „Umwelt- und Klimagipfel", „Weltbevölkerungskonferenz" ... Je mehr von den Lebensbedingungen und Rechten der Unterdrückten und ausgebeuteten Frauen gelabert wird, umso mehr nahmen und nehmen auch die Angriffe des männerchauvinistischen imperialistischen Systems auf sie zu. Arbeitslosigkeit, Hunger, Frauen- und Kindersterblichkeit, massenhafte Vergewaltigung und Flucht von Frauen in reaktionären und rassistischen Kriegen, die für imperialistische Interessen angezettelt werden. Erstarkung der religiösen Reaktion, die Frauen außer Verboten und mehrfacher Unterdrückung kein Lebensrecht gewährt, blutige Unterdrükkung der Befreiungsbewegungen durch faschistische Diktaturen, barbarischste sexuelle Folter an gefangenen Freiheitskämpferinnnen im Kerker, Genozid. Mit internationalen Konferenzen, Mega-Shows, wird versucht, diese Barbarei zu vertuschen. Und die Barbarei liegt in diesem imperialistischen System selbst begründet. Die Weltfrauenkonferenz in Peking hat eine einzige Funktion: die imperialistische Barbarei zu verbrämen, das imperialistische System als „frauenfreundlich" hinzustellen.

Wir, bolschewistische Frauen aus der Türkei/Nordkurdistan, wollen die Barbarei des Imperialismus und der Reaktion beispielhaft an der Realität unseres Landes entlarven.

An der UNO-Konferenz werden auch die Vertreterinnen des faschistischen türkischen Staates teilnehmen, und einen Haufen Lügen darüber verbreiten, was sie alles für die Frauen gemacht haben. Die Delegation des faschistischen türkischen Staates wird noch einmal damit auftrumpfen, daß wir eine weibliche Ministerpräsidentin haben. Aber die Tatsachen sind hartnäckig.

Die Präsidentenschaft von Frau Ciller hat den Frauen verschiedenster Nationalitäten überhaupt nichts gebracht. Im Gegenteil, genau in dieser Periode verschärfen sich die Angriffe auf die Rechte der Frauen. Das seit 70 Jahren gültige bürgerliche Gesetzbuch, nach dem das Familienoberhaupt der Mann, und die Frau verantwortlich für die Hausarbeit ist, beruht in allen nur denkbaren Fragen, angefangen mit dem Erb- und Scheidungsrecht bis hin zum Sorgerecht, auf offener Männerherrschaft und Ungleichheit zwischen Mann und Frau. Und Frau Ciller hat nicht einmal einen Finger krumm gemacht, um diese Gesetze abzuändern. Und nicht nur das, entsprechend der Direktiven des IWF und der Weltbank hat sie die Last der ökonomischen Krise insgesamt den Werktätigen aufgehalst, was zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen der werktätigen Frauen geführt hat. Heute verlieren Frauen bei der „Privatisierungs-"Politik der Regierung ihren Arbeitsplatz. Die Frauen in unserem Land, in dem die Arbeitslosigkeit äußerst hoch ist, sehen sich nun der Gefahr ausgesetzt, auch aus dem letzten Sektor, in dem ihre Arbeitskraft verwendet wurde, herausgedrängt zu werden. Die Hand in Hand mit der Privatisierungspolitik einhergehende Rücknahme der gewerkschaftlichen Organisierung führen dazu, daß es kaum noch werktätige Frauen gibt, die zumindest eine minimale soziale Absicherung haben. Im öffentlichen Dienst, einem der Arbeitszweige, in dem die meisten Frauen arbeiten, ist die gewerkschaftliche Organisierung nicht erlaubt. Der Kampf der BeamtInnen für gewerkschaftliches Organisierungsrecht wird gewaltsam unterdrückt.

Die Existenz des faschistischen türkischen Staates wird durch Terror und Unterdrückung, Folter und Mord aufrecht erhalten.

Heute wird in Nordkurdistan ein barbarischer Krieg gegen die kurdische Nation geführt. Der nationale Befreiungskampf der kurdischen Nation wird versucht, in Blut und Schießpulver zu ersticken. Dörfer werden niedergebrannt und so entvölkert, eingekesselte Gebiete von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten und die Menschen dem Hunger ausgesetzt. Kurdische BäuerInnen und Werktätige, die den kurdischen Befreiungskampf unterstützen, werden alle, ob Frau oder Mann, Kind oder Greis grausam gefoltert. Das ist die tagtägliche Realität. In diesem Krieg vergewaltigen Sondereinheiten der Armee des faschistischen türkischen Staates festgenommene Guerillakämpferinnen der PKK und stellen „zur Abschreckung" den entblößten Leichnam der Kämpferinnen über die Medien zur Schau. Auch die kommunistischen und revolutionären Frauen, die gegen den faschistischen türkischen Staat kämpfen, sind dem gleichen Terror und Morden ausgesetzt. „Verschwinden lassen" während der Polizeihaft, Ermordung, Hinrichtung unter der Folter, das ist es, was die Opponenten des faschistischen türkischen Staates erwartet.

Wir bolschewistischen Frauen aus der Türkei/Nordkurdistan sagen:

Es kann keine Befreiung geben, ohne daß der faschistische türkische Staat, der das Recht der kurdischen Nation auf Staatsgründung unter seinen Stiefeln zermalmt, gegenüber den arabischen, armenischen, georgischen, tscherkessischen und lasischen nationalen Minderheiten eine Terror- und Unterdrückungspolitik ausübt; der die Werktätigen Frauen aller Nationalitäten ihrer Rechte und Freiheiten beraubt, dem Erdboden gleichgemacht wird. Unsere Hoffnung ist der revolutionäre Kampf - unsere Fahne ist die des Bolschewismus.

Die 4. Frauenkonferenz in Peking hat auch für die Frauenorganisationen und Frauenbewegungen verschiedenster Couleur der Imperialisten zur Durchsetzung ihrer Interessen Bedeutung. Es ist zur Regel geworden, daß neben den Staatsdelegationen auch die „Nicht-Regierungs-Organisationen" (NGO) in die internationalen Konferenzen „einbezogen" werden. Dies dient dem Imperialismus nur dazu, sich selbst als sehr „demokratisch" und „liebenswert" hinzustellen. Daß diese Organisationen einen Einfluß, ein Mitbestimmungsrecht auf das „Aktionsprogramm", das auf der Konferenz verabschiedet wird, haben, ist nichts als ein Märchen. Egal was für ein „Aktionsprogramm" angenommen wird, es wird immer das Aktionsprogramm der Imperialisten sein. Insofern geht es nicht darum einzugreifen und diesem Aktionsprogramm diese oder jene gerechte Forderung hinzuzufügen. Die Frage ist, zu begreifen, daß, egal welche Forderungen aufgenommen werden, welche leere Versprechungen das Programm ausschmücken, dieses dem Wesen nach ein Beitrag zur Aufrechterhaltung des Imperialismus und des Patriarchats bleibt. Aus diesem Grund warnen wir bolschewistischen Frauen aus der Türkei/Nordkurdistan die Frauen der Nicht-Regierungs-Organisationen davor, zu einem Spielball der Interessen der Imperialisten der Vereinten Nationen zu werden. Insbesonders die revolutionären Frauenorganisationen verschiedenster Länder rufen wir dazu auf, unsere Kräfte zu vereinen und gemeinsam das Spiel, das gespielt werden soll, zu durchkreuzen und zu verurteilen. Die Hauptaufgabe aller kommunistischen, revolutionären, demokratischen, fortschrittlichen Frauenorganisation ist es, als wichtige Stimme aller Unterdrückten und ausgebeuteten Frauen der ganzen Welt das Spiel der Imperialisten und der Weltreaktion in Peking zu entlarven.

Die Imperialisten wollen auf der 4. Frauenkonferenz in Peking „mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen". Es ist nicht Zufall, daß als Konferenzort Peking gewählt wurde. Die Imperialistischen sind darauf aus, ihre Sophisterei „der Kommunismus ist tot" den Massen noch mehr einzuimpfen. Sie bereiten sich darum mit aller Kraft darauf vor, die Grausamkeit der „kommunistischen" Diktatur in China, ihre „Antidemokratie" „anzuprangern" und somit in den Augen der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt den Kommunismus schlecht zu machen. Aber in China ist nicht der Kommunismus an der Macht, sondern der Sozialfaschismus. Faschismus im Namen des Kommunismus. Die sozialfaschistische Macht in Peking hat, um zu zeigen, daß sie während der Zeit der Konferenz nicht die kleinste Demonstration/Aktion dulden wird, die auf die Unterdrückung und den Terror, dem das chinesische Volk ausgesetzt ist, hinweist, schon im Vorfeld dutzende Menschen hingerichtet und in der Region, in der die Konferenz durchgeführt wird, mit „Säuberungen" begonnen. Die Anprangerung des in China herrschenden Faschismus vor der Weltöffentlichkeit, der Kampf und Aufstand gegen ihn sind gerecht und eine Notwendigkeit des proletarischen Internationalismus. Aber der einzige Weg dafür sind unabhängige revolutionäre Aktionen. Es ist nicht möglich, gegen den Faschismus, der ein Produkt des Imperialismus ist, zusammen mit dem Imperialismus und in seinem Fahrwasser zu kämpfen. In diesem Bewußtsein rufen wir alle revolutionären Frauen und Organisationen dazu auf, in proletarisch-internationalistischem Geist unabhängige revolutionäre Aktionen zu organisieren.

Unsere Solidarität gilt den unterdrückten, ausgebeuteten Frauenmassen in China!

Unsere Solidarität gilt allen Kämpferinnen, die auf der Welt einen Befreiungskampf führen!

Ein Gruß allen Kämpferinnen, die bei dem ehrenhaften Widerstandskampf gefangengenommen wurden oder ihre Leben gaben!

Ein Gruß an Euch, unterdrückte und ausgebeutete Frauen dieser Welt!

Nieder mit dem Imperialismus, Männerchauvinismus, Rassismus und Faschismus!

Aus dem Postfach

(64)

Erklärung der Roten Zora

Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht

In der Nacht zum 24.7.1995 haben wir die Werft der Firma Lürssen in Lemwerder bei Bremen mit einem Sprengsatz heimgesucht. Sie ist einer der Rüstungslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt.

Lürssen liefert seit Jahren Militärschiffe in die Türkei, z.Zt sind Flugkörperschnellboote in Lemwerder und in der türkischen Marinewerft Tazkisac im Bau, und exportiert Produktionsanlagen, das nötige Know-How sowie militärische Ausbildung in alle Welt.

Die BRD unterstützt das türkische Regime in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung als Waffenlieferant Nr. 2, hinter den USA. BRD-Militärmaterial in Höhe von 1,5 Milliarden DM (im sog. Materialhilfeabkommen für die Jahre 1990 - 95) wurde zur Sicherung der imperialistischen Interessen in das strategisch wichtige „NATO-Partnerland Türkei" in den letzten 5 Jahren geliefert. Mit Großaufträgen wie dem Ausbau von Überwachungsanlagen an der Grenze zu Syrien, wohin das türkische Regime eine erpresserische Wasserpolitik betreibt, oder die Umrüstung von 450 NVA-Panzern, die den türkischen Machthabern schließlich geschenkt und in Kurdistan eingesetzt wurden, sichern sich die BRD-Konzerne und Rüstungsindustrie ihre Gewinne. 700 deutsche Rüstungsfirmen produzieren heute direkt in der Türkei.

In dem Krieg gegen die Kurdinnen werden seit mindestens 5 Jahren systematisch Dörfer niedergebrannt: nach dem Menschenrechtsverein IHD sind bis Oktober 94 mehr als 1300 Dörfer in Kurdistan zwangsgeräumt oder zerstört worden. In den letzten Monaten konzentrierten sich die Razzien und Vertreibungen sowie Folterungen und Hinrichtungen auf DorfbewohnerInnen in der Provinz Dersim. Aus dieser Region kamen schon seit den 60er Jahren viele der hier in der BRD lebenden Flüchtinge und MigrantInnen, die vor der gezielten Verarmungs- und Zerstörungspolitik flüchteten. Zunehmend werden heute auch die kurdischen Städte aus Kampfflugzeugen bombardiert und Flüchtende in Internierungslager außerhalb der kurdischen Großstädte eingesperrt.

Trotz zum Teil massiver Proteste durch die kurdischen MigrantInnen und teilweise durch parlamentarische Gremien gehen die Rüstungslieferungen ungehindert weiter und „verzichtet" auch der Europarat in Straßburg „auf Sanktionen gegen die Türkei" (FR vom 27.6.95).

Die Flucht vor dieser Vernichtungspolitik in die BRD bzw. Westeuropa wird für KurdInnen durch die rassistische Asylsetzgebung (und die Durchsetzung des Schengener Abkommens) immer schwieriger. Innenminister Kanther konnte es „als großen Erfolg" darstellen, „daß aufgrund das drastisch eingeschränkten Asylrechts immer weniger Menschen die Möglichkeit haben, in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung zu beantragen" (zit. nach FR vom 22.6.95).

Mit dem PKK-Verbot letztes Jahr hat sich das BRD-Regime noch dazu ein bisher beispielloses Mittel zur rassistischen Verfolgung und Kriminalisierung einer ganzen Gruppe von MigrantInnen - der KurdInnen geschaffen.

Problem mit der Solidarität

Es ist uns ein Anliegen, die Passvität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand zuhause unterstützenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nichtverhalten wird oft mit Kritik an der Politik der PKK begründet. Mit der PKK kann frau sich nicht identifizieren - wir auch nicht -, und leider wird Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Distanzierung von ihnen mißt. Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert, sie versperren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist es meistens Schluß mit der Soli.

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und allen vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRDAufrüstern unterdrückten und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität. Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mittragen wollen.

Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen.

Die PKK selbst legt keinen Wert auf eine klare Formulierung sozialer Befreiungsvorstellungen oder Programme. Sie und ihre deutschen UnterstützerInnen fordern dazu auf, die „nationale Befreiung des Landes" als Priorität anzuerkennen und daher ihre militärischen Erfolge im bewaffneten Kampf gegen das türkische Militär, in dem der „neue Mensch" schon mithilfe der Partei geformt würde, zu unterstützen.

Der Blick auf die Konfrontation zwischen den beiden kriegführenden Parteien verschleiert aber die Auseinandersetzung mit der dortigen sozialen Situation und damit, in welchen Konfrontationen besonders die Frauen stehen, und mit welchen Zielsetzungen sie ihre Befreiungskämpfe verbinden.

Ziele des Krieges

Das türkische Regime und sein Militär führt einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, um ihren Widerstand gegen die Unterdrückung und ihre Unterstützung der Guerilla zu brechen. Der Krieg gegen die kurdischen Menschen zielt darauf, ihre teilweise noch weitgehend auf die gesellschaftliche Reproduktion und Subsistenz gerichteten Lebensweisen zu zerstören:

Hirten und Bäuerinnen und ihre Tiere werden bei der Arbeit auf ihren Feldern vom türkischen Militär erschossen, die Dörfer überfallen und die Wintervorräte gezielt vernichtet. Aus der Luft werden systematisch die Wälder, Weiden und Felder in Brand geschossen, und Panzer zerstören ganze Landschaften. Das türkische Regime hat den Menschen ihre Produktionsweisen regelrecht „verboten" und setzt dies mit Kriegsmitteln durch.

In den Bergregionen gab es jahrhundertelang Weidewirtschaft, im Sommer ziehen die Menschen mit den Tieren zu den höheren Almen, im Winter in die Dörfer in den Tälern. In weiten Teilen entlang der 330 km langen Grenze, die die kurdischen Gebiete zwischen Irak und Türkei

durchschneidet, lebten fast alle Menschen von Weidewirtschaft und vom lokalen grenzüberschreitenden Handel und Schmuggel. Diese Existenz wurde ihnen mit den Verboten und der anhaltenden Vertreibung geraubt. Nach der Devise,

die Rückzugsmöglichkeiten und Unterstützung der Guerilla abzuschneiden, sind hier in den letzten Jahren riesige Gebiete als „Sicherheitszonen" und militärische Aufmarschgebiete gegen die Nachbarländer entvölkert, die Dörfer gänzlich dem Erdboden gleichgemacht. Fast alle kurdischen Familien haben Kinder oder Verwandte, die vom Militär verschleppt, gefoltert oder ermordet wurden. Kein Wunder also, daß in vielen Gegenden bald aus jeder Familie Angehörige bei der Guerilla sind, die natürlich unterstützt werden.

In den Jahrzehnten vor dem Erstarken der PKK diente die militärische Besetzung und zeitweilige Kriegführung in Kurdistan einer Politik der Menschenvertreibung für die Sicherung der binnenkolonialen Ausbeutung.

Auch unter dem Druck des Weltmarkts und der IWF- und Weltbankauflagen setzt das türkische Regime bis heute nur auf den Krieg, um seine mörderischen bevölkerungspolitischen Ziele durchzusetzen. Es will damit die alten Solidarnetze und den Widerstand der KurdInnen, der mit ihren Lebensgrundlagen verwoben ist, zerschlagen.

Der Krieg, die Zerstörung und Vernichtung stehen der längst geplanten und zum Teil schon durchgesetzten (Herrschafts-),,Modernisierung" nicht blockierend gegenüber, es sind vielmehr die Voraussetzungen, um die „modernen", das heißt imperialistischen Formen der Ausbeutung und Verwertung den ihrer Subsistenz beraubten Menschen aufzwingen zu können. Die in der Eskalation des Krieges in den letzten Jahren begonnene Vertreibung von Hunderttausenden kleinbäuerlichen Familien für die Errichtung von Exportzonen im GAP-Gebiet[1] ist nur die andere Seite der Medaille. In den sechs großen Provinzen des GAP leben heute über vier Millionen Menschen überwiegend von Ernte-, Saison- und ihrer Subsistenzarbeit. Ihre kleinen Felder werden im Zuge der „Landreform" nach und nach vom Staat angeeignet und von den Investoren und Großgrundbesitzern der GAP-Region einverleibt.

In unserer grundsätzlichen Ablehnung von Herrschafts-Modernisierung gehen wir davon aus, daß die „Entwicklungszonen", wie sie z.B. in der GAP-Region vorgesehen sind, nichts mit den Wünschen der KurdInnen nach Verbesserung ihrer Existenz zu tun haben[2]. Denn für die überwiegende Mehrheit der verarmten Bevölkerung heißt das die Enteignung von Land und die nachhaltige Entwertung und Zerstörung ihrer Fähigkeiten und bisherigen Produktions- und Lebensweisen.

Krieg gegen die Frauen

Der Krieg wird nicht nur in den Gegenden geführt, wo die Guerilla sehr stark ist, sondern er konzentriert sich auch dort, wo die Frauen eine vergleichsweise starke und freizügige Stellung in der Gesellschaft haben:

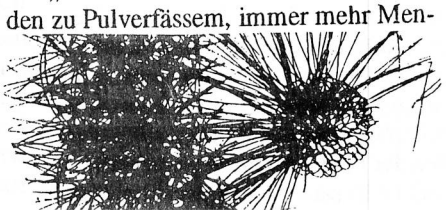
in den Bergregionen mit ihrer Tradition der halb-nomadischen Weidewirtschaft und gegen die Yezidi und AlevitInnen, die sich den patriarchalen und religiös verbrämten Unterdrückungsnormen stärker verweigert haben. Bis heute ist dort die starke Position und der Widerstand der Frauen gegen ihre Unterdrückung sowie gegen ihre Ausbeutung durch die (kurdischen) Großgrundbesitzer weitgehend lebendig.

Mit ihrer Vertreibung aus den Dörfern werden den Frauen ihre eigenständigen Arbeitsbereiche weggenommen. Sie verlieren ihre gesellschaftlich wichtige Rolle und finden sich als Flüchtlinge in den Elendsgürteln der kurdischen und türkischen Städte und in zunehmender Anzahl in regelrechten Internierungslagern wieder. Unter diesen Bedingungen verlieren sie ihre traditionellen Solidarnetze und wird ihre gesellschaftliche Ausgrenzung, Abhängigkeit und Auslieferung gegenüber zunehmender Männergewalt in „modernen" Formen von patriarchaler (insbesondere sexistischer und Kleinfamilien-) Unterdrückung erleichtert.

Mehr noch als der Verlust der Eigenständigkeit der Frauen in den Städten und ihre Abhängigkeit von ihren arbeitsuchenden Männern, schaffen die neuerrichteten kriegsstrategischen Wehrdörfer und Internierungslager neue patriarchale Gewaltverhältnisse: mit der militärischen Kontrolle, mit Hunger, Krankheit, Kindersterben, Entwürdigung und Abhängigkeit infolge der Lebensmittelzuteilungen, mit Folterungen und Vergewaltigungen. Die Verelendung und Verunsicherung begünstigt patriarchale Gewaltbereitschaft, die sich auch im Zulauf zu solchen islamischen Gruppen niederschlägt, die frauenunterdrückende Normen propagieren und durchsetzen.

Widerstand der Frauen

Selbst über die faktische Ausradierung von tausenden Dörfern gelingt es dem türkischen Regime bis heute nur schwer, den Widerstand der KurdInnen zu zerschlagen. Obwohl die traditionelle Subsistenz so gut wie ausgelöscht wurde, konnte die Frauenstärke bisher nicht zerstört werden. Daran knüpfen die Frauen an und entwickeln sie in den Städten weiter. „Immer mehr kurdische Städte werden zu Pulverfässern, immer mehr Men-



schen gehören zu der besitzlosen Masse, deren Subsistenzmöglichkeiten zerstört sind und die in den Städten nicht einmal mehr die Möglichkeiten finden, sich als TagelöhnerInnen zu verdingen. An vielen Orten gelang es ihnen auch, die 'eingesessenen' Städter zu mobilisieren." (Lissy Schmidt, 92/93). Gerade die aus den Bergdörfern vertriebenen Landfrauen[3] waren die treibenden und organisierenden Kräfte des Serhildan, der „kurdischen Intifada", die seit Ende 89 bis März 92 immer wieder mit Steinen, Stöcken etc. und ihrer Wut bewaffnet sich den Militärs entgegenstellten. Seither werden die Newroz-Feiern mit riesigen Militäraufgeboten und deutschen Panzern „bewacht"[4], Städte als neue Widerstandszentren bombardiert, immer mehr Menschen von Todesschwadronen entführt, gefoltert und umgebracht. Viele der in die Städte vertriebenen Frauen bilden neue Zusammenhänge, Solidaritäts- und Widerstandsstrukturen in Menschenrechts- und Gefangenenunterstützungs-Vereinen, in Stadtteilkomitees, gegen die Todesschwadronen, zur Veröffentlichung der Hungerstreiks von Gefangenen und in eigenen Hungerstreiks gegen die Folter und Verschwindenlassen ihrer Angehörigen und FreundInnen, und entwickeln dort überall große Power. Auch hier gehört der Kampf um bessere Lebensbedingungen und für die Menschenwürde zu den Triebfedern des Widerstands der Frauen.

Viele junge Frauen gehen in die Berge, zur Guerilla, in die Illegalität, um sowohl gegen die Repression, Vertreibung, Krieg des türkischen Militärs als auch für ihre Befreiung von ihrer traditionellen patriarchalen Unterdrückung zu kämpfen.

Kurdische Frauen und die PKK

Ein wesentlicher Grund für die große Teilnahme und Organisierung vieler Frauen auch an den Kämpfen in der PKK ist, daß der Krieg direkt gegen sie und ihre Familien, FreundInnen, Dörfer und Städte geführt wird. Auch vor dem Krieg wurde ihr Leben in Kurdistan bestimmt durch die türkische Kolonialpolitik im Verein mit den kurdischen Großgrundbesitzern: Immer mehr Land im dörflichen Gemeinschaftsbesitz, eine der Grundlagen für die Weidewirtschaft wurde beschlagnahmt und „kapitalisiert", die Menschen mit rassistischen bürokratischen und militärischen Repressionen terrorisiert und systematisch sozial unterversorgt, die Bodenschätze und Produkte ihrer Landarbeit ausgeplündert. Deshalb entschlossen sich seit den 50er Jahren bis heute immer mehr Menschen zur Emigraton. Im Prozeß dieser sogenannten Unterentwicklung und der Repressionen

und im anwachsenden Widerstand dagegen wuchs auch die Sehnsucht vieler Frauen nach mehr Freiheit, Vielfalt, Erfahrungen etc. und ihre Ablehnung derjenigen traditionellen Dorfstrukturen, die sie einengten und unterdrückten. Mit der Auflösung der Großfamilie ist zugleich ihre Aussicht auf Macht und Wertschätzung als ältere Frau - die Frauen auch immer zu Verteidigerinnen des Patriarchats machte - im Schwinden begriffen.

Unter den jungen Frauen bekämpfen viele ihre patriarchale Unterdrückung in der Familie[5] und entscheiden sich für die PKK auch, um aus dieser auszubrechen.

Zudem knüpft(e) sich die Hoffnung vieler kurdischer Frauen auf Befreiung aus diesem ganzen Elend von Zerstörung und Unterdrückung an die PKK, weil deren militärische Erfolge sich für sie als einzig ernstzunehmende Kraft gegen das türkische Militär und die Repressionsorgane erwiesen haben.

Hauptverantwortlich für ihre Unterstützung der PKK aber ist die türkische Politik aus Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus[6]. Der dagegen unter den Kurdinnen sich entwickelnde Unterdrücktenstolz und die Selbstbehauptung im Widerstand schafft(e) Verbindungen über alle sozialen Unterschiede hinweg. Seit „Atatürk" ist die politische Maxime, innerhalb des türkischen Machtbereichs alles Kurdische und jede Erinnerung daran möglichst vollständig auszulöschen. Die Erfahrung der KurdInnen, von kulturellen Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens und ihrer Geschichte ständig abgeschnitten zu werden, verstärkt(e) ihren Wunsch nach „kurdischer Identität", das heißt selbstverständlich wollen sie das sein und leben können, was frau/mann dort nicht sein darf, und dafür wollen sie nicht der Repression ausgesetzt werden.

Zitat einer Gefangenen aus Diyarbakir 1983: „... den in meinem Inneren seit meiner frühesten Kindheit gegen die Unterdrücker angesammelten Haß hinauszuschreiben, hat gutgetan ... erst hier im Knast habe ich mich selbst, mein Land und meine Geschichte kennengelernt... die uns allen gemeinsame „Schuld" ist, Kurden zu sein... ".

Nicht nur in Kurdistan, auch in der BRD wird in treuer Erfüllungsgehilfenmanier für die türkische Repression den oft nur kurdisch sprechenden Angehörigen die Verständigung mit den kurdischen Gefangenen in BRD-Knästen untersagt, sie „sollen türkisch sprechen"!

„Identität" wird als Widerstand, als Verbotenes durchgesetzt, auch Traditionen wie z.B. das Newroz-Fest werden als Formen des Widerstandes neu angeeignet und mit Leben gefüllt; aber auch als Hoffnung auf eine zukünftige und erst zu befreiende Gesellschaft, weil der Krieg zwar viel Kraft und Selbstbehauptungswillen („Identität") mobilisiert, aber auch vieles verhindert und zerstört, Leiden, Ohnmacht, Beschränkung, Kampf ums Überleben erzeugt.

Die offizielle PKK-Propaganda setzt die Befreiung der Frauen mit ihrer Teilnahme am militärischen nationalen Betreiungskampf gleich.

Damit die fortschreitende Radikalisierung vieler junger Frauen gegen alte und neue Machtverhältnisse sich nicht gegen die PKK selbst richtet und ihren HERRschaftsanspruch gefährdet, versucht die Partei in den letzten Jahren, über viel Propaganda, Druck und „Erziehung" mithilfe ihrer Führerinnen in der YJWK[7], die Frauen in modernisierte patriarchale Familiennormen wiedereinzubinden. Die Reform besteht unter anderem darin, in der Familie sog. „nationale Traditionen" wiederauferstehen zu lassen und ihr ein folkloristisches Einheitsgewand als „Hort kurdischer Kultur" und Disziplinierungsmittel gegen zu weitgehende oder als „westlich" beschimpfte „Frauenemanzipation" von oben überzustülpen.

Solidarität und Kollektivität sind mit Sicherheit lebendige Inhalte der Frauenkämpfe. In vielen Eigeninitativen solidarischen Handelns mit- und füreinander haben Frauen Selbstverantwortung übernommen und darüber kollektiv-selbstbestimmte Strukturen erkämpft, auch und gerade in den Bergen und gegenüber den männlichen Genossen. Damit stellen sie die sowieso schon erodierte und weit verstreute Familie in ihren patriarchalen Werten infrage und zugleich das für die Machtausübung der Partei wichtige Disziplinierungs- und Unterordnungsprinzip. Deshalb wird das „Kollektiv" der Familie als Keimzelle das Nationalstaats beschworen[8], und mit moralischem Druck wird versucht, die Frauen wieder in den Griff zu bekommen. „Jegliche Ansichten über Kurdistan, die den nationalen Konflikt nicht als Hauptkonflikt betrachten, dienen dem Kolonialismus und der Reaktion" ist ein Zitat aus dem PKK-Programm 1978, das heute von den Frauenführerinnen weitgehend beherzigt wird[9].

Obwohl wir das Bestreben vieler kurdischer Frauen nach „kurdischer Identität" als treibende Kraft im Widerstand gegen die rassistische türkische Repression verstehen und akzeptieren, ist die Behauptung einer „kurdischen Identität", die erst im „befreiten Kurdistan" sich entwickeln könnte, für uns eine Fiktion. Die Parteiidelogie benutzt dieses Bedürfnis nach „Identität", indem sie auf die konsequente Verleugnung und Verdrängung kurdischen Geschichtsbewußtseins durch die türkische Politik baut und den vom Krieg vertriebenen Menschen Mythen über ihre Geschichte anbietet, anstatt ihren Kampf um Verteidigung und Anknüpfen an ihre lebendige Geschichte - z.B. im Widerstand gegen ihre Vertreibung - zu unterstützen. Die frühere Verschiedenartigkeit kurdischer Kulturen mit ihren von den Zentralgewalten relativ unabhängigen Produktionsweisen der Selbstversorgung sollen auch nach dem Willen der PKK - nicht nur nach dem der türkischen Besatzer - verschwinden, denn nur so kann sie ihre Vorstellungen zur Herrschafts-Modernisierung durchsetzen. Der Krieg als Medium der Zerstörung der vielfältigen Sozialstrukturen schafft die für den Macht- und zukünftigen Ausbeutungsanspruch der Partei benötigte Polarisierung und Zwangs-Vereinheitlichung. Sie wird von der PKK untermauert mit dem Mythos einer uralten Geschichte von der „Herausbildung der kurdischen Nation" und mit der Konservierung bestimmter kurdischer Traditionen. Mit der Zuschreibung dessen, was „kurdisch" zu sein hat und was nicht, soll all das, was dem Machtanspruch der Partei abträglich ist, unterdrückt und sogar aus dem Geschichtsbewußeein der Menschen getilgt werden[10]. Dabei ist die Geschichte kurdischer Lebensweisen und Kämpfe derart wechselvoll und unterschiedlich, daß vielleicht gerade dies sie charakterisiert. Ihre relativ autonome Dezentralität und Heterogenität konnte mit dazu beitragen, daß sie weder von der Zentralgewalt der osmanischen Herrschaft zerstört noch von den modernen Nationalstaaten und von den imperialistischen Ausbeutungsinteressen bisher vereinnahmt werden konnten. Auch deshalb werden ihre Lebensgrundlagen vernichtet

Wir lehnen die Umformung gemeinsam verstandenen lebendigen Widerstands gegen die Unterdrückung der kurdischen Menschen, die ihr Kurdischsein im Widerstand gegen die Repression, gegen die Unterdrückung ihrer Lebensweisen, von Sprache, Kultur etc. erkämpfen, in nationale Ideologie und erstarrte Kultur ab, weil das den alleinigen Zielen der Partei auf die eigene Macht und den zukünftigen Ausbeutungsanspruch im eigenen Staat entspricht und die sozialen und antipatriarchalen Widersprüche und Kämpfe zukleistert und verhindert.

Kritik am Befreiungs-Nationalismus

Im Unterschied zum kolonial-imperialen Nationalismus zur Durchsetzung und Ausübung seiner HERRschaft bildet sich der Befreiungs-Nationalismus in der Unterdrückung und als Widerstand verschiedener sozialer Gruppen gegen die Kolonisatoren und Imperialisten. Von daher ist er zeitweise identisch mit der Gegenwehr gegen jede Unterdrückung. Er mobilisiert Befreiungs-Utopien der Menschen im gemeinsamem Kampf gegen Ausplünderung und Okkupation, Widerstands-Kultur gegen die Herrschende Dominanz-Kultur, die den Menschen ihre Lebensweisen, ihre Sprache, Geschichte, Erfahrungen etc. raubt.

Trotzdem sehen wir in der Ideologie der „nationalen Befreiung" kaum eine Möglichkeit zum Erkämpfen einer Gesellschaft auf dem Weg zur Abschaffung von Ausbeutung und patriarchaler wie rassistischer Unterdrückung:

Für die PKK zielt die „nationale Befreiung" darauf, die Macht in Kurdistan zu erobern und über die Besitzansprüche auf das Land mit seinen Reichtümern an Wasser, Öl und Bodenschätzen den eigenen Zugriff auf die kapitalistisch zu modernisierende Ausbeutung der Menschen und Ressourcen zu sichern.

Die Kämpfe der Menschen gegen die Herrschaftsmodernisierung (z.B. ihr Widerstand gegen Zwangsumsiedlung, Besteuerung, Weide- und Handelsverbote) werden von der PKK umgemünzt in „nationale" Ziele: sie sollen sich gegen das türkische Regime richten, nicht aber „Modernisierung" als Zerstörung und Vertreibung und Verschärfung des Gegensatzes zwischen (Grund-)Besitzenden und Besitzlosen ablehnen.

Soziale Forderungen verschwinden hinter der Dominanz der nationalen Forderung nach dem eigenen Staat. Z.B. hat die PKK den Kampf gegen die Vertreibungen in der GAP-Region nicht unterstützt, selbst frühere Angriffe auf GAP-Ingenieure waren nur gegen die westlich-türkischen Ausplünderungspläne gerichtet. Die Bäuerinnen mit ihrer Subsistenz in der „traditionellen Gesellschaft" werden oft als feudal-rückschrittlich bezeichnet, der Großgrundbesitz und Landverteilung aber nicht bekämpft.

Rückgriffe auf die Traditionen gibt es da, wo es dem Ziel des Nationalstaats dienlich ist. Selbst Großgrundbesitzer sind „fortschrittlich", wenn sie die nationalstaatlichen Ziele unterstützen.

Die Ausrichtung der Kämpfe auf die nationale Eroberung bejaht die Zerstörung der Subsistenz und setzt auf die zukünftige Anbindung an den imperialistischen Weltmarkt.

Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegen-Macht gegen die türkische Armee und dem Ziel nationaler Abtrennung machen eine Guerilla-Formation nötig, die sich ausschließlich gegen die „Fremdherrschaft" richtet und infolgedessen ihre militärischen Angriffe nur gegen die militärischen und polizeilichen Besatzer-Organe ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und rassistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsinteressen orientieren könnte.

Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisierung darin ändert nichts daran: die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des „bewaffneten Kampfes" per se hier nicht unterstützen. Denn der „bewaffnete Kampf" führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung auf den Weg zur Befreiung, sondem nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrükkung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung und ohne Ausbeutung den national-ethnisierenden Parolen zu opfern.

Überlegungen zu Internationalismus, Antirassismus und feministischer Solidarität

Heute ist der radikale Teil der feministischen Bewegung in der BRD öffentlich kaum mehr sichtbar, zurückgezogen und zersplittert in Grüppchen, die nur noch wenig Außenwirkung haben. Viele ehemals aktive Frauen haben ihre politischen Bedürfnisse in Berufsperspektive und Job verlagert oder nur noch auf die Veränderung im eigenen Alltag beschränkt und damit so gut wie aufgegeben.

Die großen gesellschaftlichen Umbrüche in den letzten Jahren haben uns teilweise den Boden unter den Füßen weggezogen, so daß es nahe lag, innezuhalten und uns selbstkritisch mit unseren bisherigen Politikformen und Schwächen auseinanderzusetzen. Auch die Kritik von Migrantinnen und Frauen aus den Drei Kontinenten an der metropolitanen weißen FrauenLesbenbewegung trug zur Einsicht bei, daß wir die Widersprüche bei uns selbst - unseren Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Produktivismus... - zum Thema machen müssen, wenn wir wieder zu einer starken Bewegung werden wollen.

Das bisherige feministische Selbstverständnis von Politik in erster Person (als Frauen sind wir ALLE, wenn auch unterschiedlich, unterdrückt und „objektiv" gegen das Patriarchat) wurde infragegestellt durch die Auseinandersetzung mit unserem Eingebundensein in diese Metropolen-Frauenrealität, in der wir nicht nur Opfer oder widerständige Subjekte, sondern auch Beteiligte und Nutznießerinnen der patriarchalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sind. Die - notwendige und wichtige! - Auseinandersetzung über unsere Unterschiede hat uns von unserem angemaßten Sockel gehoben: Wir sind nicht die Durchblickerinnen, die schon „befreiter" oder emanzipierter als die Frauen Osteuropas und der Drei Kontinente sind. Denn unsere „Befreiung" ist zugleich Form und Ausdruck der Komplizinnenschaft an der Unterdrückung unserer Schwestern.

Diese Einsicht hat uns bescheidener gemacht: Wir sprechen nicht mehr von revolutionären Ansprüchen und für ALLE Frauen, sondern nur noch für UNS, und da lassen wir das Wort „revolutionär" lieber weg - das kann es ja nur für ALLE geben, sonst verkehrt sich jeder Befreiungschritt unweigerlich in den Ausbau von Privilegien. Der Rückzug in Positionen, die wenigstens für die eigenen vier Wände noch Gültigkeit beanspruchen können, führte außerdem zur neuerlichen Abgrenzung von anderen Frauen.

Zumindest verbal und manchmal auch tiefergehend haben wir die Forderungen von Migrantinnen und sozialer Diskriminierurig ausgesetzten Frauen eingesehen, die Unterschiede zwischen uns wahrzunehmen, zu respektieren und darauf gründende Hierarchien und Macht-Eingebundenheiten, das heißt den eigenen Rassismus, Antisemitismus, Produktivismus, Hetero-/Sexismus bei uns zu bekämpfen. Das blieb allerdings oft beim bloßen Benennen stehen, indem ein korrektes Bewußtsein sich in einer korrekten Sprache ausdrücken sollte. Als ob es ein „richtiges" Bewußtsein in „falschen" Verhältnissen geben könne, ohne daß frau diese aktiv bekämpft.

Hier entpuppt sich unsere gewachsene Sensibilität und Bereitschaft zur Selbstkritik als Schein. Sie widerspiegelt zunächst nur die Unsicherheit infolge das Auflösungsprozesses („Deregulierung") des alten metropolitanen Gesellschaftsgefüges und der Erneuerungsoffensive patriarchaler Macht und Ausbeutung, worin auch frühere feministische Forderungen von den HERRschenden und Mitschwimmerinnen integriert wurden. Mit dem Rückzug auf UNS und mit der vorrangigen Beschäftigung, unser Bewußtsein zu sensibilisieren, befinden wir uns voll im herrschenden gesellschaftlichen Trend zur weiteren Individualisierung und Auflösung gemeinsamer

sozialer Erfahrungen. In Teilen unserer praktischen wie unserer theoretischen Auseinandersetzungen vollziehen wir die Zerstörung sozialer Gemeinsamkeiten mit, die einmal Grundlage für Widerstand waren.

Einer kämpferischen und revolutionären Perspektive können wir uns nur wieder annähern, indem wir über unser Interesse und unseren Kampf für die Abschaffung sexistscher Gewalt und patriarchaler Macht hinaus Verbindungen eingehen, Netze knüpfen zu den Frauen und ihren Strukturen, die hier rassistisch und sozial ausgegrenzt/ausgebeutet und mißhandelt werden. Wir müssen - bei Respektierung der Differenzen - uns konketer einlassen auf die Frauen, deren rassistische, sexistische, rechtliche und soziale Diskriminierung sie den krassesten Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen aussetzt und sie so zu den Haupt-Angriffszielen für die HERRschaftsmodernisierung macht, wogegen sie aber auch ihre Gegenstrategien und kämpferische Subjektivität setzen. Die Entrechtlichung und Illegalisierung von MigrantInnen ist eine strategische Waffe der Herrschenden, hierauf errichten sie die Neuformierung von Ausbeutung und Gewalt in der Gesamtgesellschaft, hierüber wollen sie auch eine Re-Stabilisierung der Machtverhältnisse erreichen. Weil über die Illegalisierung Arbeitskraft und sexuelle Diensteistung fast umsonst und egal mit welchen brutalen Gewaltmitteln zu haben ist, werden die Reproduktionskosten für alle gesenkt, das heißt fast jedeR profitiert noch davon, und so können alle anderen Arbeitskraft-Kosten für alle Typen von Ausbeutern (Frauen und MigrantInnen eingeschlossen) quer durch die Gesellschaft verbilligt werden.

Frau darf nicht dabei stehenbleiben, für das Bleiberecht und von Männern unabhängige Aufenthaltsrecht geflüchteter Frauen sich einzusetzen und dann vor ihrer Ausbeutbarkeit die Augen zu verschließen. Die Kämpfe von Migrantinnen zu unterstützen muß auch heißen, gegen die vielen Abstufungen ihrer Rechtlosigkeit und Illegalisierung vorzugehen, also für die grundsätzliche und ersatzlose Abschaffung des „Ausländerrechts" (und jeden anderen „Rechts", das geschaffen wurde, um Diskriminierungen festzuschreiben) zu kämpfen, mit unseren Möglichkeiten und den von uns zu entwikkelnden Waffen und Widerstandsformen, denn wir wollen ja ihre Ausgrenzung und Ausbeutung nicht mittragen.

Außerdem ist es lustvoll und lebendig, die uns zugedachten Kleinkreise sozialer Zuordnung und Individualisierung zu durchbrechen, dem („postfordistischen") Auflösungstrend sozialer Gemeinsamkeiten neue Zusammenhänge „von unten" entgegenzusetzen und das eigene Eingebundensein in die Widersprüche und Machtbeteiligungen in diesem menschenverachtenden System immer wieder zu überschreiten. Im Einlassen auf die „anderen" Frauen nehmen wir nicht nur ihre andere Subjektivität, ihre anderen weniger am hier herrschenden Produktivismus und der „Unabhängigkeit des Individuums" und mehr auf soziale Reproduktion gerichteten Werte, Handlungen und Kämpfe wahr. Sondern wir können uns auch ein wenig mit den Augen der anderen sehen und infragestellen lähmen, z.B. indem sie uns mit unseren produktivistischen und rassistischen Werten und Handlungen konfrontieren. Wichtig ist, die Unterschiede wahrzunehmen und zu respektieren, aber genauso wichtig ist, aus den die HERRschaft stärkenden Abgrenzungen auszubrechen und ein kämpferisches Miteinander zu entwickeln, das die Durchsetzung alter und neuer patriarchaler Macht und kapitalistischer Verwertungsziele behindert, wo immer wir das schaffen.

Unsere Hoffnung auf Frauenbefreiung und unsere Vorstellung von Kommunismus[11] schon hier und jetzt und auch im sozialen Alltag kann als Tendenz nur dann sicht- und lebbar werden, wenn wir unsere voneinander abgegrenzten und gegeneinander ausspielbaren Frauenunterdrückungen und unsere unterschiedlichen Strategien dagegen in die Kraft vernetzter Widerstandsstrukturen umwandeln. In dieser Verbindung und in den verschiedenen Kämpfen um Existenzrecht und Leben in Würde für ALLE, jenseits von Verwertungszwang, sozialer und kultureller Zugehörigkeit und Paßverordnungen etc., können wir manche Facetten unserer Integration in dieses Herrschaftssystem abbauen oder auch umdrehen zum Nutzen gemeinsamer Befreiung (z.B. durch unseren leichteren Zugang zu Information und Umgang mit der Verwaltungsbürokratie und unseren gesicherteren gesellschaftlichen Status...). Und in der Wahrnehmung dieses Systems, wie es sich in den Augen hierher geflüchteter und eingewanderter Frauen als Komplex miteinander verwobener rassistischer wie sexistischer wie ausbeuterischer Macht zeigt, lernen wir die Personifizierungen und Verantwortlichkeiten dieser Macht besser kennen und werden sie für uns angreifbar.

Solidarität mit den KurdInnen

Von solchen mittelfristigen Zielen sind wir bisher noch sehr weit entfernt.

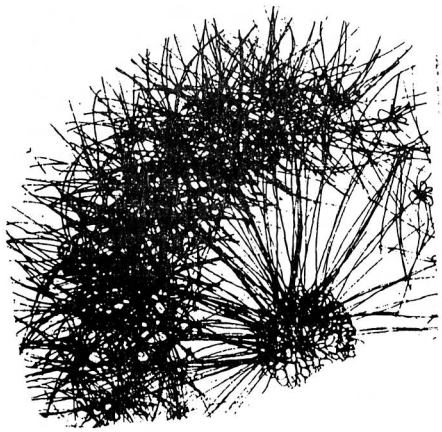
Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst. Nicht nur im „Austausch", sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu Kurdinnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und geknüpft werden.

Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier beigetragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.

Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:

- für das Bleiberecht für ALLE: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität reißen;
- daran sich bereichernde Firmen angreifen. Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!);
- Soliaktionen gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarnetze der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Parteiverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisierung der MigrantInnen.

Tourismus ist eine moderne Form kolonialer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirbt auch dieses Jahr wieder für das 'Reiseland Türkei 95'. Aktionen zur Forderung „Kein Tourismus in die Türkei" verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dicken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugreifen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitere rassistische und nationalistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TürkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.



Die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen!

LÜRSSEN ist eine mittelständische Firma, die zu 100% im Kriegsschiffbau verdient.

Zur Zeit baut Lürssen für das türkische Regime ein mit Flugkörpern und Schnellfeuergeschützen bewaffnetes „Flugkörperschnellboot". Es gehört zu einem Paket von 3 Lürssen-Schnellbooten Marke „Dogan", zwei davon werden in der türkischen Marinewerft Tazkisac produziert. Die Finanzierung der drei Kriegsschiffe - über BRD-Hermesbürgschaft - beträgt 400 Millionen DM.

Spätestens seit 1987 floriert für Lürssen das Geschäft mit dem vom BRD-Staat gesponserten türkischen Militär, denn seitdem wurden entweder in Tazkisac oder in der Lürssen-Werft 10 Dogan-Kriegsschiffe fertiggestellt.

Lürssen liefert neben Kriegsschiffen an Regime weltweit alles, was zu deren eigener militärischer Produktion nötig ist: Konstruktionspläne, Lizenzen, Know-How, Ausbildung bis hin zu ganzen Werftanlagen. Über 130 Schiffe wurden in den letzten Jahrzehnten nach Lürssens Plänen und Lizenzen gebaut. „Die Lürssen-Werft hat mehr Kriegsschiffe in mehr Länder dieser Welt geliefert und mehr Menschen auf Kriegsschiffen ausgebildet als jede andere Werft der Welt", so ein Lürssen-Firmensprecher auf der Rüstungsmesse 1994 in Malaysia.

Schon mehrmals geriet das mörderische Geschäft von Lürssen durch Veröffentlichungen oder Protestaktionen gegen den Rüstungsexport in die öffentliche Kritik, zuletzt mit einer symbolischen Blockade-Aktion Ende 1994 aufgrund seiner Kriegswaffenlieferungen an das Militärregime in Indonesien.

Während seit einigen Jahren eine öffentliche Kampagne zur Einstellung der bundesdeutschen Militär- und Wirtschaftshilfe den Druck gegen ein paar große Türkei-Rüstungslieferanten verstärken konnte, versucht Lürssen in aller Stille seine Geschäfte abzuwickeln. Das soll ihm nicht gelingen!

Lürssen raus aus dem mörderischen Geschäft mit dem türkischen Regime!
Keine militärischen Geschäfte mit der Türkei!
Keine Finanzierung der deutschen Rüstungsindustrie durch das BRD-Regime!
Schluß mit jeder BRD-Rüstungs- und Wirtschafts„hilfe" für das türkische Regime!
Kein Tourismus in die Türkei (anderswohin auch nicht)!
Weg mit dem PKK Verbot und der Verfolgung kurdischer Vereine!
Bleiberecht für alle KurdInnen (und alle anderen hierher geflüchteten und eingewanderten Menschen)!
Kampf dem „Ausländerrecht" und allen anderen Gesetzen, die Diskriminierung von Menschen festschreiben und so Ausbeutung und Gewalt Tür und Tor öffnen!
Anerkennung eigener Fluchtgründe und eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen!
Für eine praktische Solidarität mit dem Widerstand der Frauen in Kurdistan und der kurdischen MigrantInnen hier!
Gegen Nationalismus, für internationale Frauenbande und -banden!
Rote Zora

Anmerkungen:

1.) Das „Ostanatolienprojekt" umfaßt eine ganze Reihe zum Teil riesiger Staudämme, unter anderem zur Bewässerung von Export-Landwirtschaft, sogenannten agroindustriellen cash-crops, die Errichtung von Vieh-, Leder-, Tabak- und anderen Industriezonen, Tourismuszonen usw.

2.) In einer von der 1994 durch den irakischen Geheimdienst ermordeten Journalistin Lissy Schmidt veröffentlichten Umfrage lehnten zur Zeit des Baubeginns Anfang der 80er Jahre 70% der betroffenen Bevölkerung das Projekt ab.

3.) Besonders bekannt wurden die von den Frauen angeführten Aufstände v.a. in Simak: im Februar 91 erschossen die Militärs hunderte von Mauleseln, um das Verbot des eigenständigen Kohleabbaus und -verkaufs durchzusetzen, worauf kaum eine Verwaltungseinrichtung von den wütenden Angriffen der Frauen (und Männer) verschont blieb und sie den Widerstand bis zum Newroz in einen Volksaufstand ausgeweitet hatten.

4.) Während des Newroz 92 wurde ein kurdischer Junge von einem deutschen NVA-Panzer zu Tode geschleift. Die weltweit bekanntgewordenen Pressebilder konnten ausnahmsweise das BRD-Regime daran hindern, diese Tatsache des direkten Einstzes deutscher Kriegsmittel gegen die kurdische Bevölkerung weiter zu leugnen, weshalb für kurze Zeit die Forderung nach Stornierung deutscher Rüstungslieferungen ein wenig Wirkung zeigte. Nach dem Abebben der Schlagzeilen und dem massiven Protest in der Türkei wurde das aber schnell aufgehoben.

5.) „Zuhause befiehlt immer der Vater, und wenn er nicht da ist, der Bruder. Bei der Guerilla kann ich mich endlich selbst bestimmen, auch Kommandeurin werden..." (sinngemäßes Zitat einer jungen Frau von der PKK).

6.) „Bergtürken" = minderwertig. Verbot alles Kurdischen, der Sprache, Geschichte, Traditionen etc. , schon in der Schule werden kurdisch sprechende Kinder von den türkischen Lehrern verprügelt.

7.) YJWK = Verband patriotischer Frauen Kurdistans, Frauenorganisation der PKK. Zitat aus einem Beitrag zur Situation emigrierter kurdischer Frauen 1992: „Die Kurden als Menschen aus einer fremden Gesellschaft haben andere soziale und politische Eigenschaften als andere Völker wie z.B. die Griechen, Jugoslawen, Türken usw."

8.) Mit „Kollektiv" ist die Unterordnung unter den Willen der patriarchalen Führung in Familie und Partei gemeint. YJWK: „Sie (gemeint sind die Frauen in Kurdistan) haben das Bewußtsein erlangt, daß Befreiung nur durch ein befreites Land möglich ist. Genauso die Befreiung der Frau." zit. nach Radikal von 12/94.

9.) „... es ist wichtig, daß die Frau die Verantwortung ihrer Aufgabe als Brücke zur Einbeziehung der Familie in den Dienst der Revolution sich bewußt macht und ausfüllt". zitiert aus einem PKK-Frauen-Text in der BRD zum 8. März 94.

10.) Mit der Naturalisierung des „Kurdischen" werden sowohl die kurdischen Menschen ethnisiert, indem „das Kurdische" von der Partei festgelegt und alles unerwünschte Verhalten als „der kurdischen Natur, der kurdischen Nation und dem kurdischen Menschen zuwiderlaufend" bekämpft wird, als auch diejenigen ausgegrenzt und unterdrückt, die nicht „kurdisch" sind oder sein wollen.

11.) Aus dem Kontext geht hoffentlich klar genug hervor, daß wir NICHT die marxistische Konzeption gesellschaftlicher Kämpfe zur „Fortschrittsentwicklung" auf dem Weg zur „klassenlosen Gesellschaft" im Kopf haben.

„Kommunismus" verstehen wir als kritischen Kampfbegriff für eine Gesellschaft, die den patriarchal-kapitalistischen Kult des Produktivismus mit seiner Gier zur immer weiter modernisierenden menschlichen Lebens VerWERTung und in immer mehr NICHT VerWERTbares, das heißt in Menschen ohne Existenz„berechtigung", aufhebt und jede Ausbeutung, Macht und Gewalt und damit die sexistischen und rassistischen Grundlagen dieses Systems beseitigt.

UNSER GEZETER ZUM BEKENNERSCHREIBEN DER ROTEN ZORA

Einige Aussagen der Roten Zora widersprechen sich mit unseren Erfahrungen. Es geht aus dem Schreiben nicht hervor, woher sie ihre Informationen haben.
Die Rote Zora idealisiert die Subsistenzwirtschaft und unterschlägt somit, daß auch vor dem Krieg des türkischen Regimes feudale Strukturen und patriarchale Unterdrückung geherrscht haben. Gerade deswegen sehen ja Frauen ihre Befreiung durch die Beteiligung an der Guerilla. Wie kommen sie darauf, anzunehmen, daß sich alle oder viele der KleinbürgerInnen nach ihrer vergangenen Lebensform, der Subsistenzwirtschaft, zurücksehnen? (Auch wenn wir uns das vielleicht in unserem Metropolenkopf wünschen.) Aus Texten von kurdischen GenossInnen sind uns mehr Kritik an der staatlich gelenkten Unterentwicklung in den kurdischen Gebieten bekannt. Das kann den Wunsch nach Industrialisierung ausdrücken, auch wenn konkret eher Bildungsmöglichkeiten genannt werden.
Wir (d.Red.) vermuten hinter den Ausführungen der Roten Zora den Traum von einem Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, einem Leben im Einklang mit der "Natur", in gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen. Das finden wir schön, davon träumen wir nämlich auch. Sozialismus, wie er bisher praktiziert wurd, ist für uns auch keine Alternative, mit dem Technokratisierungswahn, der Industrialisierung, die die Entwurzelung und Entfremdung der Menschen, die dort arbeiteten mit sich brachte, und die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichtes verursachte. Nur projeziert die Rote Zora diese Wünsche auf die KurdInnen; genau das, was sie am Anfang ihres Textes kritisiert. Wir wollen nicht behaupten, daß es keine KurdInnen gibt, die diesen Traum auch träumen - nur wissen tun wir (d.Red.) das nicht.
Wir finden auch die Trennung, die die Rote Zora in ihrem Schreiben vornimmt, von PKK einerseits und Frauen, die für die soziale Befreiung kämpfen andererseits, falsch. Die Frauen sind (auch) die PKK, was immer wieder von ihnen betont wird. Das nicht anzuerkennen heißt, sie nicht ernst zu nehmen. Die Kämpfe der Frauen um soziale Befreiung sind Teil der PKK, auch wenn uns das vielleicht nicht in den Kram paßt. Die ersten Angriffe, die die PKK mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1984 durchführte, galten kurdischen Agas (Großgrundbesitzern).
Die Rote Zora sitzt dabei Parteipropaganda auf, wenn sie die PKK als einen homogenen Block behandelt. Jede Partei ist bemüht, innere Widersprüche zu vertuschen und sich geschlossen darzustellen, deswegen müssen wir das noch lange nicht glauben. Freiheit und Unabhängigkeit des kurdischen Volkes hat sich als kleinster gemeinsamer Nenner in der kurdischen Befreiungsbewegung herauskristallisiert. Das ist durchaus kritisierbar. Welche Vorstellungen sich darüberhinaus durchsetzen werden, ist eine Machtfrage innerhalb der Partei und unseres Wissens ist sie noch nicht entschieden. Deswegen wäre Unterstützung von GenossInnen innerhalb der Partei notwendig und nicht eine platte Verurteilung der PKK.

Für wen schreibt Ihr denn?

Die Überlegungen der Roten Zora zu Internationalsimus, Antirassismus und feministischer Solidarität stoßen uns bitter auf. Dort schreibt die Rote Zora von *"UNS, UNSEREM Eingebundensein in diese Metropolen-Frauenrealität, UNSERER Unterschiede, die UNS vom Sockel geholt haben, UNSERER Einsicht, die UNS bescheidener gemacht hat, UNSERER Sensibilität und Bereitschaft zu Selbstkritik"* usw. Dieses UNS meint weiße Metropolenfrauen und auch nur die, die nicht behindert, nicht jüdisch sind. Alle anderen schließen sie damit aus. Wir können da nicht mal eine Veränderung in der Sprache erkennen. Den "Anderen" widmen sie dann einen Satz, der definiert, wie sie sind - die "Anderen". Da sollen ihre Werte, Handlungen und Kämpfe anders sein, weniger an dem hier herrschenden Produktivismus und der "Unabhängigkeit des Individums" und mehr auf die soziale Reproduktion gerichtet. Das ist eine rassistische Projektion. Es sind viele unterschiedliche Frauen, die unterschiedlich kämpfen. Da wird ein Satz nie und nimmer reichen. Da müssen sie schon mehr Sätze investieren.
Den weißen Metropolenfrauen soll dann das Einlassen auf die "Anderen" schmackhaft gemacht werden, das ist nämlich lustvoll und lebendig. Dafür können weiße Metropolenfrauen dann auch ihre Priviligien nutzen, um den Kampf zu unterstützen. Die Rote Zora umwirbt die weißen Metropolenfrauen (warum gerade die?). Sie wollen diese Frauen nicht vor den Kopf stoßen und stoßen die anderen Frauen damit weg. Das vor den Kopfstoßen der weißen Ladys sollen dann wieder die "Anderen" übernehmen, indem sie die produktivistischen und rassistischen Werte und Handlungen konfrontieren. Nutzt doch **Eure** Privilegien um die weißen Metropolenfrauen zu konfrontieren.
Ja - und wie weiter? Nutzen wir unsere Privilegien, um zu pöbeln und verlieren unsere Leserinnen!?

"Frauenfrage" und PKK

Die Rote Zora macht ihre Abgrenzung zur PKK über Behauptungen ohne Belege klar. Damit verhindert sie eine Auseinandersetzung mit den Frauen, die in der PKK organisiert sind. Wir halten diese Auseinandersetzung für richtig und wichtig. Außerdem sehen wir kaum eine Möglichkeit in Deutschland mit "unorganisierten" aber kämpfenden kurdischen Frauen zu führen. Sich auf welche zu beziehen, ohne die Möglichkeit eines Austausches zu haben macht die Solidarität sehr einfach. Wir werden nicht mit konträren Ansichten konfrontiert. Unser Ziel kann nicht sein, ungestört unser eigenes Süppchen weiter zu köcheln. Wo bleibt da der Ausbruch aus den uns zugedachten "Kleinkreisen?"
Wir werden versuchen, unsere Kritik an der PKK zu formulieren und ein wenig allgemeine Parteikritik mit einfließen lassen. Als erstes werden wir aus dem, was uns bekannt ist, die Parteilinie zum Thema Frauen schildern. Es dürfte bekannt sein, daß

Frauen gegen die Vertreibung aus den Dörfern kämpfen, Gefangenen-Soliarbeit machen, sich gegen die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern und in den kurdischen Ghettos der türkischen Städte organisieren, und daß es in der ARGK eigene Fraueneinheiten gibt. Die Frauen sind also eine tragende Kraft der Kämpfe in Kurdistan. Wie geht die PKK damit um? Einmal wird in Parteipuplikationen immer wieder darauf hingewiesen, daß es keine Befreiung Kurdistans geben wird ohne die Befreiung der Frau. Allerdings haben wir keine konkrete Definition finden können, was die Befreiung der Frau sein soll. Als Indiz für die Frauenbefreiung wird immer wieder auf die hohe Beteiligung der Frauen in der Guerillia verwiesen. ParteivertreterInnen stellen die Frauen als "unterentwickelt" dar und loben die Bemühungen der Partei, die Frauen zu fördern. Genannt werden Ziele wie der Aufbau von Selbstbewußtsein, Entwicklung der Persönlichkeit, Reden auch vor Männern, Ablegen von Sklavinnenverhalten usw.. Die Partei behauptet, daß die Frauen in den gemischten Einheiten den Männern den Vortritt gelassen hätten und mit der Gründung der Frauenbatallione den Frauen die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihre Fähigkeiten besser zu entwikkeln. Weiterhin sollen dort Frauen eingesetzt werden, die sich in gemischten Batallionen nicht durchsetzen könnten.
Mißtrauen gegenüber dieser Version der Dinge ist selbstverständlich angebracht. Unsres Informationsstandes nach gab es erst die Frauenbatallione und dann die Propaganda. Wir vermuten, daß Frauen die Fraueneinheiten errungen haben, um unter besseren Bedingungen kämpfen zu können - um nicht gleichzeitig den Kampf um Anerkennung von kurdischen Männern führen zu müssen. Spannend wär auch zu erfahren, ob sie sich diese Einheiten geschaffen haben, um autonomer für ihre Ziele kämpfen zu können.
Leider konnten wir weder Texte finden, in denen die Entstehungsgeschichte der Frauenarmee erzählt wird, noch welche über die Ziele der Gründerinnen. Wird dieses Thema behandelt, wird immer wieder auf die Initiative der PKK hingewiesen, und daß Abdullah Öcalan dahinter steht, seine Analysen zitiert, aber keine von Frauen. Was sollen Interviews mit Frauen, die nur Zitate von Männern bringen?

Interview zur Gründung der Frauenarmee
Im folgenden geben wir ein Interview mit einer Guerillera, die einige Jahre in Kurdistan gekämpft hat zur Gründung der Frauenarmee in Kurdistan wieder.

Warum war es notwendig, diese Armee zu gründen? Wie war die bisherige Situation der Frauen bei der Guerilla?

Die Strukturen der kurdischen Gesellschaft spiegeln sich zum Teil auch im Leben der Guerilla wieder. Das heißt, die Mann-Frau-Beziehung in ihrer Rollenaufteilung wurde durch traditionelle Normen gesichert. Frauen und Männer wie durch Mauern streng getrennt gehalten. Sie wurden so erzogen, daß die Frauen stets dem Mann zu gehorchen hatte, während der Mann in seiner Rolle als Befehlserteiler über die Frau herrschte. Die starke patriachale Unterdrückung der kurdischen Frauen in Kurdistan ist auch ein Resultat der despotischen Unterdrückung durch die Kolonialisten.
Die kurdischen Frauen sehen in der Befreiungsbewegung Kurdistans verstärkt auch ihren Kampf um Freiheit. Mit der Entwicklung der Bewegung nahm auch die Zahl der Frauen in ihr permantent zu. Natürlich waren sie auch hier zum Teil mit den klassischen gesellschaftlichen Problemen konfrontiert. Viele von ihnen waren immer noch ihrer alten Rolle verhaftet und sahen im Mann ihre Stütze. Aber auch die Männer waren nicht frei von der traditionellen Erziehung.
Das Zusammentreffen dieser beiden Welten beeinflußte das Leben bei der Guerilla. Unsere Partei, und insbesondere unser Generalsekretär Abdulah Öcalan, haben seit der Entstehung des Befreiungskampfes diese Frage analysiert und zu ihrer Lösung wichtige Schritte eingeleitet. Die Lösung der Frauenfrage kann nur dann stattfinden, wenn sie prinzipiell als "Revolution in der Revolution" gesehen wird. Dementsprechend lernten die Frauen bei der Guerilla ihre eigene Bedeutung für die Befreiung Kurdistans kennen. Sie leben mit der Erkenntnis, daß ohne ihren revolutionären Kampf um Befreiung die Revolution in Kurdistan nicht stattfinden kann. In diesem Bewußtsein haben sich die Frauen politisiert. Natürlich entwickelte sich dieser Prozeß auch bei den Guerilleros. Denn die Befreiungsbewegung Kurdistans sieht die Frauenfrage nicht nur als eine Frage der Frauen. Sie ist ein gesellschaftliches Problem, das historische Zusammenhänge mit der Besetzung Kurdistans hat, die wissenschaftlich belegbar sind.
Ich möchte versuchen, das Aufeinanderprallen der beiden Welten bei der Guerilla in einigen Beispielen zu verdeutlichen. Die weiblichen Kommandantinnen fanden in ihrer Funktion meistens keine Akzeptanz, weder bei den Männern noch bei den Frauen. Einigen Männern fiel es immer noch schwer, sich an die Befehle einer Kommandantin zu halten. Ebenso wurden sie auch von vielen Frauen zunächst nicht respektiert. Der gesellschaftlich bedingte weibliche Minderwertigkeitskomplex war der ausschlaggebende Grund für diese fehlende Akzeptanz. Gleichzeitig aber war die Tatsache, daß auch eine Frau Kommandantin werden kann, ein Beitrag zum Selbstbewußtsein der Frauen. Die wachsende Zahl der Frauen im Guerillakampf machte eine spezielle Organisation notwendig, weil der Mann eine eigenständige Entfaltung der Fähigkeiten der Frau behindert. Seine Anwesenheit schüchtert sie ein.
Um in der kurdischen Gesellschaft und bei der Guerilla die volle Anerkennung zu erreichen, mußte neben der politischen auch eine eigene militärische Organisierung eingeführt werden. Dadurch haben die Frauen die Möglichkeit, sich eigenständig, frei und unabhängig - ohne sich als Schatten des Mannes zu fühlen - zu entwickeln. Jeder freie praktische Schritt vermittelt der Frau mehr an Selbstvertrauen. Der Weg zur Verwirklichung der "Revolution in der Revolution" kann in Kurdistan nur über eine Frauenarmee gehen.
Für eine radikale soziale Umwälzung gerade in diesem Bereich unserer Kultur ist die Gründung der Frauenarmee ebenso der Beginn einer neuen Zeit wie es der 15. August 1984 (Beginn des bewaffneten Kampfes) für unsere Gesellschaft war.

Ein weiterer zentraler Punkt in der Frauenpolitik der PKK sind die Erklärungen zu Ehe/Beziehungen. Dazu vorneweg: Mit Beziehungen sind in den Publikationen immer Beziehungen zwischen Frauen und Männern gemeint. Lesben/lesbische Sexualität sind Tabuthemen. Wir konnten keine Äußerungen dazu ausfindig machen. Vor diesem Hintergrund sind dann die Forderungen der Freien Frauenbewegung Kurdistans (TAJK) zu deuten.

(42)

(...) 5. Die Frau muß von ihrer Unentschlossenheit zur Macht und der Mann von seiner jahrhundertelangen Herrschermentalität Abstand nehmen.
6. Es muß eine Wende und Änderungen auf beiden Seiten, also beim Mann und bei der Frau, geben.
9. Die Frau muß auf ihre eigene Kraft vertrauen und kein Bedürfnis nach Anlehnung haben
11. Unser Kampf muß sich gegen die herrschenden Mann - Frau - Beziehungen richten, wenn die herrschenden klassischen Haltungen nicht überwunden werden, bleiben Diskussionen über die Rechte und Freiheit der Frau nichts als Phantasieprodukte.
14. Der Mann muß seine historische Herrschermentalität ablegen, während die Frau die Freiheit als ihre eigene Freiheit begreifen muß.

(aus: Internationale Konferenz der Frauen aus Kurdistan, zum internationalen Frauentag, 1994)

Beziehungen zwischen Frauen und Männern werden nicht nur in der Guerilla mit der Begründung abgelehnt, wahre Liebe könne nur zwischen freien Menschen entstehen (wie wahr). Erst sollen im revolutionären Kampf die neuen Menschen geschaffen werden, um dann freie Beziehungen eingehen zu können. Dazu vielleicht mal ein Zitat von Abdullah Öcalan auf die Frage "Was meinen Sie damit, sie (die Frauen) sollen neu lieben lernen?".

"In der Kurdischen Gesellschaft ist die Beziehung zwischen Mann und Frau eine Art Kollaboration. Es gibt den Herrscher, das ist der Mann, und es gibt die Vasallin, das ist die Frau. Ich habe das an mir selbst gesehen. Ich habe auch in einer solchen herkömmlichen Ehe gelebt, in der die Geschlechtlichkeit zur Ware wird. Du gibst mir deine Sexualität, und dafür gebe ich dir materielle Sicherheit. Für die Frauen hieß das auch, daß sie aus dem sozialen und politischen Leben ausgeblendet waren. Ich sah darin einen unglaublichen Fall für Frauen und für Männer. Wir wollen diese Beziehungen nicht mehr, die nach Ware und Besitz riechen."

Oberstes Ziel bleibt die nationale Befreiung. Die Förderung der Partei soll die Frauen dazu befähigen, ihren Platz in der Bewegung einzunehmen. Die in einigen Publikationen als Huldigung getarnt Festlegung der kurdischen Frau, als Hort der kurdischen Kultur und als Vermittlerin an die nächste Generation, können wir nur ablehnen.

Als Feministinnen lehnen wir solche Festschreibungen, Andichtungen von Qualitäten aufgrund unseres Geschlechtes ab und kämpfen für die Möglichkeit der freien Entscheidung unseres Sein.

Zu unserer Kritik an der kurdischen Frauenbefreiung

Kritik an der kurdischen Frauenbewegung wird oft mit dem Hinweis beantwortet, daß die kurdischen Frauen und damit die kurdische Gesellschaft in den letzten zehn Jahren Entwicklungen gemacht hätten, für die der Westen hunderte von Jahren gebraucht hätte, und das wäre schon eine ungeheure Leistung. Wir finden, daß solche Antworten eine eurozentristische Sicht ausdrükken, so als hätten die Frauen in Europa schon das größte Maß an Freiheit erreicht - der "Rest" hinge etwas hinterher und "wir hier" müßten uns noch ein bißchen gedulden, dann hätten die "Anderen" unseren Stand erreicht. Dann könnten wir gemeinsam weitergehen.

Wir denken, daß die Wege zur Befreiung **nicht** über ein festgelegtes Muster verlaufen. Feudalismus - Kapitalismus - Sozialismus - Kommunismus und dazwischen noch Faschismus als letzte Zuckung des Kapitals ist Quatsch. Die Geschichte hat das bewiesen.

Frauen aus Kurdistan werden nicht für unsere Art von Freiheit oder Freiraum kämpfen, zumal wir mit unserer (Identitäts-)Politik in der Sackgasse stecken. Wir versuchen trotzdem Kritik an ihren Werten zu äußern und hoffen dabei aus unserem Sumpf etwas herausgeschaut zu haben.

Die Frau hat in Kurdistan über längere Zeit die Ehre der Familie/des Mannes verkörpert. Bei drohender Vergewaltigung oder erlittener Vergewaltigung blieb Frauen oft nur die Möglichkeit, Selbstmord zu begehen. Nach niedergeschlagenen Aufständen in früherer Zeit begangen tausende Frauen Selbstmord, um nicht in die Hände türkischer Soldaten zu fallen, die Vergewaltigung als Kriegswaffe gegen Frauen und Mädchen einsetzten und einsetzen. Inzwischen haben sich Frauen die Möglichkeit geschaffen, aktiv am Kampf teilzunehmen. Guerilleras, die im Kampf gestorben sind, werden als Märtyrerinnen gefeiert, ebenso wie Frauen, die sich selbst verbrennen oder im Hungerstreik sterben. Im Kampf kann eine ihr Leben verlieren, und es kann auch nicht das oberste Ziel sein, daß eigene Leben zu schützen. Wir finden es auch wichtig, die Toten nicht zu vergessen, aber wir finden es wichtiger, für die Revolution zu leben und zu kämpfen, als für sie zu sterben

Wir sehen im Selbstmord keine Heldinnentat, auch wenn Mut dazu nötig sein kann, sondern Verzweiflung. Wir lehnen Märtyrertum ab. Wir wollen die Frauen, wegen ihrer Gedanken und Taten schätzen, nicht um ihres Todes Willen.

(Aus der Zeitschrift Amazora)

Nur im gemeinsamen Kampf über alle Grenzen, werden wir Frauen uns unsere Zukunft erobern

(93)

Aufruf zum FrauenLesbenblock auf der Demonstration „Für eine politische Lösung in Kurdistan" am 18.11.95 in Köln um 11Uhr ab Ebertplatz

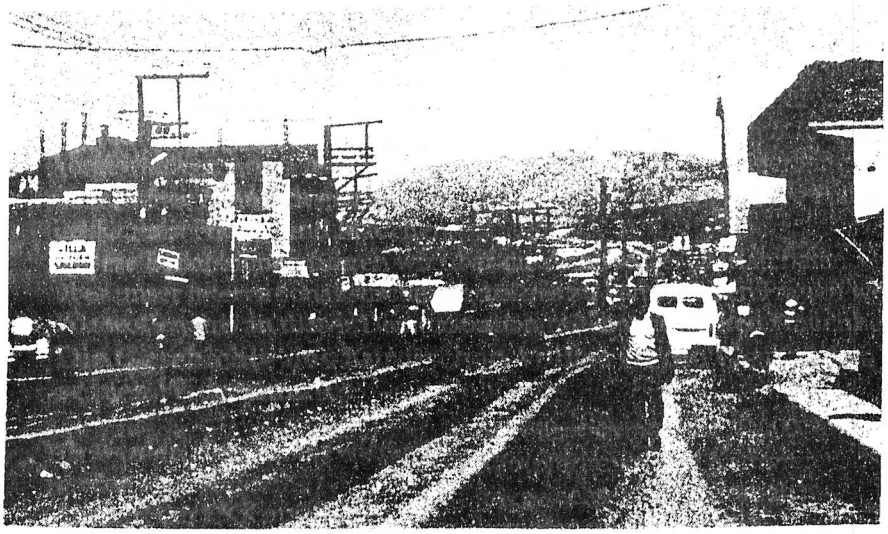
Die Demo „für eine politische Lösung in Kurdistan" ist eine Initiative verschiedener, im wesentlichen deutscher Solidaritätsgruppen zu Kurdistan und richtet sich anläßlich des zweiten Jahrestages gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine in der BRD seit 1993.
Wir, das Hamburger FrauenLesben-Plenum bestehen aus verschiedenen FrauenLesben-Gruppen und treffen uns seit gut 2 Jahren mit dem Ziel feministische Perspektiven und Strategien zu diskutieren und umzusetzen. Wir haben uns an der Kampagne gegen Sexismus in der Linken beteiligt und in Hamburg Vergewaltiger, Anwälte von Vergewaltigern, den Vergewaltiger eines Mädchens und andere sexistische Gewalttäter öffentlich gemacht und Initiativen ergriffen. Unsere Politik bestimmt sich dabei an der Parteilichkeit mit Frauen und Mädchen.
Unsere Diskussionen führen wir über die Analyse der patriarchalen Verhältnisse in der Metropole und über unser internationalistisches Verhältnis zu kämpfenden Frauen weltweit.
Wir wollen uns an dieser Demonstration mit einem starken FrauenLesben-Block beteiligen.

Die Geschichte des Kurdischen Volkes ist die Geschichte seiner Unterdrückung - und seines Widerstandes

Wir werden siegen oder wir werden siegen
(Antwort der PKK auf die Drohung der türkischen Ministerpräsidentin Ciller: „Wir werden alle Kurden vernichten oder wir werden sie vernichten")
Seit Jahrzehnten wird Kurdistan von der Türkei im Verbund mit anderen imperialistischen Staaten, hauptsächlich den USA und der BRD, mit grenzenloser militärischer Gewalt ausgeraubt, geplündert und kolonialisiert. Hundertausende kurdische Menschen sind aus ihren Dörfern vertrieben, tausende von Dörfern zerstört, tausende Menschen ermordet oder verhaftet worden.
Trotzdem bis heute die nationale Existenz des kurdischen Volkes geleugnet wird, wächst sein Widerstand. Seit Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1984 durch die PKK ist die Volksbefreiungsarmee auf 30.000 Kämpferinnen und Kämpfer angewachsen, 8000 Frauen kämpfen in der Guerilla.
Aufgrund der starken Repression ist legaler Widerstand nicht möglich, die Beispiele der kurdischen Partei HADEP und der Zeitung Yeni Politika zeigen dies mit bitterer Deutlichkeit (4 Abgeordnete zu lebenslanger Haft verurteilt, mindestens 20 Journalistinnen und Journalisten ermordet ... usw. ...)

Der kurdische Befreiungskampf richtet sich nicht nur gegen die koloniale Unterdrückung, sondern er ist auch ein Kampf um die soziale Befreiung, gegen die halbfeudalen, rückständigen und ausbeuterischen Strukturen in Kurdistan selbst.

Der Grad der Befreiung der Frau definiert den Grad der Befreiung der Gesellschaft



Zeitgleich mit dem Entstehungsprozeß der PKK setzte auch der Entstehungsprozeß der kurdischen Frauenbewegung ein. In den 70er Jahren wurde in den Städten unter den Frauen agitiert und mobilisiert. Ende der 70er Jahre leisteten die Bäuerinnen mutigen Widerstand in der Auflehnung der armen Bauernschaft gegen die Feudalherren und die Unterdrückung durch die Militärpolizei.
In einer Gesellschaft, in der den Frauen kein anderer Platz eingeräumt wurde als im Haus ihres Vaters oder Ehemannes, wo sie teilweise nicht einmal ohne Erlaubnis die Nachbarn besuchen durften und konsequent dem politischen und sozialen Leben ferngehalten wurden, war es für die damaligen Verhältnisse eine Revolution, daß Frauen dazu aufforderten, ganz und gar auf ihre eigene Kraft zu vertrauen und bewaffnet mit diesem Vertrauen den Kampf beginnen sollten. Es bedeutete für die Frauen, den Mut aufbringen zu können sich gegen die Zwänge des Verheiratetwerdens, der Mitgift, der Prügel auflehnen zu können. Auch wenn sie unter sich noch nicht organisiert waren, konnten sie unter dem Schutz der Befreiungsbewegungen Widerstand leisten.
Als Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen Frauen, die am Befreiungskampf teilnahmen, und der Frauen im Exil, die schon länger eine Frauen-

organisation forderten, wurde 1987 der Verband der patriotischen Frauen Kurdistans (YJWK - Yekitiya Jinen Welatparezen Kurdistan) gegründet. Es war das erste Mal, daß Frauen in Kurdistan ihre eigene Organisation besaßen. Viele Frauen haben sich über diese Anerkennung gefreut, Selbstvertrauen entwickelt und in wachsender Zahl am bewaffneten Kampf teilgenommen.
Das wachsende Vertrauen der Frauen in ihre eigene Kraft zeigte sich nicht nur an der Teilnahme am bewaffneten Kampf. Frauen organisierten sich in Volkskomitees und trugen durch ihre Aktivitäten maßgeblich zum Erfolg der Volksaufstände bei. In den türkischen Metropolen wurden kurdische Frauenvereine gegründet, in Europa wurden Demonstrationen, Hungerstreiks, Feste und andere

Aktionen organisiert und viele Frauen entschieden sich, nach Kurdistan zu gehen und in der Guerilla zu kämpfen. Die große Beteiligung der Frauen am bewaffneten Kampf war ein Aspekt, der zur Gründung reiner Fraueneinheiten führte.

Um die eigenständige Organisierung der Frauen zu gewährleisten, fand vom 8.März bis zum 17.Juli 1993 der 1. Nationale Kongreß der Frauen Kurdistans in Kurdistan statt. Daran nahmen 700 Frauen aus der Guerilla teil. Es wurde beschlossen, eine eigene Frauenarmee zu gründen und auf der politisch-organisatorischen Ebene eine eigenständige freie Frauenbewegung zu gründen.
Die Vertretung der kurdischen Frauen in Europa hat auf der ersten internationalen kurdischen Frauenkonferenz am 8.März 1994 den Beschluß bekanntgegeben, die YJWK in Freie Frauenbewegung Kurdistan (TAJK) umzubenennen.
Auf der internationalen kurdischen Frauenkonferenz lag das besondere Ziel in Verwirklichung internationaler solidarischer Beziehungen und Zusammenarbeit.
Seither waren die kurdischen Frauen auch in der Organisierung von Frauen aus allen 4 Teilen des besetzten Kurdistans und in Europa erfolgreich.
„Um der Entwicklung ihrer Aktivitäten und der Entwicklung einer organisatorischen Struktur..." Ausdruck zu verleihen, hat sich die TAJK auf dem Nationalen Kongreß der Frauen Kurdistans im März 1995 in Kurdistan in den Freien Frauenverband Kurdistans (YAJK) umbenannt. Auch die Frauenarmee wurde inzwischen gegründet.
Zur Gründung der Frauenarmee sagte eine Vertreterin der YAJK folgendes: „Wir als Frauen müssen in allen Bereichen Gleichheit und Freiheit erkämpfen. Das ist auch in der Armee so. Es ist grob ausgedrückt, die Realität, daß in einer Gesellschaft, in der alle Waffen in den Händen der Männer sind, sich das Gleichgewicht zu Ungunsten der Frauen entwicklen wird.
Auch in anderen Ländern waren Frauen in den revolutionären Armeen, aber sie haben nicht die Freiheit erlangt. Um die Freiheit zu erlangen, ist Gleichgewicht im politischen, sozialen, ökonomischen und auch militärischen Bereich notwendig, damit für Unterdrückung kein Raum mehr bleibt. Deshalb hatten wir zunächst in unserer allgemeinen Armee eine freie Organisierung begonnen. Wenn wir bei der Befreiung und Erkämpfung der Macht Gleichheit schaffen wollen, werden wir das mit unserem eigenen Willen, mit unserem Bewußtsein und Selbstvertrauen schaffen, wenn wir auf unseren eigenen Beinen stehen. Das ist unser Ziel und das werden wir in der Praxis beharrlich verteidigen". (Helin Ates, Vertreterin der YAJK im Sommer dieses Jahres in Yeni Polika).
Die Frauen in Kurdistan versuchen mit den gängigen Rollenklischees der unselbstständigen, passiven Frau zu brechen und sich ein starkes, selbstbewußtes Selbstbild zurückzuerkämpfen. Sie gehen in ihrer Analyse von der Dreifachen Unterdrückung der kurdischen Frauen aus, durch die örtlichen feudalistischen Strukturen, die das Agatum (Großgrundbesitzertum) und die Leibeigenschaft am Leben hielten, den türkischen Kolonialismus, der Land besetzt hält und die Frauen als billige Arbeitskräfte ausbeutet und die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, wo die Familie zum Herrschaftsbereich des kurdischen Mannes gemacht wird und die Frauen als willenloses Wesen in die Versklavung zwingt.
In ihrem Kampf gegen diese umfassende Unterdrückung beziehen sie die Erfahrungen der Geschichte revolutionärer Kämpfe ein: „... Ohne Organisierung und (damit) die Lösung der Frage dem Zufall und Schicksal zu überlassen kann auf gar

keinen Fall eine Lösung bedeuten. Genauso wie die Männer und Frauen in den bisherigen Revolutionen der Welt und in den sozialistischen Revolutionen Schulter und Schulter gekämpft haben, und trotzdem sie all ihre Möglichkeiten der Revolution gegeben haben, sich nach der Revolution nicht viel verändert hatte. Nachdem sie wieder ins Alltagsleben zurückgekehrt sind, war keine eigene zukunftsweisende Organisierung hergestellt worden. Denn mit der Revolution verschwinden die bis dahin wirksamen Wertmaßstäbe nicht plötzlich und ändert sich der männliche Herrschaftsbegriff nicht von allein. Wenn dabei auch die traditionelle weibliche sklavische und unterwürfige Haltung fortbesteht, wird die Ausbeutung als Geschlecht weitergehen. Wir wollen nicht in diese Lage kommen..."
Die kurdischen Frauen wissen, daß die nationale Befreiung nicht automatisch die Befreiung der Frauen mit sich bringen wird. Deshalb kämpfen sie auf allen Ebenen um eine eigenständige Organisierung, um die Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit und um ihre Befreiung. Sie wissen auch um den langandauernden Kampf gegen die patriarchale Unterdrückung durch den einzelnen Mann und auch deshalb sagen sie, die Frauenfrage ist eine Männerfrage. „ ...Der Mann muß seine historische Herrschermentalität ablegen, während die Frau die Freiheit als ihre eigene Freiheit begreifen muß..."
Die persönliche Entwicklung ist für sie immer ein Teil im revolutionären Prozeß.
„... Die Befreiung aus der Ausbeutung und der Aufbruch zur Freiheit wird mit der Verwirklichung der Revolution in der eigenen Persönlichkeit möglich...".
(Obige Zitate sind aus den Beiträgen zur internationalen kurdischen Frauenkonferenz, 8.3.1994, Köln)

Die Frauen der YAJK begrenzen ihren Kampf um Befreiung nicht auf die Situation in Kurdistan, sondern stellen sich in den internationalen Zusammenhang und begreifen ihre Kämpfe als Teil des Kampfes von Frauen gegen das Patriarchat und Imperialismus weltweit.

„Kämpfend befreien wir uns; befreiend verändern wir uns; verändernd lernen wir neu zu lieben"

Durch diese Parole fingen wir als Suchende an uns zu fragen, „Was für ein Leben suchen wir? Und wir haben begriffen, daß wir die Sklaverei mit ihren Formen der Beziehung zerstören müssen und uns in die vorderste Kraft der Befreiung verwandeln müssen, denn wenn wir das nicht machen, wird nichts sein" (An alle Frauen die sich nach Freiheit sehnen - Grußbotschaft kurdischer Frauen aus der Guerilla zum 8.März 1995)

Hoch die Internationale Feministische Solidarität!

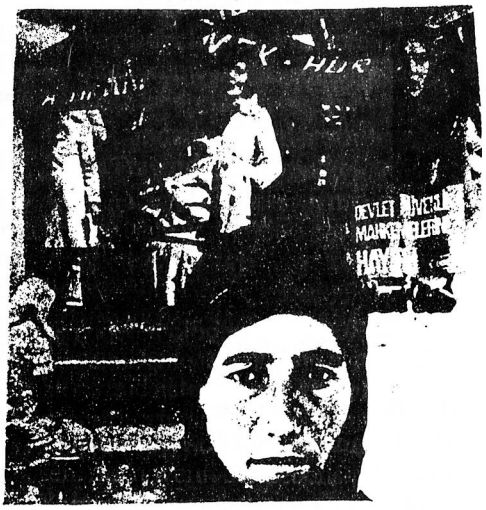
Als internationalistische Feministinnen begreifen wir unsere Kämpfe hier in der BRD als einen Beitrag zum internationalen Kampf von FrauenLesben und um Befreiung von Imperialismus und Patriarchat.
Das imperialistische Patriarchat existiert mittlerweile fast weltweit. Es teilt die Welt in „arme" und „reiche" Länder, in imperialistische Länder und Länder, die ausgebeutet und kolonialisiert werden. Unsere Analyse geht zudem davon aus, daß die Unterdrückung von FrauenLesben weltweit ebenso durch ihr soziales Geschlecht als Frau bestimmt ist, wie durch Klassenunterdrückung und Rassismus. Männer befinden sich in diesen Hierarchien immer „über" den Frauen, und sie profitieren davon. Deshalb organisieren wir uns ausschließlich als FrauenLesben und kämpfen und solidarisieren uns immer wieder für und mit FrauenLesben.

Die patriarchale Gewalt und ihre Auswirkungen prägen unsere Lebens- und Kampfbedingungen auch hier in den Metropolen. Sie bezweckt unser Selbstbewußtsein zu brechen, verhindert Solidarität unter uns und das Vertrauen in die eigene Stärke. Ohne ein Durchbrechen dieser Realität und eine Beseitigung ihrer Ursachen weltweit wird es für Frauen (und Männer) keine Befreiung geben.
Die internationale Situation ist gekennzeichnet von der voranschreitenden gewalttätigen Durchdringung der Trikont-Länder und der ehemals realsozialistischen Länder durch das imperialistische Patriarchat. Für Frauen bedeutet das, sich verschlechternde Lebensbedingungen: Krieg, sich verschärfende ökonomische Ausbeutung und Verarmung und zunehmend sexistische Gewalt.
In der Durchsetzung des imperialistischen Patriarchats spielt die BRD eine wesentliche Rolle. Der Krieg in Kurdistan ist ein imperialistischer Krieg. Die BRD steht bei der Forcierung und Unterstützung dieses Krieges an erster Stelle. Sie beteiligt sich an der Vernichtung des kurdischen Volkes und der Zerschlagung des kurdischen Befreiungskampfes gemäß der Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik der Türkei,

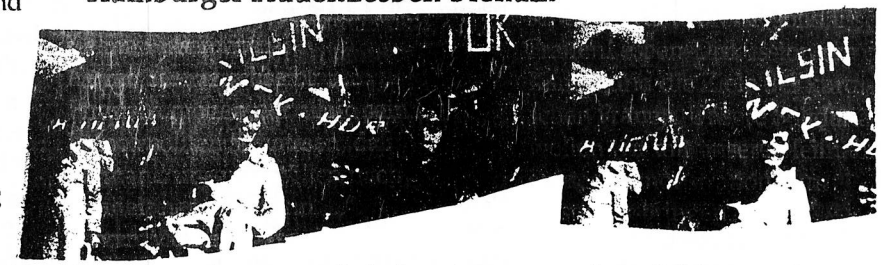
sowohl in Kurdistan als auch hier in der BRD. Sie beteiligt sich am Krieg gegen das kurdische Volk durch militärische Unterstützung der Türkei und durch Ausbildung und direkte Zusammenarbeit des türkischen und des deutschen Repressionsapparates. Beispielhaft für diese Zusammenarbeit und Absprachen ist folgendes Ereignis: Am 8.Mai 1995 wurden in Berlin und Rüsselsheim Angehörige einer kurdischen Familie von Sondereinsatzkommandos überfallen, verprügelt und zum Teil mit dem Vorwurf Mitgliedschaft in der PKK festgenommen. Zeitgleich wurden in Kurdistan Angehörige dieser Familie in ihrem Dorf vom türkischen Militär überfallen und verhaftet.
Seit dem Verbot der PKK in der BRD vor 2Jahren sind der größte Teil der politischen Gefangenen hier Kurdinnen und Kurden. Etwa 500 Kurdinnen sind derzeit in Haft, viele von ihnen müssen mit der Abschiebung in den Folterstaat Türkei rechnen.
Azime Yilmaz und Meryem Yagicibulut sind 2 der Kurdinnen, die mit der Anklage Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§129a) in Haft sitzen.
Über ihre Behandlung im bundesdeutschen Knast schreibt Meryem Yagicibulut folgendes:
„... Jedes Mal, wenn man mir meine Sachen ausgezogen hat, hatte ich das Gefühl eine Kugel in den Kopf zu bekommen. Nachdem ich eine Woche dort geblieben war, habe ich, da ich die deutsche Sprache nicht beherrsche, mit Zeichen versucht zu erklären, daß ich meinen Anwalt oder einen Dolmetscher sprechen möchte. Vier Damen, zwei Polizisten und der Leiter der Strafanstalt haben mich dann in den Keller gebracht, weil ich sie angeblich gestört hatte. Hier befand sich außer einer Liege am Boden und einem Tuch nichts. Drei Tage und drei Nächte hat man mich nackt in diesem Zimmer warten lassen. Ja, ich habe dann noch einmal gesehen und miterlebt, wie man mit dem Stolz und der Ehre eines Menschen spielt und sie mit Füßen tritt...".
Azime Yilmaz schreibt: „... Physisch mögen wir allein sein. Jedoch sollten sie wissen, daß niemand unseren Willen nach Freiheit nehmen kann. ...".
Gegen Meryem Yagicibulut wird Ende diesen Jahres der Prozeß vor dem OLG Hamburg eröffnet.

Aus unserem internationalistischen Verständnis unterstützen wir den kurdischen Befreiungskampf unter Führung der PKK, den Kampf um Selbstbestimmung, gegen Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus, unabhängig davon, daß wir nicht an allen Punkten mit dem Konzept der PKK übereinstimmen. Als internationalistische Feministinnen unterstützen wir besonders den Kampf der kurdischen Frauen um ihre Befreiung. Es ist hier sowohl unsere Aufgabe als auch unser Interesse die Herrschenden an der Durchsetzung ihrer Ziele zu hindern und die imperialistische BRD-Politik anzugreifen. Auch wenn die Lebens- und Kampfbedingungen aller Frauen unterschiedlich sind, wollen wir miteinander kämpfen.
Feministischer Internationalismus wächst aus solidarischem Austausch und Kritik und gegenseitigem Ernstnehmen und Unterstützung. Wir können noch viel voneinander lernen. Wir wünschen uns eine breite, solidarische FrauenLesben-Diskussion um den Kampf und die Ziele der kurdischen Frauen. Unsere Solidariät wollen wir mit unserer Teilnahme an der Demonstration zum Ausdruck bringen.

„Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich. Ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger Mensch in Ketten liegt. Und solange seid auch ihr nicht frei."
(Audre Lord)



Aufhebung des PKK-Verbots!
Sofortiger Stop der Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfen an die Türkei!
Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!
Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf!
Solidarität mit der YAJK!
Für die feministische Revolution weltweit!
Hamburger FrauenLesben-Plenum



ZUM DEMOVERLAUF

Die Demo wurde schon im Vorfeld verboten. Die Abreise von TeilnehmerInnen aus anderen Städten wurde verhindert und "Stadtverbote" verhängt. Trotz massiver Polizeipräsenz ließen sich die DemonstrantInnen nicht daran hindern gegen das PKK-Verbot und das Verbot kurdischer Gruppen Widerstand zu leisten. Nach einigen hundert Metern wurde u.a. auch Tränengas eingesetzt, um die Auflösung der Demonstrierenden zu erzwingen. Als dies nicht geschah, wurden die ca. 300 noch Anwesenden eingekesselt und verhaftet. Auch durch "Im Gewahrsam" konnte die Solidarität und der Widerstand nicht gebrochen werden.
"MUJERES UNIDAS - JAMAS SERA VENCIDAS" (Frauen vereinigt können niemals besiegt werden)

aus Infoverteiler Nr. 47

Österreichweite Hausdurchsuchungen

Am Montag, den 13.11.1995, wurden in Österreich mindestens 17 Hausdurchsuchungen durchgeführt: im Verein „Informationsbüro der DHKC Wien", an einem Arbeitsplatz und in Privatwohnungen. Begründung der Durchsuchungen war laut HD-Befehl der Verdacht gegen „mutmaßliche Mitglieder der DHKC" der Entführung (§ 102 StGB) und Bandenbildung (§ 278 a StGB).
Beschlagnahmt wurden unter anderem ein PC, Disketten, Festplatten, Zeitungen, Bücher, Plakate, Adressen, Korrespondenz sowie diverses Informationsmaterial. Mindestens zwei Menschen wurden kurzzeitig festgenommen. Die Hausdurchsuchungsbefehle erstreckten sich im Falle von Wohngemeinschaften auf die ganze Wohnung, es wurden auch die Räume von Leuten, die in den HD-Befehlen nicht aufgeführt waren durchsucht bzw. deren Sachen beschlagnahmt.
Die „Entführung" konstruieren die Bullen über die Besetzung der „Informationsabteilung für Fremdenverkehr der türkischen Botschaft" („Türkei-Information"):
Am 26.7.1995 besetzten acht Leute das Büro der „Türkei-Information". Ziel der Aktion war es, auf die Politik der faschistischen türkischen Republik aufmerksam zu machen: im letzten Jahr gab es in der Türkei über 300 „Verschwundene" (das „Verschwindenlassen" von Oppositionellen ist in der Türkei inzwischen gang und gäbe). In den der Besetzung vorangegangenen Wochen wurde in der Türkei auf allen Ebenen (demokratisch, illegal ...) eine Kampagne durchgeführt. Auch in anderen europäischen Ländern gab es Protestaktionen dagegen. Die Besetzung der Türkei-Information verlief friedlich, nach Verhandlungen zwischen BesetzerInnen und Polizei konnte auch letztere davon überzeugt werden, von Gewaltanwendung und Festnahmen Abstand zu nehmen, nachdem die Personalien aller acht BesetzerInnen aufgenommen worden waren. In den folgenden Monaten wurden die BesetzerInnen von U-Richterin Hetlinger einvernommen.
Die „Bandenbildung" wird einerseits mit „Hausbesetzungen" und andererseits mit angeblichen „zahlreichen strafbaren Handlungen - vor allem gegen türkische Einrichtungen bzw. in Österreich lebende türkische Staatsangehörige -, wie z.B. ein Brandanschlag am 15.4.1995 auf das Büro der Turkish Airlines in Wien, zu denen sich die Dev Sol bzw. die DHKC bekannten", begründet.
Wegen diesem Anschlag gibt es gerichtliche Vorerhebungen gegen unbekannte Täter. Im Zuge dieses Verfahrens gab es eine Hausdurchsuchung (29.6.1995) im „Verein zum infrastrukturellen Aufbau in Slumgebieten" (VIAS), bei der vorgeblich nach „Stoffen und Farben" gesucht wurde (die „Bekennung" zum Anschlag gegen „Turkish Airlines" fand in Form einer „Devrimci Sol-Fahne", die dort gefunden wurde, statt. Es gibt keinerlei Bekennerschreiben oder Anschlagserklärung dazu) und schließlich ein PC „gefunden" wurde. Nach dieser Hausdurchsuchung wurden die Vorstandsmitglieder des Vereins sowohl zur Staatspolizei als auch zur U-Richterin vorgeladen.
Auffällig ist, daß beide Verfahren - sowohl wegen der Besetzung der „Türkei-Information" als auch wegen dem Anschlag auf „Turkish Airlines" - von Anfang an in ein und demselben Akt und von derselben U-Richterin Hetlinger geführt wurden.
Diese ruchlosen Taten der österreichischen Repressionsorgane sind Teil einer nun schon seit Jahren laufenden Unterdrückungs- und Kriminalisierungskampagne gegen türkisch/kurdische Gruppen in Östereich. Wir erinnern dabei an die Prozesse wegen angeblicher „Schutzgelderpressung", von denen Mitglieder von ATIGF und PKK betroffen waren (siehe Infoverteiler Nr. 37, September 1993). Im Prozeß gegen fünf Mitglieder von ATIGF wurde klar, daß Spendensammeln die „Grundlage" des Vorwurfs der „Schutzgelderpressung" war und die Zeugen der Anklage in Drogengeschäfte verwickelt waren. Trotzdem wurden die Angeklagten verurteilt, und zwar fast ausschließlich zu Haftstrafen, die in etwa der bereits abgesessenen U-Haft entsprachen. Dieses „milde Urteil" rechtfertigte dann die Verweigerung von Visaverlängerungen bei der Fremdenpolizei und die Hetze gegen fortschrittliche türkisch/kurdische Gruppen.

Sofortige Einstellung aller Verfahren!
Schluß mit der Repression gegen fortschrittliche Gruppen!

Wieder gab es Hausdurchsuchungen

Am 23.1.1996 um 6 Uhr früh fanden in Wien 4 Hausdurchsuchungen statt, 2 Privatwohnungen, die Anarchistische Buchhandlung Monte Verita in der Hahngasse im 9.Bezirk, im KSV Lokal (frühere Impressumsadresse des RBH). Beschlagnahmt wurden Computeranlagen, Disketten, schriftliche Unterlagen.
Die Hausdurchsuchungsbefehle richten sich gegen den Revolutionsbräuhof (RBH) und vermutliche Aktivisten. Ermittelt wird gegen J.D. u.a. wegen „Aufforderung zu strafbaren Handlungen", Bildung einer kriminellen Vereinigung", Herabwürdigung der Republik", verbrecherischen Komplotts und - erstmals seit 1945 wegen „Bildung einer staatsfeindlichen Verbindung".
Für den 23.2.1996 haben einige Leute (lt.Polizei 18) Vorladungen zum Staatspolizei, auf richterlichen Auftrag..... bekommen.

Kundgebung: am 23.2.1996, Schottenring 7 -9, 1010 Wien, ab 10 Uhr früh

(78)

Befreiung ist nur im Kampf um Befreiung möglich

Wir laden euch ein, zum Geburtstag von Ulrike an einer Lesben/Frauenkundgebung, an Ulrikes Grab teilzunehmen
Am: 7.10.95,
Um: 12 uhr
Treffpunkt: U6 - Bhf. Westphalweg (Mariendorf / Berlin)

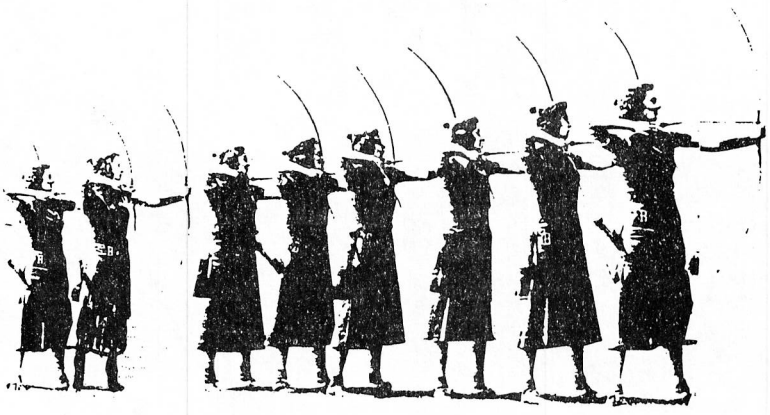
Geschichte ist nicht Vergangenheit, sondern vermittelt unzählige Erfahrungen von Frauen, die uns heute lehren zu kämpfen.
Lesben/Frauen kämpfen seit Jahrhunderten gegen ihre Unterwerfung, die Zerstörung ihrer matriarchalen Kulturen, Bräuche und Traditionen, die Besetzung ihres Bewußtseins und der eigenen Wertschätzung, gegen die gewaltsame Aneignung ihres Wissens. Frauen waren immer tragender Teil der Klassenkämpfe und aktiv in den Befreiungsbewegungen und wurden doch immer wieder auf die ihnen im Patriarchat zugewiesene Rolle und Aufgabenbereiche innerhalb der Gesellschaft zurückgedrängt.
In dieser Kontinuität organisierten sich nach 1968 im Rahmen der weltweiten antikolonialen und anti-imperialistischen Befreiungskämpfe auch in den USA und Europa revolutionäre feministische Bewegungen. Ihr Ziel war auch die Geschichte und Erfahrungen von Frauenkämpfen zu erforschen und wiederzubeleben. Ein große Anzahl von Lesben/Frauen organisierte sich auch in der Illegalität und kämpfte bewaffnet in den anti-imperialistischen Bewegungen. Gegen den herrschenden Rassismus und Neokolonialismus stellten sie sich an die Seite der revolutionären Befreiungsbewegungen in den Drei Kontinenten.
Die Kampfbedingungen in der BRD waren geprägt durch die Jahre des offenen Faschismus und die Zerschlagung jeder politischen Opposition. Unter diesen Bedingungen organisierten sich Lesben/Frauen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung und Praxis, um gegen die reaktionäre, rassistische und antikommunistische Staatsideologie vorzugehen. Ihr Ziel war auch gegen ihre ökonomische und sexuelle Gewalt Widerstand zu leisten.
Zu diesen Kämpferinnen gehörte Ulrike Meinhof. In Erinnerung und Achtung für ihre politische Arbeit, ihren Mut und ihre Kraft zum Widerstand, wollen wir ihren Geburtstag feiern.
Wir können nicht alles was ihr Leben und Kampf für uns, für eine feministische Perspektive bedeutet, ansprechen. Vieles wissen wir nicht oder nur ungenau, müssen wir noch dem Schleier des Vergessens und Verschweigens entreißen.
Doch wir wissen, was ihr Kampf vermittelt, daß es möglich ist, die Einsamkeit und Ohnmacht von Frauen in der patriarchalen Gesellschaft zu durchbrechen und solidarisch, selbstbewußt und organisiert eigene Ziele zu bestimmen und durchzusetzen.
Wir können von Ulrike lernen und das tun wir auch!
Diese Kampfgeschichte vermittelt uns Stärke, eine Ahnung, daß Veränderung möglich ist und was Macht in unseren Händen bewirken könnte.

Trennen wir uns von unserer Geschichte, haben wir nichts worauf wir aufbauen können. Dann fangen wir immer wieder am Anfang an. So ist es leicht, uns zu spalten und zu isolieren, und das Gefühl zu vermitteln, daß Widerstand zwecklos ist.
Deswegen wird sie von der patriarchalen Geschichtsschreibung entstellt, verfälscht oder ganz verschwiegen.
Ulrike war für die Herrschenden gefährlich, weil sie sich als Kommunistin und Antifaschistin ein revolutionäres Bewußtsein angeeignet, überzeugend verbreitet und in die Praxis umgesetzt hat. Entgegen der herrschenden Propaganda war sie gesellschaftlich nicht isoliert.
Ihre Erfahrung war es, daß sie durch Protest und Worte nicht sehr viel verändern konnte und entschied sich für ihre Organisierung in der RAF (Rote Armee Fraktion). Diese erarbeitet eine sehr umfassende Analyse vom bestehenden imperialistischen Herrschaftssystem und die spezifischen Unterdrückungsmethoden in der Metropole.
Sie entwickelte einen antiimperialistischen Kampfbegriff, der die praktischen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen beinhaltete. In diesem Zusammenhang griff die RAF 1972 das US-Headquartier in Heidelberg an, von dem aus das US-Militär seinen Krieg in Vietnam steuerte. Diese internationalistische anti-imperialistische Aktion hatte direkte Auswirkungen auf die US-Kriegsführung, den 2Tage lang konnten keine US-Bomber fliegen.
Darüberhinaus entwickelten sie den Begriff der Entfremdung im Kapitalismus weiter, womit gemeint ist, daß alle menschlichen Bedürfnisinteressen besetzt und zur käuflichen Ware reduziert sind. Sie gingen davon aus, daß nur im Kampf dagegen, die wahren menschlichen Bedürfnisse und Gefühle zurückgewonnen werden können.
Der Entfremdungsbegriff der RAF blieb allerdinges verkürzt, weil er das strukturelle gewalttätige Unterdrückungsverhältnis zwischen den Geschlechtern nicht in die Analyse einbezogen hat und die Bedingungen von Frauen mit denen der Männer gleichsetzte.
Ulrike und andere Lesben/Frauen der RAF haben in ihren Texten versucht diesen Mangel zu beheben. Daran können wir heute anknüpfen, in dem wir diesen Begriff mit unserem erkämpften Wissen als Feministinnen erweitern.
Wir meinen, der Entfremdungsbegriff beschreibt die durch Folter und Massenmord erzwungenen Bedingungen von Frauen in den imperialistischen Metropolen, die Besetzung ihres Bewußtseins, die permanente Konfrontation mit allen Formen von Gewalt, die Zerstörung ihres Selbstwertgefühls, die bedingungslose

Abhängigkeit, die Identifaktion mit ihren Unterdrückern und deren eingeschränkte Verfügungsgewalt.
Wir bezeichnen diesen seit Jahrhunderten andauernden blutigen „Kreuzzug" zur Durchsetzung des Patriarchats als innere Kolonialisierung. Wir sprechen heute vom imperialistischen Patriarchat, weil die innere Kolonialisierung der Frauen in Europa die notwendige Voraussetzung für die Kolonialisierung der Drei Kontinente, für nicht endenden Vökermord schuf.
Wir sind uns bewußt, daß Sexismus, Rassismus und Neokolonialismus Herrschaftsinstrumente sind, die uns heute von den Frauen in den Drei Kontinenten trennen und nur in unserem Entschluß dagegen zu kämpfen, die Trennung aufgehoben werden kann.
Auch in diesen Zusammenhang hat Ulrike mit ihrer politischen Praxis einen nicht aufzuwiegenden Anteil am Aufbau internationaler Solidarität und gemeinsamer Praxis geleistet.
Wegweisend und aktuell ist für uns Ulrikes Kritik am Gleichberechtigungsanspruch. Sie sagt, daß diese die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Ungleichheit zwischen der Menschen nicht mehr in Frage stellt. Der Gleichberechtigungsanspruch fordert die Gleichheit in der Ungleichheit und ist Ausdruck sozialdemokratischer Integrationspolitik. Für uns bedeutet dies den Versuch der Durchsetzung reaktionärer patriarchal - imperialistischer Interessen. Er wird benutzt gegen alle Emanzipationsbestrebungen (z.B. des Proletariats, der Schwarzen, der Lesben/Frauen) und dient Teilen der bundesdeutschen Linken und Teilen der Frauenbewegung dazu, gegen revolutionären internationalistischen Feminismus vorzugehen.
Ulrike setzt dagegen den sozialistischen Emanzipationsbegriff und erklärt dazu weiter: „Emanzipation bedeutet Befreiung durch Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Aufhebung der hierarchischen Gesellschaftsstruktur zugunsten einer demokratischen: Aufhebung der Trennung von Kapital und Arbeit durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Beseitung von Herrschaft und Knechtschaft als Strukturmerkmal der Gesellschaft."
Emanzipation bedeutet für uns heute auch, die Kampfbedingungen von Frauen in den Drei Kontinenten und hier analytisch und praktisch zu thematisieren. Wir wollen in einem gegenseitigen lebendigen Verhältnis von Kritik und Selbstkritik unter Frauen weltweit die unterschiedlichen Bedingungen, die sich aus den kolonialen Verhältnissen ergeben, erkennen und berücksichtigen und uns gemeinsam dagegen stellen.
Ulrike wurde von den Herrschenden und Reformisten gehaßt! Die Medien verbreiteten, daß sie „anormal" und „geisteskrank" sei. Sie wurde verraten und im Knast durch totale und andauernde Isolation gefoltert.
Die Bundesanwaltschaft (BAW) wollte sogar einen Eingriff in ihr Gehirn vornehmen, um damit ihr Wissen und ihre persönliche Integrität zu zerstören. Exemplarisch sollte für alle Frauen bewiesen werden, daß nur eine Krankheit im Kopf so ein „unweibliches" Verhalten auslösen kann.
Bis heute ist die Benennung ihres Todes als Mord in der BRD strafbar. Da dem BAW die Unterdrückung der politischen Inhalte und die reibungslose Aburteilung der Gefangengen aus der RAF nicht gelang, war klar, daß die Konfrontation innerhalb des Stammheimer Prozesses Mitte 1976 einen Höhepunkt erreichen würde.
Bekannt ist auch, daß die Geheimdienste jederzeit ungesehen und ungehindert in den 7.Stock, in dem die RAF-Gefangenen waren, durch eine gesonderte Treppe gelangen konnten.
Vor ihrem Tod wurde Ulrike vergewaltigt.
Die Verfälschung ihrer Person und ihres Kampfes hält bis heute an, wenn wir die aktuellen Berichte in den Medien betrachten. Was übrig bleibt, ist die kritische Journalistin, die zum „Terrorismus" verführt worden sei.
Daß eine Frau aus ihrem angeeigneten Bewußtsein eine selbstbestimmte Entscheidung zum bewaffneten Kampf trifft, darf es in der patriarchalen Geschichte nicht geben.
Wir wollen Ulrikes Geburtstag zum Anlaß nehmen, die Isolation zu durchbrechen, gemeinsam auf die Straße gehen und feiern, daß es sie gegeben hat.
Sie sagt:" ... als unersetzliche, nicht austauschbare Person sind Frauen in dieser Gesellschaft nicht wahrnehmbar. Das wäre anders, wenn es schon funktionierende Frauenorganisationen in der Linken gäbe ...".
Die kollektive Durchsetzung gemeinsamer Ziele und selbstbestimmte Organisierung waren auch immer Ulrikes Interesse.
Als internationalistische Feministinnen entwickeln wir auch einen umfassenden Befreiungsbegriff gegen die aktuellen imperialistischen Kriege und die Bekämpfung von Widerstand.
So stehen wir heute vor der Aufgabe eine eigenständige Bewegung zu schaffen, die in der Lage ist, aus der Geschichte zu lernen und internationalistische feministische Ziele und Aufgaben umsetzen kann.

Wir grüßen unsere kämpfenden Schwestern weltweit in den Knästen und draußen!!!
Hoch die internationale Solidarität!!!
Für den Aufbau von starken Frauenbefreiungsbewegungen weltweit!!!
Für die feministische Revolution weltweit!!!

August 1995
Monsicheln, c/o Frauenbüro,
Gneisenaustraße 20
10961 Berlin



(80)

Eine Kritik,
an dem Aufruf für die Kundgebung zu Ulrike Meinhofs Geburtstag

In Eurem Aufruf fehlt jede Solidarität mit denjenigen, die zusammen mit Ulrike gekämpft haben und heute noch, zu lebenslänglich verurteilt, in den Knästen der BRD sind.
Ulrike gehört zu einem Kollektiv, dem Kollektiv der RAF. Ihr schreibt zwar einiges über die RAF - aber zu dem Kollektiv kein Wort! Ihr löst Ulrike aus dem Kollektiv raus. Genauso wie es alle Bürgerlichen tun: Ich erinnere nur an den Artikel im Spiegel im Juli d. J..
Zu diesem Kollektiv gehören:
Von den Frauen: Hanna Krabbe, an die Ulrike ihre letzten Briefe schrieb: Vergl. letzte Texte von Ulrike: Briefe an Hanna Krabbe. Hanna sitzt seit 1975, jetzt über 20 Jahre - von Euch kein Wort zu ihr!!! Kein Wort zu Brigitte Mohnhaupt - jetzt seit 13 Jahren im Knast - sie war schon 1970 mit Ulrike in der RAF organisiert. Kein Wort zu Sieglinde Hofmann, die nach nun 15 Jahren Knast gerade in Stammheim zu lebenslänglich verurteilt wurde, weil die, die in der DDR Unterschlupf gefunden haben, sich um Kopf und Kragen - besser: die anderen um Kopf und Kragen gequatscht haben, als Kronzeugen, weil sie nicht im Knast landen wollen. Heidi Schulz, auch seit 1982 im Knast. Sie ist krank.
Von den Männern: Helmut Pohl, der seit ca. 1970/71 mit Ulrike organisiert war. Schon mal 7 Jahre, jetzt, seit 1984 lebenslänglich im Knast. Rolf-Clemens Wagner, seit 1979 im Knast. Christian Klar, seit 1982 mit 6 oder 7 mal lebenslänglich im Knast. Rolf Heißler seit 1979 wieder, lebenslänglich im Knast. Knut Folckerts, seit 1977, vielleicht kommt er in diesem Herbst raus. Stefan Wisniewski seit 1978.
Die Zitate, die ihr von Ulrike zu / über Frauen bringt, sind aus ihrer legalen Zeit, nicht aus der Zeit der RAF. Sie sind dennoch richtig - aber zu klären ist mit den Frauen, mit denen sie sich in der RAF organisiert hat, warum dies in der RAF nicht thematisiert wurde: Mit einigen von euch wurde diese Frage schon vor Jahren gestellt.
Über all das geht ihr hinweg: Ihr vereinnahmt Ulrike individuell, ohne Kollektiv, für Euch, macht eine Heldin aus ihr. Ich habe die Kämpferinnen und Kämpfer der RAF immer so verstanden, daß es eben nicht um Heldinnen / Helden geht, sondern um kollektives Kämpfen. (vergleiche die Rede, die Ulrike am 13.9.1974 in Berlin zu Prozeßbeginn, es ging um den Prozeß zur Befreiung von Andreas Baader, gehalten hat.)
Ulrike als einsame Heldin - NEIN. Die Gefangenen aus der RAF, die heute noch und auch noch unendlich lange in bundesdeutschen Knästen sitzen, sind ihr Kollekiv - und das verschweigt ihr.
Eine tote „Heldin" - Ihre lebenden GenossInnen vergeßt ihr.

Eine aus den FrauenLesben - Zusammenhänge in Hannover

INFO'S (81)

Luzie '96,
Taschenkalender für Mädchen und Junge Frauen
"Aber ist der Markt nicht bereits übervoll mit derartigen Produkten für Mädchen? Was ist das Besondere an Luzie?"
"..... das bestehende Angebot durchwegs an den Bedürfnissen von Mädchen vorbeigeht und an keinem Punkt Anregungen zu kritischen oder selbstständigen (Weiter-) Denken bietet. ....."
Mädchen, deren Ansprüche von alldem nicht befriedigt werden, soll nun eine Alternative vorgestellt werden: **Luzie**
gibt's: **Virgina Woolf Schule, Währingerstr. 59/ Stiege 6 1090 Wien,**
oder bestellen bei:
Anja Wolff
Afrikanische Straße 153 E
13351 Berlin,

NEUES ZUM PROZESS GEGEN DIE VIER FRAUEN, DIE WEGEN SPRAYEN ANGEKLAGT SIND

Gegen das Urteil des Landesgerichts Wien vom 4.4.95, legten die Frauen Berufung ein. Wegen Nichtigkeit, Schuld und Strafe.
Das Oberlandesgericht hob das Urteil wegen gravierender Mängel wie Widersprüche, unterlassenen Zeugeneinvernahme ... zur Gänze auf.
Begründung:
"... weil das Erstgericht auf Grund verschiedener Indizien - wie der politischen Einstellung der Angeklagten, die mit dem EU - feindlichen Aufschriften übereinstimmt, ... sowie der Art der "Nicht-Verantwortung" und des gemeinsamen Auftretens im Zusammenhalt mit der Vielzahl der Angriffe und der Ähnlichkeit der graphischen Durchführung und Textierung - zur Auffasung gekommen ist, die Angeklagten hätten sämtliche Tathandlungen begangen und diese Indizienkette im Falle des Wegfalles eines oder mehrere Fakten jedenfalls neu zu Überdenken sein wird ... ".
Zu der protokollierten Tatzeit einer Sicherheitsbeamtin waren die vier Frauen schon inhaftiert. Dieser Widerspruch wurde auch nicht berücksichtigt und die Frauen verurteilt
Die Aussage eines Zeugen wurde ignoriert, da sie nicht in ihr Konzept paßte, mit der Begründung: (Erstgericht)
"... kleinere Ungereimtheiten in den Zeugenaussagen seien auf den Zeitablauf und das damit verbundene Verblassen der Erinerungsbilder zurückzuführen ...".
Mit solch gravierenden Fehlern von der Vorverurteilung zur Verurteilung zu kommen ist selbst dem Oberlandesgericht zu viel.
Das OLG empfiehlt dem LG1 eine etwas besser abgesichertere Indizienkette aufzubauen.

Für die Frauen bedeutet die Aufhebung des Urteils, daß der Prozeß wieder in erster Instanz verhandelt wird. Die Kosten für Anwältin müssen selber getragen werden, da Verfahrensbeihilfe nur in Berufungsverfahren möglich ist. (in erster Instanz gibt es keine Anwältinnenpflicht)
Weiters bedeutet es wieder viel Arbeit an Überlegen, Öffentlichkeitsarbeit ... Schaut so aus, als wollen sie uns Frauen noch länger damit beschäftigen.

Wie geschrieben: Wir brauchen wieder Geld für die gefräßige Justiz !!! - Spendenkonto PSK Privatsparbuch Nr. 30407264 - Kennwort: 11.6.

(82)

INFO'S

Aufruf zur Mitarbeit

Die LF-N ist wiedermal später als geplant fertig.
Das liegt auch daran, daß wir zuwenig sind. Wir sind nämlich nur 4, die, die Verantwortung für das Erscheinen der LF-N ernstnehmen.
So haben wir uns was ausgedacht, und zwar: nachdem des öfteren Frauen sagen, es wäre schon schade wenn es die LF-N nicht mehr gibt, rufen wir diejenigen auf, sich wenigstens zeitweise an der Zeitungsarbeit zu beteiligen. Wir denken uns das in etwa so 2-4 Monate braucht eine LF-N ca., es gibt einen 1. Termin, wo viele kommen, wir teilen uns die Arbeiten, Diskussionen auf, und einigen uns auf weitere Termine. So können Frauen zeitweise verläßlich mitarbeiten ohne sich auf Jahre verpflichten müssen. So ein Konzept würde auch eher in die Nähe von Mitbestimmung, Selbstverwaltung und Autonomie rücken, als das bisherige, was sich auch wiederum auf die LF-N auswirken würde.
Also bis zum

Der Verein Frauen gegen VerGEWALTigung hat zwei neue Informationsfalter zu den Themen:

- „Gegen sexuelle Männergewalt am Arbeitsplatz"
- „Selbsthilfegruppen für Frauen mit sexuellen Gewalterfahrungen"

Diese können im Verein telefonisch oder schriftlich bestellt werden.

FRAUEN GEGEN VERGEWALTIGUNG
NOTRUF
BERATUNG
0662 57 44 16

Frauen arbeiten zwei Drittel der Zeit gratis

Salzburger Nachrichten 5.12.96

Die Hälfte aller Arbeit für ein Drittel des Einkommens — Gerechte Verteilung gefordert

WIEN (SN-l. b.). Frauen leisten mindestens soviel Arbeit wie Männer und tragen damit mindestens soviel zum Wohlstand Österreichs bei wie Männer. Allerdings erhalten sie dafür nur ein Drittel des Einkommens.

Zu diesem Ergebnis kam nun das Statistische Zentralamt, das im Auftrag des Familienministeriums erstmals ein Bruttoinlandsprodukt errechnete, das auch die unbezahlte Hausarbeit in die Wertschöpfung miteinbezieht. Ausgangspunkt für die Statistiker war eine Untersuchung aus dem Jahr 1992, in der die unterschiedliche Zeitverwendung von Frauen und Männern für unbezahlte und bezahlte Arbeit erhoben wurde. Frauen verwenden demnach 70 Prozent ihrer Zeit für unbezahlte Tätigkeiten (Haushalt, Kinderbetreuung, Krankenpflege) und nur 30 Prozent für Erwerbsarbeit. Bei Männern ist dieses Verhältnis umgekehrt.

Bewertet man die gratis geleisteten Arbeitsstunden nun mit einem durchschnittlichen Einkommen, kommt man auf ein deutlich höheres Bruttoinlandsprodukt, da dieses ja derzeit unbezahlte Arbeit nicht berücksichtigt. Zur Zeit tragen daher Männer doppelt soviel zur Wertschöpfung bei wie Frauen. Beim neuen Berechnungsmodus wäre der Beitrag von Frauen und Männern annähernd gleich groß. Der Schluß der Statistiker: Österreich ist von einer gerechten Aufteilung von Arbeit und Einkommen noch weit entfernt. *(Seite 2)*

Österreich senkt Zuwanderungsquote

WIEN (SN). Die ÖVP wird heute im Ministerrat dem SPÖ-Vorschlag für die Ausländerquote 1996 zustimmen. Österreich läßt demnach im nächsten Jahr statt 17.000 nur noch 16.140 Neuzuwanderungen zu. *(Seite 2)*